

NG

*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von*
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft 5

1982
29. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reinut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Zum Inhalt

Bei soviel Optimismus, wie er einem aus den Stellungnahmen zum Münchener SPD-Parteitag, um die wir führende Politiker aus den Bezirken und Landesverbänden der SPD gebeten haben, entgegenstrahlt, kann einem fast schon wieder bange werden. Wer genauer liest, wird feststellen, daß natürlich nicht alle mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Parteitags rundum zufrieden sind und sich in dem einen oder anderen Punkt vielleicht etwas mehr erhofft hatten als am Ende herausgekommen ist. Und jeder weiß, daß es in bestimmten Fragen auch Kampfabstimmungen gegeben hat, die für die Unterlegenen schmerzlich gewesen sein mögen. Bedauern kann dies nur, wer die quälende innere Friedhofsruhe konservativer Parteien zum Vorbild für das Parteileben der SPD erheben will.

Monatelang haben sich die bundesrepublikanischen Medien darauf verstanden, von der SPD ein Bild völliger innerer Zerrissenheit zu zeichnen, bis die Betroffenen selbst schließlich glaubten, dieser Parteitag werde endgültig den Zerfall der SPD besiegeln, sofern nicht doch noch ein „Wunder“ geschehe. Das Gegenteil ist eingetreten, und dies nicht nur, weil sich alle am Diskussions- und Willensbildungsprozeß Beteiligten sichtlich am Riemen rissen.

Das „Wunder von München“ wurde auch möglich durch Beschlüsse, mit denen alle leben zu können meinen und deren Inhalt belegt, daß Konsensfähigkeit noch etwas anderes ist als die Kunst, vorhandene Gegensätze durch Formelkompromisse zu über-tünchen. Und es bestand in der für viele überraschenden Erfahrung, daß auch die jeweils „anderen“ in der innerparteilichen Auseinandersetzung nicht anstehen, das Ihre beizutragen, um ihrer Verantwortung für Wohl und Wehe der Partei gerecht zu werden. Die Fairneß und die Sachlichkeit der Diskussion in München haben Maßstäbe für jede künftige Parteitagsdebatte gesetzt. Die zu ihrem Gelingen beigetragen haben, wissen das.

Respekt gebührt übrigens nicht nur denen, die in Abstimmungen um kontroverse Einzelfragen unterlagen und sich dennoch bereitfanden, das Gesamtergebnis mitzutragen, sondern auch jenen, die dabei zwar obsiegten, den Unterlegenen aber die Demütigung durch unangebrachte Triumphposen oder durch unnötiges Nachkarten erspart haben. Angesichts der Ernsthaftigkeit und der weit über die SPD hinausreichenden Bedeutung der strittigen Fragen – gerade in dem so wichtigen Bereich der Friedenspolitik – verbat sich derlei Taktlosigkeiten fast von selbst.

Daß der Zustand der SPD weitaus besser ist als sein kolportierter Ruf, hat sich in den Medien mittlerweile herumgesprochen. Statt dessen wird nun wortreich über die Zukunft der sozialliberalen Koalition orakelt. Als Stein des Anstoßes müssen dabei die Münchener „Sozialdemokratischen Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung – Arbeit für alle“ herhalten, denen denn auch unsere Autoren aus den Bezirken und Landesverbänden eine herausragende Bedeutung zumessen. Sie erwarten, daß man es mit diesem Beschluß nicht einmal mehr sein Bewenden haben läßt, sondern daß man ihn in die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner einbringt und soweit wie irgend möglich verwirklicht.

Allen Unkenrufen und Zweckgerüchten zum Trotz ist ja die Reaktion von seiten der FDP – vom Grafen Lambsdorff bis zu Bundesgeschäftsführer Verheugen – durchaus nicht einheitlich; an grundlegenden Gemeinsamkeiten, an Berührung- und Anknüpfungspunkten mangelt es nicht. Und selbst bei einer Mehrheit der FDP-Wähler, so belegt eine kürzlich vorgenommene Infratest-Untersuchung, erfreuen sich beschäftigungspolitische Maßnahmen wie die von der SPD vorgeschlagenen beachtlichen Zuspruchs.

Zweifellos einer der Glanzpunkte des Parteitages war die Grußansprache der österreichischen Sozialwissenschaftlerin Marie Jehoda.

In sehr eindringlichen Worten schilderte Marie Jehoda die verheerenden psychisch-sozialen und im eigentlichen Sinne entmenslichenden Folgen der Arbeitslosigkeit für die von ihr Betroffenen. Ihre Botschaft ist verstanden worden: daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und ihrer ökonomischen Wurzeln eben nicht ein bloß technisch-organisatorisches Problem ist, um ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Wirtschaftsmechanik sicherzustellen, sondern eine zutiefst humanistische Aufgabe, die von dem Grundsatz ausgeht, daß die Wirtschaft dem Menschen und nicht der Mensch der Wirtschaft zu dienen hat, und diesem Prinzip alles andere vorbehalten unterordnet. Der Radikalität dieses humanistischen Anspruchs hat sich die Sozialdemokratie nicht zu schämen. Denn sie ist, wie bei Marie Jehoda, nicht abstrakter philosophischer Spekulation entwachsen, sondern der ganz konkreten Erfahrung einer bedrückenden Realität, in der heute zwar Hunger und Not überwunden sein mögen, die menschliche Entwürdigung aber, der Verlust der gesellschaftlichen Bindungen und die zehrenden Selbstzweifel, unter denen Arbeitslose zu leiden haben, um so deutlicher hervortreten.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
410	Peter Glotz	Der Kampf gegen den Neokonservatismus – Über die Ergebnisse des Münchener Parteitags 1982
414	Münchener Parteitag	Eindrücke – Bewertungen – Perspektiven
428	Rainer Diehl	Ungeliebte Neuerungen – Der Organisationskonservatismus auf dem Münchener Parteitag
433	Marie Jehoda	Arbeitslosigkeit ist nicht Freizeit
435	Beschlüsse	Friedens- und Sicherheitspolitik
438		Sozialdemokratische Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung – Arbeit für alle
446		Richtlinien für die politische Betriebsarbeit
448		Die Erneuerung der Parteiorganisation
449		Ergebnisse der Wahlen zum Parteivorstand der SPD
450	Arno Waschkuhn	Politische Kultur – Eine aktuelle wissenschaftliche Kontroverse
454	Wolfgang Wiemer	Neuer Patriotismus – Gefahr oder Chance?
456	Thomas Wittke	Sozialdemokratie und Terrorbekämpfung
459	Ruth Brandherm-Böhmker/Angela Paul-Kohlhoff/Barbara Stiegler	Gewerblich-technische Berufe für Frauen in der Ausbildungskrise
462	Hans Günter Brauch	Drei Lücken? Zur Notwendigkeit einer chemischen Nachrüstung
470	Wolfgang H. Glöckner	Die Sozialhilfe in der Operation '82
474	Michael Blank	Richterrecht als Ideologiekorrektur der Gesetzgebung?
480	Fritz Vilmar	Grundwerte-Diskussion – Der Dialog fand (noch) nicht statt
		Berichte aus europäischen Ländern
482	Europäische Gemeinschaft	Die Reform läßt auf sich warten
483	Belgien	Das 100-Millionen-Ding
484	Dänemark	Sicherheit und Verteidigung
486	Frankreich	Ein Jahr später ...
489	Griechenland	Lieber keinen Namen
491	Großbritannien	Nicht ohne Blessuren
492	Irland	Neue Nordirland-Initiative
494	Italien	Lendenlahmes Dementi
495	Luxemburg	Konfrontation
496	Niederlande	Eine blockierte Regierung
498		Kritik

Diesem Heft liegt die Frühjahrevorschau der Verlage J. H. W. Dietz Nachf. und Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, bei.



Peter Glotz: Der Kampf gegen den Neokonservatismus Über die Ergebnisse des Münchener Parteitags 1982

I.

Über Wochen hat der deutsche Journalismus es fast einhellig für eine kraftlose Beschwörungsformel der Funktionäre gehalten: daß der Münchener Parteitag der SPD ein Parteitag der Arbeit werden würde. Die Kommentatoren sahen zuerst einen großen Show-down in der Rüstungspolitik voraus, einen „Raketenparteitag“ gar; dann eine Neuauflage der Berliner Energie-Kontroverse von 1979. Eine auf personalisierte Konflikte spezialisierte, aus der Partei auch kräftig angeheizte Berichterstatterperspektive war völlig auf die Frage konzentriert, wo denn nun die Sozialdemokraten zum tragischen Konflikt gegeneinander antreten würden. Deshalb ist jetzt sogar bei den Gegnern eine Art anerkennendes Knurren zu hören, verbunden natürlich mit der Bemerkung, daß die Kabinettsumbildung, der Haushalt '83, der NATO-Gipfel etc. die vorausgesagte Selbstzerstörung schon noch bringen werde...

Dabei war der Verlauf dieses Parteitages weder ein Wunder noch eine glanzvolle Regieleistung. Sicher: Die Parteiführung hatte alles dafür getan, daß die Mehrheits-Thematik unseres Landes auch das Hauptthema des Parteitages wurde; davon zeugt die Einladung der 120 Betriebsfunktionäre mit Rederecht in den Arbeitsgruppen, das generelle Rederecht des Gewerkschaftsrats, die Auswahl der Gastrednerin Marie Jahoda, einer Sozialforscherin aus der Tradition der Arbeiterbewegung, die den aktuellen Debatten Tiefenschärfe und Relief geben konnte. Aber der *eigentliche* Grund für die Konzentration der Sozialdemokraten auf das große Thema Arbeit liegt im Druck der Zeit-Situation. Für eine neue nukleare Strategie, die unbestreitbar notwendig ist, ist die Zeit noch nicht reif; so gefährlich die gegenwärtige Hängepartie ist – ohne Zwischenergebnisse in Genf, ohne einen Neubeginn der SALT/START-Verhandlungen ist da

nichts zu entscheiden. Ebenso in der Energiefrage; es gibt keine „neue Lage“ seit 1979, nur das unmerkliche Vorrücken des Zeigers, ohne daß eine großtechnische Lösung der Endlagerung von Atommüll sichtbar wäre. Dieses einfache Verstreichen von Zeit kann die Entscheidungslage ändern; aber nicht innerhalb von 2 1/2 Jahren. Die „Moratorien“ – bei Mittelstreckenraketen wie Atomkraftwerken – waren eher taktische Zeichen mit der Flagge als harte Konzepte; deshalb die klaren Mehrheiten dagegen, die man vorher sagen konnte und auch vorhergesagt hat.

Ganz anders bei der Arbeits-Problematik. Die Weltwirtschaft steht, wie es die „Münchener Erklärung“ des neuen SPD-Vorstandes formuliert, in der Gefahr, daß die Welt-Rezession in eine Welt-Depression umkippt. Die Unfähigkeit des östlichen Zentralverwaltungssystems (Beispiel Polen mit einem Verlust des Nationaleinkommens 1981 um 20-25%) wie die bodenlos-fahrlässigen Großversuche mit dem Monetarismus in England und den USA müßten alle vernünftigen Menschen, gleichgültig auf welcher Seite sie stehen, in höchste Alarmstimmung versetzen. Die Bürger spüren das; und sind zu „Opfern“ (wie Politiker das nennen) bereit; die maßvollen deutschen Tarifabschlüsse bei Metall und öffentlichem Dienst, die selbst der Bankenverband als „kleinen Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnen mußte, zeigten dies mehr als deutlich.

Nur vollzieht die „öffentliche Meinung“ diesen Realismus nicht nach. Der einzige ist Strauß, muß man spitz bekennen, der begriffen hat, was da gespielt wurde: Die deutschen Sozialdemokraten haben sich einheitlich, ohne Konflikte untereinander, auf eine Offensive gegen den ökonomischen Neo-Konservatismus festgelegt. Daß der massige Kandidat von gestern dabei die Abgrenzung von einer ökonomischen Doktrin mit der Ausgrenzung (und „Ausmerzung“) der Juden vergleicht, ist ein Produkt der ihm eigenen populistischen Aggressivität. Aber Strauß hat begriffen; was man von Lambsdorff und vielen deutschen Kommentatoren nicht sagen kann.

Die zur Zeit laufende ökonomische (oder besser: scheinbar ökonomische, in Wirklichkeit koalitions-technische) Debatte in der Bundesrepublik ist ein Trauerspiel, weil sie sich kindisch an einem *Prüfungs-*beschluß festhält, in dem Ergänzungsabgabe, Arbeitsmarkt-abgabe, Erhöhung des Spitzensteuersatzes etc. als *mögliche*, nicht kumulativ, sondern selektiv zu nützende *Instrumente* zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genannt werden. Statt daß man die unterschiedlichen Vorschläge der SPD – Ausbau der Fernwärme, Investitionen bei

Umweltschutz, Post, Bahn, Mikroelektronik etc. – prüft und dokumentiert, statt daß man die Selbstfinanzierungshypothese abklopft, die Abkoppelung im Europäischen Währungssystem vom Dollar „hinterfragt“, erregen sich Politiker, Verbandsvertreter und (im Gefolge davon) Journalisten über eindeutig abgeleitete Probleme, die dazu noch vorsichtig als *Prüfungsauftrag* präsentiert worden sind.

Psychologisch erklärlich ist das alles; allzu viele spekulieren offensichtlich, beflügelt durch undefinierbare Informationen vom Partner, über ein Auseinanderfallen der Koalition; also redet man nicht über Sachen, sondern über die Sprechweise. Und das Ärgernis (diesmal für Sozialdemokraten und Gewerkschafter) ist ja nicht die seit Anfang der 70er Jahre bekannte Tatsache, daß Otto Graf Lambsdorff gegen das ist, was er als „Investitionsdirigismus“ versteht; das ist sein gutes Recht, so wie es das gute Recht der Sozialdemokratie ist, gegen die Privatisierung der Gewinne und die gleichzeitige Sozialisierung der Verluste zu sein. Das Ärgernis ist sein ignorant-provokativer Ton, dieses Von-oben-herab, das aus den Worten des Wirtschaftsministers klingt, wenn er von einem „langen Marsch“ redet, der „von München in die Rumpelkammer des Investitionsdirigismus, der Steuererhöhung... etc. führt“.

Verständlich, daß dieses bissige Hin und Her die eigentlich notwendige Debatte verdrängt; aber doch tief bedauerlich. Denn seit München könnte man wissen, daß mit der SPD *nur* der von der Regierung Schmidt angepeilte *mittlere* Weg der Wirtschaftspolitik gangbar ist und daß ein Zusammenschlagen des Sozialstaats mit all seinen katastrophalen Folgen des Kaufkraftschwunds der Arbeitnehmer und Rentner nur gegen die Sozialdemokratie (und, wird man hinzufügen müssen: die Gewerkschaften) durchsetzbar wäre. Warum redet man, solange es Zeit ist, nicht konkret über die (notwendige) Konsolidierung der Systeme sozialer Sicherung, statt wild mit Schablonen aufeinander herumzuprügeln? Wieso wundert man sich plötzlich öffentlich über die seit 1969 bekannte Tatsache, daß mindestens 30% der Ziele der FDP mit der SPD nicht durchsetzbar sind – und umgekehrt? Und warum setzt man, in einer bitter gefährlichen Situation, dieses öffentlich vorgeführte Verwundern an die Stelle der eigentlich notwendigen Debatte?

Man kann kritische Fragen an die wirtschaftspolitische Resolution des Parteitags stellen; leider blieben sie bisher ungestellt. Eins kann man, wenn man seriös bleiben will, aber nicht bestreiten: Die Sozialdemokraten haben in München den Weg der aufge-

klärten Marktwirtschaft keinen Schritt verlassen. Sie haben sich allerdings den neuen „angebotsorientierten“ Modeströmungen versagt. Sie wollen eine Gesellschaftspolitik, die sich sowohl vom ungebändigtem Kapitalismus (auch in der Form der „Reaganomics“) wie von halbbankrotten Staatswirtschaften klar abgrenzt; ihre Instrumente sind Mitbestimmung, Vermögensbildung der Arbeitnehmer, Globalsteuerung. Damit konnten und können die Liberalen leben – wenn sie wollen.

II.

Auch das zweite, für „München 1982“ charakteristische politische Ergebnis hat die Reizschwelle der Öffentlichkeit kaum erreicht. München bedeutet für die SPD die klare Entscheidung für eine *in der gesamten Lebenswelt der Menschen verankerte Mitgliederorganisation* und die Absage an eine nur auf Staat und Verwaltung orientierte Wahlmaschine. Damit ist das unentschiedene Hin und Her zwischen den quasi modernen, seit den späten 50er Jahren propagierten Konzepten der „amerikanisierten“, „antideologisierten“, sozialwissenschaftlich inspirierten Medienpartei und der Partei als Gesinnungsgemeinschaft und Lebenswelt vorbei.

Dies ist natürlich *kein* Rückweg in die „Gegenkultur“; dazu haben wir die politische Kultur dieser Gesellschaft viel zu sehr mitgestaltet. Keiner wird uns wieder verdrängen. Aber es ist eine Korrektur der allzu eifertigen „Modernisierung“ der späten 50er und frühen 60er Jahre, in denen wir – um beim Bürgertum akzeptabel zu werden – die politische Kultur der Arbeiterschaft geopfert haben. Es ist, wenn man so will, eine Annäherung an den österreichischen Weg: Eine Rückbesinnung auf die Ortsvereine, eine bewußte Stärkung des Arbeiterelements, eine verstärkte Förderung der Freizeit- und Lebensweltorganisation der Arbeiterbewegung, ein deutlicheres Einlassen auf die Frauenemanzipation und andere Kulturbewegungen und gleichzeitig ein striktes Festhalten an der Struktur einer rasch mobilisierbaren und konfliktfähigen Organisation mit klaren Entscheidungsstrukturen.

Nichts hat diese Tendenz deutlicher gezeigt als die erste Ausstellung „Lebendiger Ortsverein“, die am Rande des Münchener Parteitags anlässlich der Verleihung des Wilhelm-Dröschner-Preises von Hunderten aktiver Sozialdemokraten aufgebaut worden war. Da präsentierte sich die Mitgliederpartei SPD und ihre politische Kultur; da konnte man endlich – wenn auch nur in partikelhaften Ausschnitten – besichtigen, was unterhalb der (notwendigen, keineswegs ge-

ring zu schätzenden) Delegiertenkonkurrenz in dieser Sozialdemokratie stattfindet. Da wurde ein greifbares Angebot zum Mitmachen präsentiert – nicht abstrakt, sondern konkret, nicht in der Form von Konkurrenz, sondern in der von Kooperation.

Ähnlich klar zeigte sich diese Tendenz in der viele Stunden währenden Organisationsdebatte am Nachmittag des zweiten Tages, an der sich am stärksten die aktiven Betriebs- und Personalräte beteiligten und bei der es vor allem um die Sicherung der Mitwirkungschancen der Betriebsfunktionäre in einer Volkspartei ging. Es zeigt sich: Die reizbare Debatte um die Thesen von Rix Löwenthal war ein Durchgangsstadium der Selbstfindung, kein nostalgisches Nachhutgefecht und schon gar keine Ankündigung des Zerfalls oder der Spaltung der SPD.

Der Münchener Parteitag 1982 hat der Parteiorganisation erstmals wieder seit Mitte der 60er Jahre ausreichend Zeit gewidmet; dieser Fortschritt muß verteidigt werden. Eine Mitglieder-Partei braucht die Selbstverständigung über ihre Arbeit, ihre Erfolge und Mißerfolge.

Willy Brandt schloß den Parteitag mit den Worten Waldemar von Knoeringens von 1956: „Diese Partei ist unsere Heimat, diese Partei ist unser Leben.“ Diese beiden Sätze enthalten auch ein organisatorisches Konzept.

Parteitage schließen nicht nur Debatten ab, in der Sozialdemokratie lösen sie auch neue aus. Sie legen wunde Stellen frei; zeigen, wo man weiterarbeiten muß.

In der harten, aber guten Sicherheitsdebatte wurde deutlich, daß das Konzept der „flexible response“ die

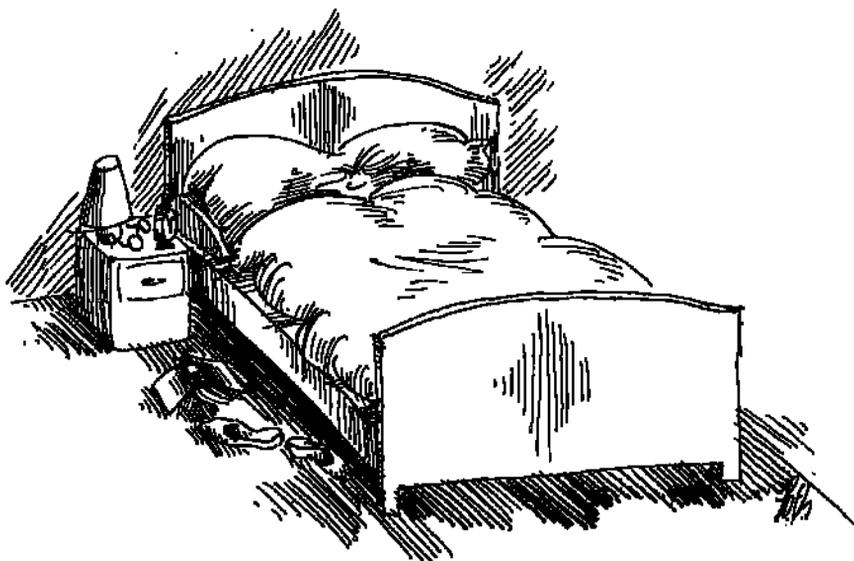
nächsten vier Jahre nicht überleben dürfte.

Am Rande der ökonomischen Auseinandersetzung zeigte sich völlig klar, daß die SPD nicht mehr über ein zeitgemäßes steuerpolitisches Programm verfügt. Und auch die Theorie der Sozialpolitik, wie Auerbach und Schellenberg sie konzipiert haben, bedarf der Fortschreibung unter neuen ökonomischen Bedingungen. Die deutsche Sozialdemokratie hat schwierige Diskussionen vor sich – in harter Zeit.

Schrecken kann das nur den, der dem deutschen Harmoniebedürfnis folgen will. Kein Zweifel: Dieses Bedürfnis ist nicht nur eine Einbildung angstvoller Führungspersonen, es ist eine Realität. Es gibt Bürger, Wähler, sogar Genossen, die vor allem eines wollen: Einigkeit. Wir respektieren sie, aber wir können ihnen nicht folgen. Die großen Streitfragen der Zeit waren und sind zu schwierig und zu ernst, als daß wir sie ohne öffentliche Kontroverse entscheiden könnten. Insofern ist schon heute nichts so sicher wie die Prognose vor dem nächsten Parteitag: Die SPD wird es wieder heißen, stehe vor einem lebensbedrohenden Konflikt. Einer der schönsten jüdischen Witze geht so: Kohn läuft, um den Zug zu erreichen. Er läuft und läuft und doch entschwinden schließlich die roten Lichter des letzten Wagens, ohne daß er noch aufspringen konnte. Wie er da ganz erschöpft auf dem äußeren Teil des Bahnsteigs steht, sagt der Fahrdienstleiter mitfühlend zu ihm: „Haben sie den Zug versäumt?“ „No na“, sagt Kohn – „verscheitert werd' ich ihn haben.“

„No na“ ist eine gute Antwort – auch auf Prognosen zu sozialdemokratischen Parteitag.

Wenn Sie von Ihrer Bank nichts verlangen, werden Sie nicht merken, ob sie gut ist.



Eine Bank, bei der man Konto, Sparbuch und Kredit haben kann, ist – nun ja, eine Bank. Wir möchten etwas mehr für Sie sein. Sie sollen sich bei uns gut aufgehoben fühlen. Sie sollen sich häufiger sagen können:

„Da hat mir meine Bank einen vernünftigen Rat gegeben“. Dazu müssen wir uns intensiv mit Ihrer individuellen Situation beschäftigen. Eine gute Beratung kann man nicht nebenbei machen.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

Münchener Parteitag Eindrücke – Bewertungen – Perspektiven

Bruno Friedrich: Wo ist vorn? Wie ist vorn? Wann ist vorn?

Die Fragen nach der Zukunft der SPD haben sich nach dem Münchener Parteitag verschoben. Die vor dem Parteitag in den Medien, von Demoskopern, aber zuallererst in Kommunal- und Landtagswahlen von den Wählern errichteten Fragezeichen hat der Münchener Parteitag zwar nicht völlig beseitigt, jedoch beträchtlich verkleinert.

In der Sache des nunmehr seit 20 Monaten heftig umstrittenen NATO-Doppelbeschlusses hat der Bundeskanzler eine größere Mehrheit erhalten als sein Vizekanzler, der FDP-Vorsitzende Genscher, beim letzten FDP-Parteitag. Das gleiche gilt für die Moratoriumsfrage bei Kernkraftwerken, wichtig vor allem für die Landtagswahl in Hessen. Die wichtigste Entscheidung des Münchener Parteitages ist der angenommene Antrag zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Wird die SPD nun diesen Antrag in den öffentlichen Diskussionen mutig, energisch vertreten?

Willy Brandt hat einen neuen „Aufbruch nach vorn“ angekündigt. Ein solcher Aufbruch wäre denkbar, wenn die SPD bereit wäre, selbstkritisch zu überprüfen, ob der absolute Primat der Außenpolitik, wie er seit Ende der sechziger Jahre die SPD-Politik bestimmt, unter den neuen Welt- und innenpolitischen Bedingungen aufrecht erhalten werden kann. In München hat die SPD sich diese Frage nicht gestellt. Die Rückkehr der SPD zum Primat der Innenpolitik – wie in der Aufbruchphase von Godesberg – muß bis zum Parteitag 1983 mehr als bisher die Richtungsdiskussionen in der SPD beherrschen.

Die FDP hat nach dem Münchener Parteitag das Wirtschafts- und Beschäftigungskonzept der SPD heftig kritisiert. Sie verdrängt dadurch zuerst die Tatsache ihrer Verantwortung für das Wirtschaftsressort in der Bundesregierung. Gibt es in der Führung der FDP bereits ein stillschweigendes Übereinkommen, spätestens 1984 die Koalitionsehe mit der SPD aufzukündigen? Kann die SPD zulassen, daß sie ständig zum Objekt taktischer Überlegungen ihres Koalitionspartners wird?

Der Münchener Parteitag ließ manches offen. Das

Fehlen einer kraftvollen Auseinandersetzung mit der CDU/CSU, die kein Alternativ-Konzept zur Politik der gegenwärtigen Koalition anzubieten hat, gibt der SPD von außen den Anblick einer Partei, die sich zu verbissen in den Schützengräben der Macht verteidigt. Die innerparteiliche Opposition dagegen wünscht den Aufbruch in die Opposition. Wohin sollen nun die zehntausend Ortsvereine der SPD bis zum nächsten Parteitag marschieren?

Vier Wochen vor dem Münchener Parteitag hatten Erhard Eppler und Oskar Lafontaine für die SPD die Richtungsfrage, die Bündnisfrage (Eppler: „Im Prinzip mit den Grünen“) und die Koalitionsfrage gestellt. Der Parteitag von München hat diese drei Fragestellungen konsequent ignoriert, Eppler und Lafontaine selbst haben ihre Positionen dazu in München nicht mehr vertreten. „Bewegungen“, wie immer sie sich politisch definieren, können nicht in die Rolle der deutschen Sozialdemokratie eintreten. Auch dies ist ein überzeugendes Ergebnis des Münchener Parteitages. Wenn Erhard Eppler als Zukunftsaufgaben der SPD die Harmonisierung der Ökonomie und Ökologie sowie die Entwicklung eines neuen Sicherheitskonzeptes nannte, so ist dies noch zu ungenau, um daraus Prognosen für die künftige Orientierung der SPD abzuleiten. Der SPD-Parteitag in München hat es vermieden, die Erfolgsursachen des Neokonservatismus, immerhin eine der erfolgreichsten, massenfähigen Strömungen der Gegenwart, ernsthaft zu analysieren.

Deshalb fehlte es auch an überzeugenden Aussagen darüber, wie künftig prinzipiell die Beziehung zwischen dem Sozialstaat und der Wirtschaft gestaltet werden soll. Um Frankreichs neuen Wirtschaftssozialismus schlug der Parteitag in München einen großen Bogen. Was heißt „neues Sicherheitskonzept“ (Eppler)? Soll das bisher gültige Bündnis-Konzept der NATO in Frage gestellt werden? Was wird an seine Stelle treten? So blieb manches unbestimmt, vage und mißdeutbar.

Warum genügen der FDP taktische Manöver? Warum kann die CDU/CSU ohne jedes eigenständige Profil so hohe Ergebnisse bei den Meinungsumfragen erreichen? Liegt dies allein am Zustand der SPD? Darüber melancholisch zu sinnieren, wird der SPD nicht weiterhelfen. Ich habe in München zur Frage eines neuen Aufbruches weiter gefragt: Wo ist

vorn? Wie ist vorn? Wann ist vorn? Diese Fragen werden bleiben. Wie wird der neu gewählte Vorstand sie beantworten? Es gibt in der Bundesrepublik eine breite, progressive Mitte, besonders jenseits der emotional geprägten Bewegungen. Diese progressive Mitte wartet darauf, daß die SPD den Mut hat, neue Zeichen für die Zukunft zu setzen. Der Ruf nach einer „Godesberger Erneuerung“, der in München verdrängt worden ist, wird bleiben.

Heinz Junker: An Kompromissen geht kein Weg vorbei

Einmal mehr hat ein Parteitag der Sozialdemokraten die von der CDU/CSU und in vielen Medien verbreitete Erwartung widerlegt, daß nun die hoffnungslose Zerstrittenheit offenbar werde. Ebenso widerlegt wurde die ständige Behauptung des Herrn Kohl, Helmut Schmidt sei ein Kanzler ohne Partei.

Das Ergebnis des Parteitags ist aber nicht nur als Antwort auf diese Hoffnungen und Erwartungen zu begrüßen. Die SPD hat darüber hinaus bewiesen, daß sie immer noch ihrem Lebensgesetz gerecht wird. Dies besteht darin, daß eine Volkspartei vom Zuschnitt der SPD, die mehr als die Hälfte des politischen Spektrums in einer Partei vereinigen will, zwangsläufig Meinungsvielfalt beinhalten muß. Sie muß und sie wird Flügel haben. Handlungsfähig und regierungsfähig bleibt sie aber nur dann, wenn sie Kompromisse findet, die von einer breiten Mehrheit getragen werden. Sie lebt immer in der Gefahr, dieses Ziel zu verfehlen, weil Kompromisse nun einmal nicht populär sind. Es geht aber kein Weg daran vorbei – auch dann nicht, wenn man zwei, drei oder vier linke Parteien hätte. Dann brauchte man den Kompromiß innerparteilich nicht so sehr. Er wäre aber unausweichlich, wenn man etwa nach Wahlen ein Regierungsbündnis dieser linken Parteien schließen wollte.

Eine Partei wie die SPD würde damit nicht leben können, wenn Flügel sich gegenseitig zu überwältigen versuchten. Bei knappen Mehrheiten, etwa 51:49, gäbe es keine Sieger mehr, sondern nur noch Verlierer. Es gäbe sie vor allem deshalb, weil die Wähler, zum großen Teil unbewußt, immer nach Sicherheit streben. Der Mensch ist nicht so konstruiert, daß er lange in Unsicherheit leben könnte.

In problemgeladenen Situationen tritt dieses Bedürfnis verstärkt auf. Ihm muß das „Erscheinungsbild“ der Partei gerecht werden. Mit vielen Zungen reden – das bringt nicht vielen Wählern etwas; es reduziert ihre Zahl, wie die letzten Wahlen beweisen.

Der Parteitag ist diesen Notwendigkeiten gerecht geworden. Nun wird es darauf ankommen, mit dem Pfunde zu wuchern, d. h. seine Ergebnisse in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Nur durch einheitliches Reden und Handeln auf der Basis der gefaßten Beschlüsse, orientiert an Ängsten, Hoffnungen und Bedürfnissen der Menschen, können wir teilweise verlorengegangenes Vertrauen wiedergewinnen. Nur so können wir aus dem Papier der Be-

Karl Benke, Vorsitzender des SPD-Bezirks
Weser-Ems
Dr. Jürgen Böddrich, Vorsitzender des SPD-
Bezirks Südbayern
Bruno Friedrich, Vorsitzender des SPD-Bezirks
Franken
Willi Görlach, Vorsitzender des SPD-Bezirks
Hessen-Süd
Rudolf Hauck, Vorsitzender des SPD-Bezirks
Braunschweig
Hermann Heinemann, Vorsitzender des SPD-
Bezirks Westliches Westfalen
Günther Jansen, Vorsitzender des SPD-Landes-
verbands Schleswig-Holstein
Heinrich Junker, Vorsitzender des SPD-Bezirks
Ostwestfalen-Lippe
Konrad Kunick, Vorsitzender der SPD-Landes-
organisation Bremen
Ulrich Lang, Vorsitzender der SPD-Landtags-
fraktion und des SPD-Landesverbands Baden-
Württemberg
Dr. Fritz Riege, Stellvertretender Vorsitzender
des SPD-Bezirks Hannover
Dr. Helmut Rothemund, Vorsitzender der SPD-
Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbands
Bayern
Günter Schlatter, Vorsitzender des SPD-Bezirks
Mittelhhein
Hans Schwaltzer, Vorsitzender des SPD-Bezirks
Rheinland/Hessen-Nassau
Peter Ulrich, Vorsitzender des SPD-Landesver-
bands Berlin
Dr. Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-
Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

schlüsse politische Bewegung machen – und auf diese kommt es an.

Revisionsbedürftig am Parteitagsergebnis ist allerdings wohl die Sprache. Sie war zu sehr die Ausdruckswiese von Experten. Vom „Moratorium“ bis zum „Neo-Konservatismus“ darf man bezweifeln, ob das alles Gegenstand des Alltagslebens von Millionen von Wählern ist. Wie bildhaft hat doch J. K. Galbraith den „Neo-Konservatismus“ in den USA mit der „Pferd- und Spatzen-Theorie“ beschrieben: In das Pferd (die Reichen) muß man vorn soviel Hafer (Steuersenkungen, Subventionen) hineinstopfen, daß hinten noch ein paar Körnchen (soziale Leistungen, Beschäftigung) für die Spatzen (die Armen) herausfallen.

Peter Ulrich: Ein Stück Befreiung

Der Bundesparteitag hat meine Erwartungen bei weitem übertroffen. Ich bekenne, daß ich mit großer Skepsis nach München gefahren bin. Allzu widersprüchlich waren die Erwartungen in Partei und Öffentlichkeit. München war dann ein Stück Befreiung aus der monatelangen quälenden Unsicherheit, die das Bild der Partei nach innen und außen prägte.

Entscheidend für diese Entwicklung des Münchener Parteitages war zweierlei:

1. Eindeutige Sachentscheidungen nach leidenschaftlicher, aber fairer Diskussion haben der Partei wieder klare Konturen gegeben.
2. Gerade in den kontroversen Debatten wurde der solidarische Wille und die Fähigkeit zum Miteinander deutlich.

Zahlreiche Beobachter haben mir bestätigt, daß gegenwärtig wohl keine andere Partei in unserem Staat mit solchem Ernst, mit solcher Sachkunde und politischer Kraft die wesentlichen Fragen unserer Zukunft diskutieren und Antworten finden kann. Gerade weil die Fragen, vor denen wir in diesem Jahrzehnt stehen, keine schnellen Antworten und Patentrezepte zulassen, war die Art ihrer Behandlung auf dem Parteitag so überzeugend. Niemand sprach dem Andersdenkenden die Lauterkeit seiner Motive ab. Niemand kam mit dem Anspruch nach München, allein die richtigen Antworten zu kennen. Jeder war bereit zuzuhören. Daraus entstand ein Klima solidarischer Diskussion.

Der Parteitag hat es darüber hinaus fertiggebracht, seine Beratungen im wesentlichen auf die überragenden Probleme der Zukunft zu konzentrieren: Friedenssicherung, Überwindung der Arbeitslosigkeit und Energiepolitik. Gerade die Entscheidungen zur Friedenspolitik beweisen Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Die Beschlüsse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit markieren kein „Zurück hinter Godeberg“, wie manche behaupten. Sie können Bausteine für eine Politik sein, die mittelfristig die Geißel der Arbeitslosigkeit beseitigt. In der Energiepolitik schließlich zeugen die Kontroversen um die Kernenergie und die Entscheidungen des Parteitages, daß die Optionen nicht unbeschränkt offen bleiben können. Das zentrale Problem der Entsorgung muß bald gelöst werden.

München kann der Partei Kraft geben, aus dem Tief herauszufinden. Der Parteitag allein freilich kann dies nicht schaffen. Er hat einen vorher nicht zu erwartenden Beitrag geleistet. Nun dürfen die Konturen der SPD nicht erneut verschwinden. Die Diskussionen werden weitergehen. Nach außen aber muß die neu gefundene Geschlossenheit in der Argumentation tragen. Die Chancen dafür sind nach München besser als zuvor.

Rudolf Hauck: Lebendig, verantwortungsbewußt, engagiert

Der Parteitag in München kann für die SPD ein Parteitag des Aufbruchs werden, wenn die Gesamtpartei die in der Beschäftigungs-, Energie- und Sicherheitspolitik gefaßten Mehrheitsbeschlüsse anerkennt und geschlossen nach außen vertritt. München hat gezeigt, daß die SPD eine lebendige Partei ist, die sich verantwortungsbewußt und engagiert mit den drängenden Problemen unserer Zeit auseinandersetzt. Das leidenschaftliche Ringen um die bestmögliche Lösung zur Überwindung der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten zeichnet eine Partei eher aus als sterile Einheitsdiskussionen oder die ständigen Angst- und Verunsicherungskampagnen der Unionsparteien.

Entscheidend wird weiter sein, daß der in München bekräftigte politische Führungsanspruch durch klare und überzeugende Leistungen der Bundesregierung glaubwürdig vollzogen wird. Bei Koalitionskom-

promissen muß die sozialdemokratische Grundposition besser als bisher zur Geltung kommen und dargestellt werden.

Leider sind die drängenden Organisationsfragen auch in München nicht so gründlich behandelt worden, wie ich es für notwendig halte. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, die Partei von unten her zu stärken. Sonst wird es schwer werden, das Vertrauen der Wähler wiederzugewinnen. Das gilt nicht zuletzt für die Kommunalpolitik, die seit der Regierungsübernahme auf Bundesebene innerhalb der Gesamtpartei an Stellenwert verloren hat. Das kann man deutlich an dem starken Verlust unseres Einflusses in Gemeinden, Städten und Landkreisen erkennen.

Aus der Talschle kommen wir nach meiner Überzeugung nur dann heraus, wenn sich der „Aufbruch von München“ auf allen Ebenen der Partei – in den Kommunen, den Ländern und dem Bund – fortsetzt.

Helmut Rothmund: Zur sozialliberalen Koalition gibt es keine Alternative

Der Parteitag in München hat die eigene Position der SPD deutlich gemacht, insbesondere in der Frage der Beschäftigungspolitik und ihrer Finanzierung. Er hat zum anderen in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses die Entscheidung des Parteitages in Berlin bekräftigt. Beide Beschlüsse sind richtig und werden dazu beitragen, das Erscheinungsbild der Partei zu verbessern, zümal die faire Art der Diskussion in der strittigen Frage des NATO-Doppelbeschlusses zeigt, daß die Solidarität im Umgang miteinander wächst. Bedauerlich ist, daß die auf eine Stärkung des Parteirats gerichteten Anträge des Vorstands zurückgezogen werden mußten. Der Parteitag hat gezeigt, daß er mit der Fülle der Anträge nicht fertig werden kann. Der Gedanke, den Parteirat durch Übertragung von Entscheidungsbefugnissen zu stärken, sollte deshalb nicht aufgegeben werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die Zahl der „geborenen“ Mitglieder des Parteirats auf ein Minimum beschränkt wird.

Die SPD muß die in München gefaßten Beschlüsse so geschlossen wie möglich nach außen vertreten und davon so viel wie möglich in der Regierung durchzusetzen versuchen. Was das letztere angeht, werden Kompromisse unvermeidlich sein und man-

ches wird sich überhaupt nicht durchsetzen lassen. Die SPD muß auf der anderen Seite sichtbar machen, daß sie zur Regierung der sozialliberalen Koalition steht, weil es zu ihr nicht nur keine Alternative gibt, sondern weil sie nur in der Regierungsverantwortung ihrem Wählerauftrag gerecht werden kann. Nur so wird die SPD aus dem Tief, in dem sie sich befindet, herauskommen, aber nicht dadurch, daß sie Minderheiten nachläßt.

Fritz Riege: Parteitag des Aufbruchs?

Um Geschlossenheit zu demonstrieren, haben wir uns alle zusammengerissen und bei den Beschlüssen zur Arbeit und zur Wirtschaft auch zusammengefunden. Wie andere Bezirke kamen wir Hannoveraner aber mit unseren Anträgen zur Sicherheits- und Energiepolitik nicht voll zum Zuge, denn die Parteitagsmehrheit hatte Sorge, darüber Regierung und Handlungsfähigkeit zu verspielen. Reichskanzler Müller schien in München ebenso anwesend wie der Bundeskanzler. An seinem historischen Beispiel verblaßte der Wunsch nach neuen und risikoreichen Politikformeln.

Neuansätze blieben nur schemenhaft: So als Egon Bahr über eine neue „Sicherheitspartnerschaft von Ost und West“ zur Ablösung der Abschreckungsdoktrin sprach, so bei einigen Formulierungen zur Technologie- und Strukturpolitik, so beim Ruf nach mehr SPD-Engagement in der Politik für Städte und Gemeinden.

Signale an die Jugend oder an neue Bürgerbewegungen blieben aus. Die Ablehnung des Stationierungsaufschubes bei eurostrategischen Waffen erleichtert nicht den Dialog mit Jugend und Friedensbewegung.

Vielleicht konnte München auch nicht Sammlung und Neuorientierung der Partei zugleich leisten, überwogen doch die Gesichter derer, die schon jahrelang als Delegierte Parteitage mitgestalten. Junge Mitglieder und Frauen begegneten uns mehr auf den Rängen der Olympiahalle und auf dem (gegenüber Kirchentagen) kleinen „Markt der Möglichkeiten“. An ihn knüpfte ich große Hoffnungen für unsere SPD-Vertrauensarbeit. Zum nächsten „Markt“ regte ich gezielte Aktionen und mehr Musikgruppen während der Pausen des Parteitages an.

Zusammenfassend: Ansätze für eine neue Politik der Zukunftsbewältigung waren zwar zu erhaschen, es überwog jedoch ein Festhalten an bewährtem Regierungshandeln – wenn auch mit Kritik an allzu großer Nachgiebigkeit gegenüber der FDP.

Den Parteitag des Aufbruchs werden wir wohl auch erst dann erleben, wenn der gastgebende Unterbezirk und nicht CSU oder CDU mit Plakaten das Stadtbild des Parteitagortes bestimmen.

Ulrich Lang: Integrationsarbeit beharrlich fortsetzen

Der Münchener Parteitag war ein Integrationsparteitag. Willy Brandt hat dazu schon lange vor dem Parteitag große Anstrengungen unternommen und diese haben sich nun bezahlt gemacht. Die Sozialdemokraten sind näher zusammengerückt. Das war auch dringend nötig, weil nur eine geeinte und geschlossene SPD die konservative Gegenreform stoppen und die Politik des inneren, des sozialen und des äußeren Friedens im Volke mehrheitsfähig machen kann. Ich selbst habe diesen Integrationskurs nicht nur zu meinem Anliegen in der badenwürttembergischen SPD gemacht, sondern mich auch an den bundespolitischen Integrationsbemühungen Willy Brandts für meinen Teil beteiligt.

Wichtig ist jetzt, daß die Integrationsarbeit beharrlich fortgesetzt und innerparteilich zunächst einmal der Konsens gesucht wird. Die SPD darf niemals zu einer Partei der sogenannten „schweigenden Mehrheiten“ werden, die SPD muß immer auch die Kontroversen der Gesellschaft in sich aufnehmen und sie dann zum gesellschaftlichen Konsens führen. Damit sozialdemokratische Wege das Vertrauen unseres Volkes finden, ist nach der kontroversen Diskussion in der Partei eine klare Aussage nötig, mit der wir dann Orientierung geben können.

Der Münchener Parteitag hat den Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung den Rücken gestärkt. Der Bundeskanzler kann aus diesem Parteitag Kraft und Mut schöpfen. Auch dieses war für den zukünftigen politischen Kurs unseres Landes ganz wichtig. Wir Baden-Württemberger haben dazu einen Beitrag geleistet, weil wir Helmut Schmidt auch für die schwierigen internationalen Auseinandersetzungen z. B. mit der Reagan-Administration, für die

innenpolitischen Auseinandersetzungen mit der konservativen Gegenreform, aber auch mit dem Koalitionspartner stärken wollten.

Ich schreibe dieses in dem Bewußtsein, daß es zwischen Partei und Regierung immer ein fruchtbares Spannungsverhältnis geben muß. Ich fand es sehr wichtig, daß der Bundeskanzler in seiner Münchner Rede betonte: „Deshalb darf unsere Partei, die doch auf Reform des Bestehenden abzielt, sich nicht auf Erklärung und Verwaltung des Bestehenden beschränken. Sie muß Vordenker für zukunftsrichtige Sachlösungen sein. . . Sie darf sich nicht an einem geistigen Schlepptau der Regierung festmachen. Sie darf sich als Gesinnungs- und Gefühls- und Geschichts-Gemeinschaft nicht ausschließlich dem Kalkül der tagespolitischen Zweckmäßigkeit anheimgelassen.“

Der Münchener Parteitag hat klar das Arbeitnehmerprofil der SPD herausgearbeitet; ein Anliegen, das die baden-württembergische SPD ebenfalls mit voller Kraft verfolgt. Auch aus diesem Grunde hat der Landesvorstand seine Gastdelegiertenmandate diesmal ausschließlich an Arbeitnehmervertreter vergeben.

Der Bundesparteitag hat richtungweisende Beschlüsse zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gefaßt. Dabei haben die baden-württembergischen Delegierten, und hier vor allem Wolfgang Roth, Dieter Spöri und Franz Steinkühler ganz wesentlich dazu beigetragen, daß der auf die FDP zugeschnittene Leitartikel des Bundesvorstandes wesentlich verändert und nun ein wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Konzept mit klarer sozialdemokratischer Handschrift beschlossen wurde. Aus unserem baden-württembergischen Antrag sind insbesondere die Abschnitte zur „Wirtschaftsdemokratie“, zur Warnung vor einer „Brüningschen Sparpolitik mit sozial ungerechten Komponenten“ bei der Verabschiedung der Haushalte 1983 bei Bund, Ländern und Gemeinden, der Abschnitt zu den Zukunftsinvestitionen im Bereich des Umweltschutzes, der Stadterneuerung, der Energieeinsparung usw. und die Finanzierungsvorschläge für dieses Programm in den dann beschlossenen Antrag aufgenommen worden.

Der Bundesparteitag hat in der Friedens- und Abrüstungspolitik klare sozialdemokratische Akzente gesetzt. Der Leitartikel des Parteivorstandes ist nach einigen sachlichen Präzisierungen mit großer Mehrheit beschlossen worden. Ich selbst hatte in einer Landesvorstandssitzung zusammen mit unseren Delegierten unmittelbar vor dem Parteitag diesen Weg

empfohlen, weil ich glaube, daß der von Egon Bahr ausgearbeitete Leit Antrag die wirkungsvollste Friedens- und Abrüstungspolitik betreibt. Aus diesem Grunde habe ich auch den baden-württembergischen Delegierten vorgeschlagen, den Aalener Beschluß insofern fortzuschreiben, als die Prüfung des NATO-Doppelbeschlusses nicht in München, sondern auf dem elgens hierzu von Willy Brandt vorgeschlagenen Parteitag 1983 im Lichte der bis dahin in Genf erzielten Verhandlungsergebnisse erfolgen soll.

Allerdings haben die baden-württembergischen Delegierten auf dem Parteitag auch verlangt, daß 1983 nicht nur über den Doppelbeschluß erneut beraten, sondern über die gesamte sicherheitspolitische Verteidigungsstrategie der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten diskutiert wird. Wir haben auf dem Bundesparteitag mit dem Antrag I 19 verlangt, daß der Parteivorstand eine Kommission einsetzt, die bis 1983 insbesondere folgende Strategien klärt:

- Welche Schritte sind erforderlich, um den Gefahren einer Regionalisierung eines Krieges auf Mitteleuropa mit sicherheitspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen wirksam zu begegnen?
- Welchen sicherheitspolitischen Zusammenhang gibt es zwischen den Plänen eines Ausbaus der britischen Nuklearverteidigung und dem amerikanischen Vorhaben des Ausbaus der Mittelstreckenraketenbewaffnung auf Schiffen und dem militärischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses? Gibt es angesichts dieser Entwicklungen überhaupt noch eine Notwendigkeit für gesonderte eurostrategische Systeme, bzw. welche Möglichkeiten einer Stationierung eurostrategischer Systeme auf Schiffen ergeben sich aus diesen veränderten Entscheidungsbedingungen?
- Welche Möglichkeiten gibt es zur Schaffung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen in Europa, und welche Schritte sind geeignet, diesem Ziel näher zu kommen?
- Welche sicherheitspolitischen Schritte sind erforderlich, um auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen seitens der NATO verzichten zu können?
- Welche Möglichkeiten einer Verbesserung der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an nuklearstrategischen Entscheidungen gibt es, die unser Land unmittelbar betreffen?
- Welche Möglichkeiten zur Verbesserung der westeuropäischen Zusammenarbeit innerhalb der NATO gibt es, um einen gemeinsamen westeuropäischen Verteidigungsbeitrag innerhalb der NATO leisten zu können?

- Sind die laufenden Beschaffungsprogramme der Bundeswehr unserer Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren gewachsen (Akzeptanzkrise, Kostenexplosion, Rekrutierungskrise)? Welche Weiterentwicklung der bewährten Wehrstruktur der Bundeswehr ist notwendig, um der Kostenexplosion, der Übertechnisierung der Streitkräfte und der zu erwartenden Abnahme der Zahl der Wehrpflichtigen Rechnung zu tragen? Wie sind die mehr konventionellen Modelle einer Raumverteidigung zu bewerten, welche Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung gibt es?
- Wie sind die Vorschläge für eine mehr europazentrierte Abrüstungsinitiative zu beurteilen, und welche Konzeptionen sind im Bereich der KAE und der MBFR für eine wirkungsvolle europäische Abrüstung zu verfolgen?
- Welche Chancen bestehen für deutsch-deutsche Abrüstungsinitiativen?

Dieser Initiativantrag war unser spezieller Beitrag zum Münchner Parteitag. Er war gerade auch deshalb notwendig, weil so angesehene amerikanische Persönlichkeiten wie Edward Kennedy, George Kennan u. a. die Strategiefragen zu Recht erneut aufgeworfen haben.

Einige Sozialdemokraten auch in Baden-Württemberg werden mit den Beschlüssen zur Friedens- und Abrüstungspolitik deshalb nicht zufrieden sein, weil Erhard Epplers Vorschlag, ein Moratorium für die Mittelstreckenraketen zu beschließen, keine Mehrheit auf dem Parteitag gefunden hat. Auch wenn ich selbst gegen dieses Moratorium war, möchte ich hier ausdrücklich betonen, daß dieses kein Zielstreit war, sondern eine Diskussion über die richtigen Wege. Auch daß so klare Mehrheiten gefunden wurden, halte ich für wichtig, weil ich nicht glaube, daß wir bei der Bevölkerung unser Friedenspolitisches Vertrauen gestärkt hätten, wenn es zu einer Quasi-Halbierung des Parteitags bei der Abstimmung gekommen wäre. Vor allem aber: Sozialdemokraten stehen geschlossen für eine Erhaltung und Fortführung der Entspannungspolitik. Diese ist Voraussetzung für jeden Erfolg in der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Wir müssen diese Priorität mehr als in den vergangenen Monaten verdeutlichen.

Aus baden-württembergischer Sicht können wir sehr zufrieden mit der Tatsache sein, daß alle von uns für den Parteivorstand vorgeschlagenen Kandidaten bereits im ersten Wahlgang gewählt worden sind. Der Bundesparteitag hat aus Baden-Württemberg Herta Däubler-Gmelin, Erhard Eppler, Volker Hauff und Wolfgang Roth in den Parteivorstand gewählt.

Diese Ergebnisse beweisen den Stellenwert, den die baden-württembergischen Sozialdemokraten in der Gesamtpartei haben.

Mein Fazit zu diesem Parteitag ist also durchaus positiv. Ich glaube, daß wir rechtzeitig erkannt haben, um was es jetzt in unserer Republik geht und daß die Sozialdemokraten nun entschlossener kämpfen werden. Wir baden-württembergischen Sozialdemokraten wollen uns bemühen, für die inhaltlichen Ergebnisse des Münchner Parteitags nun das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

Jürgen Böddrich: Ergebnisse des Parteitags umsetzen

Der Verlauf des Parteitags in München hat gezeigt, daß die SPD in der Lage ist, von der Mitte aus die Probleme unserer Gesellschaft neu aufzugreifen. Es gab in den Zielvorstellungen eine breite Übereinstimmung der Delegierten; dort wo unterschiedliche Wege zum gemeinsamen Ziel diskutiert wurden, blieb diese Diskussion sachlich auf hohem Niveau und ohne verletzend menschliche Angriffe. Für die Stammwählerschaft der SPD bedeutet dieser Parteitag eine Stabilisierung.

Ich habe allerdings Befürchtungen, daß Teile der kritischen jüngeren Generation den vorgezeichneten Weg nicht mit uns gehen werden. Im Bereich dieser Gruppe hat die SPD eine zentrale Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir dürfen den Dialog nicht abreißen lassen. Von zentraler Bedeutung wird es für die Partei sein, ob die Ergebnisse dieses Parteitags in reale Politik umgesetzt werden können.

Wir müssen in der Zukunft noch mehr als bisher verdeutlichen, daß der soziale Friede nur über den Fortbestand sozialdemokratischer Vorstellungen in der Sozialpolitik gewährleistet ist. Außerdem müssen wir im Bereich des Umweltschutzes deutlich sichtbar machen, daß auch hier die Zukunft unseres Landes bei den Sozialdemokraten in guten Händen ist. Dies geht aber nicht über Beschlußpapiere, sondern über aktives Handeln der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und der Länderregierungen, die wir stellen. Es ist unsere Hauptaufgabe, den Mitbürgern die politischen Konsequenzen einer Machtübernahme durch die neokonservative Rechte zu verdeutlichen.

Konrad Kunick: Mit den Parteitagsbeschlüssen argumentieren

Ganz entgegen den Voraussagen unserer Gegner und der interessierten Medien hat sich auf dem Münchner Parteitag keine tiefe Zerrissenheit der SPD gezeigt. Vielmehr wurden die geistigen Grundlagen der Partei gestärkt, ihre über die Zeitprobleme hinauszielenden Grundsätze und – ohne Distanzierung zur Bonner Koalition – das Eigengewicht sozialdemokratischen Wollens betont.

Mit den Beschlüssen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik haben wir Sozialdemokraten deutlich gemacht, welche Ziele wir verfolgen und welche Maßnahmen wir zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ergreifen wollen. Dieses ist wichtig, nachdem wir bei den vergangenen Maßnahmen der Bundesregierung erfahren mußten, daß das reine Vertreten von Regierungskompromissen die Wählerschaft verunsichert, so als wären Sozialdemokraten angetreten, um z. B. das Kindergeld zu kürzen. Es hat an Loyalität gegenüber dem Bundeskanzler in der Vergangenheit keineswegs gefehlt, auch wenn das vor dem Bundesparteitag gelegentlich in Bonn behauptet wurde.

Die nun gefaßten wirtschaftspolitischen Beschlüsse sind von der nötigen Deutlichkeit: Um sie zu verwirklichen, müssen wir dem Koalitionspartner FDP von der Basis der Bevölkerung und der Gewerkschaften her deutlich machen, daß diese von Genscher und Lambsdorff abgelehnte Linie Unterstützung aus der Bevölkerung hat. Deshalb gilt es mit den Parteitagsbeschlüssen in der Öffentlichkeit zu argumentieren und nicht etwa zu handeln nach dem Motto „Beschllossen und vergessen“.

Die rüstungspolitische Debatte und die gefaßten Beschlüsse des Parteitages sehe ich – wir Bremer hatten uns auf die Linie von Oskar Lafontaine verständigt – ganz optimistisch. Einerseits hat der Bundesparteitag dem Kanzler den Rücken frei gehalten, den Großmächten gegenüber auf Erfolg der Genfer Verhandlungen zu drängen, andererseits wird die Linie der Parteilinken – Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses – von einer breiten Mehrheit der Partei getragen, die jedoch zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Positionsfestlegung noch nicht mittragen konnte.

Bedauerlich ist, daß der Beitrag der Jungsozialisten, der Falken und des AWO-Jugendwerkes mit ihrer beeindruckenden Demonstration vor Beginn des Parteitages nicht stärker auf diesem Parteitag ge-

würdigt worden ist. Daß vor unserem Parteivorstand bereits diese Jugendorganisationen im Konzentrationslager Dachau der Opfer des Nationalsozialismus mit einer großen Demonstration und Kranzniederlegung an der Gedenkstätte gedacht hatten, hätte für mein Empfinden in der Olympiahalle als ein wichtiges Stück Gemeinsamkeit verdeutlicht werden sollen.

Hauptaufgabe in der vor uns liegenden Zeit? Heraus aus den Ortsvereinsstuben, hinein in die Bevölkerung, in die gesellschaftlichen Gruppen, überall dorthin, wo die Menschen sind, die uns wählen sollen, und deutlich machen, daß wir es sind, die „unser Volk vor dem Fluch der einfachen Lösungen bewahren“ können. (These 1 der „Feststellungen“ von Willy Brandt)

Hans-Jochen Vogel: Ein Stück Meinungsführerschaft zurückgewonnen

Selten ist ein SPD-Parteitag mit solcher Aufmerksamkeit und so unterschiedlichen Prognosen erwartet worden wie der, der in München zu Ende ging. Während die einen – und das war nicht gerade die Minderheit der beobachtenden Kommentatoren – voraussagten, die Partei werde ihre Schwierigkeiten noch vermehren und sich endgültig zerstreiten, waren die anderen der Meinung, es würde der SPD einmal mehr gelingen, in einer kritischen Situation zusammenzurücken und das Tief der letzten Monate zu überwinden.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Optimisten haben Recht behalten. Gewiß: Vor der Partei liegt noch eine lange Wegstrecke voller Probleme und Hindernisse. Die Gefahr plötzlicher Bedrängnisse ist noch keineswegs gebannt. Aber der Parteitag hat das geleistet, was er überhaupt zu leisten vermochte. Er hat Entscheidungen zur Sache und zur Person getroffen; er hat in vielerlei Beziehungen die Atmosphäre gereinigt; und er hat der Partei ein Stück der Meinungsführerschaft zurückgegeben, ohne die das Vertrauen der Wählerschaft nicht zurückgewonnen werden kann.

Das gilt für die drei großen Themen, die den Parteitag beherrschten. In der Sicherheits- und Friedensfrage ist der Beschluß des Berliner Parteitages in seiner Substanz bestätigt worden. Es ist die Auffassung klar in der Mehrheit geblieben, daß jede substantiel-

le Änderung innen- und außenpolitisch zusätzliche Unsicherheit schaffen, die Entwicklung unberechenbarer machen und uns des konstruktiven Einflusses berauben würde, den Helmut Schmidt bisher – übrigens gerade auch auf dem Hintergrund der deutschen und internationalen Friedensbewegung – auf das Zustandekommen und den Fortgang von Verhandlungen nehmen konnte. Und völlig unstrittig war, daß dieser Einfluß auch künftig genutzt werden muß, um zunächst zu einem Ende des Rüstungswettlaufes der Weltmächte und dann zur Verminderung der nuklearen Waffen beizutragen. Bestätigt wurde auch, daß es keinen Automatismus der Stationierung geben kann, sondern daß der Verhandlungsstand im Herbst 1983 neuorlich geprüft werden muß.

In der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hat der Parteitag sozialdemokratische Positionen deutlich markiert. Diese Position unterscheidet sich von dem konservativen Konzept, das in Großbritannien die Schwierigkeiten dramatisch verschärft hat. Sie unterscheidet sich ebenso von dem Konzept der Union, dessen erkennbare Elemente eine bemerkenswerte Nähe zur Politik von Frau Thatcher aufweisen. Auch zwischen den Vorstellungen der FDP und dem Beschluß des Parteitages bestehen nicht zu übersehende Unterschiede, in welchem Umfang der Staat auch im wirtschaftspolitischen Bereich und insbesondere bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit zum vollen Engagement und zum Einsatz seiner verfassungsmäßigen Möglichkeiten verpflichtet ist. Entgegen manchen Kommentaren und Darstellungen ging den Entscheidungen des Parteitages keine Rechts-Links-Kontroverse und erst recht keine ideologische Kontroverse voraus. Die verschiedenen Anträge wichen vielmehr nur in Nuancen voneinander ab.

In der Kernenergiefrage hat die Mehrheit des Bundesparteitages die ursprüngliche Fassung des Leit-antrages des Parteivorstandes wiederhergestellt. Die SPD ist also der Auffassung, daß unter sehr strengen Voraussetzungen auch künftig mit dem Bau eines neuen Kernkraftwerkes begonnen werden kann. Der Zeitpunkt, zu dem endgültig über die Schließung der einen oder anderen Option entschieden werden muß, ist aber mit Sicherheit ein Stück näher gerückt. Auch hat sich die Bedeutung des Entsorgungsproblems noch weiter in den Vordergrund geschoben.

Die Personalentscheidungen sind ebenfalls mit großer Mehrheit getroffen worden. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Johannes Rau als Parteispitze und auch Peter Glotz als Bundesgeschäftsführer haben gute und in sich schlüssige Mehrheiten erhalten. Und bei der Wahl der Vorstandsmitglieder insgesamt

gab weniger die Richtungsnähe als die Kooperationsfähigkeit des Gremiums den Ausschlag. Zu bedauern ist, daß sich die Zahl der Frauen im Vorstand um eine vermindert hat. Das muß beim nächsten Parteitag korrigiert werden.

Noch etwas war bemerkenswert. Nämlich das starke Echo, das die Einladung an Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften fand, ihre Vertrauensarbeit auf dem Parteitag im Rahmen einer Ausstellung darzustellen. Über 70 Gruppen haben sich an dieser Ausstellung beteiligt. Vier von ihnen wurden mit dem Wilhelm-Dröschler-Preis ausgezeichnet. Die Ausstellung hat gezeigt, was an Leben, an Aktivität, an Phantasie, an praktischer Solidarität, an Hilfsbereitschaft – ja, man darf wohl sagen, an politischer Kultur – in der Partei steckt. Und daß die Sozialdemokratische Partei eben nicht nur eine intellektuelle Zweckverbindung ist, sondern auch eine Geschichts-, Gefühls- und Gesinnungsgemeinschaft, die ihren Mitgliedern Halt und Orientierung gibt. Der Parteitag von München hat es leichter gemacht, daß die Partei dies auch in Zukunft zu leisten vermag.

Hans Schweitzer: Im Ergebnis positiv

Der Parteitagsverlauf wird von mir im Ergebnis positiv beurteilt. Es gelang in den drei Kernbereichen Beschäftigungsprogramm, Kernenergie und Sicherung des Friedens nach ausführlicher, von großer Fairneß und Sachlichkeit getragener Diskussion, eindeutige Mehrheiten zu gewinnen und damit einen Schlußstrich unter geführte Auseinandersetzungen im Vorfeld des Parteitages zu ziehen.

Die Rede des Parteivorsitzenden Willy Brandt zeigte ein bemerkenswertes Engagement und den Willen sowie die Fähigkeit zur Integration innerhalb der Partei. Helmut Schmidt machte als von der Partei mit der Staatsführung beauftragter Kanzler die Grenzen zwischen Partei und Staatsführung deutlich und erkannte ausdrücklich das Recht der Partei an, ohne Rücksicht auf das in der Koalition Machbare den eigenen Standort festzulegen und sozialdemokratische Perspektiven zu verdeutlichen, ja er ermunterte geradezu dazu.

Die Wahlen zum Parteivorstand mit einer spiegelbildlichen Zusammensetzung der Parteifügel ermöglichen auch für die Zukunft den offenen Dialog in der SPD und verhindern eine einseitige Entwicklung

in der SPD.

So weit, so gut. Nimmt man die Antragsberatungen und die verabschiedeten Anträge dazu, so kann man diesen Parteitag als „Akt des Aufbruchs“ in schwieriger weltwirtschaftlicher Situation bezeichnen und stolz darauf sein, einen Beitrag zur Lösung innen- und außenpolitischer Probleme geleistet zu haben. Die CDU/CSU vermag in der Geschichte ihrer Parteitage nichts vergleichbares aufzuweisen.

Kritisch anzumerken ist der organisatorische Parteitagsverlauf. Die Halle war ungeeignet und ließ wegen ihrer überdimensionalen Größe keine Stimmung aufkommen. Für die Pausen fehlte es an geeigneten Räumlichkeiten, man konnte sie nur im wörtlichen Sinne „überstehen“.

Für den eigentlich im Vordergrund eines Parteitages stehenden Dialog bot der Parteitagsverlauf zu wenig Raum. Schon zu Beginn eines Tagesordnungspunktes nahm das Präsidium vor der betreffenden Rede bzw. den Berichterstattungen Wortmeldungen in großer Zahl an, wodurch vielfach nicht zu den Ausführungen diskutiert, sondern wohlvorbereitete, mitgebrachte, teilweise halbwissenschaftliche Reden verlesen wurden, wozu man auch nicht Stellung nehmen konnte, weil durch die vorher abgegebenen Wortmeldungen mehr als die zur Verfügung stehende Diskussionszeit voll ausgebaut war. Spätere Wortmeldungen fielen deshalb wegen des Zeitablaufs automatisch unter den Tisch.

Hier sollte der Parteivorstand Überlegungen anstellen, wie bei künftigen Parteitagen der wirkliche Dialog verstärkt werden kann. Wortmeldungen sollten auf keinen Fall vor den Hauptreden oder Berichterstattungen angenommen werden. Parteitags-Starredner sollten bei der Diskussion die gebotene Zurückhaltung üben, vielleicht sollte man auch die Redezeiten sowohl der Hauptredner wie auch der Diskussions Teilnehmer kürzen.

Mehr als 1000 vorliegende Anträge führten letztendlich dazu, daß ca. 500 Anträge unerledigt an den Parteirat überwiesen werden mußten, der wiederum keine ausreichende Kompetenz zur Entscheidung über solche Anträge hat. Hier gilt es für die Parteiorganisation darüber nachzudenken, ob seitenlange Anträge, Parteiprogrammen ähnelnd, überhaupt noch zugelassen werden sollen und inwieweit Anträge, die bereits der Beschlußlage vorausgegangener Parteitage entsprechen und keinerlei Veränderungen anstreben, nicht von vornherein als erledigt betrachtet und den Delegierten in einem gesonderten Antragspaket nur noch informell bekanntgegeben werden mit dem Recht, daß sie bei Unterstützung

durch die für Initiativ-Anträge erforderlichen Unterschriften zur Behandlung zugelassen werden müssen. Überlegungen sollten auch angestellt werden, ob Anträge von Parteigliederungen zur Zulassung auf dem Parteitag die Parteitage der nächsthöheren Organisationsgliederungen – Ortsverein, Unterbezirk, Bezirk – durchlaufen müssen, um die Antragsbasis zu vergrößern und die Zahl der Anträge durch Zusammenfassung gleichlautender Anträge (beispielsweise aus mehreren Ortsvereinen) zu verringern. Ich sehe darin keine Einengung der Demokratie, weil mit Sicherheit solche Anträge auf Unterbezirks- oder Bezirksbasis mehr Beachtung finden, als man dies auf dem Bundesparteitag erwarten kann.

Hauptaufgabe der Partei muß es nun sein, die Beschlüsse des Parteitages innerparteilich umzusetzen und öffentliche Diskussionen mit den Bürgern darüber zu führen. Es gilt deutlich zu machen, daß Einwände und Vorbehalte des Koalitionspartners FDP für die SPD keine Bedeutung haben können, weil es ausschließlich darum geht, für den Wähler erkennbar zu machen, was die SPD tun würde, wenn sie alleine zu entscheiden hätte. Macht die FDP dabei nicht mit, so muß sie die öffentliche Auseinandersetzung zum Sachthema durchstehen, ohne daß gleich die Koalitionsfrage gestellt wird.

Thema Nr. 1 für die SPD in Regierung und Parlament muß sein, so viel wie möglich von den beschlossenen beschäftigungspolitischen Initiativen in die Tat umzusetzen, auch wenn dies nur durch Kompromisse erreichbar sein wird. Die Zahl der Arbeitslosen abzubauen, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern ist eine Aufgabe, die nur die SPD ohne Einschnitte in das soziale Netz lösen kann. Der Parteitagsbeschluß fordert nachdrücklich staatliches Handeln und wehrt sich gegen fortgesetzte Sparrunden.

Das in diesen Tagen vorgelegte Memorandum „Alternative Wirtschaftspolitik“ macht deutlich, daß nur durch eine grundsätzliche Umorientierung der Wirtschaftspolitik mit einem Zukunfts-Investitionsprogramm in den Bereichen Energieumstellung, Wohnungs- und Wohnumweltverbesserung, Umweltschutz, Investitionen, Verkehr und Ausbau der öffentlichen Sozialeinrichtungen die Vollbeschäftigung gesichert werden kann. Wissenschaftler unterstützen damit im nachhinein all das, was wir zuvor auf dem Parteitag dazu und zu noch viel mehr beschlossen haben. Alle Sozialdemokraten in Gemeinden, Ländern und Bund müssen jetzt in die Pflicht genommen werden, damit die Parteitagsbeschlüsse nicht in den Schubladen verstauben.

Hermann Helnemann: Parteitag der intensiven Arbeit

Die von der Presse herbeigeredete Zerreißprobe hat es auf dem Bundesparteitag in München nicht gegeben. Bereits einige Zeit vor dem Parteitag wurden in den Medien die wildesten Spekulationen über den Ablauf des Parteitages angestellt. Das ging vom offen ausgetragenen Streit zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt über die Regierungsmüdigkeit der SPD und einen Ausstieg von Helmut Schmidt aus der Regierungsverantwortung. Das Orakel erwies sich als falsch.

Zwar haben sich Sozialdemokraten vor dem Parteitag untereinander öffentlich attackiert. Auf dem Parteitag wurde jedoch Geschlossenheit gezeigt. Ich hoffe nur, daß diese Geschlossenheit den Parteitag überlebt. Es wäre traurig, wenn in einer demokratischen, derart großen Partei keine unterschiedlichen Vorstellungen zu Sachfragen existierten. Sie sind für die innerparteiliche Diskussion lebensnotwendig. Nur sollte diese Diskussion auch tatsächlich innerparteilich geführt werden und nicht über die Presseorgane erfolgen. Wenn es um die Selbsterstörung der Partei geht, hört meine Verständnisbereitschaft auf. Negative Beispiele für innerparteiliche Auseinandersetzungen haben wir in der Vergangenheit genug gehabt. Die Flügelkämpfe in Berlin und München haben gezeigt, wie schnell die SPD von einer satten Mehrheit in die Opposition gelangen kann. Unser Bezirk hat sich an der Demontage der Partei nicht beteiligt. Ich werde mich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß dies auch in Zukunft im Westlichen Westfalen und im Lande Nordrhein-Westfalen unterbleibt. Allen denen, die Kritik öffentlich geäußert haben, kann ich nur sagen, daß viel mehr Mut dazu gehört, sich mit den Kritisierenden selbst auseinanderzusetzen.

Es war kein Parteitag der gegenseitigen Huldigung und des Überschüttens mit Vertrauensbeweisen, sondern ein Parteitag der intensiven Arbeit und des Verständnisses für andersgerichtete Betrachtungsweisen. Einig waren sich alle, daß die Regierungsverantwortung auf keinen Fall auf die CDU/CSU übergehen darf.

Mit den Beschlüssen zur Sicherheitspolitik ist mit großer Mehrheit die Linie von Helmut Schmidt, Willy Brandt und Egon Bahr bestätigt worden. Die sehr qualifizierten politischen Debattenbeiträge zeigten, daß sich die Partei im Ziel einig war, nur bei der Beschreibung der Wege dorthin bestanden Differenzen.

Ich freue mich, daß der Antrag des Parteivorstandes eine so große Mehrheit gefunden hat. Er deckt sich in wichtigen Aussagen mit dem verabschiedeten Antrag auf unserem Bezirksparteitag im Februar. Es ist ein Beschluß der Vernunft. Hätten wir anders beschlossen, wäre der Sowjetunion der Anreiz genommen, in Genf zu Ergebnissen zu kommen.

In den Beschlüssen zur Energiepolitik wurde die Linie der Bundesparteitage 1977 in Hamburg und 1979 in Berlin bekräftigt. Die Kohlevorrangpolitik und die Grundrichtung „weg vom Öl“ wurden herausgehoben. Auch dieser Antrag deckt sich mit dem Antrag unseres Bezirks. Die große Aufgabe der nächsten Zeit ist das Lösen der Versorgungsfrage. Wenn dies geschehen ist, wird man im Interesse der Umweltpolitik auch an Kernenergie nicht vorbeigehen können.

Sehr erfreut war ich über den großen Raum, den die Diskussion über die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik einnahm. Das sind die Probleme, die unseren Mitgliedern auf den Nägeln brennen und auf die sie zu Recht Antworten erwarten. Hier sind Antworten gefunden worden. Die SPD setzt nicht auf den Monetarismus à la Milton Friedman, die Politik, die von Margaret Thatcher in Großbritannien erfolglos praktiziert wird. Die Kleinen schröpfen, die Großen schmieren, war und ist für uns undiskutabel. Unsere Beschlüsse laufen auf das Gegenteil hinaus. Die Reaktion der CDU/CSU, die von einer dirigistischen Wirtschaftspolitik spricht, war zu erwarten. Ihre Position besteht nur im Angriff. Klare Konturen zur Lösung der Beschäftigungssituation hat sie nicht aufgezeigt, abgesehen von ihrer Forderung nach Kürzungen im Sozialbereich und vom Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes.

Die Vorwürfe der FDP, es herrsche Zerstrittenheit innerhalb der SPD, sind mit dem Parteitag zunichte gemacht. Ihren Angriffen auf die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Beschlüsse, die in der Aussage von Möllemann als ein „Job-killing-Programm“ gipfeln, muß entgegengehalten werden, daß die Partei keine Koalitionsbeschlüsse zu fassen hat. Die SPD muß sagen und hat auch klar gesagt, wie sie es machen würde, wenn sie allein regierte. Auf FDP-Parteitag ist schon so viel beschlossen worden, was von uns auch nicht akzeptiert werden kann.

Nunmehr müßten die Koalitionspartner aufeinander zugehen und einen Konsens finden. Um diese Aufgabe beneide ich Helmut Schmidt nicht. Aber bei der von der FDP immer wieder geäußerten Bereitschaft, an der Koalition festzuhalten, müßte es in kleinen Schritten möglich sein, zu einem einiger-

maßen tragbaren Kompromiß zu kommen. Daß das möglich ist, haben wir bei der Mitbestimmung gesehen.

Auch für die FDP muß klar sein, daß unser Land mehr Gerechtigkeit braucht. Krisen können nicht nur auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Die Schere zwischen Kleinen und Großen darf nicht so weit auseinanderklaffen. Ein Klassenkampf von oben hat auch einen Klassenkampf von unten zur Folge. Sozialdemokraten wollen nicht dies, sondern eine vernünftige Relation.

Johannes Rau hat vor seiner Kandidatur mit einigen seiner Freunde gesprochen und sich die Entscheidung, zum stellvertretenden Vorsitzenden zu kandidieren, nicht leicht gemacht. Ich danke ihm, daß er bereit ist, die Belastungen, die auf ihn als Partei-Vize zukommen, auf sich zu nehmen. Er hat vor seiner Kandidatur deutlich gesagt, daß er sein Amt als Landesvorsitzender von NRW beibehält. Mit ihm zusammen ist in NRW ungeheuer viel geleistet worden. Er wird die Unterstützung vieler in seinem Amt brauchen. Im Land Nordrhein-Westfalen wird er jede Unterstützung erhalten.

Johannes Rau hat Schwerpunkte für sein neues Amt aufgezeigt. Er wird die Landes- und Kommunalpolitik verstärkt in die Diskussion bringen. Gerade die Kommunen wurden in der letzten Zeit etwas vernachlässigt. Ich bin überzeugt, daß er auf dem Gebiet Hervorragendes leisten wird. Für das Land NRW erhoffe ich durch ihn einen stärkeren Einfluß und eine Sensibilisierung für die besonderen Nöte des Landes. Sei es nun in der Stahl- und Textilindustrie oder in der Strukturpolitik. Johannes Rau ist ein Gewinn für die Spitze der Partei. Ich traue ihm zu, daß er eine ausgleichende Kraft in Bonn sein wird.

Günther Jansen: Alle können mit München weiterleben

Willy Brandt umschrieb den Standort der Partei in München mit dem Bild des Wanderers, der sich in einem tiefen Tal befindet und dennoch den Mut nicht verliert, zu neuen Gipfeln aufzubrechen. Die „Münchener Erklärung“ kann eine hilfreiche Wegweisung für einen erfolgreichen Wiederaufstieg sein, wenn wir Sozialdemokraten uns alter Tugenden erinnern und vor neuen Wegen zur Bewältigung der um

uns herum aufgetürmten Probleberge nicht zurückschrecken. Diese beiden Voraussetzungen müssen aber von allen gewollt werden. Und dieses setzt voraus, daß niemand seine persönlichen Interessen über die Interessen der Gesamtpartei setzt.

Beginnen wir bei den alten Tugenden der deutschen Sozialdemokratie: Solidarität und gegenseitige Achtung; Kampfbereitschaft im gemeinsamen Handeln von Parteiführung und breiter Mitgliedschaft; Mut und Wille zur Veränderung bestehender Machtstrukturen. Drei Dinge, die wir Sozialdemokraten so dringend brauchen wie die CDU die alten Herrschaftsstrukturen, Ronald Reagan und die BILD-Zeitung.

Solidarität und gegenseitige Achtung dürfen weder in der Parteispitze noch auf Landes-, Kreis- oder Ortsvereinsebene durch eitle Kompetenzbeharrung, gegenseitige Mißverständnisse oder offensichtlich verschiedenartige Schwerpunktsetzung bei dem Bemühen der Partei und der sozialliberalen Regierung, das Überleben zu sichern, in Frage gestellt werden. In München fanden noch unnötige Riegen-Kämpfe ihren vorläufigen Höhepunkt im völlig überflüssigen „Button-Krieg“ zwischen Egon Frankes sogenannten „Kanälern“ und Willy Piecyks „Jusos“. Beides stand auf rotem Grund: „Wir stehen zum Kanzler“ und „Partei erneuern – Willy Brandt wählen“. Und beides steht auf schwarzem Grund. Nämlich dem Solidaritätsverständnis der Neo-Konservativen, das ausgrenzt und Personen statt der Sache zur Grundlage des gemeinsamen Handelns macht.

Wo solche Gegensätze in Kauf genommen werden, kammheimliche Freude der plakatierten „Button-Helden“ nicht ausgeschlossen werden kann, muß Ratlosigkeit in der Mitgliedschaft die alte Tugend Kampfbereitschaft entscheidend bremsen. Es kann für die Partei deutlich herausgestellt werden, daß die Sachlichkeit der Diskussion in München und die Art des Umgangs miteinander uns doch als eine große Partei beweist, aber persönliche Achtung zueinander in den Vordergrund stellt. Deprimierender als das für unsere Kommunalpolitiker ungerechte Ergebnis vom 7. März war die Erfahrung, die sich in Niedersachsen wiederholte, daß die Mitglieder der SPD – hoffentlich vorübergehend – den Mut und den Willen für die Auseinandersetzung mit den Mitbürgern verloren haben. Verständlich, weil in der jüngeren Vergangenheit nebulös geblieben ist, zu was sich Sozialdemokraten in einem Wahlkampf eigentlich bekennen sollen: zur Programmatik der Partei oder zu den Kompromissen der Koalitionsregierung in Bonn. In München hat die Partei vorrangig ihre Position beschlos-

sen. Aber das Dilemma ist offensichtlich nicht kleiner geworden. Denn da, wo die Partei sich eindeutig auf ein eigenes beschäftigungspolitisches Profil festgelegt hat, wird die FDP nach ihren ersten Bekundungen das Gegenteil von dem tun, was der Münchner Parteitag beschlossen hat. Dabei wird es für uns Sozialdemokraten jedoch entscheidend sein, wie konsequent sich unsere Leute in der Regierung für sozialdemokratische Politik einsetzen und wie deutlich dann wird, wer in Regierung oder Parlament was verhindert. Denn niemand verlangt von Helmut Schmidt, eine Regierungspolitik zu praktizieren, die eine absolute SPD-Mehrheit im Bundestag voraussetzt. Erwartet wird aber der volle Einsatz für unsere Beschlüsse, um sie mindestens teilweise oder schrittweise mit dem Koalitionspartner durchzusetzen.

Sicherheitspolitik

München hat mit deutlicher Mehrheit klar gemacht, daß eine Aufkündigung des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses in der SPD nicht durchsetzbar ist. Der Doppelbeschluss ist damit kein Thema mehr, das in der Auseinandersetzung und Diskussion mit der Friedensbewegung als verfügbare Masse gehandhabt werden kann. Durch den Münchner Beschluß ist es Sozialdemokraten in der Friedensdiskussion schwerer geworden. Helmut Schmidt kann seine Politik auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses, die Genfer Verhandlungen, soweit durch deutsche Politik irgend möglich, positiv zu beeinflussen, weiterführen. Und es bleibt dabei: niemand bestreitet ihm, daß er über diesen Weg versucht, die Nachrüstung zu verhindern. Der Streit in München ging um den richtigen Weg.

Deshalb gilt auch weiterhin: Die Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und neue Wege in der Friedens- und Entspannungspolitik sind nur mit der SPD und den Gewerkschaften in der Bundesrepublik durchzusetzen. 1983 im Herbst wird ein neuer SPD-Bundesparteitag den Stand der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion bewerten und die Frage der Nachrüstung bzw. der Rüstungsbegrenzung als weltweiter Wendepunkt zur Abrüstung erneut beraten und entscheiden. Die SPD Schleswig-Holstein wird den dazu erforderlichen Dialog mit allen führen, die nicht nur Frieden sagen, sondern auch bereit sind, gangbare Wege zur Abrüstung mit nachzuvollziehen.

Energiapolitik

München hat mit deutlicher Mehrheit klargemacht, daß ein politischer Baustopp für Kernkraft-

werke (der Antrag lautet: keine neuen Kernkraftwerke bis 1990; dann Grundsatzentscheidung über einen schrittweisen Wiederausstieg aus der Kerntechnologie oder weiterer Ausbau) in der SPD zur Zeit nicht durchsetzbar ist. Was uns bleibt, ist die regionale Zuständigkeit bei der Planung, dem Bau und der Genehmigung von Kernkraftwerken.

Niemand hat dabei die Absicht, von Schleswig-Holstein aus die Energie-Welt zu verändern. Aber wir werden daran festhalten, diese regionale Zuständigkeit auch dafür voll auszuschöpfen, im Falle der Regierungsübernahme in Schleswig-Holstein den praktischen Beweis für eine von uns nach wie vor als richtig angesehene und durchführbare Energiepolitik anzutreten. Ohne Brokdorf und mit den Energiekonzepten. Dabei werden wir in der Diskussion mit den Bürgern deutlich machen müssen, daß hier kein Glaubenskrieg stattfindet, sondern der sehr pragmatische Versuch im Vordergrund steht, Energiesicherung und Umweltschutz auf eine realere Basis zu stellen als die mit Entsorgungskrisen, wirtschaftlichen Ungewissheiten und Strombedarfsverschätzungen verbundene jetzige Basis.

In dieser Absicht gibt uns der Bundesparteitagbeschuß von München das Recht, regional zu planen und zu handeln, und wir werden uns dabei weder von starken Worten noch von vermuteten Rechtspositionen beirren lassen.

Wir werden im Falle der Übernahme der Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein mit der Energiewirtschaft verhandeln, aber wir werden auch politisch handeln, wenn es sein muß, gegen sie. Und wir werden dabei eine Sicherheitsphilosophie und Entscheidungskriterien für Kernkraftwerke zugrundelegen, die noch manchen Atomenergie-Fetischisten zum Nachdenken bringen wird. Und es wäre gut – und das füge ich aus aktuellem Anlaß hinzu – wenn wir alle im eigenen Landesverband und anderswo den Verwirrungsversuchen der Energieversorgungsunternehmen nicht auf den Leim gehen.

SPD

München hat die Partei nicht auf Anhieb aus dem Tief herausgebracht, München hat die Partei aber auch nicht tiefer ins Tal geschickt, was die CDU/CSU so schnell erwartet hatte. München hat eine realistische Bestandsaufnahme in einer schwierigen Zeit gebracht. Alle können politisch mit München weiterleben.

Für uns in Schleswig-Holstein heißt das: Die richtige Politik auf der Grundlage von München zu formulieren, solidarisch miteinander umzugehen, Wahl-

kampf zu organisieren, den Mitgliedern Mut zu machen und 1983 nicht nur mit einem Spitzenkandidaten, sondern mit der ganzen schleswig-holsteinischen SPD beherzt anzutreten. Das wird im wesentlichen in den kommenden 10 Monaten unsere Pflicht sein. Wir wollen und wir werden das schaffen.

Willi Görlich: Falrer Umgang miteinander

Der Verlauf des Parteitages hat diejenigen enttäuscht, die vorher mit negativen Voraussagen hausieren gegangen waren. Der Umgangston, selbst in der harten Kontroverse bei der Sicherheits- und Friedenspolitik, war nicht etwa aufgesetzt höflich, sondern man spürte den genossenschaftlichen Grundkonsens. In den Ortsvereinen wird man besonders gefragt und will dankbar die bestätigende Antwort hören, ob sich der Kanzler tatsächlich vor dem Parteitag für einen verbalen Ausrutscher entschuldigt habe. Dieses faire Miteinandergehen hat vor allem diejenigen geholfen, die in vielen Sachentscheidungen in der Minderheit geblieben sind. Dieses Verhalten darf jedoch nicht zu einem gefälligen Ritual werden: Der Minderheit freundlich auf die Schulter klopfen, aber nicht mehr über die unterschiedlichen Auffassungen miteinander reden.

Die beschäftigungspolitischen Beschlüsse haben auch gezeigt, daß die Grenzen zwischen den Flügeln und „Kreisen“ der Partei weitaus fließender sind, als die traditionelle Rechts-Mitte-Links-Einteilung glauben machen will. Die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik auf der Grundlage unserer Münchener Beschlüsse hat in der Partei ein gutes Echo gefunden. Sie muß aber nun auch in die Bevölkerung hineingetragen werden, und dies wird nur Erfolg haben, wenn die Spitzen der Partei voll mitziehen und keine vorzeitigen Kompromisse formulieren.

Ein Problem hat der Parteitag kaum angepackt und konnte folglich auch keine Lösung anbieten: die wachsende Entfernung der Sozialdemokratie zur großen Mehrheit der Jugendlichen! Daß es den anderen Parteien nicht besser ergeht, darf uns nicht trösten. Der Jugend-Report der Enquête-Kommission des Bundestages sollte in allen Parteivorständen sorgsam bearbeitet werden. Wenn das Aufeinanderzugehen von München langfristig wirken soll, muß es vor allem in Richtung Jugend fortgesetzt werden. Hier sollte der nächste Parteitag einen Schwerpunkt setzen.

Günter Schlatter: Klare politische Konturen

In München ist es uns Sozialdemokraten gelungen, den Verdacht zu widerlegen, wir würden uns selbst und unsere Partei nicht mehr ernst nehmen. Wir haben uns besonnen auf die eigene politische Verantwortung als Partei gegenüber dem Bürger und seinen Belangen. Das Erstrebenswerte rückte in den Beschlüssen in den Vordergrund, wohlwissend, daß sozialdemokratisch Farbe zu bekennen auch heißt, Konflikte mit dem Koalitionspartner zu wagen. Der Besitz der Regierungsmacht allein ist für die SPD kein genügender Identitätsausweis. Vor allem die wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlüsse des Münchener Parteitages dokumentieren das Bemühen, nicht von Reformkonzeptionen zugunsten einer Kompromißpolitik abzurücken. Richtungskämpfe wurden in diesem Punkt nicht sichtbar. Dennoch: auch Spannungen sind deutlich geworden. In der Sicherheits- und Friedensfrage wurde trotz der eindeutigen Bestätigung des Beschlusses des Berliner Parteitages von 1979 erkennbar, wie entschieden ein wichtiger Teil der Partei in seinem Streben ist, auf jeden Fall die Stationierung weiterer nuklearer Waffensysteme auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.

Wie ist dies alles mit dem Auftrag des Regierens gemeinsam mit dem liberalen Koalitionspartner in ein Verhältnis zu bringen? Vor dieser Aufgabe für die nähere Zukunft, das hat München ebenfalls deutlich gemacht, will sich die SPD nicht drücken. Die 70er Jahre haben gelehrt, daß klare politische Konturen bei der Verständigung über Kompromisse kein Hindernis sind. Voraussetzung dafür ist der entschlossene Wille von Sozialdemokraten und Liberalen, in der Koalition zu bleiben. Dies unterstellt, wird es eine Vielzahl konkreter Ansätze für gemeinsames politisches Handeln geben können.

Was bleibt von München für den weiteren Weg der SPD? Der wiedergewonnene Mut zur Meinungsführerschaft auf den entscheidenden Feldern der Politik muß behauptet werden. Die Solidarität als Gesinnungsgemeinschaft, die offen diskutiert und geschlossen zu handeln versteht, darf nicht wieder leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Dies kann nur wirklich Bestand haben, wenn die führenden Genossen im Verhältnis zueinander und im Verhältnis zur Partei und ihren Beschlüssen ein besonderes Maß vorbildlicher Solidarität und Disziplin beweisen, was allerdings für alle Parteimitglieder gleichermaßen gilt.

Karl Benke: Die Optimisten haben recht behalten

Die Delegierten des Münchener Parteitages der SPD vermehrten keineswegs die Schwierigkeiten der Partei, und sie waren nicht „zerstritten“. Kontrovers, aber doch fair und sachlich wurde in den Diskussionen miteinander umgegangen, und es wurden Entscheidungen getroffen, die Partei und Bundesregierung gleichermaßen Meinungsführung und Lösungskompetenz zurückzugewinnen helfen. Verschiedene Kräfte der Partei sind mehr als bisher aufeinander zugegangen. Dies wird einen Integrationsprozeß beschleunigen, der das viel strapazierte „Erscheinungsbild“ der SPD verbessern und sich bei der Zurückgewinnung gerade sozialdemokratischen Wählerpotentials als hilfreich erweisen wird.

Die Beschlüsse zu zwei Problemfeldern seien hier besonders hervorgehoben:

- Die Sozialdemokraten aus dem Bezirk Weser-Ems haben Grund, die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu begrüßen: gerade die Nord-West-Region des Landes Niedersachsen leidet anhaltend unter hoher Arbeitslosigkeit, die durch die Haltung der CDU-Landesregierung noch verstärkt wird.
- Der Bezirk Weser-Ems sieht sich auch bestätigt in der Entscheidung des Parteitages zur Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik. Sein Antrag „Abrüstung durch Verhandlungen“, vom Bezirksparteitag bei nur einer Stimmenthaltung beschlossen, fand seinen vollen Niederschlag im Leitartikel des Parteivorstandes.

Natürlich kann eine gute Organisation eine überzeugende Politik nicht ersetzen. Kritisch muß festgestellt werden, daß auch der Parteitag in München wieder einmal organisationspolitische Beschlüsse wegen der Problemlülle aktueller Politik nicht beschließen konnte. An den gut vorbereiteten Beschlußvorlagen des Parteivorstandes, erstellt von der Kommission Organisationspolitik beim Parteivorstand, lag dies nicht.

Wichtigste Aufgabe für die SPD wird es jetzt sein, die in zehn Punkten zusammengefaßte „Münchener Erklärung“ Willy Brandts durchzusetzen und, begleitend dazu, auch die organisatorischen Probleme zu lösen, auf die Peter Glotz mit viel Engagement aufmerksam gemacht hat.

Rainer Diehl: Ungeliebte Neuerungen — Der Organisationskonservatismus auf dem Münchener Parteitag

Zum ersten Mal seit dem Dortmunder Parteitag 1966, freute sich Bruno Friedrich, werde auf einem Parteitag wieder über die Parteiorganisation diskutiert, ohne daß ein Leitantrag des Parteivorstands vorliege. So ganz richtig war weder das eine noch das andere: Über organisatorische Fragen wird, mehr oder minder ausführlich, traditionsgemäß auf jedem SPD-Parteitag diskutiert, und der Parteivorstand hatte durchaus etwas vorgelegt: einen von der Kommission „Organisationspolitik“ ausgearbeiteten Entwurf von „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ und mehrere unscheinbare, aber um so brisantere Satzungsänderungsanträge.

Zum ersten Male seit langen Jahren wurde jedoch, um die Bedeutung des Themas zu unterstreichen, eigens eine „Arbeitsgruppe Organisationspolitik“ eingerichtet, die sich, während andernorts Probleme des Weltfriedens und der Beschäftigungspolitik gewälzt wurden, in dem — mit dem Charme eines Heizungskellers — zweifellos ungemütlichsten aller verfügbaren Räume der Olympiahalle zusammenfand.

Trotz (oder vielleicht sogar wegen) der unwirtlichen Umgebung, die sich immer noch wohlthuend von der Gigantomanie des Parteitagspenums abhob, kam in den dichtgedrängten Reihen unter der resoluten Diskussionsleitung Waltraud Steinhauers doch unverkennbar etwas von dem auf, was deutsche Herrenreiter früher einmal abschätzig „Stallgeruch“ genannt haben — von der unvermeidlichen Geschäftsordnungsdebatte zu Beginn einmal abgesehen; etwas, was die Genossen in den anderen Arbeitsgruppen wohl eine „repressionsfreie Diskussion“ genannt hätten und was hier drinnen in einer sehr bodenständigen Aussprache ohne jede polemische Schärfe und persönliche Spitze seinen Ausdruck fand. Jeder, der sich zu Wort meldete, ob ordentlicher Delegierter oder „nur“ als Gast geladener Betriebsrat, erhielt auch das Wort, und die anfängliche Geschäftsordnungsdebatte erwies sich im nachhinein als höchst überflüssig, da mit außerordentlicher Disziplin und ohne die sonst übliche restlose Ausschöpfung der Redezeit diskutiert wurde.

Betriebsgruppen als Störfaktor?

„Wenn man die hier so reden hört“, raunte ein Unterbezirksgeschäftsführer in den hinteren Rängen,

„könnte man meinen: die 90% der Mitglieder, die nicht in die Versammlungen kommen, sind alle Schichtarbeiter.“ Und ein anderer pflichtete ihm bei: „Solche Neuerungen lieben wir nicht.“

Die ungeliebten „Neuerungen“, von denen da die Rede war, betrafen den von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz auf der Organisationspolitischen Tagung der SPD (2./3. Oktober 1981 in Bad Godesberg) unterbreiteten Vorschlag, „daß wir die Möglichkeiten des Parteiengesetzes nutzen und rund die Hälfte der möglichen Plätze für ‚geborene Mitglieder‘ in den Delegiertenversammlungen der Unterbezirke für Arbeiter und Betriebsräte reservieren“.

Über diesen Vorschlag ist seither viel gestritten und hitzig debattiert worden, zuweilen auch mit recht fadenscheinigen Argumenten und abwegigen Verdächtigungen. Da werde, so hieß es etwa, von dem im Parteiengesetz (§ 7) aus gutem Grund vorgeschriebenen Gebietsverbandsprinzip abgegangen und somit eine Art „Bolschewisierung der SPD“ betrieben. (Im Prozeß der Stalinisierung der KPD Mitte der 20er Jahre wurde — in Abkehr von der sozialdemokratischen Wohnbezugsgliederung — versucht, die KPD nach dem Vorbild der KPdSU auf der Basis von Betriebszellen zu reorganisieren, womit sie allerdings kläglich scheiterte.)

Die Besetzung von Vorständen und Parteitagsdelegationen erfolgt in der SPD nicht anders als in anderen Parteien: Eine Handvoll „Oberkugler“ macht da im wesentlichen unter sich aus, welche der — durchaus demokratisch zustande gekommenen — Kandidaturen, natürlich unter größtmöglicher Berücksichtigung der Interessen der jeweils eigenen Organisationsgliederung, auf der Grundlage der gegebenen Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden sollen und welche nicht. Zum Handwerkszeug gehört längst nicht mehr nur das Telefon, sondern auch der handliche Taschenrechner, mit dem man, bei einiger Erfahrung, die Einhaltung getroffener Vereinbarungen überwachen kann, sobald die Wahlergebnisse vorliegen. Je feinmaschiger und zugleich fester ein solches Netz von Absprachen gewoben wird, um so höher gilt die Leistung des Verhandlungsführers.

So weit, so gut: dies gehört zu den Realitäten innerparteilicher Willensbildung, denen man weder durch Appelle noch durch Satzungsänderungen bekommen kann und die man wohl oder übel akzeptieren muß. „Sonderdelegationen“, etwa von Betriebs- und Personalräten, würden natürlich ein destabilisierendes Element in dieses „bewährte“ Absprachensystem bringen. Es ist daher in erster Linie auch kein „linkes“ oder „rechtes“ Mißtrauen, das ihrer Einrich-

tung entgegengebracht wird, sondern ein Mißtrauen, das aus der Unsicherheit erwächst, wie diese Betriebs- und Personalräte politisch einzuordnen und in die gewohnten Geschäfte einzubinden seien.

Gewiß, es gibt auch welche, die schon Rollkommandos der jeweils anderen Seite befürchten, wie andere, die in den Betriebsdelegierten eine gefügige Prätorianergarde des innerparteilichen Widersachers sehen – um wackelige Mehrheiten zu „kippen“ oder unangreifbar zu machen. Auf die Idee, sich selbst mehr um die politische Betriebsgruppenarbeit zu kümmern und um die eigenen politischen Positionen auch in den Betriebsgruppen zu kämpfen, kommt dabei keiner.

Daneben gibt es aber auch eine ganze Reihe berechtigter Zweifel und ernstzunehmender Einwände. Kein einziger Redner in München stellte die Notwendigkeit der Stärkung des Arbeitereinflusses („Arbeitnehmer“ sind ohnehin fast alle SPD-Mitglieder) innerhalb der Partei in Frage, und alle waren sich einig, daß zu diesem Zwecke endlich etwas geschehen müsse. Insofern ist das Problembewußtsein in dieser Beziehung genügend geschärft worden, und die Diskussion der letzten Monate hätte ihren Sinn gehabt.

Aber es bleiben eine Reihe kritischer Fragen, die sich eben nicht als vorgeschobene Argumente abtun lassen: Wird es wirklich der Genosse von der Drehbank sein, der die Chance bekommt, Delegierter oder Vorstandsmitglied zu werden, oder sind es am Ende doch wieder nur der hauptamtliche Gewerkschaftssekretär oder der freigestellte Betriebsratsvorsitzende, die von der Stärkung der AfA profitieren? Und hat ein aktiver Gewerkschafter in seinem Ortsverein Probleme, als Delegierter gewählt zu werden, wenn er nicht regelmäßig in die Versammlungen kommt, oder wird nicht vielmehr erst in den Unterbezirken und Bezirken „gesiebt“? Wäre es für eine Arbeitnehmerpartei nicht beschämend und ein Eingeständnis eigenen Versagens, per Satzungsänderung ein Minderheitsreservat für ihre Arbeiter zu schaffen, – ein Vorgang, der frapperierend an den verzweifelten Kampf maoistischer Studentenparteien um ihren „proletarischen Charakter“ erinnert?

Fragen wie diese sind mit der einmütigen Verabschiedung der „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit“ (s. S. 446) noch keineswegs unbedingt ad acta gelegt, sondern sie können erneut auf die Tagesordnung kommen, wie Peter Glotz in München „androhte“: „Falls wir in einer Zwischenbilanz auf dem übernächsten Parteitag [Ende 1985, Red.] feststellen müssen, daß dieser Weg keinen Erfolg ver-

spricht, müssen wir die Satzungsdiskussion erneut auf die Tagesordnung setzen. Wir dürfen unter keinen Umständen hinnehmen, daß es viele Delegiertenversammlungen in der SPD gibt, die an den Erfahrungen und Problemen der Arbeitnehmer vieler Industriezweige vorbeigehen.“

Der jetzt mit den „Richtlinien“ beschrittene Weg, die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen den Parteigliederungen und den Betriebsgruppen umfassend auszubauen und den Vorständen die Verpflichtung aufzuerlegen, die politische Betriebsgruppenarbeit in ihrem Bereich sowie den Einfluß der Betriebsgruppen auf die Verteilung von Ämtern und Mandaten zu stärken und darüber Rechenschaft abzulegen, ist sicherlich der vernünftiger und zukunftsweisendere, weil den Realitäten des Parteilebens besser Rechnung tragende Weg. Das drohende Damoklesschwert „Satzungsänderung“ über dem Haupte, wird sich vielleicht mancher Funktionär anstrengen, die Betriebsgruppenarbeit schon im eigenen Interesse nicht weiter verschlampen zu lassen.

Arbeitsgemeinschaften: Nicht nur Ballast

So engagiert die Vertreter der Betriebsgruppen um die gebührende Anerkennung in der Partei fochten, so wacker kämpften die Repräsentanten der kleineren Arbeitsgemeinschaften, namentlich der Selbständigen (AGS), der Juristen (ASJ) und der Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB), in München ums Überleben. Schon Monate vor dem Parteitag hatten die SPD-Selbständigen eifrig die Trommel gerührt und das ihnen gemachte Angebot zu ihrer Umwandlung in eine sozialdemokratisch orientierte Vorfelddorganisation, etwa nach dem Vorbild des „Freien Wirtschaftsverbandes“ in Österreich, ausgeschlagen.

Es ehrt die sozialdemokratischen Selbständigen, wenn sie sich weiterhin offen zur SPD bekennen und in der SPD politisch wirken wollen, die enge Bindung an die SPD nicht als Ballast empfinden und sich, wie eines ihrer Vorstandsmitglieder meinte, als kleine und mittlere Gewerbetreibende, „die selbst noch den Hammer in die Hand zu nehmen haben“, dem Arbeiter enger verbunden fühlen als Großunternehmer des Schlages, wie er im CDU-Wirtschaftsrat vertreten ist. Daß ihre organisatorische Umwandlung über die Köpfe der Betroffenen hinweg und gar gegen ihren erklärten Widerstand sich von selbst verbietet, gehört in der SPD immer noch zu den Selbstverständlichkeiten. Der Bundesgeschäftsführer stand denn auch nicht an, dies der AGS zur Beruhigung der Gemüter aufs neue zu versichern. Zu Recht

machte Heidi Friedrichs vom AGS-Bundesvorstand darauf aufmerksam, daß in der SPD mehr Selbständige organisiert seien, als die FDP überhaupt Mitglieder habe. Wenn dem so ist, so ist es allerdings erst einmal an der AGS zu überlegen, wie dieses in der Tat ungeheuer große Potential für die Arbeit der AGS und für die Gesamtpartei besser als bisher genutzt werden kann.

Mit nicht minder starkem Engagement vertraten Martin Hirsch und Manfred Dammeyer die Interessen ihrer beiden Facharbeitsgemeinschaften, der ASJ und der AfB, die in der rechtspolitischen bzw. bildungspolitischen Diskussion ein relativ hohes Ansehen genießen und deshalb auch nicht darauf verzichten wollen, auf jährlichen Bundeskongressen ihre Positionen zu formulieren. Hirsch unterstrich vor allem, daß die Bedeutung der ASJ-Arbeit weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausreicht: „Es geht nicht um die Juristen, sondern um *euch*, denn *ihr* seid unter Umständen die Opfer einer schlechten Justiz!“ Und Manfred Dammeyer stellte die durchaus peinliche Frage, warum der Parteivorstand, der erst 1977 die AfB – als Nachfolgeorganisation der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“ – gegründet habe, ihr schon nach fünf Jahren wieder den Garaus machen wolle.

Es läßt sich schwerlich leugnen, daß die kleineren Arbeitsgemeinschaften aufgrund ihres kümmerlichen organisatorischen Unterbaus stark kopflastig wirken und sich damit die Frage nach der Angemessenheit des Verhältnisses von organisatorisch-finanziellem Aufwand einerseits und politischem Output andererseits aufdrängt. Foren bzw. Facharbeitstagen, wie sie von der SPD auf Bundesebene seit geraumer Zeit erfolgreich und öffentlichkeitswirksam durchgeführt werden, können allerdings den kontinuierlichen Diskussions- und demokratischen Willensbildungsprozeß, wie er im Rahmen einer funktionierenden Arbeitsgemeinschaft sichergestellt ist, nicht ersetzen.

Mit Recht mag man sich fragen, wem es eigentlich dient, wenn neben der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK), die von der kommunalen bis zur Bundesebene durchorganisiert ist, und neben einer Kommission „Kommunalpolitik und Raumordnung“ beim Parteivorstand eine besondere „Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau- und Wohnungspolitik in der SPD“ existiert, um nicht zu sagen: dahinvegetiert. Ihre Integration in die SGK bzw. ihre Umwandlung in einen Fachausschuß der SGK würde nicht nur eine erhebliche Summe Geldes sparen helfen, das jetzt noch für Bundesdelegiertenkonferenzen und Bundesausschußsitzungen aufge-

wandt werden muß, sondern wäre auch von nicht zu bestreitendem Nutzen, – auch wenn es dem in der SPD leidlich verbreiteten Hang, sich in der Arbeit zu verzetteln, nicht gerade entgegenkommt.

Ähnlich gelagert scheint auf den ersten Blick der Fall der „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen“ (ASG) zu sein. Gesundheitspolitik gilt in der SPD immer noch als exotisches Thema. Auf dem Hamburger Parteitag 1977 sind zwar umfangreiche „Gesundheitspolitische Leitsätze“ verabschiedet worden, aber sie sind an der Parteiorganisation nicht nur weitgehend, sondern, wie es den Anschein hat, völlig vorbeigegangen. Tatsächlich ist die ASG heute die einzige Gruppierung innerhalb der SPD, in der gesundheitspolitische Diskussion stattfindet. Daß die Partei den in der ASG versammelten Sachverstand – etwa in der Auseinandersetzung um den § 218 – nicht besser genutzt hat, sollte sie jedenfalls nicht davon abhalten, ihn in der umwelt- und ökologiepolitischen Diskussion sich zunutze zu machen. Giftmüll- und Pharmaskandale, saurer Regen und umkippende Flüsse und Seen sind in den letzten Jahren zum alltäglichen Gesprächsthema geworden. Es mag sein, daß die ASG personell nicht gerade zu den schlagkräftigsten Arbeitsgemeinschaften gehört. Aber die große SPD sollte immer noch in der Lage sein, in diesem zunehmend wichtiger werdenden Bereich, wo ihr *auch* Wähler davonlaufen, über die ASG mehr Sachverstand, politische Erfahrungen, Phantasie und Ideen zu mobilisieren als sämtliche grün/alternativen Gruppen und Grüppchen, die auf diesem Feld fast schon einen Monopolanspruch erheben, zusammengenommen.

Gewiß ist der derzeitige Zustand der ASG mangels Mitglieder massen ein unbefriedigender. Aber statt über ihre Auflösung nachzudenken, täte die Partei gut daran, zunächst ernsthafte Überlegungen anzustellen, wie die Arbeit der ASG verbessert und politisch aufgewertet werden kann. Dazu gehört auch, erst einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß die ASG nicht mehr die – glücklicherweise schon vor Jahren aufgelöste – „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker“ ist, sondern sich zu einer Facharbeitsgemeinschaft mit vielen, leider häufig noch schlummernden Fähigkeiten gemauert hat.

An eine Umwandlung oder gar Auflösung der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ (AVS) denkt indes niemand. So war von ihr in München auch gar nicht erst die Rede. Die hervorragende öffentlichkeitswirksame Arbeit, die sie in der letzten Zeit geleistet hat, und die emsigen Aktivitäten, die sie gegenwärtig anläßlich des bevorstehenden 50.

Jahrestages des 30. Januar 1933 entfaltet, sprechen schon fast für sich. Im Gegensatz zu mancher anderen Arbeitsgemeinschaft ist sie in den Untergliederungen der Partei präsent und genießt dort – nicht nur der Verdienste ihrer Mitglieder um Partei und Republik wegen – ein hohes Ansehen.

Es liegt sicherlich nicht im Sinne des Erfinders, wenn es vielerorts personelle Überschneidungen zwischen den Arbeitsgemeinschaften gibt, zumal wenn es sich bei den Betroffenen auch noch um Multifunktionäre handelt. Bei den drei „klassischen“ Arbeitsgemeinschaften, Arbeitnehmern, Frauen und Jungsozialisten, sind solche Doppelmitgliedschaften allerdings schwer zu vermeiden. Die junge Rechtsreferendarin z. B. ist bereits mit ihrem Parteieintritt automatisch Mitglied dreier, wenn nicht gar von vier Arbeitsgemeinschaften. Daß dies weder im Interesse der Partei noch in dem der Betroffenen an einer sinnvollen politischen Betätigung liegen kann, ist nicht zu bestreiten.

Der von einigen vorgebrachte und in München debattierte Vorschlag, das einzelne Mitglied müsse sich verbindlich für seine Zugehörigkeit in einer bestimmten Arbeitsgemeinschaft erklären, dürfte sich indes in der Praxis als wenig hilfreich erweisen. Seine Verwirklichung würde die Gefahr in sich bergen, daß die Arbeitsgemeinschaften sich dann auf einen heftigen Abwerbungskampf gegeneinander einlassen und damit gegenseitig lähmen.

Parteirat: Schlappe für den Parteivorstand

Es bedarf nicht erst des entschuldigenden Hinweises darauf, daß es eigentlich nur ein abgewandeltes Wort Ferdinand Lassalles ist zu sagen: Organisationsfragen sind auch innerparteiliche Machtfragen. Die jeweiligen Gruppen und Gruppierungen in der Partei, die sich ja politisch definieren, wachen eifersüchtig darüber, daß ihre erreichten Positionen, ihr Einfluß in den Gremien der verschiedenen Ebenen zumindest zementiert, wenn nicht ausgebaut werden. Deshalb wird Satzungsänderungen, die Zusammensetzung, Größe und Aufgabenstellung von Gremien verändern können, von vornherein mit einer gehörigen Portion Mißtrauen begegnet. Insofern hatte Peter Glotz, wohl ahnend, was da kommen würde, recht, als er sagte: „Wir betrachten uns selbst häufig als die fortschrittlichste Partei; bei den organisationspolitischen Fragen dagegen sind wir aber die konservativste.“

Dem Parteivorstand, der mit einer Reihe von Anträgen eine Änderung der statutarischen Bestimmungen über den Parteirat erreichen wollte, hätte

man, zumal er sich aus Männern und Frauen mit langjähriger Organisationserfahrung zusammensetzt, eigentlich zutrauen sollen, diese Empfindlichkeiten zu kennen. Es war vor allem die inflatorische Vermehrung von Anträgen, die den Parteivorstand veranlaßt hatte, zur Entlastung des Parteitages eine Aufwertung des Parteirates vorzuschlagen, der künftig vom Parteitag an ihn zu überweisende Anträge hätte beraten und beschließen sollen.

Zur Illustration: 1975 gingen allein zum Orientierungsrahmen '85 1007 Anträge ein, zum Wahlprogramm 1980 702. Die Zahl der Anträge auf ordentlichen Parteitagen stieg in den letzten fünf Jahren von 841 (1977) über 971 (1979) auf 1062 in diesem Jahr. Die Flut der Initiativanträge wohlgermerkt nicht mitgerechnet.

Nach dem Vorschlag des Parteivorstandes sollte sich der Parteirat künftig zusammensetzen aus:

1. 130 von den Bezirksparteitagen gewählten Delegierten. Die Verteilung der Mandate erfolgt auf der Grundlage der Mitgliederzahlen, die zur Berechnung des Delegiertenschlüssels für den jeweiligen ordentlichen Parteitag maßgebend sind;

2. je einem von den Landesaussschüssen bzw. Landesvorständen in geheimer Abstimmung zu wählenden Vertreter, wenn innerhalb eines Landes mehrere Bezirke vorhanden sind;

3. den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen;

4. dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion;

5. den Ministerpräsidenten (bzw. stellvertretenden Ministerpräsidenten) der Länder;

6. den Mitgliedern der Bundesregierung.“

Gerade das Stimmrecht, welches den unter den Ziffern 3 bis 6 genannten Personen kraft Amtes („ex officio“) zukommen sollte, war es, was alte Empfindlichkeiten auführte. Der Parteirat war auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 anstelle des früheren Parteiaussschusses eingerichtet worden und setzte sich nach §22 des damaligen Organisationsstatuts zusammen aus:

1. den Vorsitzenden der Bezirke und weiteren von den Bezirksvorständen zu entsendenden Vertretern,

2. den Vorsitzenden der Landesaussschüsse bzw. Landesvorstände,

3. den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen,

4. den Ministerpräsidenten bzw. stellvertretenden Ministerpräsidenten der Länder.

Es handelte sich also um ein Gremium, das praktisch *ausschließlich* aus Mitgliedern bestand, die ihm kraft Amtes angehörten, und über dessen demokratische Legitimation sich trefflich hätte streiten lassen. Immerhin waren Bezirke mit über 20 000 Mitgliedern

durch Satzung gezwungen, mindestens eine Frau in den Parteirat zu entsenden.

Aufgrund der Bestimmungen über „allgemeine Parteiaussschüsse“ im § 12 des Parteiengesetzes von 1967 mußte die SPD diesen Zustand beenden. Fortan durfte der Anteil der nichtgewählten Mitglieder ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl nicht übersteigen. Weitere Mitglieder waren nur mit beratender Stimme zugelassen.

Es war Gerhard Jahn, der Berichterstatter der Statutenkommission auf dem Nürnberger Parteitag 1968, der darauf aufmerksam machte, daß ein großer Teil des bisher dem Parteirat angehörenden Personenkreises künftig nur noch mittels eines fragwürdigen Winkelzuges dem umgewandelten Gremium würde angehören können: „Will man sie nun weiter im Parteirat behalten, gäbe es eigentlich nur die Möglichkeit, die Zahl der Mitglieder des Parteirats insgesamt so zu vergrößern, daß das Verhältnis zwischen nicht gewählten und gewählten Mitgliedern wieder den Voraussetzungen des Parteiengesetzes entspricht. Das würde dazu führen, daß der Parteirat so groß und so unbeweglich würde, ja, daß er schon in seiner Ausdehnung eine Art kleiner Parteitag würde, daß sich diese Lösung von selbst verbietet.“ Niemand trat für eine solche Lösung ein; bei nur einer Gegenstimme wurde das angenommen, was Gerhard Jahn damals so ausdrückte: „Wir wollen aber den Bezirken die Möglichkeit geben..., die Genossinnen und Genossen in den Parteirat zu entsenden, deren Zugehörigkeit nicht nur sie wünschen, sondern generell auch den ursprünglichen Vorstellungen über den Parteirat entspricht.“

Zweifellos ist schwer vermittelbar, warum dies heute anders sein sollte. Von daher war es nicht verwunderlich, daß der Antrag des Parteivorstandes von den Bezirken und innerparteilichen Gruppierungen äußerst reserviert aufgenommen wurde und keine Aussicht hatte, die erforderliche Zweidrittelmehrheit

zu erhalten. Nebst Peter Glotz war Peter von Oertzen fast der einzige, der sich im Arbeitskreis Organisation für diese Änderungen stark machte.

Die Kritik, die weniger in der Arbeitsgruppe und im Plenum als vielmehr am Rande des Parteitags geäußert wurde, konzentrierte sich auf eine Reihe nicht unberechtigter Fragen:

- Wenn es denn schon so viele Mitglieder kraft Amtes geben solle, warum sollten dann nicht auch die Vorsitzenden der großen Arbeitsgemeinschaften Sitz und Stimme im Parteirat erhalten?
- Sei der Parteirat wirklich geeignet, auf Dauer Aufgaben und Funktionen des Parteitags zu übernehmen, und würde dies nicht zu einer unzumutbaren Belastung dieses Gremiums führen?
- Müsse der Parteirat, wenn er bindende Beschlüsse fassen solle, nicht zumindest parteiöffentlich tagen?
- Seien die nicht gewählten Mitglieder des Parteirats hinlänglich demokratisch legitimiert, oder würde es nicht genügen, sie mit beratender Stimme an den Sitzungen zu beteiligen?

Gerade in bezug auf letzteren Punkt artikulierte sich einiger Unmut, der gleichwohl erklärlich ist: Einige der kraft Amtes stimmberechtigten Personen verdanken ihre Mitgliedschaft im Parteirat Entscheidungsprozessen, an denen die Partei nur teilweise oder gar nicht beteiligt ist. Angelegentlich solcher Sitzungsdiskussionen schlägt dies dann auch auf die Betroffenen zurück.

Unter den gegebenen Umständen, angesichts der taktischen und prinzipiellen Bedenken wie angesichts der Emotionen, die eben auch mit Organisationsthemen verbunden sind, kam der Parteivorstand nicht umhin, seinen Satzungsänderungsantrag sang- und klanglos zurückzuziehen. Das sachliche Problem, das den Anstoß zu dieser Diskussion gegeben hat, ist damit allerdings noch nicht aus der Welt.

Marie Jehoda: Arbeitslosigkeit ist nicht Freizeit

Marie Jehoda (75), gebürtige Wienerin, ist Professorin an der Universität Sussex (Großbritannien). Mit ihrem 1933 veröffentlichten Buch „Die Arbeitslosen von Marienthal“, das heute noch als Standardwerk gilt, erregte die Psychologin und Soziologin internationales Aufsehen. Die NG dokumentiert ihre Grußansprache an den Münchener SPD-Parteitag.

Genossen und Genossinnen, eine der größten Auszeichnungen, die mir je zugefallen sind, war der Brief von Willy Brandt, in dem er mich einlud, zu Euch über ein Thema zu sprechen, das mich seit mehr als 50 Jahren beruflich und menschlich beschäftigt hat: Arbeit und Arbeitslosigkeit.

Wir alle wissen, daß die Arbeitslosigkeit schlecht ist, schlecht für die Betroffenen und für die Gesamtwirtschaft; und leider wissen wir auch, daß die Arbeit für viele Menschen nicht immer gut ist. Gewöhnlich werden beide Probleme nur im Hinblick auf ökonomische Werte diskutiert. So wichtig das auch ist, es stellt eine Einseitigkeit dar, die allen sozialistischen Werten widerspricht.

Zum ersten Mal wurde mir das im Jahre 1930 bewußt, als wir – eine kleine Gruppe von jungen Sozialwissenschaftlern – mit Otto Bauer, dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie, über unsere Studien sprachen. Er war es, der uns veranlaßte, die menschlichen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit zu untersuchen; er war es, der uns auf das kleine Dorf Marienthal aufmerksam machte, dessen einzige Textilfabrik im Jahre 1929 zugrunde ging, so daß beinahe die ganze Bevölkerung von 1500 Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen war.

Von der furchtbaren Armut jener Zeit sind die Arbeitslosen von heute zum Glück verschont; man kann Gleichartiges heute nur in den ärmsten Ländern der Dritten Welt finden.

Schulkinder mußten im Winter zu Hause bleiben, weil sie keine Schuhe hatten. Zu Weihnachten haben einige Familien ihre Katze oder ihren Hund gebraten. Eines aber haben sie alle gehabt: Zeit. Nun hat die Arbeiterbewegung seit ihrem Anfang immer für mehr Freizeit gekämpft; aber was das Erlebnis der Marienthaler ein für allemal klar gemacht hat, ist, daß Arbeitslosigkeit *nicht* Freizeit ist. Freizeit ist eine Ergänzung, nicht ein Ersatz für Arbeit. Damals hat die Arbeiterzeitung den Preis für Arbeitslose stark heruntergesetzt; die Ortsbibliothek hat keine Gebüh-

ren verlangt; die vielen freiwilligen Vereinigungen standen kostenlos zur Verfügung. Aber die Arbeitslosen haben davon kaum Gebrauch gemacht. Zuviel Zeit ist noch bedrückender als zuwenig. Die Zeit und das Leben hatten ihren Sinn verloren. Der ganze Ort war von tiefer Resignation befallen. Die Menschen fühlten sich überflüssig und vom normalen Leben ausgeschlossen.

Freud hat einmal gesagt, daß die Arbeit der Menschen stärkste Bindung an die Realität darstellt. Natürlich hat kein Marienthaler die Bindung an die bedrückende Realität seiner eigenen Situation verloren. Was die Arbeitslosigkeit unterbricht, ist die Bindung an die gesellschaftliche Realität. Wenn dieses Band zerrissen wird, dann verlieren sich die Menschen in Tagträumen, verlieren ihr Selbstvertrauen und sind bereit, den fantastischen Versprechungen von Demagogen Glauben zu schenken, wie wir es nur allzu gut aus der Katastrophe der Vergangenheit wissen.

Die Frage ist nun, ob die menschliche Belastung der heutigen Arbeitslosen mit der der dreißiger Jahre vergleichbar ist. Ungeheuer viel hat sich seit damals verändert. Alle, auch die Arbeitslosen, leben auf einem viel höheren Niveau, leben länger, sind gesünder, haben eine bessere Erziehung genossen und haben größere Ansprüche ans Leben. Es wäre töricht, diese Fortschritte, die überall dank des Drucks der Arbeiterbewegung gemacht wurden, zu unterschätzen, trotz des Fortschritts aber gibt es heute wieder Massenarbeitslosigkeit. Nestroy hat die Zweideutigkeit des Fortschritts klar erkannt: Das Problem mit dem Fortschritt ist, daß er nicht immer vorwärts schreitet, hat er gesagt.

In reaktionären Kreisen, die Nestroys tiefe Einsicht nicht begreifen, führt der materielle Fortschritt dazu, von weit verbreiteter freiwilliger Arbeitslosigkeit zu sprechen und die gesellschaftliche Problematik der Arbeitslosigkeit zu verleugnen. Ich hoffe, daß diese Einstellung auf reaktionäre Kreise beschränkt ist. Es ist richtig, daß die Arbeitslosen heute nicht hungern müssen. Aber die sozialen und seelischen Konsequenzen sind damit nicht aufgehoben, denn die Arbeit ist mehr als nur eine Quelle des Einkommens. Kollektiv organisierte Arbeit ist die unumgänglich notwendige Grundlage aller modernen Gesellschaften. Diese kollektive Organisation hat Folgen für den Erlebnisbereich der Menschen, ganz unabhängig davon, ob sie ihre Arbeit lieben oder hassen.

Für sie alle vermittelt die geregelte Arbeit zumindest die folgenden fünf Erlebnisbereiche: einen zeitlich strukturierten Tagesablauf, die tägliche Erfahrung, daß es Aufgaben gibt, die die Kooperation nö-

tig machen, die ein einzelner nicht bewältigen kann; die Erweiterung des sozialen Gesichtskreises über den Horizont des einzelnen und der Familie hinaus, man hat mit Kollegen zu tun und lernt, wie andere leben und denken. Arbeit bestimmt in unserer Gesellschaft den Status und die Identität der Menschen. Und schließlich bedeutet Arbeit, aktiv sein zu müssen. Es sind diese fünf Erlebniskategorien, an deren Abwesenheit die Arbeitslosen leiden. Ohne Zeitstruktur werden die Tage zu lang; ohne Teilnahme an kollektiven Zwecken kommt man sich überflüssig vor; ohne den Kontakt mit Kollegen ist man isoliert. Wie ein Arbeitsloser im Gespräch gesagt hat: „Mir fehlen die Kollegen, sogar die, die ich nicht leiden konnte, die fehlen mir“, hat er gesagt, ohne Arbeit hat man keinen Status und die soziale Identität ist in Frage gestellt; ohne geregelte Aktivität werden die Menschen lustlos und passiv. Wie sehr man sich auch oft über notwendige und geforderte Aktivität beklagt, der Zwang von außen ist in Wirklichkeit für alle Menschen eine Anregung und eine Hilfe. Johann Sebastian Bach gab man sechs Wochen Zeit, um die Brandenburgischen Konzerte zu schreiben.

Es wird erzählt, daß Marx und Engels ohne Zwang das kommunistische Manifest beinahe nicht fertig gebracht hätten. Sie hatten den Termin des Verlegers überschritten und nur als er ihnen mit Nichtveröffentlichung drohte, haben sie es endlich fertiggebracht. Wenn sogar Marx und Engels des äußeren Zwanges bedurften, obwohl sie doch selbst von einem inneren Zwang zur Produktion erfüllt waren, ist es dann realistisch, von den Arbeitslosen zu erwarten, daß sie allein aus eigener Initiative Zugang zur sozialen Realität finden werden? Das ist für den einzelnen logisch, aber nicht psychologisch möglich.

Heute wie in den dreißiger Jahren ist die Arbeitslosigkeit menschlich zerstörend, das heißt aber nicht, daß in der Welt der Arbeit alles in Ordnung wäre. Den Beschäftigten werden zwar die konstruktiven Erlebnishereiche der organisierten Arbeit geboten, aber die Qualität dieser Erlebnisse ist für einen Teil der Arbeitenden zutiefst unbefriedigend, um nicht seelenzerstörend zu sagen. Noch immer gibt es Arbeitsplätze, bei denen die vorgegebene Regulierung von außen keine Hilfe, sondern beinahe unerträglich ist, wo die Arbeitenden als ein paar Hände, nicht als volle Menschen behandelt werden. Ich habe vor Jahren selbst einmal in einer Papierfabrik gearbeitet und am eigenen Leibe erfahren, wie zermürbend und entfremdet der Alltag ungelernter Arbeiter sein kann, obwohl die Verhältnisse in der Fabrik nicht die schlechtesten waren.

Jahrelange Arbeit unter solchen Bedingungen erlaubt nur zwei Formen der Anpassung: Die große Mehrzahl nimmt den Betrieb offiziell hin, ohne sich zu beklagen, verliert aber alle Arbeitslust, reduziert die Produktivität, vernachlässigt die Qualität und versucht mit einem Minimum von Anstrengung durch den Alltag durchzukommen. Diese Menschen sind wirklich entfremdet, von der Arbeit und von sich selbst. Ein kleiner Teil greift zur industriellen Sabotage. Soweit es Studien darüber gibt, ist Sabotage der Maschinen auf die Arbeiter am laufenden Band in der Automobilindustrie beschränkt. Solche Arbeitsbedingungen zu beseitigen, muß eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bleiben. Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit besteht aber die Gefahr, daß der Humanitätsgedanke in den Hintergrund tritt. Nicht, daß alle Arbeit von Routine und Regelung befreit werden kann oder soll. Was die Humanisierung anstrebt, ist die Qualität der Arbeitererlebnisse zu erhöhen durch Mitbestimmung, Arbeiterweiterung und Bereicherung. Eine ganze Reihe von praktischen Versuchen und von systematischen Studien über ihre Erfolge haben bewiesen, daß es möglich ist, menschenwürdige Arbeitsbedingungen in allen Berufen zu schaffen. Was in Einzelfällen möglich ist, muß allgemein werden.

Es geht darum, eine Tradition von zweihundert Jahren zu brechen, in der die Arbeitsbedingungen lediglich von finanziellen und technischen Gesichtspunkten diktiert wurden. Die deutsche Arbeiterbewegung kann stolz darauf sein, daß sie die Humanisierung der Arbeit auf ihr Programm gesetzt hat. Aber die Humanisierung der Arbeit darf nicht an der Enthumanisierung durch Arbeitslosigkeit vorbeischießen. Deshalb ist die – jedenfalls vorerst – wichtigste Humanisierungsmaßnahme die Verkürzung der Arbeitszeit. Die konstruktiven Erlebniskategorien sind nicht an eine Vierzig-Stunden-Woche gebunden. Dreißig Stunden geregelter Arbeit würden sie ebenso vermitteln und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit zu beseitigen helfen, selbst wenn moderne Techniken die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in Zukunft noch weiter herabsetzen. Das ist leichter gesagt als getan, wir alle wissen das. Dennoch muß die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit und deren gerechte Aufteilung unser Ziel bleiben, nicht die utopische Idee von der Abschaffung der Arbeit, eine Idee, die glücklicherweise nicht realisiert werden kann. Genossen, was wir anstreben, ist eine Gesellschaft, in der alle die Möglichkeit haben, in der Arbeit Gemeinschaft und Solidarität zu erfahren und in der Freizeit sich als Menschen voll zu entfalten.

Beschlüsse des Münchener SPD-Parteitags vom 19.-23.4.1982

Friedens- und Sicherheitspolitik

A. 1. Die Menschheit will Frieden.

An seiner Sicherung mitzuwirken ist die wichtigste Aufgabe unseres Landes.

Ziel deutscher Friedenspolitik ist es, Kriege zu verhindern und Bedingungen zu schaffen, die einen dauerhaften Frieden möglich machen.

Die SPD ist Partei der Freiheit und Menschenrechte. Die Bindung in die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis drückt die Gemeinsamkeit der grundlegenden politischen Wertvorstellungen und Interessen aus; sie bleibt unabdingbare Grundlage unserer Politik.

2. Das Schicksal der Menschheit wird sich auch daran entscheiden, ob sie

▷ die Aufrüstung stoppt und die Abrüstung einleitet;

▷ die Umwelt- und Energie- und Rohstoffprobleme friedlich löst;

▷ die Weltwirtschaftsprobleme so regelt, daß die immer weiter auseinanderklaffende Entwicklung zwischen Arm und Reich zugunsten der armen Regionen beeinflußt werden kann.

Noch vor Ende dieses Jahrhunderts werden 6 statt 4 Milliarden Menschen zu ernähren, zu kleiden und auszubilden sein. Wenn wir die damit verbundenen Probleme lösen wollen, müssen wir alles tun, damit weder aus Irrtum, noch aus politischen Fehlern ein Konflikt entsteht, der Kalten oder sogar Heißen Krieg ausbrechen läßt.

3. Die beiden Großmächte haben genug Waffen, um das menschliche Leben vielfach auszulöschen.

Neue, gefährliche und genauere Waffensysteme werden entwickelt, die statt zusätzlicher Sicherheit neue Risiken bringen.

Immer weitere Staaten erreichen die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen, die Aufrüstung der Dritten Welt schreitet fort.

Die Gefahren für die Welt wachsen: Die politi-

sche Unterdrückung in vielen Ländern, der fort-dauernde Ost-West-Konflikt, Tendenzen, ihn auf die Probleme der Dritten Welt zu übertragen, die unge-lösten Probleme des Nahen und Mittleren Ostens so-wie die zunehmende Armut in der Dritten Welt schaffen Spannungen, die zum Auslöser von Kriegen werden können.

4. In dieser Situation ist es wichtiger denn je, daß die SPD die Tradition ihrer Friedenspolitik unbeirrt, konsequent und aktiv fortsetzt. Die SPD hat Deutschland nie in einen Krieg geführt. Sie ist die entscheidende politische Kraft, damit nie wieder von Deutschland Krieg ausgeht.

Die SPD hat sich immer zur Aufgabe gemacht, die Menschen zu überzeugen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung in unserem eigenen Interesse not-wendig und daß sie erreichbar sind.

Sie begrüßt, daß sich weltwe Kreise unserer Bevöl-kerung öffentlich zu diesem Ziel bekennen.

Sie teilt die Sorge um den Frieden, wie sie auch in den Friedensbewegungen in beiden deutschen Staa-ten und darüber hinaus zum Ausdruck kommt; es bleibt Aufgabe und Praxis der SPD, aus dem Willen zum Frieden Friedenspolitik zu machen. Sie begrüßt, daß die Sorge um das atomare Wettrüsten auch in der amerikanischen Friedensbewegung Ausdruck fin-det.

5. Die Friedenspolitik verbindet die Politik der „Sicherheit und Entspannung“, wie die NATO im Jahre 1967 (Harmel-Bericht) beschlossen hat. Zur Friedenspolitik gehört die Politik der Sicherheit durch annäherndes Gleichgewicht zwischen den bei-den Bündnissen, das nicht bloß militärisch-nume-risch festgestellt werden kann.

Die Atlantische Allianz mit der militärischen Prä-senz der USA in Europa ist unverzichtbar für die äußere Sicherheit und die politische Handlungsfäh-keit der Bundesrepublik. Es ist die friedenssichernde Aufgabe der Bundeswehr, im Rahmen des westli-chen Bündnisses zur Erhaltung des Gleichgewichts beizutragen. Die notwendigen finanziellen Mittel für unseren Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgabe werden auch künftig bereitgestellt werden.

Eine modern ausgerüstete und ausgebildete Bun-deswehr bleibt weiterhin ein wesentliches Element unserer Bündnisfähigkeit in der Nordatlantischen Allianz. Dem entspricht sozialdemokratische Vertei-digungspolitik. Unsere Politik und die Ausrüstung der Bundeswehr war und ist an den Auftrag des Grundgesetzes gebunden, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Die Bundeswehr hat unser Vertrauen und unsere Unterstützung.

Gleichgewicht allein reicht aber nicht aus, den Frieden zu sichern. Nicht Rüstung, sondern Rüstungskontrolle und Abrüstung behält für die SPD Vorrang zur Herstellung des Gleichgewichts. In Verhandlungen muß vereinbart werden, was im konkreten Fall als überprüfbares Gleichgewicht anzusehen ist.

Unsere Entspannungspolitik hat den Frieden in Europa sicherer gemacht, für ungezählte Menschen Erleichterungen gebracht und die Lebensfähigkeit Berlins gestärkt.

Die Entspannungspolitik erhält eine neue politische Qualität, wenn es gelingt, die Kräfte der ganzen Nation in beiden deutschen Staaten gemeinsam mit den europäischen Nachbarn in Ost und West auf das Ziel einer dauerhaften europäischen Friedensordnung zu lenken.

Diese Politik will auch bei Schwierigkeiten und Rückschlägen durch blocküberspannende Vereinbarungen zusätzliche friedensstabilisierende Bedingungen schaffen. Zu diesem Prozeß der Entspannungspolitik sieht die SPD auch weiterhin keine vernünftige Alternative. Trotz der zwischen den Blöcken bestehenden Gegensätze und Unterschiede muß also eine Politik der Mäßigung, des Dialogs und der Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Auch Länder und Bündnisse mit gegensätzlichen oder unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssystemen teilen das übergeordnete Interesse, gemeinsam zu überleben. Gemeinsames Überleben verlangt auch künftig eine Politik der Partnerschaft zur Sicherheit. Nur in ihrem Rahmen kann und muß der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssystemen stattfinden.

6. Friedenspolitik ist nicht allein eine Frage der militärischen Abrüstung und der Außenbeziehungen der Staaten. Ohne Vertrauen zwischen den Völkern, ohne Bereitschaft zur Friedfertigkeit und ohne eine aktive Erziehung zum Frieden bleibt die Gefahr von Mißtrauen, Haß und kriegerischen Konflikten. Das Recht auf Verteidigung, zu dem sich die SPD ausdrücklich bekennt, darf nicht für eine Politik des Kalten Krieges und der Konfrontation mißbraucht werden.

Die Friedenspolitik nach außen muß auf Friedenspolitik im Innern gründen. Wir fordern den Abbau von immer noch verbreiteten Feindbildern, die Unfrieden zwischen den Völkern und dem eigenen Lande schüren.

7. Eine Politik der Partnerschaft zur Sicherheit ist von Willy Brandt und Helmut Schmidt in der Verantwortung für unser Land kontinuierlich verfolgt

worden; sie eröffnet die Perspektive, den elementaren Wunsch der Menschen und Völker nach Sicherheit als gemeinsame Aufgabe zu begreifen und zu tun. Erst eine Partnerschaft zur Sicherheit ermöglicht, die Rüstungsspirale anzuhalten, Gleichgewichte zu vereinbaren, die Einführung neuer Waffensysteme zu verhindern, Abrüstungsvereinbarungen zu treffen und durch Vereinbarungen die Notwendigkeit der Abschreckung abzubauen. Eine Partnerschaft zur Sicherheit kann die Kräfte freisetzen, die erforderlich sind, um die großen Aufgaben der Menschheit anzupacken: Hunger und Unterentwicklung zu überwinden und das ökologische Gleichgewicht unseres gemeinsamen Lebensraumes, der Erde, herzustellen.

Die SPD appelliert an die Menschen in unserem Lande und in der Familie der Völker, sich zur Partnerschaft der Sicherheit zu bekennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Dieser Appell richtet sich nicht nur an die Atommächte, sondern auch an die 2. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die neue, auch regionale Ansätze für eine umfassende Politik der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung finden soll.

Eine politische Unterstützung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und eine konsequente Stärkung des Lagers der wirklich blockfreien Staaten sind ein wesentlicher Beitrag sozialdemokratischer Friedenspolitik.

8. Die SPD hat auf ihren Parteitag in Hamburg und Berlin ihre Grundsätze zur Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen des Bündnisses umfassend dargelegt und beschlossen. Sie verweist auf diese Beschlüsse.

9. Gegenseitiger Gewaltverzicht ist das Herzstück unserer Entspannungspolitik, die nach Ausgleich und Versöhnung gerade auch mit unseren östlichen Nachbarn trachtet. Die Zukunft dieser Politik wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, den Gewaltverzicht auch im militärischen Kräfteverhältnis durchzusetzen, insbesondere durch Verzicht auf militärische Überlegenheit. Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung sind daher notwendige Bestandteile einer wirksamen Entspannungspolitik.

10. Unser Ziel bleibt ein atomwaffenfreies Europa, wie es im Godesberger Programm beschlossen wurde. Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel müssen abgeschafft werden. Sie sollen in Europa weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Die Reduzierung des weltweiten Kernwaffenpotentials und die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen können nicht durch ein Ausstoigen einzelner Staaten aus ihren Bündnissystemen erreicht werden.

B.

11. 1981 ist zwischen den beiden Supermächten ein neuer Versuch zur Rüstungsbegrenzung begonnen worden. Die SPD fordert Moskau und Washington auf, die Verhandlungen auf allen Ebenen konstruktiv im Geiste einer Partnerschaft zur Sicherheit zu führen.

Sie begrüßt insbesondere die Verhandlungen in Genf, die unter wesentlicher Mitwirkung der Bundesregierung in Gang gekommen sind und zur Verminderung der Europa bedrohenden atomaren Mittelstreckenwaffen führen sollen.

Die SPD fordert, diese Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, sowjetische euro-strategische Raketen abzubauen, um die Einführung neuer euro-strategischer Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten überflüssig zu machen.

12. Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für neue Raketenysteme kürzerer Reichweiten, also unterhalb der Mittelstreckenwaffen, in Ost und West für die Dauer der Genfer Verhandlungen.

Sie fordert schließlich, daß alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen, einschließlich der nuklearen Flugzeuge beider Staaten, schrittweise in die Verhandlungen einbezogen werden.

13. Die SPD bekräftigt: es darf – gemäß der Entscheidung des Berliner Parteitages vom Dezember 1979 – keinen Automatismus der Stationierung geben; außerdem wird zu prüfen sein, „ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden“. Die SPD wird auf einem ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht. Es darf keine Stationierung auf deutschen Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.

14. Wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion auf, endlich ernst zu machen mit der Begrenzung und Verminderung nuklear-strategischer Waffen (SALT/START). Wir begrüßen die Absicht des amerikanischen Präsidenten, nunmehr die Gespräche mit der sowjetischen Führung hierüber wieder aufzunehmen. Die Erfüllung der von ihnen im Atomwaffen-Sperrvertrag übernommenen

Abrüstungsverpflichtungen ist Voraussetzung dafür, daß dem Nicht-Verbreitungs-Gebot weltweit Geltung verschafft werden kann. In diesem Zusammenhang ist wichtig, selbstauferlegte, vereinbarte Begrenzungen auf dem Gebiet der Anti-Raketen-Raketen (ABM) nicht aufs Spiel zu setzen und einen umfassenden Teststopp-Vertrag abzuschließen.

15. Für das Gleichgewicht zwischen Ost und West werden die französischen und britischen Nuklearwaffen zu berücksichtigen sein.

16. Unser Nein zur Neutronenwaffe gilt. Wir fordern ihre weltweite Ächtung.

17. Die SPD fordert die zügige Ratifizierung und Verwirklichung des Vertrages zum Verbot der biologischen Waffen.

18. Produktion, Lagerung und Einsatz von chemischen Waffen müssen endlich auf der Grundlage eines ausreichend überprüfbaren Abkommens mit dem Ziel weltweiter Ächtung verboten werden.

19. Die SPD lehnt die Produktion und Lagerung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie fordert die Bundesregierung auf, als Beitrag zu einer beiderseitigen Abschaffung solcher Waffen in Europa darauf hinzuwirken, daß die Giftgasbestände in der Bundesrepublik Deutschland entfernt werden und einer künftigen Lagerung solcher Kampfstoffe die Zustimmung verweigert wird.

20. Die SPD drängt darauf, bei den Wiener Verhandlungen über die Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa (MBFR) ein erstes Verhandlungsergebnis zu erzielen. Die bisherigen Verhandlungen gestatten und verlangen einen neuen politischen Impuls.

21. Die Furcht vor Überraschungsangriffen ist eine wichtige Quelle des Mißtrauens zwischen Ost und West. Eine inhaltliche und geographische Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen ist daher vordringlich. Dies muß durch zügige Verhandlungen der Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE) möglich werden, für die bei der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid ein entsprechender Auftrag erteilt werden muß. Nur so kann die mit der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 eingeleitete Entwicklung intensiviert werden.

22. Auch angesichts schwerer gewordener Bedingungen wird die Bundesregierung aufgefordert, weiterhin aktiv zu bleiben, damit die beiden deutschen Staaten ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa durch Initiativen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gemäß Grundlagenvertrag gerecht werden.

Sozialdemokratische Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung — Arbeit für alle

I.

Weltweit hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage dramatisch verschlechtert. Konfliktgefahr und Konfliktbereitschaft wachsen nicht nur zwischen Staaten, sondern auch innerhalb von Gesellschaften. Auf der anderen Seite nehmen Resignation und Fluchtbewegungen zu.

Angesichts dieser Situation ist eine Partei mit dem Profil der SPD besonders gefordert, aber auch besonders gefährdet. Denn ihr wird als Versagen angelastet, was mindestens zum überwiegenden Teil aus objektiven Gründen nicht verändert, und was bei einer konservativen Regierung noch zu sehr viel gravierenderen Konsequenzen für die Mehrheit der Bürger geführt hätte.

Es ist wichtig, diese Zusammenhänge immer wieder deutlich zu machen. Es ist auch wichtig, die — schlechteren — Alternativen deutlich zu machen, so am Beispiel der Folgen konservativer Politik in den USA oder Großbritannien. Vor allem anderen aber ist es wichtig, eigene Lösungsansätze für die vor uns liegenden Probleme vorzutragen und umzusetzen.

Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik steht bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und im Bundesrat unter dem Zwang zu Kompromissen. In der Bundesregierung und im Bundestag muß eine Verständigung mit dem Koalitionspartner gefunden werden. Im Bundesrat ist aus verfassungsrechtlichen Gründen bei den meisten finanz-, steuer- und wirtschaftspolitischen Gesetzen die Zustimmung der CDU/CSU-regierten Länder erforderlich.

Richtig ist: Sozialdemokratische Regierungsverantwortung hat unser Land sehr viel besser durch die anhaltende weltweite Wirtschaftskrise gebracht, als es fast allen anderen Ländern gelungen ist. Dennoch haben die weltweiten wirtschaftlichen Probleme auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einer hohen und für Sozialdemokraten unerträglichen Arbeitslosigkeit geführt. Sie ist nicht ein konjunkturelles Zwischenspiel, sondern vielmehr das Ergebnis tiefgreifender struktureller Veränderungen. Insbesondere verringert sich das Wirtschaftswachstum, während ein starker Rationalisierungsdruck anhält.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert eine beschäftigungsorientierte Gesamtpolitik, in der die Wirtschafts-, Finanz-, Geld-, Struktur-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik gemeinsam die Moderni-

sierung unserer Volkswirtschaft, die Schaffung zukunftssicherer und humaner Arbeitsplätze, hohe berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer anstreben und auch die Beschäftigung benachteiligter Personen sicherstellen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert auch Opfer von denjenigen, die Arbeit und Einkommen haben. Wir brauchen die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen; Solidarität der Älteren mit den Jüngeren. Wo solche Solidarität verweigert wird, droht dem sozialen Frieden Gefahr:

▷ Die Zahl der Arbeitssuchenden nimmt vor allem aus demographischen Gründen zu. Dem stehen niedrige Wachstumsraten und fortschreitende Rationalisierung gegenüber. Die Arbeit wird knapper, die Position der Unternehmer gestärkt.

▷ Gleichzeitig wächst die Gefahr einer Entsolidarisierung der Arbeitnehmer.

Wir brauchen eine umfassende beschäftigungspolitische Offensive für die achtziger Jahre. Dabei ist die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung eine Herausforderung an alle gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen.

Wir begrüßen, daß die Gewerkschaften als erste das Angebot zu gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit gemacht haben. Wir erwarten, daß die private Wirtschaft, die Bundesbank sowie Bund, Länder und Gemeinden ihren Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten.

II.

Dieser politischen Notwendigkeit dient folgender Beschluß:

1. Recht auf Arbeit

Recht auf Arbeit zu verwirklichen ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. Es ist das in der Sozialstaatlichkeit begründete Recht eines jeden Mitbürgers auf einen angemessenen Arbeitsplatz zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

Die SPD fordert den Vorrang für die Beschäftigungspolitik in der Gesamtpolitik. Denn Vollbeschäftigung ist die Grundlage für soziale Sicherheit und inneren Frieden.

Die konservativen Strategien, bei denen eine Verantwortung des Staates, für einen hohen Beschäftigungszustand mitzusorgen, verneint wird und die ausschließlich auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen, lehnen wir ab. Sie führen, wie die Beispiele aus England und den USA zeigen, zu einer Verschärfung der sozialen Lage der Arbeitnehmer. Es ist dies eine bewußte Politik des Klassenkampfes von

oben, die zu einer sozialen und gesellschaftlichen Katastrophe führen kann.

Trotz des Scheiterns dieser Vorstellung im westlichen Ausland haben die CDU/CSU und Unternehmerfunktionäre zunehmend die Politik der Absenkung der Lohnquote und des Rückzugs des Staates aus der Verantwortung für die Beschäftigungspolitik und den Abbau des Sozialstaates übernommen.

Dagegen sind wir der Auffassung, daß der Staat aktiv in den Wirtschaftsprozeß eingreifen muß, um soziale Einbrüche, insbesondere drastische Beschäftigungsrückgänge zu vermeiden und ökologischen Erfordernissen gerecht zu werden. Deshalb fordern wir als Schwerpunkt einer zukunftsgerichteten Politik

- die Schaffung neuer, dauerhafter humaner Arbeitsplätze durch Verstärkung privater und öffentlicher Investitionstätigkeit,
- die konsequente Fortsetzung der erfolgreichen Politik „Weg vom Öl“, der Energie- und Rohstoffeinsparung und -ersetzung und Umweltstrukturpolitik,
- die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Modernisierung unserer Volkswirtschaft,
- eine Qualifizierungsoffensive,
- die gesetzliche Absicherung von Arbeitszeitverkürzungen.

2. Wirtschaftsdemokratie

Die Gefährdung vieler Arbeitsplätze infolge des weltwirtschaftlichen Strukturwandels und breit angelegter Rationalisierungsprozesse durch neue Technologien hat wiederum deutlich gemacht, daß eine weitere Demokratisierung unserer Wirtschaft unverzichtbar ist. Nur die uningeschränkte Parität zwischen Arbeitnehmer- und Kapitalseite ist in Großunternehmen eine hinreichende Garantie dafür, daß sich technologische Veränderungen und Strukturwandel nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer vollziehen. Angesichts der anhaltenden Versuche, durch unternehmenspolitische Manöver gesetzliche Mitbestimmungsregeln zu unterlaufen, muß die Mitbestimmung zentraler Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik sein. Die Mitwirkung starker Gewerkschaften ist für eine soziale Steuerung des technischen Wandels unverzichtbar.

Die Fähigkeit unserer Wirtschaftsordnung zur Bewältigung der umfassenden Herausforderungen kann nur durch die Weiterentwicklung der Mitbestimmungsmöglichkeiten erreicht werden. Dazu gehört die Neuordnung der Unternehmensverfassung durch ein Unternehmensrecht, das die Rechte der mitbe-

stimmten Organe stärkt und die volle Parität von Kapital und Arbeit in allen wichtigen Entscheidungsprozessen der Unternehmen gewährleistet. Eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung soll durch die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten auf der Ebene der Regionen, der Länder und des Bundes sichergestellt werden.

In den achtziger Jahren muß eine Umverteilung der Produktivvermögen im Rahmen von Tariffonds erreicht werden.

Der Parteivorstand wird beauftragt, ein neues Konzept zur Wirtschaftsdemokratie unter Einbeziehung der neuen Mitbestimmungskonzepte und der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu erarbeiten.

3. Ziel eines mittelfristigen staatlichen Investitions- und Vollbeschäftigungsprogrammes

Die SPD unterstützt die Forderungen des DGB nach einem langfristigen Investitionsprogramm sowie nach einem Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsprogramm. Sie begrüßt die beschäftigungspolitischen Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion und die Diskussionsvorschläge Hans Matthöfers („Mut zur Vollbeschäftigung“) für mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen zur Schaffung einer ausreichenden Zahl neuer Arbeitsplätze mit Hilfe von Energieeinsparung und Investitionsförderung sowie Vorschläge zur konjunkturgerechten Finanzierung dieser Maßnahmen.

Als Schwerpunkte eines solchen Investitionsprogrammes fordern wir Maßnahmen zur

- rationellen Verwendung und Einsparung von Energie (weg vom Öl) sowohl im Bereich der Anwendung (Wärmedämmung von Häusern, rationellere industrielle Prozesse, benzinsparende Autos) als auch bei der Abwärmenutzung (Fernwärmeausbau mit Hilfe von industrieller Abwärmenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung),
- Förderung für den Ersatz alter Kohlekraftwerke durch umweltfreundlichere Kohlekraftwerke,
- wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge: ein 10-Jahres-Programm „Saubere Gewässer in der Bundesrepublik“, Ausbau der Trinkwasserversorgung, Abwasserreinigung,
- ein mittelfristiges Umweltsanierungs- und Vorsorgeprogramm für besonders gefährdete Regionen, das Immissionsschutz, Lärmschutz, Stadt- und Dorferneuerung, Verbesserung des Wohnumfeldes, Industrieansiedlung, Landschaftsschutz und rationellere Energieerstellung und -nutzung umfaßt,

- Verbesserung der Wohnungsversorgung, insbesondere des Mietwohnungsbaus und der Wohnumwelt,
- Verbesserung der Verkehrsversorgung, insbesondere durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Ortsumgehungen, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Investitionen im Langstreckennetz der Bundesbahn,
- Ausbau der Sozial- und Humandienste,
- Ausbau des elektronischen Kommunikationsnetzes zur schnellen Informationsweitergabe zwischen Unternehmen und Verwaltungen durch die Post,
- stärkere steuerliche Begünstigungen von arbeitsplatzschaffenden Investitionen zu Lasten ausgeschütteter Gewinne; Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer.

4. Strukturwandel und Investitionen

Einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung des Arbeitsplatzangebots in den 80er Jahren muß unsere Wirtschaft durch Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen und die Überwindung der damit verbundenen strukturellen Verwerfungen leisten. Anpassung an strukturelle Wandlungen ist eine ständige unternehmerische Aufgabe.

Der Staat - Bund, Länder und Gemeinden - hat die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen für den Strukturwandel zu schaffen, günstige Entwicklungen - z. B. durch Anreize - zu fördern, Entwicklungsengpässe zu beseitigen und somit insgesamt seiner Verpflichtung zu einer aktiven beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik nachzukommen.

Konjunkturpolitisch hat auch der Staat Verantwortung für eine ausreichende Nachfrage zu tragen. Öffentliche Investitionen und Ausgaben dürfen nicht prozyklisch erfolgen und in Zeiten schwacher Wirtschaftsentwicklung gesenkt werden. Die Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen in den Jahren 1976 bis 1980 beweist, daß aktive Beschäftigungspolitik erfolgreich durchzuführen ist.

5. Investitionen zur Verbesserung der Umwelt

Beschäftigungs- und umweltpolitische Ziele sind nicht notwendigerweise Gegensätze. Unsere Forderung nach dem „blauen Himmel über der Ruhr“ in den 60er Jahren war ein Meilenstein aktiver und erfolgreicher sozialdemokratischer Umweltpolitik. In vielen Bereichen sind heute bereits große Fortschritte erreicht worden: Die wachsende Verschmutzung vieler Gewässer wurde gestoppt, industrielle Schad-

stoffemissionen in der Luft wurden verringert, Lärmquellen eingedämmt, die Gesundheitsgefahren durch gefährliche Arbeitsstoffe im Produktionsprozeß verringert.

Diese Politik zur Verbesserung und Erhaltung der Umwelt werden Sozialdemokraten konsequent und verstärkt fortsetzen. Dabei lassen sich beschäftigungs-, wachstums- und umweltpolitische Ziele miteinander verbinden. Ein verbesserter Umweltschutz dient der wirtschaftlichen Zukunftssicherung und der Sicherung der Beschäftigung: In der Umweltschutz- und Entsorgungsindustrie entstehen neue Arbeitsplätze. Anreiz und Zwang zur rascheren Entwicklung umweltfreundlicher Produkte erhöhen die Nachfrage im Inland und verbessern mittelfristig die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten.

Insgesamt geht es vor allem darum, jene Investitionen zu beschleunigen, die sowohl ökonomisch sinnvoll wie auch ökologisch wünschenswert sind. Die Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim Parteivorstand hat mit ihren „Ökologiepolitischen Orientierungen der SPD“ dafür geeignete Vorschläge gemacht.

6. Vorausschauende Technologie- und Strukturpolitik

Unsere Volkswirtschaft braucht verstärkte staatliche und private Forschungsinvestitionen und Technologieförderung. Technologieförderung darf sich nicht auf große Vorhaben beschränken. Im beschäftigungspolitischen Interesse ist gerade auch die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen stärker als bisher zu mobilisieren.

Die gegenwärtige schwierige wirtschaftliche und soziale Situation verstärkt die Widerstände gegen eine Modernisierung der Volkswirtschaft durch den Einsatz neuer Technologien, die mittlerweile in allen Bereichen, angefangen von der industriellen Produktion, den Verwaltungen bis zu Teilen des öffentlichen Dienstes und den privaten Dienstleistungen zur Anwendung kommen. Dies ist nicht zuletzt deswegen der Fall, weil von neuen Technologien - wie z. B. Mikroelektronik - eine Erhöhung des Arbeitsplatzrisikos, Intensivierung der Arbeit, Einengung der Arbeitsplatzinhalte und Nichtverwertung von Qualifikationen befürchtet wird. Solche Widerstände und Befürchtungen lassen sich nur dann überwinden, wenn betroffenen Arbeitnehmern die individuellen und sozialen Folgen und Risiken der technischen Entwicklung erkennbar sind und wenn sie rechtzeitig bei der Entwicklung, Einführung und Umsetzung neuer Technologien mitbestimmen können.

Die Forschungs- und Technologiepolitik ist in ein Konzept vorausschauender Strukturpolitik zu integrieren. Der energie- und technologiepolitische Dialog muß mit allen gesellschaftlichen Gruppen fortgeführt und intensiviert werden.

Die staatliche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Forschungs- und Technologiepolitik muß gewährleisten, daß mit der Förderung neuer Technologien Arbeitsplätze nicht nur dauerhaft gesichert, sondern auch humanisiert werden. Der Abbau unzuträglicher Belastungen, die Erhöhung der Qualifikation und eine Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten am Arbeitsprozeß müssen daher über die Ausweitung des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“ hinaus Bestandteil staatlicher Technologieförderung werden.

Der Staat hat den strukturellen und technologischen Wandel zu beeinflussen durch eine geeignete Steuergesetzgebung, über die Infrastrukturausstattung, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung, von Qualifizierung und Innovation, durch die Gestaltung des Umwelt- und Sozialrechts.

Es gilt, die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vor allem bei Energie, Rohstoffen und Stahl sowie beim Anlagen- und Maschinenbau zu stärken. Zu fördern sind vor allem Produktionen, die viel technisches Wissen nutzen, wie die Mikroelektronik, die Kommunikationstechnologie für die Wirtschaft, die Informationsverarbeitung und -vermittlung sowie neue biochemische Technologien.

Die Arbeitslosigkeit ist in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik sehr unterschiedlich. Strukturpolitik ist deshalb nicht nur auf der Ebene von Bund und Ländern, sondern auch in den einzelnen Regionen notwendig. Zentrale Förderprogramme und Maßnahmen müssen in den einzelnen Regionen aufgenommen und genutzt werden. In der Strukturpolitik sind stärkere Auflagen für zusätzliche Beschäftigung, eine Erfolgskontrolle und die Beteiligung von Betriebsräten durchzusetzen.

In unserem demokratischen Staat gibt es viele Möglichkeiten der Mitbestimmung und Selbstverwaltung. Sie müssen sich auch in der regionalen Strukturpolitik bewähren:

- Der Fernwärmeausbau muß regional geplant werden.
- Investitionsfördernde und qualifikationsfördernde Maßnahmen sind vor Ort zu verbinden.
- Bei der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit den Existenzgründungen und der Bildung von Risikokapital.

- Entwicklungshemmnissen von Betrieben in Stadtbezirken mit enger Wohn- und Gewerbenutzung ist sowohl durch die Förderung von Betriebsverlagerungen als auch durch Maßnahmen der Standortsicherung zu begegnen.

Die Vermittlung von Arbeitsuchenden, aber auch die Integration von Problemgruppen des Arbeitsmarktes können erfolgreich nur in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken bewältigt werden.

7. Diese Ziele sozialdemokratischer Politik sind nur zu erreichen, wenn die zentralen Forderungen des Orientierungsrahmens '85 und die Beschlüsse der Bundespartei tage von 1977 und 1979 zur vorausschauenden Strukturpolitik und Beeinflussung von Investitionen verwirklicht werden.

- Dabei geht es insbesondere um
- eine regelmäßige Strukturberichterstattung und Strukturprognose der Bundesregierung,
 - eine sorgfältige Erfassung geplanter privater und öffentlicher Investitionen,
 - die Aufstellung eines Bundesentwicklungsplanes, der für die privaten Investitionen Orientierungsdaten und für die öffentlichen Investitionen verbindliche Richtgrößen festlegt,
 - eine vorausschauende Forschungs- und Technologiepolitik sowie
 - eine wirksame Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften an der Strukturentwicklungsplanung.

Die durch die schwierige Situation der öffentlichen Finanzen gegebene Chance, die Erfolgskontrolle von Subventionen zu verschärfen, muß zu einer Verbesserung der vorausschauenden Struktur- und Beschäftigungspolitik genutzt werden. Dabei ist an eine Verwirklichung folgender Forderungen zu denken:

- Bindung von Investitionshilfen an Auflagen zur Erhaltung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen,
- Mitwirkung der Arbeitnehmervertretungen bei der Beantragung von Subventionen und
- begleitende und nachträgliche Kontrolle des Erfolgs geförderter Projekte.

Eine vorausschauende Forschungs- und Technologiepolitik muß vor allem sicherstellen, daß die Folgen einer Einführung neuer Technologien für die Sicherheit und Qualität der Arbeitsplätze und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in die Forschung einbezogen werden, bevor über die Anwendung ihrer Ergebnisse entschieden wird.

8. Regionale Strukturpolitik

Bei engeren finanziellen Spielräumen müssen auch

im System der regionalen Strukturpolitik Prioritäten gesetzt werden.

Da sich die direkten Investitionszulagen bzw. -zuschüsse im Rahmen der regionalpolitischen Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern wegen der Einbeziehung sehr großer Förderungsgebiete als nicht sehr wirksam erwiesen haben, um private Investitionsentscheidungen regionalpolitisch optimal zu steuern, muß die Regionalförderung auf die wirklichen Problemgebiete beschränkt werden. Arbeitsplätze in Regionen mit wirtschaftlicher Monostruktur und mit einem Übergewicht stagnierender und schrumpfender Wirtschaftsbranchen sind durch gesonderte Investitions- und Beschäftigungsprogramme neu zu schaffen, die zusätzlich zu finanzieren sind und nicht zu Lasten bisher geförderter strukturschwacher Gebiete gehen dürfen. Die Bewahrung der traditionellen Industriezentren vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg muß dabei das vorrangige Ziel sein.

Angesichts der Tragweite des zu bewältigenden Problems – insbesondere in alten Industriegebieten wie dem Ruhrgebiet und dem Saarland – sind neue Ansätze der regionalen Strukturpolitik erforderlich.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist auszubauen. Sie ist in Zukunft wesentlich stärker als bisher auf Arbeitsmarktreionen mit schwerwiegenden Beschäftigungsproblemen zu erstrecken. Dies gilt z. B. in den Arbeitsmarktreionen, in denen Ersatz für weggefallene Stahl- oder Textilarbeitsplätze geschaffen werden muß.

Bund und Länder sind aufgefordert, eine Weiterentwicklung der Regionalförderung nicht an einer selbststichtigen Blockade scheitern zu lassen. Sie haben vor allem auch Regionen zu unterstützen – wie z. B. das Ruhrgebiet –, die entscheidend zum Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben und sich heute in einem schwerwiegenden Umstrukturierungsprozeß befinden.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, in einem Rechenschafts- und Situationsbericht darzustellen,

- welche Anstrengungen bislang zur Verwirklichung dieser zentralen Forderungen unternommen wurden,
- welche Hindernisse sich ihrer Verwirklichung insbesondere unter gewandelten weltwirtschaftlichen Bedingungen und verschlechterten politischen Durchsetzungsbedingungen entgegenstellen und
- wie auch unter diesen veränderten Bedingungen Erfolge zur Durchsetzung dieser Forderungen erzielt werden können.

9. Berufsbildung und Beschäftigungsbrücke für die junge Generation

Das Hauptproblem der jungen Generation ist nicht der Ausstieg aus der, sondern der Einstieg in die Gesellschaft. Aus Solidarität mit der jungen Generation, die ihr Leben nicht mit dem Gefühl der Überflüssigkeit beginnen darf, und aus längerfristigen ökonomischem Interesse müssen wir eine Beschäftigungsbrücke bauen. Nicht nur Ausbildung auf Vorrat, auch Beschäftigung auf Vorrat ist notwendig!

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, für alle Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung sicherzustellen. Dabei muß die freie Berufswahl durch die freie Auswahl der Ausbildungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen, d. h. auch für Mädchen und andere benachteiligte Gruppen, gewährleistet sein. Soweit betriebliche Ausbildungsplätze nicht ausreichen, müssen überbetriebliche und ergänzende schulische Möglichkeiten verstärkt genutzt werden. Wir fordern Industrie, Handwerk und den Staat in seinen drei Ebenen mit Nachdruck auf, eine qualifizierte berufliche Ausbildung unserer jungen Menschen in allen Regionen sicherzustellen und nach Vollendung der Ausbildung geeignete Arbeitsplätze bereitzustellen.

Die Sozialdemokraten werden sich weiterhin um eine sachgerechte Finanzierung der beruflichen Bildung bemühen, durch die die finanzielle Belastung gerechter verteilt wird als bisher.

Im Rahmen der staatlichen Investitionsförderung sind den Betrieben, die sich um Aufträge bewerben, Auflagen in bezug auf die Beschäftigung von jungen Arbeitnehmern zu machen, die gerade ihre Ausbildung abgeschlossen haben. In besonderen Problemregionen der Bundesrepublik sind Schwerpunktprogramme für junge Arbeitnehmer durchzuführen, die sich besonderen öffentlichen Anliegen widmen, wie z. B. dem Umweltschutz oder sozialen Diensten.

10. Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik hat durch ihre Vermittlungs- und Beratungsdienste, durch Einsatz ihrer beschäftigungsfördernden Maßnahmen, insbesondere der beruflichen Fortbildung und Umschulung, zur Sicherung der Beschäftigung beigetragen. Arbeitsmarktpolitik kann das gesamtwirtschaftliche Defizit an Arbeitsplätzen zwar nicht beseitigen, aber die individuellen Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer, vor allem der arbeitslosen Arbeitnehmer, verbessern. Trotz finanzieller Engpässe muß das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik nicht nur funktionsfähig erhalten bleiben, sondern weiterentwickelt werden.

Das bedeutet:

- Technologische Entwicklung und die Tatsache, daß der überwiegende Teil der Arbeitslosen Ungelernte sind, erfordert eine konsequente berufliche Qualifikation von Arbeitslosen.
- Zur Wiedereingliederung von Frauen ins Erwerbsleben sind besondere Förderungsmaßnahmen zu ergreifen.
- Das Instrument der Kurzarbeit ist durch Qualifikationsmaßnahmen der Arbeitnehmer zukunftsorientiert auszubauen.
- Die erfolgreichen Programme zur beruflichen Wiedereingliederung von Schwerbehinderten müssen fortgesetzt werden.
- Die Meldepflicht für offene Stellen.
- Um die Entqualifizierung der Arbeitnehmer zu verhindern, müssen die Arbeitgeber verpflichtet werden, ihre Belegschaft beruflich weiterzubilden.
- Generelles Verbot der Leiharbeit.

Die Mitbestimmungsorgane müssen zur Vorbereitung der notwendigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten. Durch eine enge Kooperation von Betriebsrat, Unternehmensleitung und Arbeitsverwaltung muß eine bessere Verzahnung von betrieblicher Beschäftigungspolitik und staatlicher Arbeitsmarktpolitik sichergestellt werden.

Notwendig ist, wenigstens einmal im Jahr einen umfassenden Arbeitsmarktbericht dem Deutschen Bundestags vorzulegen, in dem über die Hauptursachen der Arbeitslosigkeit, über gruppen- und regionalspezifische Schwerpunkte, über die Erfahrungen der Arbeitsvermittlung und über erkennbare Auswirkungen des technischen und strukturellen Wandels auf die Beschäftigungslage unterrichtet wird.

11. Arbeitszeitpolitik

Wegen der großen beschäftigungspolitischen Herausforderungen haben weitere Arbeitszeitverkürzungen und eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit gleichzeitig arbeitsmarktpolitische und soziale Bedeutung. Darüber hinaus muß ein größerer Teil der Arbeitszeit für die berufliche Aus- und Weiterbildung genutzt werden.

Weitere Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht tabuisiert werden. Die SPD fordert die Arbeitgeber auf, ihren seit 1965 bestehenden und seither fortgeschriebenen Tabukatalog aufzugeben.

Wir unterstützen die tarifpolitische Zielsetzung der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit in ihren verschiedenen Formen – Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Verlängerung

des Urlaubs, Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Sie ist weiterhin ein zentrales politisches Ziel. Hier haben Wege zu einem gleitenden oder früheren freiwilligen Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand besonderes Gewicht.

Wir begrüßen den Entwurf des Bundesarbeitsministeriums für ein neues Arbeitsschutzgesetz und erwarten vor allem davon eine Neuordnung des aus dem Jahre 1938 stammenden Arbeitszeitrechts. Hier ist ein zeitgemäßer Rahmen für die tarifpolitische Gestaltung der Arbeitszeit zu schaffen.

Die Möglichkeiten zu flexiblerer arbeits- und sozialrechtlich abgesicherter Arbeitszeitgestaltung für Männer und Frauen sollen erweitert werden. Weil solche Angebote noch weitgehend fehlen, sind an die heutige Teilzeitarbeit Anforderungen zu stellen, die garantieren, daß Teilzeitarbeit nicht zum Ausgleich von Belastungsspitzen dient, daß auch qualifizierte Tätigkeiten und gleichwertige Aufstiegschancen geboten werden und daß die Arbeitsbedingungen dem bei Vollzeitarbeitsplätzen üblichen Standard entsprechen. Eine Teilung von Vollzeitarbeitsplätzen, die die sozialpolitischen und betriebsorganisatorischen Risiken der Teilung einseitig auf die betroffenen Arbeitnehmer abwälzt (job-sharing), lehnen wir ab. Die SPD bekräftigt ihre Forderung nach endgültiger Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung.

Die beschäftigungspolitisch notwendige Verknappung des Arbeitskräfteangebots darf nicht durch den Zuzug weiterer ausländischer Arbeitnehmer von außerhalb der EG unterlaufen werden.

Deshalb ist der Anwerbestopp uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Gegenüber den assoziierten Staaten der EG muß in der Frage der Freizügigkeit ein Modus gefunden werden, der zu keiner weiteren Verschärfung der beschäftigungs- und integrationspolitischen Probleme führt.

12. Tarifpolitik

Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften zum Sündenbock für die Beschäftigungskrise zu machen, wird von uns entschieden zurückgewiesen. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Die Tarifautonomie ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung. Angriffe auf die Tarifautonomie stellen den sozialen und demokratischen Rechtsstaat in Frage. Wir begrüßen und unterstützen das Angebot von Heinz Oskar Vetter, die Lohnforderungen der Gewerkschaften mit der Bereitschaft der Betriebe zur Schaffung von Arbeitsplätzen und mit staatlichem und geldpolitischem Handeln abzustimmen.

13. Geldpolitik

Die Geldpolitik in nahezu allen westlichen Industrieländern ist seit langem auf einem gefährlichen Restriktionskurs, der die Weltwirtschaftskrise verschärft und mit zu dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit beitrug. Das nach wie vor überhöhte Zinsniveau ist derzeit das größte Investitionshemmnis.

Nachdem eine positive Trendumkehr in der Leistungsbilanz deutlich wird und der nationale Preisauftrieb gestoppt ist, muß die Bundesbank die gewonnenen Zinssenkungsspielräume konsequent nutzen. Eine Politik der Trippelschritte verursacht Unsicherheit und trägt dazu bei, daß Unternehmen, Private und Staat mit ihren Investitionsentscheidungen weiter abwarten.

Sollte auch auf dem Wirtschaftsgipfel von Versailles keine internationale Abkehr von der Hochzinspolitik erreicht werden, sollte im Rahmen des europäischen Währungssystems eine unabhängige europäische Zinspolitik angestrebt werden.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Versailles Vorschläge für eine europäische Geld-, Kredit- und Zinspolitik zu entwickeln.

14. Finanzierung der Beschäftigungspolitik

Die Verwirklichung des Vollbeschäftigungszieles wird um so eher möglich sein, wenn es gelingt, den Egoismus gesellschaftlicher Gruppen zu überwinden. Den konservativen Konzepten, die auf eine Spaltung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft hinauslaufen, stellen Sozialdemokraten eine Politik entgegen, die sich an der Solidarität der Starken mit den Schwachen orientiert. Der Abbau der Arbeitslosigkeit erfordert Opfer von allen, die Arbeit und Einkommen besitzen.

Die SPD geht davon aus, daß staatliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in erster Linie der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Erhalt einer Solidargemeinschaft dient, die den Schwachen in unserer Gesellschaft nicht allein läßt. Die insbesondere auf den Ölpreissteigerungen und Strukturveränderungen beruhenden Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme der deutschen Wirtschaft können nicht durch eine unbegrenzte Ausweitung öffentlicher Haushaltsdefizite nachhaltig gelöst werden.

Die staatliche Kreditpolitik der letzten Jahre hat jedoch im internationalen Vergleich nachweisbar eine höhere Arbeitslosigkeit verhindert.

Im Gegensatz zur Forderung der Konservativen muß auch künftig die Finanzpolitik konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben durch eine kompensatorische Finanzpolitik, also durch hö-

here Kreditaufnahme, auffangen. Sparrunden zum Auffangen reißen Löcher auf, die wiederum zu mehr Arbeitslosigkeit und damit weiteren Defiziten führen. Von den Haushalten müssen in Zukunft stärkere beschäftigungspolitische Impulse ausgehen. Dies gilt insbesondere für öffentliche Investitionen, die auch in der heutigen Situation durchaus mit Fremdmitteln zu finanzieren sind.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, durch haushaltspolitische Umschichtung, durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen deutlicher als im Haushaltsentwurf 1982 eine beschäftigungsorientierte Finanzpolitik zu betreiben. Partei und Bundestagsfraktion müssen ihren Einfluß geltend machen, um eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Bei der Diskussion um die Finanzierung beschäftigungspolitischer Programme ist zu berücksichtigen, daß bereits nach zwei Jahren kreditfinanzierte öffentliche Investitionsprogramme sich bis zu 75 % selbst finanziert haben werden.

Die Finanzierung beschäftigungspolitischer Programme sollte sowohl über die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes als auch über die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte und die Erzielung zusätzlicher öffentlicher Einnahmen, mit denen ausschließlich beschäftigungspolitische Initiativen finanziert werden, erfolgen. Die zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen und eine Arbeitsmarktabgabe stehen für diese Restfinanzierung für uns nach wie vor im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Ungerechtfertigte Steuerprivilegien müssen vorrangig abgebaut werden, dies gilt insbesondere für die weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften, die Verschärfung der Bodenwertzuwachsbesteuerung, die Begrenzung des Ehegatten-Splitting-Vorteils auf kleine und mittlere Einkommensbezieher und die Abschöpfung von sogenannten Windfall-Profits.

15. Außenwirtschaftspolitik

Gute wirtschaftliche Außenbeziehungen sind für die Beschäftigungsentwicklung in einem so exportabhängigen Land wie der Bundesrepublik Deutschland, in dem fast jeder dritte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export abhängt, von entscheidender Bedeutung.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich auch in Zukunft protektionistischen Bestrebungen beim Export und beim Import entgegenstellt und an ihrer Politik der offenen Märkte festhält. Dabei ist wesentlich, daß die Partnerländer sich ebenso

an die internationalen Regeln halten wie die Bundesrepublik Deutschland.

Der Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung muß auch im Verhältnis zu den Entwicklungsländern gelten. Internationale Arbeitsteilung soll gleichermaßen Industrie- und Entwicklungsländern dienen. Den Thesen der Nord-Süd-Kommission „Kooperation statt Konfrontation“ und „Steigendes Einkommen der Entwicklungsländer erhöht ihre Nachfrage auf dem Weltmarkt“ ist zuzustimmen. Entwicklungshilfe, Ertragsstabilisierung bei den Rohstoffen und internationale Sicherung privater Investitionen bleiben notwendige Voraussetzungen der Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern. Gleichzeitig ist an die wirtschaftliche Entwicklung die Forderung nach einer sozialen Entwicklung der Länder der Dritten Welt zu knüpfen. Die Entwicklungsländer sollten daher aufgefordert werden, soziale Mindestbedingungen nach den Normen des Internationalen Arbeitsmarktes einzuhalten. Insbesondere ist die Bildung und Tätigkeit freier und unabhängiger Gewerkschaften sicherzustellen.

Der Handel mit den Staaten Osteuropas ist ein fester Bestandteil unserer Politik der Entspannungs- und Friedenssicherung und hat erhebliche wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Bedeutung.

III.

Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung

Mit der von Bundeskanzler Helmut Schmidt vorgelegten „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ haben Sozialdemokraten ihren Willen unter Beweis gestellt, durch staatliches Handeln die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir sind mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter der Meinung, daß die Gemeinschaftsinitiative einen ersten „wirklichen Schritt nach vorn“ darstellt. Wir sind allerdings der Ansicht, daß eine Lösung der derzeitigen Arbeitsmarktschwierigkeiten weitergehende politische Maßnahmen erfordert. Wir sehen aber auch, daß dafür zur Zeit im Bundestag und im Bundesrat eine Mehrheit nicht zu erhalten ist. Wer deshalb den Arbeitnehmern in unserem Lande wirklich helfen will, muß in der gegenwärtigen Situation das politisch Mögliche akzeptieren und schnell in die Wirklichkeit umsetzen. Wir erwarten, daß auch andere politische Kräfte bald die Notwendigkeit zu weiteren beschäftigungspolitischen Initiativen erkennen.

Entscheidende Bedeutung kommt dem Auftrag an den Bundesarbeitsminister zu, zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften Voraussetzungen für einen Durchbruch zur Verkürzung der Lebensar-

beitszeit und für einen flexibleren Übergang vom Arbeitsleben in die Rente zu schaffen. Wer eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit verhindert, verhindert eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir erwarten von den Bundesländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, daß sie den Bund in der Beschäftigungspolitik unterstützen und mit ihren Mitteln und regionalen Zuständigkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Der Beschluß der CDU/CSU und der von ihr geführten Bundesländer, die die Gemeinschaftsinitiative ablehnen, ist angesichts alarmierender Arbeitslosenzahlen verantwortungslos und skandalös. Der Vorschlag der Unionsparteien, das Beschäftigungsprogramm durch weitere Kürzungen sozialer Leistungen zu finanzieren, wird von uns entschieden zurückgewiesen. Der Abbau des Sozialstaates gefährdet den Arbeitsfrieden.

Finanzierung des sozialen Netzes und eines Beschäftigungsprogramms

Um zur Verbesserung der Beschäftigungssituation zusätzliche öffentliche Investitionen und die Förderung privater Investitionen finanzieren, das soziale Netz sichern und arbeitsmarktpolitische Instrumente stärker nutzen zu können, sind folgende Finanzierungsmöglichkeiten zu überprüfen, und zwar in Hinblick auf ihre Verteilungsgerechtigkeit und ihre ökonomischen Wirkungen:

1. die Einführung einer finanziellen Zusatzleistung aller im Berufsleben Stehenden, einschließlich der Beamten und Selbständigen (Arbeitsmarkt- abgabe),
2. weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften,
3. Einschränkung des Ehegattensplittings,
4. die Abschöpfung der sog. „windfall-profits“,
5. die Verschärfung der Bodengewinn-Besteuerung,
6. eine funktionsgerechte Steuerverwaltung durch eine Personalaufstockung des Steuerfahndungs- und Betriebsprüfungsdienstes,
7. Wegfall der Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten und Geschenken als Betriebsausgaben,
8. Einführung einer zeitlich befristeten Ergänzungs- abgabe für höhere Einkommen und Gewinne,
9. Anhebung der Vermögenssteuer,
10. gewerbesteuerähnliche Abgaben auf alle Ge- winneinkünfte (z. B. freie Berufe),
11. Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung im Luftverkehr,
12. Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Ein- kommensteuer und des Körperschaftsteuersatzes,
13. Verzicht auf weitere Steuersenkungsprogramme.

Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD

Präambel

Es ist das Ziel sozialdemokratischer Politik, Demokratie auf allen Ebenen gesellschaftlicher Tätigkeit zu verwirklichen. Für Sozialdemokraten ist Demokratie das Mittel, um Einfluß auf die Gestaltung des Staates zu bekommen und sozialdemokratische Politik zu verwirklichen. In einer so verstandenen Demokratie sind Beziehungen von Politik und Arbeitswelt unabdingbar. Diese Beziehungen müssen real und unmittelbar sein. Daraus ergibt sich, daß Arbeitnehmer in Betrieben und Verwaltungen einen unmittelbaren und quantitativen Anteil an der politischen Willensbildung haben müssen.

Wir müssen den in Industrieländern zu beobachtenden Tendenzen und Entwicklungen entgegenreden, die gegen die volle politische Gleichberechtigung der Arbeitnehmer gerichtet sind. Gesellschaftliche Benachteiligungen der betriebstätigen Arbeitnehmer führen noch immer zu politischen Benachteiligungen. Was für die ca. 3,5 Millionen Schichtarbeiter, deren Arbeits- und Wohnbedingungen, ihre soziale Isolierung in besonderer Weise gilt, trifft auch auf andere Arbeitnehmer zu. Deren Chance zur Teilnahme am öffentlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben muß verbessert werden.

In den westlichen Industrieländern zeichnen sich zwei Entwicklungen ab: Einerseits wird Politik zunehmend berufsmäßig betrieben, andererseits gibt es eine Vorherrschaft der öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Verwaltungsberufe in den Parlamenten und anderen politischen Gremien. Außerdem ist die frühere Identität von Wohnort und Arbeitsstätte durch die Veränderung der Wohngebietsstrukturen beseitigt worden. Auch das wirkt sich auf die Möglichkeiten der politischen Mitarbeit negativ aus.

Für Sozialdemokraten, die in der politischen Tradition der Arbeiterbewegung stehen, ist diese Entwicklung eine Herausforderung und ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nicht mehr mit allgemeinen Appellen zu lösen ist.

Die Arbeitnehmerschaft braucht mit Blick auf die politische Willensbildung die solidarische Hilfe der Partei, wie sie auch auf die solidarische Hilfe bei der Durchsetzung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen angewiesen ist.

Die Ortsvereine bleiben Mittelpunkt und Kern sozialdemokratischer Parteilarbeit. Aber die SPD kann nicht nur „Feierabend-Partei“ sein. Für die politisch

aktiven sozialdemokratischen Arbeitnehmer beginnt die Vertrauensarbeit schon mit der Fröhschicht.

Es müssen Formen entwickelt werden, die den Zusammenhang von Betrieb und Politik herstellen und jenen, die im Betrieb Vertrauensarbeit leisten, einen besseren Zugang zur Politik ermöglichen.

1. Politische Betriebsarbeit ist Parteilarbeit

Ihr größtes Mitglieder- und Wählerpotential hat die SPD nach wie vor in der Arbeitnehmerschaft. Die politische Betriebsarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil sozialdemokratischer Parteilarbeit und in ihrer politischen Bedeutung der Vertrauensarbeit dem Ortsverein gleichzustellen. Sie kann und darf von der Gesamtpartei nicht mehr überschauen werden. Die Vorstände der Partei und der AfA in den Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken und Landesverbänden werden aufgefordert,

- ▷ die politische Betriebsarbeit stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu rücken und ihr gleiches Gewicht wie der politischen Vertrauensarbeit in dem übrigen Bereich der SPD zu geben;
- ▷ die Arbeit der sozialdemokratischen Betriebsgruppen und Betriebsvertrauensleute wirksam zu unterstützen und zu aktivieren;
- ▷ Impulse und Unterstützung für die Gründung neuer Betriebsgruppen insbesondere in der gewerblichen Wirtschaft zu geben.

Es ist das Ziel sozialdemokratischer Parteilarbeit, die politische Betriebsarbeit schrittweise so auszubauen, daß es keinen Betrieb und keine Verwaltung ohne Betriebsgruppen oder sozialdemokratischen Vertrauensmann mehr gibt. In ländlichen Gebieten sowie in Mittel- und Kleinbetrieben ist es erfahrungsgemäß besonders schwierig, Betriebsgruppen zu gründen. Hier bietet sich die Gründung von Branchenbetriebsgruppen oder Standortbetriebsgruppen an, denen die Arbeitnehmer mehrerer Betriebe der gleichen oder verschiedener Wirtschaftsbranchen im Bereich eines Unterbezirks angehören. Die zusammenfassende organisatorische Ebene der Betriebsgruppen ist der Unterbezirk.

Die Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände werden aufgefordert, alle zwei Jahre auf ihren Parteitagen über den Stand und die Entwicklung der Betriebsarbeit in ihrem Organisationsbereich Rechenschaft zu geben.

2. Aufgaben der Betriebsgruppen, Branchen- und Standortbetriebsgruppen

Die wesentlichen Aufgaben sozialdemokratischer Betriebsgruppen sind

- ▶ die Arbeitnehmer mit der Politik und den Zielen der Partei vertraut zu machen und sie dafür zu gewinnen;
- ▶ die Probleme in den Betrieben und die politischen Interessen der Arbeitnehmer aufzunehmen und sie in der politischen Willensbildung in der AfA und der Partei zur Geltung zu bringen;
- ▶ die politische Mitarbeit der Arbeitnehmer in der AfA und in der Partei zu verstärken;
- ▶ die aktive Mitarbeit der Arbeitnehmer in den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten zu fördern und diese bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Durchsetzung ihrer Ziele zu unterstützen.

Mitglied der Betriebsgruppe ist jedes im Betrieb oder in der Verwaltung beschäftigte Mitglied der SPD. Organe der Betriebsgruppe sind

a) die Mitgliederversammlung

b) der Betriebsgruppenvorstand.

Er besteht aus dem Vorsitzenden, einem oder mehreren Stellvertretern und weiteren Beisitzern, deren Zahl je nach Zweckmäßigkeit von der Betriebsgruppe selbst bestimmt wird. In den Betrieben, in denen keine sozialdemokratischen Betriebsgruppen bestehen, werden Vertrauensleute benannt.

3. Betriebsinformationen

Die Informationsarbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebsgruppen. Dazu gehört vor allem die Herausgabe und Verteilung von Betriebszeitungen und Flugblättern. Mit den Betriebszeitungen wird die SPD so eng wie möglich mit dem Arbeitsplatz und der Erfahrungswelt der Arbeitnehmer verbunden, es werden betriebliche Probleme aufgenommen, die Position der Sozialdemokraten wird verdeutlicht.

Die Arbeit mit den sozialdemokratischen Betriebszeitungen hat sich bewährt. Ohne eine bessere finanzielle Unterstützung und Grundlage ist ihre Existenz und ihre weitere Entwicklung jedoch gefährdet. Die Vorstände der Partei werden aufgefordert, die Betriebsinformationen anderen Publikationen der Partei, wie den Orts- und Stadtteilzeitungen, gleichzustellen und entsprechend zu fördern. Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer in den Betrieben erwarten, daß die Mittelverwendung aus den Beitragseinnahmen so erfolgt, daß die Betriebszeitungen den Orts- und Stadtteilzeitungen sowie anderen Publikationen der Partei gleichgestellt und gefördert werden. Die sozialdemokratische Publizistik muß insgesamt mehr den Bedürfnissen der Arbeitnehmer Rechnung tragen.

4. Beziehungen zwischen Politik und Arbeitswelt

Es kommt darauf an, alle Möglichkeiten der Beziehungen zwischen Partei, ihren Fraktionen, Mandatsträgern und den Betriebsgruppen, und den betrieblätigen Arbeitnehmern zu nutzen und auszuschöpfen. Dazu gehören insbesondere Gespräche mit den Betriebsräten, Betriebsbesuche und Betriebsversammlungen. Aus gelegentlichen Kontakten muß eine ständige Verbindung werden. Es ist Aufgabe der Partei und der AfA, daß die Betriebsgruppen regelmäßig Arbeitnehmerkonferenzen veranstalten.

5. Politische Bildungsarbeit

Ein zentraler Bestandteil der Betriebsarbeit ist die politische Bildungsarbeit. Sie muß durch die Partei und die AfA nachhaltig gefördert und unterstützt werden. Die SPD lebt von der politischen Überzeugungskraft eines jeden Mitglieds. Was im Gespräch mit Arbeitskollegen über die politischen Ziele und Entscheidungen unserer Partei gesagt wird, ist wirkungsvoller als das meiste, was über die Medien vermittelt wird. Die politische Bildungsarbeit ist die Grundlage dafür, um die Überzeugungskraft der Sozialdemokraten in den Betrieben zu erhöhen. Die politische Bildungsarbeit für Arbeitnehmer und besonders auch für junge Arbeitnehmer bedarf einer stärkeren Förderung aus den öffentlichen Haushalten.

6. Betriebliche Erfahrungen nutzen

Die Erfahrungen der Arbeitnehmer in der Betriebsarbeit und in der Arbeitswelt auszutauschen, sie zu nutzen und aus ihnen zu lernen, ist eine verantwortliche Aufgabe für die gesamte SPD. Dazu gehört auch, daß betrieblätige Arbeitnehmer in Fachausschüssen, Fachkonferenzen und bei internationalen Kontakten stärker berücksichtigt werden, um ihre betrieblichen Erfahrungen einbringen zu können. Das wäre ein wesentlicher Beitrag, um der zunehmenden Professionalisierung der Politik und der einseitigen Zusammensetzung von Gremien und Delegationen entgegenzuwirken.

7. Stärkere Beteiligung von Arbeitnehmern an der politischen Willensbildung

Der Ortsverein ist die Grundlage der Parteiarbeit, Betriebsgruppen müssen als notwendige Ergänzung hinzukommen. Ortsvereine und Betriebsgruppen sind entscheidende Elemente der Vertrauensarbeit der SPD.

Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen müssen im politischen

Willensbildungsprozeß die gleichen Chancen und Rechte haben wie andere Mitglieder der Partei.

Den Sozialdemokraten, die in den Betriebsgruppen, in den Gewerkschaften, in den Betriebs- und Personalräten Vertrauensarbeit leisten und sich für die Interessen der Arbeitnehmer engagieren, muß besserer Zugang zu politischen Entscheidungskörpern und zur Mandatsausübung geschaffen werden. Es ist Chancengleichheit vor allem bei der Teilnahme an der politischen Willensbildung in den Unterbezirken schrittweise zu verwirklichen:

● Um dies zu erreichen, werden die Ortsvereine aufgefordert, insbesondere die betriebstätigen Arbeitnehmer bei der politischen Willensbildung und bei der Wahl von Delegierten und Mandatsträgern stärker zu berücksichtigen. Dabei ist wichtig, daß die Organisationsarbeit stärker an den Bedingungen der Arbeitswelt (z. B. Schichtarbeit) ausgerichtet wird.

● Die Betriebsgruppen werden aufgefordert, Stellungnahmen in den Willensbildungsprozeß der Partei zu geben, um die Partei zu einer verstärkten Diskussion von Problemen aus der Arbeitswelt zu bewegen.

● Die Betriebsgruppen werden aufgefordert, sich bei anstehenden innerparteilichen Wahlen und Kandidatenaufstellungen mit Personalvorschlägen zu beteiligen. Dies soll in der Form geschehen, daß der Unterbezirk die Betriebsgruppenmitglieder seines Bereiches rechtzeitig vor einem ordentlichen Parteitag zu einer Konferenz einlädt, auf der Personalvorschläge erarbeitet werden.

● Der Parteivorstand und die Vorstände der Bezirke und Unterbezirke werden verpflichtet, alle zwei Jahre auf dem ordentlichen Parteitag Rechenschaft abzulegen über den Stand der Beteiligung von betriebstätigen Arbeitnehmern an der Parteiarbeit und daraus die notwendigen Konsequenzen aufzuzeigen.

8. Ziel unserer Arbeit

Es ist das Ziel sozialdemokratischer Betriebsarbeit, eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern auf diesem Wege für eine Mitarbeit in der Partei, in den Ortsvereinen und Unterbezirken zu gewinnen. Es müssen für die betriebstätigen Arbeitnehmer in der SPD Wege eröffnet werden, die in das Zentrum sozialdemokratischer Politik führen. Ohne eine bewußte und organisatorische Ausrichtung der politischen Betriebsarbeit läuft die SPD Gefahr, immer mehr Beziehungen zur betriebstätigen Arbeitnehmerschaft zu verlieren.

Die politische Betriebsarbeit ist die Grundlage, um die Überzeugungskraft der Sozialdemokraten in den Betrieben zu stärken.

Die Erneuerung der Parteiorganisation

Die SPD als Partei muß die treibende Kraft der Demokratisierung aller Lebensbereiche sein, damit der Bürger die Chance erhält, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten und alle Formen ihrer Bürokratisierung oder Manipulation zurückzudrängen.

Die Parteiorganisation muß sich als Initiator und Träger des demokratischen Dialogs in der Gesellschaft begreifen. Dabei ist der SPD-Ortsverein die Basis der Parteiarbeit.

Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, bei einer Reform der Parteiorganisation folgende Schwerepunkte zu beachten:

Information und Medien

Das Erscheinen lokaler Informationsblätter ist durch Modellversuche lokaler Videoberichterstattung und Videoinformation zu ergänzen. Der Parteivorstand wird aufgefordert, bis zum nächsten Parteitag über den Beginn und die Erfahrungen solcher Modellversuche zu berichten.

Die politische Bildungsarbeit in den Heimvolkshochschulen muß durch Modelle für eine politische Bildungsarbeit in den Ortsvereinen ergänzt werden. Dabei sind die neuen Möglichkeiten der Videoarbeit einzusetzen. Die Ausstattung der Partei mit Videotechnik ist zu fördern.

Der Ortsverein ist die Basis der Parteiarbeit

Die Abteilung Organisation beim Parteivorstand ist so auszustatten, daß sie in der Lage ist, die strukturelle Entwicklung der Ortsvereine zu beobachten und zu fördern, auf kritische Veränderungen zu reagieren und den Gliederungen Orientierungshilfen für die Arbeit im Ortsverein zu geben.

Die Arbeit im Ortsverein muß im „Sozialdemokrat-Magazin“ in der Berichterstattung einen festen Platz einnehmen. Die Vorstände aller Gliederungen müssen sich mindestens einmal im Jahr mit der strukturellen Entwicklung der Ortsvereine befassen. Die Bezirke und der Parteivorstand haben alljährlich einen Bericht über die Entwicklung und die Probleme der Ortsvereine vorzulegen. Die Kommunalpolitiker müssen im Ortsverein mehr als bisher eine Plattform für ihre Arbeit als Mandatsträger sehen.

Es ist das Ziel der Partei, daß die Mandatsträger aller Ebenen in den Unterbezirken in gemeinsam geführten Bürgerbüros der SPD für ihre Wähler ständig erreichbar sind.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Wegen

zu suchen, die allen Mitgliedern und nicht nur den Delegierten die Chance geben, an der Auswahl der Mandatsträger mitzuwirken.

Es müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, um Frauen und Männern aus Betrieben und Verwaltungen die Chance des parlamentarischen Mandats zu sichern.

In der Parteiorganisation muß Tendenzen entgegengetreten werden, die Parteiarbeit vorrangig auf Wahlkämpfe und auf Delegiertenkonferenzen zu reduzieren. In der Parteiarbeit – besonders im Ortsverein – muß sich die SPD spontanen Bürgeraktionen und kulturellen Lebensformen öffnen.

Die Parteiorganisation muß im Ortsverein durch Annahme und Vermittlung vielfältiger kultureller Lebensformen der kulturellen Verarmung ihrer Basis und der politischen Strukturen insgesamt entgegenwirken. Der Verarmung des Parteilebens in den Städten, besonders in den Großstädten, müssen wir begegnen, indem wir die Freude an der Begegnung, an Geselligkeit, wieder in ihr Recht einsetzen. Wir müssen auch als Partei unsere Städte mit Möglichkeiten ausstatten, die dem einzelnen Mitglied der SPD die Chance einer kreativen kulturellen Tätigkeit in der Partei öffnen und der kulturellen Begegnung der Menschen dienen.

Ergebnisse der Wahlen zum Parteivorstand der SPD

	abgeg.	gültig	Ja (1979)	Nein	Enth.
Vorsitzender					
Willy Brandt	427	426	388 (360)	31	7
Stellvertretende Vorsitzende					
Helmut Schmidt	436	436	365 (365)	67	4
Johannes Rau	435	432	367 (372)	50	15
Schatzmeister					
Friedrich Halstenberg	430	429	367 (304)	41	21

Weitere Mitglieder (Erster Wahlgang)

Hans Koschnick	404 (402)
Hans-Jochen Vogel	393 (276)
Egon Bahr	379 (356)
Peter Glotz	368 (-)
Helmut Rohde	329 (337)
Hans-Jürgen Wischnewski	329 (349)
Klaus von Dohnanyi	322 (308)
Hans Matthöfer	318 (292)
Anke Fuchs	310 (347)
Diether Posser	309 (307)
Holger Börner	300 (306)
Horst Ehmke	294 (289)
Hugo Brandt	292 (-)
Karl Ravens	291 (301)
Hermann Heinemann	286 (277)
Volker Hauff	284 (268)
Anja Huber	282 (250)
Hans Apel	268 (333)
Inge Donnopp	267 (285)
Wolfgang Roth	261 (-)
Peter von Oertzen	250 (260)
Helmut Rothemund	239 (253)
Klaus Matthiesen	237 (283)
Erhard Eppler	232 (257)
Georg Leber	231 (275)

Oskar Lafontaine	230 (265)
Herta Däubler-Gmelin	225 (179)
Helmut Becker	223 (-)

(Abgegebene Stimmen: 437; gültig: 435)

Im zweiten Wahlgang wurden gewählt:

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Heinrich Junker	208 (251)	279
Dieter Haak	212 (268)	266
Bruno Friedrich	206 (233)	253
Werner Vitt	208 (233)	246
Herbert Ehrenberg	213 (238)	226
Harry Rislock	191 (233)	201
Erika Wagner	174 (182)	198
Inge Wettig-Danielmeyer	190 (-)	188

nicht gewählt:

Hans-Ulrich Klose	179	187
Brigitte Traupe	149 (166)	169
Hilmar Selle	149	165
Willi Görlach	145	161
Ulrike Mascher	147	147
Elfriede Hoffmann	107 (239)	48
Johano Strasser	133	verzichtet

(Abgegebene Stimmen: 431; gültig: 430)



Arno Waschkuhn: Politische Kultur

Eine aktuelle wissenschaftliche Kontroverse

Dr. Arno Waschkuhn, Jahrgang 1946, ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Würzburg. Beiträge in NG 10/76, 10/77, 7/78 und 2/80

Darüber, was „politische Kultur“ sei, besteht in den Sozialwissenschaften keinesfalls Einverständnis. Die amerikanischen Forscher Gabriel A. Almond, Lucian Pye und Sidney Verba, die den Begriff geprägt haben, verstehen unter politischer Kultur bzw. „civic culture“ die Art und Weise, wie ein politisches System „im Wissen, in den Gefühlen und der Bewertung seiner Bevölkerung verinnerlicht“ ist. Man kann daher von der „inneren Verfassung“ eines Volkes sprechen, wenngleich die normativ-integrative Komponente von Almond u. a. deutlich überbetont wird. Der Vorteil des Begriffs der „politischen Kultur“ jedoch liegt auf der Hand: Er begreift unter Politik mehr als nur die institutionellen Strukturen und ist noch hinreichend an den allgemeinen Kulturbegriff angebunden.

Martin und Sylvia Greiffenhagen legen in ihrer Studie „Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands“ (München 1979, inzwischen als Taschenbuch erschienen) dem politischen Kulturkonzept die folgenden Annahmen zugrunde: „Politische Kulturforschung zielt nicht wie die historische Dokumentenanalyse direkt auf das Individuelle, historisch Einmalige und Unvergleichbare eines Volkes und seines ‚Charakters‘ ab, sondern gewinnt ihr Material überhaupt nur im Vergleich: entweder verschiedener politikgeschichtlicher Phasen eines Volkes oder verschiedener gleichzeitiger ‚Kulturen‘, d. h. politischer Großgruppen, deren Bewußtsein unter systematischen Fragestellungen vermessen wird.“ Die politische Kulturforschung interessiert sich nicht „für das Regierungssystem oder politische Institutionen an sich, sondern für die sich auf sie beziehenden Einstellungen, Meinungen, Werthaltungen der Bevöl-

kerung. Natürlich berücksichtigt der politische Kulturforscher die politischen Institutionen bei seinen Untersuchungen, Gegenstand seiner Forschung aber ist die Weise der Betroffenheit der Bevölkerung durch sie. Politische ‚Realität‘ ist somit beides: die vorfindbaren Institutionen und ihre Verarbeitung im Bewußtsein der Bürger“. (S. 18 f.)

Inzwischen ist erneut eine Diskussion um den Begriff der politischen Kultur aufgekommen. Sie ist von Peter Reichel (in der Politischen Vierteljahresschrift Heft 4/80) eingeleitet worden und hat zu verschiedenen Diskussionsbeiträgen (so von Dirk Berg-Schlöser, Oscar W. Gabriel, Heide Gerstenberger, Jakob Schissler und Kurt L. Shell in den folgenden Heften der PVS) geführt. Neben den politikwissenschaftlichen Streitpunkten sind aber auch Argumentationsmuster allgemeinerer Art aufgetaucht, die hier vornehmlich behandelt werden sollen.

Reichel bezeichnet angesichts der heute vorherrschenden Lebensinn- und Orientierungskrise die politisch-demokratische Kultur als eine erst noch zu erreichende „konkrete Utopie“. Gerade für die Bundesrepublik Deutschland sei im Hinblick auf ihre „historische Gegenwart“ und „gegenwärtige Zukunft“ nach den sich politisch-kulturell womöglich langfristig auswirkenden „Wechselbädern“ gegensätzlicher politischer Strukturen – Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Bundesrepublik und DDR – eher eine undemokratische oder konfliktfreie „politische Unkultur“ zu beklagen. Für sie symptomatisch sei die weithin unterbliebene Vergangenheitsbewältigung, der Antikommunismus, die überzogene Anwendung des Radikalenerlasses und die bei weitem unreflektierte Reaktion auf den Terrorismus. Es kämen insgesamt vor allem „alte“, der Untertanenmentalität und einer strikten Trennung von Staat und Gesellschaft verhaftete Weltorientierungsmuster zum Zuge.

Demgegenüber will Reichel das Konzept der politischen Kultur neu begründen oder dynamisieren durch die Heseinnahme von Prozessen der Demokratisierung und politischen Beteiligung. Insbesondere der Partizipationsbegriff sei für ein politisches Kulturkonzept hervorragend geeignet, da er sowohl die Bewußtseins- als auch die konkreten Verhaltensbereiche erfassen könne. Ohne hierauf im einzelnen einzugehen, ist festzuhalten, daß Reichel glaubt, ein normativ-analytisches Konzept vorgelegt zu haben, nach welchem die politische Kultur sich unter partizipativen Aspekten zusammensetzt (und empirisch angehen läßt) aus:

– politischen Wertorientierungen,

- politischen Einstellungen,
- dem politischen Verhalten von Individuen und Kollektiven sowie
- deren Vermittlung und Aneignung in Prozessen politischer Sozialisation.

Die Kritik hat zu Recht darauf verwiesen, daß die „Erweiterung“ durch den Partizipationsbegriff für eine Konzeption der „politischen Kultur“ wiederum zu eng sei. Ferner berücksichtige Reichel nicht in ausreichendem Maße neuere Ergebnisse der vergleichenden Politikforschung, worauf wir noch zurückkommen. Auch seien Reichels Darlegungen nicht über ein „unsystematisches Aneinanderreihen von Bemerkungen“ hinausgekommen, die sich zur empirischen Operationalisierung nur wenig eignen. Daneben sind die strukturellen Defizite der deutschen „Sonderentwicklung“ oder „Demokratieverzögerung“, jedenfalls in der Art und Weise wie sie Reichel skizziert, ebenfalls nur Marginalien, die ohne weitere Fundierung belanglos bleiben, zumal in praxi auch deutliche „Diskontinuitäten“ (nämlich in Richtung auf ein „anderes Deutschland“) erkennbar sind und als gegenläufige Tendenzen aufzuzeigen wären.

Der in meiner Sicht entscheidende Einwand lautet, daß Reichels Ansatz zwar „Reizmaterial“ zur Diskussion um die politische Kultur anbietet, selbst aber zu keiner überzeugenden Forschungsperspektive gelangt. Seine Ausführungen sind daher weitgehend spekulativ und vermögen nicht zu zeigen, warum gerade die bundesrepublikanische Entfaltung politischer Kultur unbefriedigend bleibt, als hätte Willy Brandts Aufruf, „mehr Demokratie zu wagen“, tatsächlich niemanden erreicht (übrigens gehörte auch der Ansteckknopf „Willy wählen“ zum Arsenal politischer Kultur).

Die unpräzisen oder diffusen Aussagen Reichels zur politischen Kultur der Demokratie sind wohl auch darauf zurückzuführen, daß er neuere, internationale vergleichende empirische Studien nicht herangezogen hat. So hat sich die Forschergruppe um Samuel H. Barnes / Max Kaase („Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies“, Beverly Hills/London 1979) im Unterschied zu früheren Arbeiten von Gabriel A. Almond und Sidney Verba, die Reichel wie andere vor ihm wegen ihres immanenten „angloamerikanischen Vorurteils“ kritisiert, vor allem darum bemüht, gerade auch unkonventionelles politisches Verhalten zu berücksichtigen. Neben der von Ronald Inglehart vertretenen These des *postmaterialistischen Wertwandels* und einer *neuen Typologie* hinsichtlich politischer Handlungsrepertoires und Verhaltensmuster (Inaktive, Konfor-

misten, Reformisten, Aktivisten und Protestierer) weist die Untersuchung, die bereits heute als ein Standardwerk der politischen Soziologie angesehen werden kann, als ein Hauptergebnis auf, daß in *allen* untersuchten, pluralistisch strukturierten westlichen Demokratien eine zwar schwache, aber *positive* Korrelation zwischen konventioneller politischer Beteiligung (z. B. Wahlen) und der Neigung zu direkten politischen Aktionsformen besteht. Darüber hinaus ist das dort entwickelte Forschungsdesign den spärlichen Hinweisen Reichels in jeder (auch theoretisch-methodologischer) Hinsicht überlegen.

Für die „politische Kultur“ der Bundesrepublik ergaben sich u. a. folgenden Komponenten: ein „mittleres“ Partizipationsniveau, hinsichtlich der „Parteiidentifikation“ ein Trend nach „links“ und in bezug auf das (als wachsend prognostizierte) „Protestpotential“ eine deutliche Generationskluft („generation gap“), die in Deutschland am größten ist (in Holland ist dagegen auch die Eltern-Generation signifikant „protest-tolerant“).

Nach Auffassung von Barnes und Kaase ist die „Kultur“ im weitesten Sinne alles, was nicht biologisch determiniert ist. Hinsichtlich der politischen Handlungsrepertoires werden unterschieden:

- ▷ Inaktive, die sich über Politik in den Medien unterrichten und vielleicht auch einmal eine Petition unterschreiben, wenn sie darum gebeten werden;
- ▷ Konformisten entsprechen dem konventionellen politischen Verhaltensstil, einige von ihnen nehmen an Wahlkampfveranstaltungen teil, ohne zu einer direkten politischen Aktion zu gelangen;
- ▷ Reformisten beteiligen sich gleichfalls in konventioneller Weise, zusätzlich kommen bei ihnen alle Protestformen vor, die legal sind, insbesondere Demonstrationen oder Verweigerungsstrategien;
- ▷ Aktivisten füllen das gesamte politische Verhaltensspektrum aus, einige von ihnen beteiligen sich auch an systemisch unerlaubten oder negativ sanktionierten Aktionsformen;
- ▷ Protestierer bewegen sich nahezu ausschließlich auf der unkonventionellen Verhaltensskala, ihrem Selbstverständnis nach vermeiden oder behindern sie gezielt die politisch-kulturell etablierten Kommunikationsweisen und Interaktionsformen.

Unter dem Gesichtspunkt der *Partizipation*, den Reichel betont, ist die Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland in keinem Fall besonders negativ und fällt auch nicht aus dem Rahmen des für westliche Demokratien geltenden Datenkranzes. Allenfalls die „Generationskluft“ und das hiermit korrespondierende „Repressionspotential“ hinsichtlich der Unterbin-

Typologie politischer Handlungsrepertoires und Verhaltensmuster (in %)					
	Bundesrepublik	USA	England	Niederlande	Österreich
Inaktive	26,6	12,3	30,1	17,9	34,9
Konformisten	13,5	17,5	15,4	11,1	19,2
Reformisten	24,6	36,0	21,9	19,8	20,9
Aktivisten	8,0	14,4	10,2	19,3	5,9
Protestierer	27,3	19,8	22,4	31,9	19,1
Prozentuale Einordnung aufgrund offener Testfragen					

dung und Unterdrückung bestimmter Manifestationen politischen Handelns ist bei uns etwas stärker ausgeprägt, was hier jedoch nicht näher demonstriert werden kann.

Allerdings beziehen sich die Analysen und Auswertungen von Barnes/Kaase auf Daten, die in den Jahren 1974/75 erhoben wurden. Nach einer neueren repräsentativen Untersuchung (Erhebungszeitpunkt: Januar 1981) des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SOWI) der Bundeswehr zum *sozialen und politischen Engagement* in der bundesrepublikanischen Bevölkerung (in PVS, Heft 2/1981) lehnen etwa 50% der Befragten die Forderung nach aktivem Einsatz des einzelnen auf sozialem und politischem Gebiet generell ab. Hinsichtlich der unterschiedlichen Engagementformen und Prädispositionen weist die Studie des weiteren folgende Zahlen aus:

- 5,7% nur im politischen Bereich, 6,9% nur im sozialen Bereich, 3% in beiden Bereichen Engagierte,
- 2,1% nur zum politischen Engagement, 5,9% nur zum sozialen, 5,7% zum politischen *und* sozialen Engagement Bereite,
- 20,3% stimmten der Forderung nach aktivem Einsatz zu, ohne selbst engagiert oder zu einem Engagement bereit zu sein.

Für die uns interessierende „politische Kultur“ sind ferner die folgenden Resultate aufschlußreich:

- Politisches und/oder soziales Engagement ist, überdurchschnittlich ausgeprägt bei den 31-40jährigen, ebenso die Engagementbereitschaft (hier vor allem bei den Jugendlichen/Heranwachsenden). Der Anteil der Inaktiv-Apathischen ist dagegen bei den über 51jährigen besonders hoch.
- Die generelle Ablehnung von Engagement ist bei Volksschülern ohne abgeschlossene Lehre/Berufsausbildung überrepräsentiert. Personen, die Abitur oder einen höheren Bildungsabschluß haben, sind in der Gruppe der nur politisch Engagierten überrepräsentiert, in der Gruppe der zu keinem Engagement

Bereiten unterrepräsentiert.

Hinsichtlich der passiv-rezeptiven Beschäftigung und/oder aktiven Auseinandersetzung mit *gesellschaftlichen Problembereichen* zeigte sich u. a., daß die politisch Engagierten sich *aktiver* mit den Problemstellungen befassen, ein höheres Ausmaß von Information/Rezeption findet sich bei ihnen zudem in den Bereichen:

- Umweltschutz,
 - Probleme der Energieversorgung,
 - Erhaltung/Ausbau der Demokratie.
- Sozial Engagierte informieren sich dagegen ausgeprägt stärker zum Problemkomplex „Armut/Hunger in der Welt“, darüber hinaus tendenziell stärker in bezug auf die Bereiche:
- Schule/Ausbildung,
 - Arbeitslosigkeit/Sicherung der Arbeitsplätze,
 - Erziehung der Kinder,
 - Drogenkonsum/Alkoholmißbrauch.

Im Hinblick auf den eigenen (Selbst-)Bezug zur Gesellschaft dominiert in der Bevölkerung der Bundesrepublik (ab 14 Jahre) nach der SOWI-Untersuchung eine Anpassungshaltung. Etwa 40% wollen „möglichst wenig auffallen“, und ca. 12% sind ausschließlich an ihrem materiellen Wohlergehen interessiert. Etwa 4% wollen aufgrund anderer Lebensvorstellungen mit der (dieser) Gesellschaft überhaupt nichts zu tun haben.

In Rücksicht auf die in der Gesamtbevölkerung vorherrschende Meinung, unsere Gesellschaft sei in Teilbereichen durchaus verbesserungsbedürftig, unterscheiden sich politisch von sozial Engagierten darin, daß mehr politisch Engagierte (ca. 14% gegenüber ca. 6% der sozial Engagierten) eine *grundlegende Veränderung der Gesellschaft* für nötig halten. Eine Ablehnung gesellschaftskritischer, „alternativer“ Bewegungen ist bei denen überrepräsentiert, die sich gar nicht engagieren wollen; bei den Engagierten hingegen ist durchweg eine kritische Sympathie ge-

geben, wobei sozial Engagierte die sich gegen Leistungs- und Konsumzwänge wendenden Gruppen („Neuer Lebensstil“) deutlich weniger mit abschätzigen Begriffen belegen als politisch Engagierte (9% bzw. 21%).

Die hier in den wichtigsten Aspekten kurz referierten Studien zeigen somit in *normativer* Hinsicht auf, daß die „politische Kultur“ (in der Bundesrepublik zwar stark „verbesserungsfähig“, aber keinesfalls pauschal (und „vergangenheitsbelastet“) als „undemokratisch“ zu qualifizieren ist. Vielmehr ist in gesellschaftlichen Teilbereichen und bei bestimmten Altersgruppen durchaus auch eine Sensibilisierung des politischen Bewußtseins zu beobachten.

Schließlich sollte man bei allen Bemühungen um eine sozialwissenschaftliche Konzeptualisierung des Begriffs der „politischen Kultur“ auch die bei uns von den Parteien und ihren Exponenten geführte Grundwertedebatte nicht ohne weiteres übergehen. So hat die *Grundwertekommission der SPD* in einem Andenken von Erhard Eppler herausgegebenen und dem Carlo Schmid gewidmeten Diskussionspapier „Zur politischen Kultur in der Demokratie“ u. a. her-

vorgehoben:

„Kultur zeigt sich vor allem im Umgang von Menschen mit Menschen und Dingen. Die Formen politischen Lebens sind nämlich auch Ausdruck der Kultur, sie sind niemals jenseits von Kultur. Demokratische politische Kultur meint die freie Teilhabe und Mitwirkung aller, sie meint den Willen eines jeden, die Freiheit des jeweils anderen auch als Garantie der eigenen Freiheit zu wahren. Sozialdemokraten geht es um eine *demokratische politische Kultur*. Politische Kultur ist nicht das Ganze der Kultur, wohl aber eine ihrer unverzichtbaren Komponenten.

Der Begriff der politischen Kultur zielt daher nicht auf die Politisierung kultureller Lebensäußerungen oder auf ihre Indienstnahme für politische Zwecke, sondern macht deutlich, daß alle kulturellen Lebensäußerungen politischen Bedingungen unterliegen und ihrerseits auf diese zurückwirken.“

Hieran und an weiteren dort niedergelegten Positionen wird sich nach meinem Verständnis auch die künftige politikwissenschaftliche Diskussion zu orientieren haben, sofern sie sich tatsächlich *handlungsanleitend* auswirken will.

WARUM JEDE GRUNDSTEINLEGUNG EINES BHW-BAUSPARERS BAUWIRTSCHAFT UND -HANDWERK EIN SICHERES FUNDAMENT GIBT.



Mit einem günstigen Bausparvertrag kann man auch in der heutigen Zeit noch bauen. Deshalb verlassen sich Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst auf ihre BHW-Bausparkasse.

Sie zahlt jährlich einige Milliarden Mark Baugeld an ihre Darlehensnehmer, die damit als private Bauherren bauen, kaufen, modernisieren.

Deshalb bedeutet jede Grundsteinlegung eines BHW-Bausparers ein sicheres Fundament für Bauwirtschaft und -handwerk. Denn die BHW-Baugelder sorgen für sichere Aufträge und damit Arbeit in Bauindustrie, -handwerk und Zulieferbetrieben, sichern die Existenz vieler Arbeitnehmer und ihrer Familien. Sie legen damit den Grundstein für eine stabile Zukunft, in der es beim Bauen vorwärts geht. Nicht nur für den öffentlichen Dienst – sondern für alle, die mit dem Bauen zu tun haben.

BHW

Bausparkasse
für den öffentlichen Dienst.

DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln 1

Wolfgang Wiemer: Neuer Patriotismus — Gefahr oder Chance?

Wolfgang Wiemer M. A., Jahrgang 1951, ist Politologe und als pädagogischer Mitarbeiter an der Politischen Akademie Lohmar tätig. Er ist Vorsitzender eines SPD-Ortsvereins und des Unterbezirksschusses im SPD-UB Bonn.

1.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland hat eine gesamtdeutsche Dimension, die schon das Etikett „neuer Patriotismus“ trägt. In der Tat gibt es Anzeichen für eine an Interessen der deutschen Nation anknüpfende Ebene der aktuellen Diskussion über das atomare Wettrennen zwischen Ost und West, die sich am Beschluß der NATO vom 12. 12. 1979 entzündet hat.

Aus der Sicht der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit ergibt sich die Notwendigkeit, diesen „neuen Patriotismus“ zu diskutieren. Wird er beständig sein? Welche politischen Wirkungen kann er haben? Kann man ihn als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnen und braucht ihn deshalb nicht weiter zu beachten? Welche Folgen kann die Manifestation dieses „neuen Patriotismus“ außen- und deutschlandpolitisch haben?

Im folgenden sollen einige Symptome des „neuen Patriotismus“ genannt werden. Sie reihen sich zu einer vorwissenschaftlichen Liste von Hinweisen, denen empirisch nachgegangen werden müßte. Eben solche Hinweise gibt es darauf, daß mit Gleichzeitigkeit in der BRD und in der DDR sich ähnliche Entwicklungen vollziehen. Dies ist eine Beobachtung, die auf den ersten Blick vermuten läßt, der „neue Patriotismus“ könne ein gesamtdeutscher sein. Auch dies ist eine interessante Frage an die Wissenschaft.

Wenn es aber tatsächlich eine Hinwendung zur nationalen Frage gibt, muß sie hinsichtlich ihrer Wirksamkeit diskutiert werden. Wer deutschlandpolitische Bildung macht, muß sich darüber klar werden, ob er diese Tendenz im Sinne der im Grundgesetz enthaltenen Verpflichtung der Deutschen, ihre Einheit in Freiheit zu vollenden, unterstützen muß, oder ob er letztendlich eine Entwicklung bremsen soll, weil sie anderen Verfassungsnormen, z. B. der Verpflichtung, den Frieden nicht zu gefährden, entgegenwirken kann.

Es geht im folgenden also nicht um die Friedens-

bewegung, sondern um die nationale Dimension der rüstungs- und sicherheitspolitischen Debatte in der Bundesrepublik; und es geht nicht um die Formulierung von Antworten, sondern um die Formulierung von Fragen.

2.

Pastor Heinrich Albertz wehrte sich auf der Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 „als Patriot“ gegen neue Raketen in Deutschland. Auch in der DDR gibt es so etwas wie eine Friedensbewegung, die sich trotz Pflichtfach „Wehrkunde“ in der Schule hinter der Losung „sozialer Friedensdienst“ sammeln kann. Helmut Schmidts Rede „Zur Lage der Nation“ im April 1981 und Erich Honeckers Rechenschaftsbericht vor dem SED-Parteitag zwei Tage später, weisen sehr weitgehende Übereinstimmungen bei dem Thema „Frieden und die beiden deutschen Staaten“ auf — wenn auch von ganz anderer Aussage als die der Friedensbewegung. Während der „Stern“ seine Ausgabe Nr. 46 im November 1981 mit der Titelgeschichte „Der neue Patriotismus“ aufmacht, distanziert sich ein CDU-Sprecher im Namen seiner Partei von einem „neuen Nationalismus“.

In Frankreich werden noch immer Artikel geschrieben über das neue deutsche Nationalgefühl, wobei eher diejenigen überraschen, die mit Blick auf die Friedensbewegung die veränderten Inhalte dieses Nationalgefühls betonen und gutheißen, als diejenigen, die es gleichsetzen mit einem deutschen Nationalismus, der mehrfach über Frankreich hergefallen ist. Egon Bahr sah sich jedenfalls angesichts der Sensibilität der Franzosen bei diesem Thema zu einem beruhigenden „Offenen Brief“ im Vorwärts veranlaßt, der an die „lieben französischen Freunde“ gerichtet ist.

Immer ist also trotz ganz unterschiedlicher Inhalte neuerdings von der deutschen Nation die Rede. Auch in Veranstaltungen der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit stößt der Unterrichtende auf weniger Widerstand als noch bis vor kurzem, wenn er auf die „nationale Frage“ zu sprechen kommt. Die hat also Konjunktur, und diese Konjunktur steht offensichtlich in einem Zusammenhang mit der aktuellen Kontroverse über die Sicherheitspolitik.

3.

Richtig ist, daß beide deutsche Staaten ein objektives Interesse an größtmöglicher militärischer Sicherheit haben, die dann als gegeben eingeschätzt wird, wenn in Europa abgerüstet wird. Friedensbewegungen wehren sich folglich auch gegen wachsen-

de Militarisierung des Denkens und des gesellschaftlichen Handelns, letzteres ist in der DDR offensichtlicher als in der BRD. Sie wehren sich gegen den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979, der mit dem Risiko, daß das atomare Wettrüsten mit destabilisierendem Ergebnis fortgesetzt wird, rüstungskontrollpolitische Erfolge erzwingen will.

Gründe für beide Handlungsweisen gibt es viele, sie treffen sich bei der Frage, was mit Deutschland in einem dritten Weltkrieg geschehen werde. Die Antwort ist bekannt und verpflichtet zum Frieden um der eigenen Existenz willen.

4.

In der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit werden Erfahrungen gemacht, die die Vermutung, es gebe neue gesamtdeutsche Interessen aus Furcht um den Frieden, unterstreichen. Die wichtigsten Fragen, die heute von Teilnehmern deutschlandpolitischer Bildungsveranstaltungen gestellt werden, sind: „Wie souverän ist die BRD eigentlich?“; „Werden wirklich Deutsche auf Deutsche schießen müssen?“ und „Gibt es denn wirklich den Unterschied, der in der Bezeichnung der DDR als ‚Satellit‘ der UdSSR, der BRD aber als ‚Bündnispartner‘ der USA zum Ausdruck kommt?“

Der Hintergrund ist die Sorge, ob die Deutschen, wenn sie tatsächlich keine neuen Raketen bei sich haben wollen, diese trotzdem dulden müssen oder nicht. Ich schließe aus solchen Sorgen und Fragen, daß die Aktualität der nationalen Frage dadurch entsteht, daß sie eine Dimension der sicherheitspolitischen Diskussion ist.

5.

Wie realistisch, wie sinnvoll dieser „neue Patriotismus“ ist, steht hier nicht zur Debatte. Das neue Nationalgefühl ist selbst politisch relevant. Es ist also zu fragen, wie damit umgegangen werden muß.

Man kann ein aktuelles Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen begrüßen. Denn das hat die Bundesregierung mit ihrer Deutschlandpolitik immer auch fördern wollen. Die Politik der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sollte eben dieses Zusammengehörigkeitsgefühl am Leben erhalten und immer wieder neu stiften. Nun ist es da, aber nicht in Gestalt einer allgemeinen Verantwortlichkeit für die deutsche Nation, sondern als Mittel zum Zweck der Ablehnung von als Zumutungen empfundenen Absichten der Supermächte im militärischen Bereich.

Ebenfalls begrüßen kann man dieses nationale Zu-

sammengehörigkeitsgefühl von einer Position aus, die Walter Scheel in seiner Rede zum 17. Juni 1978 beschrieben hat: die nationale Einheit als ein in die Zukunft gerichtetes Friedensziel – was auch als eine Absage an alle reaktionären und revanchistischen Wiedervereinigungsstrategien gedacht war. Zeichnet sich nicht diese Tendenz deutlich ab, wenn die nationale Frage im Kontext einer Diskussion um die Friedenssicherung in Europa gestellt wird? Und können diejenigen, die dem deutschen Begriff von Nation vorwerfen, er sei politischer, humanitärer, philosophischer Inhalte beraubt und mißbraucht worden, und deshalb gebe es keinen Widerstand gegen die deutsche Teilung, nicht hoffen, daß sich jetzt ein neuer Inhalt des deutschen Nationbegriffs bilden wird aus der Negation des Wettrüstens, des Militärischen überhaupt – was es ja in beiden deutschen Staaten gibt?

6.

Sehr gut vorstellbar ist aber auch, daß die Bewegungen von den Ereignissen überrollt werden, noch bevor sie ihre Position durch die Herausbildung positiv formulierter Ziele und Zukunftsentwürfe gefestigt haben werden.

Angenommen, Hans Apel hat recht mit seiner Vorhersage, die Friedensbewegung werde sich nicht lange halten können; angenommen, die befürchteten Ergebnisse der im November aufgenommenen Genfer Verhandlungen zwischen den Supermächten treten ein, und die umstrittenen Raketen werden disloziert – was wird dann übrig bleiben von der Friedensbewegung? Ist es nicht realistisch, dann ein recht weitverbreitetes Gefühl in der Bundesrepublik zu erwarten, man sei in seiner nationalen Würde verletzt, weil man sich nicht habe durchsetzen können? Wird dann für viele nicht die Nagelprobe gemacht worden sein für die Antwort auf die Frage, ob die BRD ein Partner oder ein Satellit sei, mit dem Ergebnis, sie sei ein Anhängsel der zuständigen Großmacht ohne Chance auf die Durchsetzung eigener existenzieller Interessen?

Solcherlei Empfindungen ähneln dann jedoch tatsächlich denen, die sich Hitler in bezug auf den Versailleser Vertrag hat zunutze machen können. Das würde nichts mehr zu tun haben mit einer „Nation für den Frieden“, das würde nur die „gekränkte Nation“ sein. So gekränkt, daß sie auf Wiedererlangen ihrer Stärke und Eigenständigkeit pochen würde, daß es sogar zu wiedererwachtem Chauvinismus käme?

Eine solche Entwicklung ist vorstellbar. Durch die sicherheitspolitische Diskussion sind gemeinsame

Interessen der Deutschen auf beiden Seiten der Grenze deutlich geworden, in beiden Staaten werden sie bewußt – ganz gleich, ob man die Politik der deutschen Regierungen mitträgt oder sich zu den Kritikern der gegenwärtigen Sicherheitspolitik zählt.

Also werden sich nationalistische Strömungen, wenn diese Interessen offensichtlich mißachtet worden sein werden, dessen bedienen können, was die sicherheitspolitische Debatte so ganz nebenbei schon initiiert hat: einer dann breiten, konsensfähigen „nationalen Empörung“.

7.

Die Hoffnungen vieler richten sich auf einen Erfolg der europäischen Friedensbewegungen. Trotzdem gilt es zu bedenken: Friedensbewegung wird – wie jede andere politische Bewegung – in ihrer Mo-

bilisierungskraft und Durchsetzungsfähigkeit mittelfristig abhängig sein von vorzeigbaren Erfolgen. Solche Erfolge hängen aber nicht von der Friedensbewegung allein, sondern auch von dem ab, was die Supermächte bei ihren Verhandlungen erreichen werden. Der Mißerfolg muß also als eine Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

Und wenn Friedensbewegung, Parteien, Publizistik und nicht zuletzt die Politische Bildung die nationale Dimension der sicherheitspolitischen Kontroverse außer acht lassen, kann sehr schnell eintreten, was hier befürchtet wurde: ein Umschlagen des an der Friedenssehnsucht festgemachten nationalen deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls in reaktionären Nationalismus. Es ist zu diskutieren, wie das verhindert, wie Vorsorge getroffen werden kann.

Thomas Wittke: Sozialdemokratie und Terrorbekämpfung

Der Politologe und Doktorand Thomas Wittke, geb. 1953, ist Vorstandsmitglied im SPD-Unterbezirk Bonn, stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und Mitglied in der ÖTV.

Die Versuche, die gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus zu deuten, haben lange Zeit die Gemüter von Wissenschaftlern und Politikern erregt. Iring Fetscher sah im Terrorismus für reaktionäre Politiker ein „Mittel zur Generalabrechnung mit dem sozialdemokratischen und liberalen Reformkurs“, um so einen autoritären Staat heraufzubeschwören (Fetscher: *Terrorismus und Reaktion*, Hamburg 1981, S. 104; s. a. „Ursachen und Wirkungen des Terrorismus“ in NG 7/78). Mit einer zynischen Doppelstrategie suchte sich die CDU/CSU des Problems zu bemächtigen: Während auf der einen Seite eine – nur als demagogisch zu kennzeichnende – Zitatensammlung eine Mittäterschaft von Sozialdemokraten am Terrorismus herausarbeiten sollte, berief andererseits Parteichef Kohl eine Fachtagung zum Terrorismus ein, auf der sich Politologen, Soziologen und Historiker durchaus differenziert mit den Ausprägungen terroristischer Gewalt befaßten (nachgedruckt in Heiner

Geißler: *Der Weg in die Gewalt*, München 1978).

Die gleichermaßen notwendige wie unfruchtbare – weil in gegenseitige Schuldzuweisungen mündende – Diskussion über die Terrorismusursachen verdeckte ihrerseits aber ein für die Sozialdemokratie noch heikleres Problem: Wie kann man den Terror bekämpfen, ohne die demokratische Substanz der zweiten deutschen Republik zu reduzieren? Wie kann man sich mit der antistaatlichen Gewalt auseinandersetzen, ohne ein sozialdemokratisches Urtrauma heraufzubeschwören: den Makel der „vaterlandslosen Gesellen“, die den Staat nicht so entschlossen verteidigen können wie die gesellschaftliche Rechte?

Um diesem Trauma zu entgehen, hat die Sozialdemokratie schon seit jeher programmatisch und tatsächlich sich den „starken Staat“ auf die Fahnen geschrieben: „Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes“, hieß es beispielsweise im Görlitzer Programm von 1921. Grundlegend für dieses Staatsverständnis dürfte der Einfluß Ferdinand Lassalles gewesen sein, der im Staat gerade ein Instrument zur Emanzipation der unterprivilegierten Schichten sah.

Dem glühenden Patriotismus vor 1933 stand nach 1945 der Konflikt um die Identifikation mit dem kapitalistischen Adenauerstaat gegenüber. Konser-

vative Historiker haben darauf verwiesen, daß die Sozialdemokratie erst mit dem Godesberger Programm 1959 endgültig ein positives Verhältnis zur zweiten deutschen Demokratie gefunden habe. Ines verweist schon das Dortmunder Aktionsprogramm (1952) auf eine differenziert positive Staatsauffassung: „Die Politik der Sozialdemokratischen Partei bürgt dafür, daß im öffentlichen Leben Freiheit der Meinung, Freiheit der Rede und Freiheit der politischen Betätigung herrschen werden. Es wird jedoch keine Freiheit geben, die Freiheit zu vernichten. Dafür ist es die Pflicht des Staatsbürgers, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu achten und zu verteidigen.“ In seinem Vorwort sprach Kurt Schumacher allerdings auch davon, daß die Partei eine Restaurierung der alten Verhältnisse scharf ablehne.

Der Ernstfall für das Staatsverständnis der Sozialdemokratie trat aber erst mit der Einbindung in die Große Koalition 1966 ein. Den gesellschaftlichen Unruhen und der Studentenbewegung suchte die Sozialdemokratie mit einer Art Doppelstrategie zu begegnen: Mit der Zustimmung zu den Notstandsgesetzen wollten die Sozialdemokraten dokumentieren, daß sie diesen Staat zu verteidigen wissen, obgleich es durchaus fragwürdig erschien, warum diese einschneidenden Rechtsreformen in einer Phase großer gesellschaftlicher Unruhe zur Verabschiedung gebracht wurden. Andererseits verstand die Partei es, den apostrophierten „Marsch durch die Institutionen“ der rebellierenden Studenten in die SPD umzu- und so integrativ zu wirken.

Mit der ersten Legislaturperiode der sozialliberalen Koalition schien sich ein Wandel anzudeuten: Willy Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen . . . Wir fangen Demokratie jetzt erst richtig an“ wurde mancherorts als Schwächung des Staates – und damit auch des sozialdemokratischen Staatsverständnisses – aufgefaßt, um den Preis einer demokratisierten Gesellschaft. Richtig und auch dem Selbstverständnis der Regierung entsprechend erschien vielmehr, daß es ein großes Nachholbedürfnis in puncto Demokratisierung der Gesellschaft gab, weil der Staat seine molochhafte Dominanz in den ersten zwei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik nahezu ungehemmt entfalten durfte. Daneben trat die Erkenntnis, daß es zur Durchführung einer Entspannungspolitik nach außen unbedingt eines stabilen Inneren bedurfte. Der Versuch einer grundlegenden Liberalisierung des Rechts widerspricht dem nicht, sondern stellt lediglich die Beseitigung tradierter und hinterwäldlerischer Rechtsvorstellungen dar.

Der Staat weitete vielmehr seine Kompetenzen im Bereich der Inneren Sicherheit aus (man denke daran, daß das Bundeskriminalamt in Wiesbaden erst unter dem Druck der Brandt-Scheel-Regierung zu seiner heutigen Ausstattung kam).

1972 trat erstmals, wenn auch indirekt, das Problem des Terrorismus an die bundesdeutsche politische Führung heran. Der kläglich gescheiterte Versuch, israelische Geiseln aus der Hand palästinensischer Terroristen zu befreien, war Anlaß genug, eine Spezialeinheit für ähnliche Zwecke ins Leben zu rufen: die GSG 9.

Bei der Regierungsübernahme durch Helmut Schmidt war deshalb eine Revision des Staatsverständnisses nicht vonnöten. Die von Schmidt für sich reklamierte „Kontinuität und Konzentration“ schien aber in bezug auf den nun einsetzenden Terrorismus nicht praktikabel zu sein: Getreu dem Stigma „Bloß nicht weicher als die Rechten“ folgte auf fast jede terroristische Aktion eine staatliche Reaktion, die teilweise mit dem Phänomen des Terrorismus gar nichts zu tun hatte und diesen auch nicht eindämmen konnte. An der Installierung des Gewaltparagraphen 88a StGB, der die Gewaltbefürwortung unter Strafe stellte, wurde das ganze Dilemma deutlich: es galt den berechtigten, aber ordnungshysterischen Druck der Bevölkerung und der konservativen Opposition „legislativ zu kompensieren“. Das Schlagwort lautete: Wenn „die anderen“ an die Regierung kommen, machen die alles viel schlimmer.

Die rasche Betroffenheit gegenüber dem Terrorismus war im Jahre 1977 am intensivsten. Nach den Morden an Buback und Ponto und während der Entführung Hanns-Martin Schleyers erkannte man diese Republik nicht mehr wieder: Intellektuellenhetze (an der auch einige Funktionäre der SPD beteiligt waren) führte dazu, daß beispielsweise Luise Rinser in Filbingers Musterländle Leseverbot erhielt, Böll im bayerischen Rundfunk Interviewverbot bekam; Sympathisantenschele ermöglichte es, die gesamte demokratische Linke als terroristisch zu diskreditieren, und das aufkeimende Denunziantentum ließ manchen im Arbeitskollegen oder im Nachbarn einen Terroristen sehen.

„Bis an den Rand des Rechtsstaates gehen“ – so die Devise des Bundeskanzlers, obwohl niemand so genau wußte, wo der Rechtsstaat endete und wo der Polizei- und Unrechtsstaat anfängt. Krisenstab und Kontaktsperre verdeutlichten doch vielmehr das pragmatische Moment bei der Terrorismusbekämpfung. Und unter dem alles nivellierenden Postulat der ‚Solidarität der Demokraten‘ wurden Kritik und

Zweifel an der Weisheit des Verhaltens der Verantwortlichen als verfassungs-, situations- oder moralwidrig bezeichnet. Sozialdemokraten konnten sich schließlich nicht vorwerfen lassen, daß sie den Staat nicht weniger geschlossen als die konservativen und reaktionären CDU/CSU-Politiker verteidigen konnten. Eine wissenschaftliche Analyse, welche Folgen ein Verhalten wie das der Verantwortlichen im September 1977 haben kann, wurde weder damals noch heute vorgenommen.

Die Konsequenzen einer Überreaktion auf den Terrorismus kann man sich an folgenden Leitsätzen verdeutlichen:

1. Terrorismus hat ständig einen Bedrohungsvorprung, da er den ersten Schlag ausführen kann. Dabei kann er zusätzlich durchaus neue Aktionsformen anwenden (Nuklearterrorismus), für die ein demokratisch verfaßter Staat, der in einem spezifischen Werterahmen agiert, keinen Schutz bieten kann.

2. Diesen Schutz läßt auch eine extensive Grundgesetzauslegung mitsamt den ergänzenden Bestimmungen nicht zu. Natürlich kann der Staat den Notstand ausrufen, um so den terroristischen Widerstand entschlossener bekämpfen zu können; er begeht aber dabei den Fehler, den politischen Status herbeizuführen, den die Terroristen selbst herbeisehnen.

3. Da sich die Proklamation des Notstandes politisch verbietet, besitzt der Staat die Möglichkeit, einen tatsächlichen Notstand herbeizuführen. Dies läuft auf einer politisch-psychologischen Ebene ab, indem die terroristische Bedrohung als bedrohlich hypostatisiert wird, Werte wie Zusammenhalten, Ruhe und Ordnung in die politische Diskussion eingebracht werden und die intendierte Wahrnehmung von Individualrechten „in dieser schweren Prüfung“ als etwas Anstößiges diskriminiert wird, während sich der Staat auf Kosten von Individualrecht – vgl. die Kontroverse um den § 34 StGB, der in der Kommentierung nur dem einzelnen das Recht zur Notwehr gibt – Kompetenzen und Rechte anmaßt – ein Zustand, den man mit individueller Rechtsschrumpfung und staatlicher Rechtsausdehnung umschreiben kann.

4. Der Versuch einer zäsaristischen Identifikation, die das Volk seinen gewählten Führern entgegenbringen soll, hat schwerwiegende Konsequenzen für die demokratische Substanz. Die wichtigsten Elemente der Demokratie – Pluralismus, gesellschaftliche wie parlamentarische Kontrolle der Regierenden – entfallen. Bei einer verantwortungsvollen politischen Amtsführung – und diese sei der damaligen Koalitionsregierung attestiert – spielt dies weniger

eine Rolle als unter grundsätzlich veränderten politischen Konstellationen.

5. Die Auffassung, daß der demokratische Staat „hart“ und „wehrhaft“ sein soll, mag im Grundsatz jedermann teilen. Es ist jedoch höchst zweifelhaft, ob auf den Einzelfall zugeschnittene gesetzgeberische Leistungen (Kontaktsperregesetz) oder Maßnahmen (Nachrichtensperre) unter diese Etikettierung fallen können. Ihr Grundgedanke liegt doch in der Instrumentalität auf den Einzelfall bezogen, nicht aber, um in den Lorbeerkrantz der Terrorismusbekämpfer ein weiteres Blatt einzuflechten. Problematisch bleibt dann allerdings, daß ein Teil dieser Maßnahmen im Nachhinein vom Bundesverfassungsgericht sanktioniert wird, wiewohl von allen Beteiligten zugegeben worden ist, daß es sich bei diesen Maßnahmen um bedenkliche Instrumente des Rechtsstaates handelte.

6. Vordergründig mag die Rückführung einiger der Maßnahmen aus der Anti-Terrorgesetzgebung begrüßt werden (etwa Streichung des § 88 a). Vertieft man seine Betrachtung, drängt sich automatisch das Problem der Ausnahme Gesetze in den Vordergrund. Systemsprengende Normen und Gesetze können bei späterer Bedrohung immer wieder eingesetzt werden, und sie können mit dem Argument ihrer späteren Rückholbarkeit legitimiert werden. Das Problem besteht in der Frage, ob unter jeder politischen Führung Ausnahme gesetzgebung wieder rückgängig gemacht oder unter Hinweis auf die permanent drohende Gefahr des Terrorismus beibehalten wird.

Sicher in der besten Absicht, den Staat vor dem Terrorismus zu bewahren und ihn zu verteidigen, also den „harten Staat“ nicht als Selbstzweck oder „ultima ratio“, sondern instrumental auf die Bedrohung zu richten, hat die Sozialdemokratie mit ihren Aktionen zur Terrorismusbekämpfung schwerwiegende Fehler begangen. Wenn Helmut Schmidt vor dem Berliner SPD-Parteitag erklärt, daß er zu keiner Sekunde das „Prinzip des Rechtsstaates, das Prinzip der Freiheit“ vergessen oder verletzt habe, wenn er meint: „Wir haben das Notwendige getan, aber nicht mit Notverordnungen reagiert“, wenn er also den Verdacht von sich weist, obrigkeitstaatlich reagiert zu haben, so ist ihm ausdrücklich zuzustimmen. Nur berücksichtigen diese Sätze nicht die politische Problematik, inwieweit ein Staat durch Normenüberdehnung einen formal legalen Repressionszustand errichten darf, ohne daß die demokratische Grundsubstanz hier Schaden erleidet. Nicht das Prinzip steht in Frage, sondern die Machthandhabung in Ausnahmefällen.



**Ruth Brandherm-Böhmker/
Angela Paul-Kohlhoff/
Barbara Stiegler:**

Gewerblich-technische Berufe für Frauen in der Ausbildungskrise

In diesem Zusammenhang sollte der Sozialdemokratie zugemutet werden, über die Frage zu diskutieren, ob es neben der staatlichen Terrorismusbekämpfung nicht so etwas wie eine „gesellschaftliche Präventionsstrategie“ geben muß. Sie zielt auf gesellschaftliche Randbereiche ab, die zweifellos ein terroristisches Rekrutierungspotential darstellen. Es wäre von Nutzen, wenn die Gesellschaft stärker in diese bisherigen Tabu-Zonen hineinginge und mit den Betroffenen offen und undogmatisch über Veränderungen in Staats- und Gesellschaftsstruktur debattierte. Dieser Kommunikationsprozeß erschwert – allen wissenschaftlichen Erkenntnissen folgend – den Abstieg in den Terrorismus ungemein.

Die Kompensation des Bevölkerungsdruckes und die Demonstration der Verantwortungskompetenz der Sozialdemokratie standen empirisch im Vordergrund, was das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der Terrorismusbekämpfung angeht. Das Konzept, die Reflexion über die Konsequenzen des eigenen Handelns für die Demokratie ist nicht erkennbar gewesen. Wäre man in der politischen Führung der Sozialdemokratie versucht, sich allein in demonstrativer Härte und inszenierter Kompromißlosigkeit zu gefallen, um sich so als besserer Vaterlandsverteidiger auszugeben, so mußte man an Georg v. Vollmar erinnern, der 1906 im bayerischen Landtag zu folgender Erkenntnis gelangte: „Der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit ist ein alter Bestandteil aus der Giftküche der niedrigsten Parteikämpfe . . . Früher, als die Sozialdemokratie noch kleiner war, ist es die Zentrumsunion gewesen, die den Haupthaß des Nationalliberalismus nach dieser Richtung auf sich hin gelenkt hat . . . Als dann aber das Zentrum größer und einflußreicher geworden war, da haben die Nationalliberalen der Tapferkeit besseren Teil gewählt und vorsichtig von dem mächtigen Zentrum abgesehen . . . Im allgemeinen läßt die Meute jetzt . . . das Zentrum in Ruhe und stürzt sich mit verdoppeltem Ingrimm auf die Sozialdemokratie.“ Die Irrationalität dieses Prozesses sollte für manche Sozialdemokraten bedenkenswert sein, nicht zuletzt bei künftiger terroristischer Bedrohung.

Die Dipl.-Soziologin R. Brandherm-Böhmker und die Dipl.-Psychologin B. Stiegler sind Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Angela Paul-Kohlhoff ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Sozialforschungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für Frauen verschlechtern sich

Zunehmend machen Presseberichte auf die für das Ausbildungsjahr 1982 zu erwartende dramatische Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt aufmerksam. Nach einem Bericht der Westfälischen Rundschau vom 3. 12. 1981 wurden schon 1981 in einem Drittel der Arbeitsamtsbezirke weniger Ausbildungsplätze angeboten als Bewerber vorhanden waren: „Verlierer beim Rennen um Lehrstellen sind auch 1981 wieder Mädchen, Ausländer, Behinderte, Sonderschüler und Hauptschüler ohne Abschluß.“

Für 1982 ist z. B. in Nordrhein-Westfalen, dem größten Bundesland, mit einer weitaus schwierigeren Situation zu rechnen, weil der „Absaugeffekt“ der Einführung des 10. Schuljahres nicht mehr wirksam ist und so 1982 mit 133 278 Hauptschulabgängern 27 000 mehr entlassen werden als 1981. In diesem Jahr werden voraussichtlich aus allen Schulformen nach der 10. Klasse in NRW insgesamt 201 400 Schüler die Schule abschließen – 15,8 % mehr als 1981.

Gleichzeitig zeichnet sich ab, daß insbesondere Großbetriebe in der Elektro- und Stahlindustrie wegen der schlechteren konjunkturellen Lage die Zahl ihrer Ausbildungsplätze zu reduzieren beabsichtigen. Vor dem Hintergrund dieser allgemein schwierigen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind die Chancen der Mädchen besonders düster einzuschätzen.

zen. Wie immer ist zu erwarten, daß auch diesmal die Frauen von krisenhaften Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt besonders betroffen sein werden.

Öffnung gewerblich-technischer Berufe für Frauen — ein Beitrag zur Verbesserung der Situation?

Seit 1978 werden von Bund und Ländern Modellversuche und allgemeine Förderprogramme zur Öffnung gewerblich-technischer Berufe für Frauen mit einem erheblichen Finanzvolumen gefördert. Zwei Zielsetzungen bestimmten die Einrichtung solcher Modellversuche: Zum einen sollte gezeigt werden, daß Frauen für einen bisher überwiegend von Männern besetzten Berufsbereich geeignet sind, und zum anderen erhoffte man sich durch die Beispielhaftigkeit der Modellversuche Wirkungen auf andere Betriebe, ihre Ausbildungsbereiche für Frauen zu öffnen. Damit waren die Modellversuche darauf ausgerichtet, als arbeitsmarktpolitische Korrekturen wirksam zu werden, indem einerseits die Betriebe angeregt werden sollten, ihre Auswahl- und Einstellungspraxis zugunsten der Frauen zu ändern, andererseits aber auch die Frauen ermutigt werden sollten, ihre bisher auf traditionell „weibliche“ Berufsfelder gerichteten Berufsorientierungen um das Spektrum der Facharbeiterberufe zu erweitern.

Die Modellversuche des Bundes und des Landes NRW sind hinsichtlich der Verbesserung der beruflichen Chancen von Frauen wichtig und teilweise auch erfolgreich gewesen:

- ▷ Es wurde gezeigt, daß Frauen gewerblich-technische Berufsausbildung erfolgreich absolvieren können.
- ▷ Im Umfeld der Modellversuche ist die öffentliche Meinung teilweise positiv beeinflusst worden.
- ▷ Beratung und Betreuung als Bestandteil der Modellversuche konnten viele Frauen in ihrer noch ungesicherten Berufsorientierung stabilisieren; gestärktes Selbstbewußtsein ist eines der wichtigsten Ergebnisse.
- ▷ Es wurde klar, daß die noch ungesicherte Berufsorientierung junger Frauen in gewerblich-technischen Berufen dann am besten stabilisiert werden konnte, wenn die Berufsausbildung durch eine flexible und methodisch-didaktisch günstige Gestaltung zu hoher Lernmotivation führte. In dieser Hinsicht sind nicht alle Ausbildungsbetriebe gleichermaßen geeignet.

Die Untersuchungen über die Ausbildungsphase in den Modellversuchen haben den Nachweis erbracht, daß die staatliche Förderung der Integration junger Frauen in gewerblich-technische Berufe

die Qualität der geförderten Ausbildungsstätten stärker als bisher beachten muß. Darüber hinaus sind gegenwärtig noch flankierende Maßnahmen zur begleitenden Unterstützung und zur Früherkennung von Problemkonstellationen notwendig, um Frauen in der für sie noch ungewohnten Berufskarriere zu stützen.

Als hohe Schwelle erwies sich bei den Modellversuchen der Übergang von der Ausbildung in die qualifizierte Beschäftigung der Frauen. Angesichts der allgemein krisenhaft zugespitzten Arbeitsmarktsituation wird die Notwendigkeit der Absicherung der Beschäftigungschancen für die Frauen besonders deutlich. Aber erst wenn die im Modellversuch ausgebildeten Frauen tatsächlich eine qualifizierte Beschäftigung gefunden haben, kann der Modellversuch insgesamt als erfolgreich bezeichnet werden.

Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse für Frauen

Insgesamt hat sich die Zahl der jungen Frauen, die in den traditionellen „Männerberufen“ in NRW ausgebildet werden, von 1335 (1 %) im Jahr 1977 auf 3365 (2 %) im Jahr 1979 erhöht. Gleichzeitig hat aber die Konzentration weiblicher Auszubildender auf wenige bisher „typische“ Frauenberufe nur geringfügig abgenommen (von 65,2 % aller Auszubildenden, die in 10 Berufen ausgebildet wurden, auf 63,8 %).

Trotz der sich allgemein abzeichnenden demographischen Entwicklung und der Situation auf dem Arbeitsmarkt stieg die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in den drei weiblichen „Spitzenberufen“ Verkäuferin, Friseurin und Verkäuferin im Nahrungsmittelgewerbe noch einmal stark an: In diesen drei Berufen, die mit hohen Arbeitsmarktrisiken belastet sind, wurden 1979 10 000 junge Frauen mehr ausgebildet als 1977.

Schlüsselt man nun die Steigerungsraten der Ausbildung von Frauen im gewerblich-technischen Bereich nach Berufen auf, so lassen sich die größten Zuwächse gerade in jenen Berufen feststellen, für die aufgrund verschiedener ungünstiger Merkmale (wie hohe Branchengebundenheit, zweijährige Ausbildung, schlechte Bezahlung) kaum junge Männer gefunden wurden. Demgegenüber nehmen sich die Steigerungsraten in industriellen gewerblich-technischen Berufen, die eine besonders qualifizierte Berufsausbildung erwarten lassen, sowie im Öffentlichen Dienst sehr bescheiden aus.

Maßnahmen zur Erhöhung des Mädchenanteils in technischen Berufen des Öffentlichen Dienstes

Gerade im Hinblick auf die Bereitstellung qualita-

tiv guter Ausbildungsplätze kommt dem Öffentlichen Dienst eine besondere Bedeutung zu, ist es doch hier gelungen, eine gute personelle und materielle Ausstattung der beruflichen Bildungsgänge herzustellen. Darüber hinaus hat der öffentliche Arbeitgeber aufgrund des verfassungsrechtlich verankerten Gleichbehandlungsgebots sogar eine besondere Verpflichtung, der Benachteiligung der Mädchen durch die Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes für Mädchen entgegenzuwirken.

Bisher jedoch ist in den technischen Ausbildungsberufen des Öffentlichen Dienstes der Anteil der weiblichen Auszubildenden gering. Zwar stieg er in dem am häufigsten gewählten technischen Ausbildungsberuf im Bereich der Deutschen Bundespost, dem des Fernmeldehandwerkers, von 1,7 % im Jahre 1977 auf etwa 3,3 % 1980, von einer nennenswerten Erhöhung des Mädchenanteils in diesem qualifizierten Beruf, der den Absolventen stabile Zukunftsperspektiven eröffnet, kann jedoch nicht die Rede sein.

Um eine merkliche Erhöhung des Mädchenanteils bei den gewerblich-technischen Auszubildenden im Öffentlichen Dienst zu erreichen, ist es nicht nur notwendig, die Berufsorientierung der Mädchen auf den gewerblich-technischen Bereich zu verstärken und ihre Motivation für eine solche Berufswahl zu erhöhen, sondern der öffentliche Arbeitgeber muß seine aktive Bereitschaft zur Ausbildung von Mädchen durch vielerlei Maßnahmen deutlich machen: Ergebnisse des Bonner Modellversuches zeigen, daß es nötig ist, das Angebot an Ausbildungsplätzen *frühzeitig* bekannt zu machen, den Mädchen und Eltern einen *konkreten* Einblick in die Ausbildung zu ermöglichen, und auch Mädchen, die neben der Orientierung auf traditionelle Berufe einen technischen Beruf in Erwägung ziehen, durch eine *längere* Bewerbungsfrist die Chance für eine Bewerbung offenzuhalten.

Notwendig sind außerdem Modifikationen im Auswahlverfahren, die zur Herstellung einer gleichen Verteilung beitragen: Zunächst ist davon auszugehen, daß die bisher üblichen Bewerberauswahlverfahren beibehalten werden und die Mädchen denselben Tests wie die Jungen unterzogen werden. Dabei muß bedacht werden, daß die Aussagekraft dieser Verfahren im Hinblick auf eine Prognose der Berufseignung bisher wissenschaftlich nicht erwiesen ist. Zudem ist bisher ungeklärt, ob die gebräuchlichen Verfahren, die bisher nur an männlichen Bewerbern erprobt sind, die Mädchen benachteiligen bzw. diskriminieren. Die Erfahrungen im Bonner Modellversuch haben nun gezeigt, daß sich die sozialisations-

bedingten unterschiedlichen Vorkenntnisse der Jungen und Mädchen nicht im Bereich der Mindestanforderungen, sondern eher im Bereich der Spitzennormen ausprägen. Aufgrund dieser Einschränkungen der Tests hinsichtlich ihrer prognostischen Aussagekraft sollten die Auswahlverfahren deshalb ausschließlich als grobes Raster angesehen werden, mit denen Bewerber und Bewerberinnen erfaßt werden, die aller Voraussicht nach den gestellten Mindestanforderungen entsprechen bzw. nicht entsprechen werden.

Um eine ausgeglichene Verteilung von Ausbildungsplätzen auf Jungen und Mädchen im gewerblich-technischen Bereich sicherzustellen, bedarf es noch eines weiteren Schrittes. Um die statistisch schlechtere Ausgangslage der Mädchen, die unter den Bewerbern z. Zt. noch in der Minderheit sind, zu kompensieren, hat sich das Verfahren einer *vorläufigen Reservierung von Ausbildungsplätzen* bewährt.

„Vorläufige Reservierung“ bedeutet:

1. Es wird eine Entscheidung über die gewünschte Verteilung der Geschlechter auf die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze getroffen (Zielvorgaben für Jungen und Zielvorgaben für Mädchen).
2. Den nach den Kriterien des Auswahlverfahrens als geeignet eingestuften Bewerbern wird die für Jungen vorher bestimmte Anzahl der Ausbildungsplätze angeboten. Ebenso wird den nach den Kriterien des Auswahlverfahrens als geeignet bezeichneten Bewerberinnen die für Mädchen vorher bestimmte Anzahl der Ausbildungsplätze angeboten (geschlechtsspezifisches Angebot gemäß den Zielvorgaben).
3. Sollten – und das ist trotz erhöhter Anstrengungen von Betrieben, Schulen und der Arbeitsverwaltung bei Mädchen eher zu erwarten als bei Jungen – keine geeigneten Bewerberinnen mehr zur Verfügung stehen, werden die für Mädchen bestimmten Ausbildungsplätze geeigneten Bewerbern angeboten. Diese Modifikation verhindert auf jeden Fall, daß Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, sie gewährleistet jedoch, daß das Potential geeigneter Bewerberinnen ausgeschöpft wird.

Der Öffentliche Dienst hat beispielhaft zu zeigen, welche Möglichkeiten zur Herstellung von Chancengleichheiten es gibt, und sie aufgrund seiner öffentlichen Verantwortung zu praktizieren. Darüber hinaus wäre in Erwägung zu ziehen, ob an die Vergabe öffentlicher Mittel die Auflage zur Herstellung einer gleichen Verteilung von Jungen und Mädchen geknüpft wird.

Öffentliche Arbeitgeber könnten zur Herstellung

von Chancengleichheit für Mädchen in technischen Ausbildungsberufen z. B. folgende Schritte unternehmen:

1. Gezielte rechtzeitige Information für Mädchen, in der das Interesse deutlich wird, Mädchen für eine technische Ausbildung zu gewinnen,
2. Offenhalten der Bewerbungsmöglichkeiten bis vier Monate vor dem Einstellungstermin,
3. vorläufige Reservierung eines Anteils der Ausbildungsplätze für geeignete Bewerberinnen nach Zielvorgaben,
4. Abkehr vom Versuch, mit den bestehenden Auswahlverfahren eine Bestenauslese vorzunehmen.

Die demokratisch legitimierten Organe, nämlich die Parlamente, können durch Kontrolle und Initiative daran mitwirken, daß der öffentliche Arbeitgeber alle Möglichkeiten nutzt, die Benachteiligung von Mädchen im Ausbildungssektor aufzuheben.



SICHERHEITS- POLITIK

Hans Günter Brauch: Drei Lücken? Zur Notwendigkeit einer chemischen Nachrüstung

Dr. Hans Günter Brauch, Jahrgang 1947, ist Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an den Universitäten Tübingen und Stuttgart. Er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand und des International Institute for Strategic Studies in London. Veröffentlichungen: Struktureller Wandel und Rüstungspolitik der USA (1940-1950), 1977; Entwicklungen und Ergebnisse der Friedensforschung (1969-1978), 1979; Abrüstungsamt oder Ministerium? 1971 (s. a. NG 6/77, 12/77, 2/79, 10/79, 11/80, 11/81 und 1/82). Der vorliegende Artikel setzt die Arbeit Brauchs in NG 1/82 fort.

Während die Weißbücher der amerikanischen Generalstabschefs Anfang der siebziger Jahre die chemische Kriegsführung unerwähnt ließen, wurden vor allem seit 1972 die Notwendigkeit einer chemischen Verteidigung erwähnt. Von etwa 19 Mio. U.S. Dollar im Jahre 1976 stiegen die Aufwendungen der US-Streitkräfte für defensive Maßnahmen auf 110 Mio. Dollars (Umrechnungskurs von 1973) an. Das Zentrum für Verteidigungsinformation in Washington schätzte für 1980 die Gesamtausgaben für chemische Kriegsführung und biologische Verteidigung auf über 280 Mio. Dollar. Die Fünfjahrespläne der amerikanischen Armee und der US-Luftwaffen sahen Ausgaben für defensive Maßnahmen gegen chemische Waffen über 1.8 Mrd. U.S. Dollar vor. Hinzu kämen noch etwa 3-4 Mrd. Dollar für die Produktion binärer chemischer Kampfstoffe im Laufe des kommenden Jahrzehnts.

Binäre chemische Kampfstoffe

Nach Alfred Schrempf versteht man unter binären Kampfstoffen Substanzen, „die aus zwei nicht oder nur wenig toxischen chemischen Verbindungen erst kurz vor der Verteilung (Granat-Einschlag, Bombenexplosion, Versprühung o. ä.) entstehen. Das Konzept binärer Kampfstoffe geht zurück bis zum Jahr 1909. Die Vermischung zweier getrennt nicht oder

nur wenig toxischer Substanzen kurz vor dem Einsatz bietet zwei wesentliche Vorteile:

1. Die Kampfstoffmunition ist einfacher und gefahrloser handhabbar. Defekte und Unfälle führen nicht zu den katastrophalen Folgen, wie sie bei der Verwendung der Endprodukte, also der reinen Kampfstoffe, zu erwarten wären. Dies trifft natürlich auch für die Lagerung und Vorratshaltung zu.
2. Es ist eine einfache und geschickte Umgehung der vielen völkerrechtlichen Verbote und Ächtungen der Verwendung chemischer Kampfstoffe. Da die Einzelsubstanzen der betr. binären Verbindungen nicht oder nur wenig toxisch sind, und erst nach Abschluß den eigentlichen Kampfstoff bilden, fallen sie formal nicht unter die diesbezüglichen völkerrechtlichen Bestimmungen.²⁸⁾

Bestrebungen des Pentagon, binäre Nerven Kampfstoffe herzustellen

Das amerikanische binäre Waffenprogramm begann bereits 1949. Ernsthaftige Forschungsanstrengungen für die Entwicklung binärer Nervengaskampfstoffe begannen 1954. Erst 1969 tauchte der erste nichtklassifizierte Hinweis in einem offiziellen Dokument auf. Bereits vor dem Oktoberkrieg kündigte der amerikanische Marineminister am 18. 9. 1973 den Bau einer Waffenfabrik zur Herstellung binärer Waffen in Pine Bluff im Staate Arkansas an.

Der amerikanische Kongreß lehnte es jedoch ab, hierfür im Haushaltsjahr 1975 5,8 Millionen Dollar bereitzustellen. Im Haushaltsjahr 1976 wurde eine vergleichbare Anforderung in Höhe von 9,4 Mio. \$ ebenfalls vom Kongreß abgelehnt. Präsident Ford strich eine entsprechende Anforderung in Höhe von 13,2 Mio. \$ aus dem Haushalt für 1978. Als Folge der von Präsident Carter eingeleiteten Überprüfung der amerikanischen Position zu den chemischen Waffen, wurden in den Haushaltsentwürfen für 1979 bis 1982 keine Haushaltsmittel für den Bau einer Produktionsstätte für binäre Gase aufgenommen. In diesem Zeitraum gingen jedoch die Forschungsanstrengungen der Armee im Bereich der chemischen Nerven Kampfstoffe, insbesondere bei den binären Kampfstoffen, weiter.

Bereits am 10. 12. 1972 berichtete die New York Times von Plänen der US-Armee, 200 Millionen Dollar für einen „sicheren Typ“ von Nervengas auszugeben, wobei sich die Gesamtkosten auf 500 Millionen Dollar belaufen würden.²⁹⁾ 1974 sprach sich der damalige Direktor der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde und der heutige stellvertretende Verteidigungsminister, Fred C. Iklé,

noch gegen die Produktion binärer Nerven Kampfstoffe aus.³⁰⁾ Nach Angaben der Washington Post würde das gesamte Modernisierungsprogramm für chemische Kampfstoffe 1 bis 2 Mrd. \$ kosten.³¹⁾

Am 9. Februar 1975 berichtete die Washington Post von Plänen der amerikanischen Marine und Luftwaffe, eine binäre Bombe mit todbringenden Nervengasen einzuführen.³²⁾ Die alljährlich erneut einsetzenden publizistischen Bemühungen scheiterten jedoch jeweils am Widerstand des Kongreß. Am 6. Juni 1978 berichtete die New York Times aus nicht näher bezeichneten Geheimdienstquellen, daß Präsident Nixon 1969 durch einen Doppelagenten, der für den sowjetischen Geheimdienst und für das amerikanische Bundeskriminalamt gearbeitet habe, dazu überredet worden sei, die Herstellung chemischer und biologischer Waffen einzustellen. Am selben Tag berichtete dieselbe Zeitung in einem Namensbeitrag von David Binder, daß die Herstellung neuer chemischer Waffen als Antwort auf eine sowjetische Überlegenheit notwendig seien.³³⁾ Auch diese gezielte Indiskretion des Pentagon vermochte den Kongreß von seiner ablehnenden Haltung nicht abzubringen. Am 7. Juni 1978 berichtete Die Welt über eine Äußerung des damaligen NATO-Oberkommandierenden General Alexander Haig, daß die Sowjetunion in der Lage sei, einen chemisch-biologischen Krieg gegen den Westen ohne größeren westlichen Widerstand zu führen.³⁴⁾

Am 17. 5. 1979 berichtete A. Weinstein in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus Brüssel, ein hoher amerikanischer General habe während der NATO-Konferenz auf die Gefahr aufmerksam gemacht, „der die atlantischen Truppen, aber auch die Bevölkerung Mitteleuropas bei Verwendung chemischer Kampfstoffe durch die Sowjetunion im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung ausgesetzt würden... Die Generalstabschefs des Bündnisses traten nach den amerikanischen Ausführungen einmütig dafür ein, der Steigerung des sowjetischen Offensivpotentials durch chemische Waffen westliche Abwehrmittel entgegenzusetzen. Man machte die Minister darauf aufmerksam, daß es nunmehr drei Lücken in den Eskalationsphasen der Abschreckung gebe: Kein Gegengewicht zu dem sowjetischen Raketen system „SS 20“; keine westliche Neutronenwaffe, mit der die sowjetischen Panzerwaffen aufgehalten werden könnten; kein wirkliches chemisches Waffenpotential der NATO.“³⁵⁾

Am 15. 11. 1979 berichtete Richard Burt in der New York Times über Auseinandersetzungen innerhalb der Carter-Administration über die Aufnahme

eines Haushaltstitels über 19,3 Millionen Dollar für eine neue Generation von Nervengaswaffen. Dieser Betrag sollte für den Aufbau einer Produktionsstätte für die Herstellung binärer Gase für 155 mm Granaten benutzt werden. Vor allem Beamte des Außenministeriums warnten davor, durch die Produktion einer neuen Generation von Nervenkampfstoffen den NATO-Doppelbeschuß zu gefährden. Während die amerikanischen Rüstungskontrollbeamten von einer Produktion binärer Kampfstoffe negative Auswirkungen auf die Bemühungen um ein Verbot aller chemischen Waffen befürchteten, behaupteten Beamte des Pentagon, daß ohne eine Modernisierung der amerikanischen chemischen Waffen die Neigung Moskaus, zu einem solchen Abkommen sich verringere.³⁶⁾

Ungeachtet der Weigerung der Carter-Administration, den Forderungen der US-Streitkräfte nachzukommen, setzte das Pentagon auch 1980 seine Kampagne durch gezielte Indiskretionen und Hintergrundgespräche mit ausgewählten Journalisten fort. Am 26. 2. 1980 berichtete die New York Times, daß ungenannte amerikanische Geheimdienstbeamte von einer absoluten sowjetischen Überlegenheit bei den chemischen Waffen gesprochen hätten. Die Forderung nach der Herstellung einer neuen Generation von Nervenkampfstoffen wurde auch mit unbestätigten Berichten über den Einsatz chemischer Kampfstoffe durch die Sowjetunion in Afghanistan begründet. Die Herstellung binärer Kampfstoffe wurde auch mit Sicherheitserwägungen begründet, da die bestehenden Bestände hohe Gefährdungen mit sich brächten.³⁷⁾ Am 29. 2. 1980 berichtete die Süddeutsche Zeitung aus Washington, daß das amerikanische Verteidigungsministerium im Haushaltsjahr 1981 zur chemischen Kriegsführung 12 Millionen Dollar für die Entwicklung einer Artilleriegranate mit binären Nervenkampfstoffen bereitstellen wolle.³⁸⁾ Am 18. 3. 1980 berichtete die Süddeutsche Zeitung aus London, daß die USA nach Ansicht des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa, General Bernard Rogers, chemische Waffen produzieren sollten, um den Osten vom Gebrauch dieser Waffen abzuschrecken. „Der General forderte – wie das US-Militär – die politische Führung auf, die technologischen und praktischen Voraussetzungen für eine Produktion binärer chemischer Kampfstoffe zu schaffen... Heute sei der Westen nicht in der Lage, auf einen etwaigen sowjetischen Angriff mit chemischen Mitteln adäquat zu antworten, statt dessen müsse er mit einem atomaren Schlag antworten, was nach meiner Meinung keine geeignete Antwort ist.“³⁹⁾

Die Forderungen, die 1978 auch von Rühle, Hoe-

ber und Douglass vertreten wurden, trugen nach Afghanistan allmählich Früchte. Nach einem Bericht der Frankfurter Neuen Presse vom 6. 6. 1980 zeichnete der britische konservative Abgeordnete Robert Banks vor der Parlamentarierversammlung der Westeuropäischen Union ein düsteres Bild der sowjetischen chemischen Bedrohung: „Die Sowjetunion hält derzeit über 100 000 hochausgerüstete Soldaten für biologische und chemische Kampfführung bereit; die Lagerbestände an B- und C-Waffen machen etwa 15 Prozent des gesamten Kriegsmaterials der Sowjets aus. 106 Chemiewerke arbeiten für die Rote Armee.“ Der Vizepräsident der WEU-Versammlung, der CDU-Abgeordnete Reddemann, blies ins selbe Horn, wenn er sagte: Die Bedrohung durch chemische Waffen sei ungleich gefährlicher als die durch Atomwaffen, da sie mit Sicherheit eher angewandt würden. Nach demselben Bericht soll der amerikanische Verteidigungsminister Brown die Verbündeten gedrängt haben, „die Produktion chemischer Waffen zu erwägen“.⁴⁰⁾

Gegen den Willen der Carter-Administration brachte im Juni 1980 der demokratische Kongreßabgeordnete Richard Ichord aus Missouri unter Bezugnahme auf den Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan einen Zusatz zum Bewilligungsgesetz für die militärischen Bauten beim Bau einer chemischen Waffenfabrik in Pine Bluff in Höhe von 3,15 Millionen Dollar ein, der am 27. 6. 1980 vom Militärausschuß und am 11. 9. 1980 vom Plenum des Repräsentantenhaus mit 337 gegen 22 Stimmen angenommen wurde. Bemühungen von Senator Gary Hart aus Colorado, diese Entscheidung zumindest um ein Jahr aufzuschieben, wurden im Senat mit 47 zu 46 Stimmen abgelehnt.⁴¹⁾ In einer Stellungnahme hatte Senator Hart, unterstützt von seinen Kollegen Pryor, Levin, Cochran, Kassebaum und Bradley, kritisiert, daß vor dieser Entscheidung die europäischen Verbündeten, auf deren Boden diese Waffen stationiert werden würden, nicht konsultiert wurden. Die unilaterale Entscheidung des Kongreß, die selbst von Verteidigungsminister Brown als voreilig bezeichnet und von Außenminister Muskie abgelehnt wurde, würde obendrein die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses gefährden.⁴²⁾ Eine deutliche Senatsmehrheit von 52 zu 38 Senatoren setzte sich über diese taktischen Gegenargumente hinweg und brach damit ein seit 1969 bestehendes Produktionsmoratorium für neue chemische Kampfstoffe. Nach einem Korrespondentenbericht der Stuttgarter Zeitung vom 20. 9. 1980 wurden die Nervengasgeschosse von ihren Befürwortern beim US-Militär und im Kongreß „als die

erste „saubere“ chemische Waffe charakterisiert, welche die USA produzieren würden. Deshalb sei sie den Verbündeten in Europa auch zumutbar, selbst wenn diese sich, vor allem die Deutschen, in der Vergangenheit immer wieder heftig gegen die Lagerung chemischer Waffen der USA auf ihrem Territorium gewehrt hätten. ... Ihre Befürworter in Washington betonen, daß bei dieser Konstruktion keine Lagersorgen mehr bestünden und auch Unfälle beim Transport der Waffen und bei ihrer Handhabung vor einem eventuellen Einsatz kaum mehr in Betracht kämen. Diese Argumentation ähnelt in gewisser Weise derjenigen, die im Zusammenhang mit der umstrittenen Neutronenwaffe ins Feld geführt wurde.⁴²⁾

Mit der Bewilligung von 3,2 Millionen für den Bau einer neuen Produktionsstätte für binäre Nerven-kampfstoffe in Pine Bluff im Staate Arkansas wurde eine neue Welle des Wettstreits bei den Massenvernichtungswaffen eingeleitet, die nach einer Schätzung von John D. Christie in den kommenden 5 Jahren über 5 Mrd. US-Dollar und nach Angaben des Spiegel bis 1990 rund acht Mrd. Mark verschlingen dürfte.⁴³⁾ Nach dem Spiegel ist es das Ziel der amerikanischen Nachrüstungs-Lobby, „die bisherige chemische Munition der Nato – die nur zu 75 Prozent mit Nervengas gefüllt ist – durch Binär-Geschosse zu ersetzen. Und überdies sollen die Zweikammer-Projektile, den Verbündeten als „saubere“ chemische Waffen empfohlen, verstärkt auch außerhalb der USA stationiert werden, vor allem in der Bundesrepublik: Dort, in der Nähe von Mannheim und Hanau, liegen schon jetzt die größten auswärtigen Giftgas-Depots der US-Army.“⁴⁴⁾

Einem Bericht der BBC zufolge vom Januar 1981 wollten die USA während der NATO-Frühjahrstagung in Brüssel die Möglichkeiten einer Stationierung von chemischen Kampfstoffen in Europa ausloten.⁴⁵⁾ Die neue amerikanische Regierung unter Präsident Ronald Reagan stellte im März 1981 20 Millionen Dollar für den beschleunigten Produktionsbeginn einer modernen Artilleriegranate und 4 Millionen Dollar für die Erstellung eines Planes zur Beseitigung überalterter Giftgas-Waffen zur Verfügung. Nach einem Geheimbericht von Beratern der Reagan-Administration weigerte sich der neue amerikanische Präsident, die bestehenden Lagerbestände aus Gründen der Abschreckung gegenüber der Sowjetunion zu demilitarisieren. Für diese Aufgabe benötigen die USA in den Haushaltsjahren 1982 bis 1986 jährlich 331 Millionen Dollar, bzw. insgesamt 1,7 Mrd. Dollar. Ein Teil der bestehenden chemischen

Kampfstoffe, die in den US-Bundesstaaten Alabama, Oregon, Arkansas, Utah, Colorado, Indiana, Maryland und Kentucky, in der Bundesrepublik Deutschland (Hanau? Pirmasens? Mannheim?) und auf der Johnston-Insel im Pazifik gelagert werden, sei leck. Bei einem Teil soll das Gift bereits ausgetreten sein und bei einigen Menschen leichtere Erkrankungen erzeugt haben.⁴⁶⁾ Ein schwerer Unfall mit dem Nerven-kampfstoff VX im Winter 1968 im Staate Utah hatte 1969 Nixon zu dem einseitigen Produktionsmoratorium bei BC-Waffen veranlaßt, das nun wieder aufgehoben wurde. Dort verendeten mehr als 6000 Schafe elend in einer Nervengaswolke, die vom 40 Kilometer entfernten „Dugway Proving Ground“, einem der militärischen Versuchsgelände und Depot, herübergezogen war.⁴⁷⁾

Nach dem jüngsten Rüstungskontrollgutachten der amerikanischen Regierung für das Haushaltsjahr 1982 vom Februar 1981 waren für die Entwicklung chemischer Waffen im Haushaltsjahr 1982 157,6 Millionen Dollar (1981: 105,9 und 1980: 81,7) vorgesehen, von denen u. a. ein Teil der Haushaltsansätze für chemische Munition und chemische Kampfunterstützung (18 Mio. \$), für lethale chemische Munitionskonzepte (8,4 Mio. \$) für lethale chemische Munitionen (2,2 Mio. \$), für chemische Waffen (Bigeye), eine Sprühbombe (3,8 Mio. \$), d. h. für binäre chemische Nerven-kampfstoffe verwendet werden sollen.

In den vom Kongreß 1980 erstmals bereitgestellten Mitteln für den Bau einer Produktionsstätte für binäre Munitionen in Pine Bluff – diese Entscheidung wurde am 22. 5. 1981 mit einer knappen Mehrheit von 50 zu 48 wiederholt – sollen zunächst Module mit dem Nervengift GB für eine 155 mm-Granate und später für die Bombe Bigeye und ein Modell mit dem Nervengift VX für eine 8-Zoll-Granate hergestellt werden. Die Entscheidung über einen Sprengkopf für einen „multiple rocket launcher“ wurden auf später vertrag.⁴⁸⁾

Nach einer Analyse des Zentrums für Verteidigungsinformation in Washington sollen in der ersten Phase eines vierteiligen siebenjährigen Bauprogramms monatlich 20 000 Projektile für 155 mm Haubitzen produziert und mit 2 Chemikalien gefüllt werden. In der 2. Phase soll die Gesamtproduktion auf 70 000 Granaten monatlich gesteigert werden. In der 3. Phase würde eine Waffenfabrik gebaut werden, die im Jahre 1985 8-Zoll-Granaten und 1986 500 pfundschwere Bigeye Bomben für die Luftwaffe und die Marine produziert. Diese Waffen würden beim Einschlag den Nerven-kampfstoff VX hervorbringen. Die gesamten Baukosten für die Produktionseinrich-

tungen würden sich in den ersten drei Phasen auf 170 Millionen Dallar belaufen.⁴⁹⁾

Nach den Regieanweisungen des verteidigungspolitischen Beraters von Manfred Wörner, des Leiters des sozialwissenschaftlichen Instituts der Adenauer-Stiftung, Hans Rühle, sollte die Debatte über chemische Waffen in den NATO-Ländern und in der Bundesrepublik erst dann einsetzen, „wenn die USA sich über ihre Politik im Bereich chemischer Waffen klar geworden sind, d. h. zugleich mit dem Bekanntwerden der chemischen Bedrohung eine angemessene konzeptionelle Reaktion mitgeliefert werden kann.“ Inzwischen hat die Reagan-Administration sich im Gegensatz zu den Regierungen Nixon, Ford und Carter für die Produktion binärer Nervenkampfstoffe ausgesprochen. Für den Fall, daß öffentlich an der Ausrüstung von NATO-Einheiten mit chemischen Offensivwaffen Anstoß genommen werde, hatte Rühle empfohlen, „sollte man einerseits das Potential entsprechend auslegen und außerdem eine geeignete Informationsstrategie in die Schublade legen.“⁵⁰⁾

Eine neue Phase der Nachrüstungsdiskussion wird auch die Bundesrepublik bald überrollen: über die Produktion binärer Gase und deren spätere Stationierung in den vermuteten amerikanischen Depots auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Mögliche Konsequenzen einer Einführung binärer Nervenkampfstoffe

Die Bewertung der möglichen Auswirkung neuer binärer Nervenkampfstoffe auf die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen durch das letzte Rüstungskontrollgutachten der Carter-Administration läßt die Auseinandersetzung innerhalb der amerikanischen Regierung erkennen. Zum einen stünden die vorgeschlagenen Forschungsprogramme nicht im Widerspruch zu den laufenden bilateralen Gesprächen mit der Sowjetunion über eine C-Waffen-Konvention zum anderen trage eine amerikanische Selbstbeschränkung bei der Verbesserung chemischer Vergeltungswaffen zu einer Erhöhung der regionalen und globalen Stabilität bei mit dem Ziel, andere Staaten vom Erwerb chemischer Waffen abzuhalten. Insgesamt würde eine Erhaltung der bestehenden chemischen Vergeltungswaffen und ein Offenhalten der Option binärer Vergeltungswaffen mit den rüstungskontrollpolitischen Zielen der Carter-Administration in Widerspruch stehen. Die Reagan-Administration hat bisher nur eine Produktionsentscheidung zugunsten binärer Kampfstoffe getroffen und sich zu ihren rüstungskontrollpolitischen Zielen in diesem Bereich bisher nicht geäußert. Soll auch hier der

neue Grundsatz der Politik der Stärke gelten: erst produzieren und stationieren und dann aus einer Position der Stärke über Verminderungen diskutieren?

Neben dem Sicherheitsargument wird von den Befürwortern vor allem der Bedarf eines Vorrats an glaubwürdigen chemischen Vergeltungswaffen betont, d. h. die USA müßten genügend Waffen der richtigen Kategorie besitzen, um die andere Seite von einem Angriff mit chemischen Waffen abzuschrecken. Nach Angaben des Zentrums für Verteidigungsinformation gehen amerikanische Militärplaner von der Daumenregel aus, für je fünf Minen mit hochexplosiven Sprengköpfen seien eine Landmine mit dem Nervengift VX notwendig. Mit einer Aufstockung der konventionellen Waffenbestände würden damit auch die chemischen Vorräte unglauwbüdig. Die binären Nervenkampfstoffe verfügen nach Ansicht des Defense Monitor über keinerlei militärische Vorteile. Die binären Nervenkampfstoffe seien nur „relativ“ sicherer und harmloser. Da viele Befürworter einer C-Waffen-Modernisierung die bestehenden Bestände für unzureichend hielten, würden diese „gefährlicheren“ C-Waffen noch lange in den Depots bleiben. Sollten die bestehenden strengen Sicherheitsvorkehrungen für die bestehenden Nervengifte bei den binaries für nicht notwendig befunden werden, könnte das Risiko eines Diebstahls eher steigen.

Die Einführung einer neuen Generation chemischer Waffen dürfe die Bemühungen um den Abschluß einer C-Waffen-Konvention auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte, möglicherweise bis ins nächste Jahrtausend aufschieben. Eine „sichere“ chemische Waffenproduktion sei schließlich noch schwerer zu überprüfen, was eine chemische Waffenkonvention mit strengen Verifikationsanforderungen zu einem hoffnungslosen Unternehmen werden lassen.

Zurecht weist das Zentrum für Verteidigungsinformation auf die Gefahr hin, daß durch den Bau einer neuen Produktionsstätte für neue chemische Waffen, die Ausbreitung der chemischen Waffen in Staaten der Dritten Welt erleichtert werde. Ein billiges und legales Arsenal von chemischen Massenvernichtungswaffen wäre attraktiv, um der Drohung eines chemischen oder nuklearen Angriffs von den Großmächten oder vorseiten anderer Nachbarn in der Dritten Welt entgegenzutreten.

Da die „sichereren“ binären Nervenkampfstoffe geringere Sicherheitsvorkehrungen erforderlich machten, seien sie eher dem Zugriff terroristischer Gruppen ausgesetzt. Sollte die Sowjetunion noch nicht über binäre Nervenkampfstoffe verfügen, könnte sie möglicherweise ebenfalls durch den Aufbau einer

Sicherheitspolitik

Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945 - 1956

Herausgegeben vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt
Drei Bände

Band 1: Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan

Von Roland G. Foerster, Christian
Greiner, Georg Meyer, Hans-Jürgen
Rautenberg, Norbert Wiggershaus

1982. XXVI, 940 Seiten, 6 Karten,
4 Graphiken, geb. DM 88,—
ISBN 3-486-50881-4

Inhalt:

- Teil I** Von Potsdam zum Plevan-Plan
Deutschland in der internationalen
Konfrontation
1945 - 1950
- Teil II** Die alliierten militärstrategi-
schen Planungen zur Verteidi-
gung Westeuropas 1947 - 1950
- Teil III** Die Entscheidung für einen
westdeutschen Verteidigungs-
beitrag 1950
- Teil IV** Innenpolitische Aspekte der
Sicherheit Westdeutschlands
1947 - 1950
- Teil V** Zur Situation der deutschen
militärischen Führungsschicht
im Vorfeld des westdeutschen
Verteidigungsbeitrages
1945 - 1950/51
- Teil VI** Zur Standortbestimmung für
künftige deutsche Streitkräfte

Dieses auf drei Bände angelegte Werk
aus der Feder von Autoren des Freiburger
Militärgeschichtlichen Forschungs-
amtes legt gegenüber Wissenschaft und
Öffentlichkeit — aufgrund zumeist noch
unausgewerteter Akten — die Zusam-
menhänge offen, die bereits zehn Jahre
nach bedingungsloser Kapitulation und
Entmilitarisierung wieder zu westdeut-
schen Streitkräften und zum NATO-
Beitritt der Bundesrepublik führten.

In Vorbereitung:

Band 2. Die EVG-Phase

Band 3: Die NATO-Option

Günter Walpuski/Dieter O.A. Wolf

Einführung in die Sicherheitspolitik

Ein Lehr- und Studienbuch

Mit Beiträgen von Karlheinz Koppe,
Manfred Opel, Erhard Rosenkranz,
Walter Schilling

1979. XVII, 312 Seiten, DM 38,—
ISBN 3-486-48721-3

Arnulf Baring

Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie

Bonns Beitrag zur Europäischen
Verteidigungsgemeinschaft

1969. VII, 492 Seiten,
geb. DM 38,— ISBN 3-486-42951-5,
brosch. DM 28,— ISBN 3-486-42961-2

Oldenbourg

neuen Produktionsstätte für binäre Kampfstoffe antworten. Die Logik der Notwendigkeit eines „retaliation in kind potential“ dürfte auch bei den chemischen Waffen eine neue Phase des Rüstungswettlaufes unvermeidbar machen.

Das Schweigen der Europäer und der deutschen Politiker

Die gegenwärtige Debatte über neue chemische Waffen und über eine chemische Kriegführung berührt auch ihre spätere Stationierung und ihren möglichen Einsatz in West-Europa und ganz besonders auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Vor der überraschenden Entscheidung des amerikanischen Kongresses und vor der Entscheidung der Reagan-Administration zugunsten der binären Nervenkampfstoffe wurde die Bundesregierung, soweit aus öffentlichen Quellen ersichtlich ist, nicht konsultiert. Bereits 1954 verzichtete die Bundesregierung auf die Produktion und den Besitz chemischer Waffen. 1970 lehnte sie Übungen von Bundeswehreinheiten ab, chemische Waffen einzusetzen. Norwegen und Dänemark lehnten chemische Waffen selbst für Vergeltungsmaßnahmen ab und haben die Stationierung amerikanischer chemischer Waffen auf ihrem Gebiet bisher stets abgelehnt.

Großbritannien vernichtete sein chemisches Waffenpotential im Jahre 1957. Am 7. 11. 1980 erklärte der britische Staatssekretär für Verteidigung, daß Großbritannien keine Pläne habe, chemische Waffen zu erwerben oder chemische Waffen in Großbritannien zu stationieren. Nur Frankreich besitzt neben den USA in Westeuropa ein chemisches Waffenarsenal. Es wird angenommen, daß sowjetische chemische Waffen in der DDR stationiert sind.

Die in NG 1/82 zitierte anonyme Capitol Hill Staff Group unter der geistigen Leitung von William van Cleave, dem Leiter des Übergangsteams der Reagan-Administration für das Pentagon, läßt aus den Forderungen eine Perspektive erkennen, die zum Nachdenken und Nachfragen anregen sollte. Die Madison Group schlägt u. a. die Produktion von 155 mm Haubitzen mit dem Nervengift GB, einer acht Zoll-Haubitze und einer Munition für die Lance I mit dem Nervengift VX vor. Bezieht man hier den Vorschlag ein, bis 1985 2000 Lance I-Raketen zusätzlich zu produzieren, wird damit die neue Dimension eines kombinierten chemisch-nuklearen Wettrüstens erkennbar. Erst nach dem Beginn der Produktion einer neuen binären chemischen Bombe mit dem Kampfstoff VX sollte ab 1986 mit der Entgiftung des bestehenden Potentials an Weteye-chemischen Bomben

begonnen werden. „Amerikanische Soldaten müssen unterrichtet werden, auf einem chemischen Gefechtsfeld zu kämpfen und zu überleben... Wenn eine chemische Abschreckung durch die USA erst einmal wiederhergestellt sein wird, dann wird die Notwendigkeit, sich auf nukleare Vergeltung zu verlassen, in direktem Verhältnis zum militärischen Potential und zur Zahl und den Typen der erforderlichen chemischen Munitionen abnehmen.“⁵¹⁾

Wieviel ist diesen konservativen Militärplanern und ihren deutschen publizistischen Handlangern genug? Hans Rühle, der sicherheitspolitische Berater des CDU-Verteidigungsexperten Manfred Wörner, hat das Ziel bereits 1978 klar umrissen: „Es steht außer Frage, daß diese Alternative (gemeint ist eine Parität im Bereich chemischer Waffen zwischen der Sowjetunion und den USA) ... die allein geeignete Strategie für eine zumindest auf langfristige und allgemeine Parität zielende Supermacht ist. Nur eine Sicherheitspolitik, die dem potentiellen Gegner keine Option läßt, die man selbst nicht hat, vermag jenes psychologische Gleichgewicht zu erhalten, das dem traditionellen und doch wohl auch künftig gewollten Selbstverständnis amerikanischer Stärke – second-tone – zugrunde liegt...“

Vor diesem Hintergrund erscheint es zwingend geboten, eine Parität im Bereich chemischer Waffen zwischen den USA und der Sowjetunion anzustreben. Dies um so mehr, als eine Parität in diesem Teil des Waffenspektrums mit vergleichsweise geringen Kosten erreichbar ist. Jedenfalls ist der finanzielle Aufwand für Parität im Bereich chemischer Waffen geringer, als der psychologische Schaden wäre, den das Zugeständnis sowjetischer Überlegenheit im Bereich chemischer Kriegführung anrichten würde...

Nur eine hinsichtlich ihrer Ausdehnung auf die Streitkräfte bestehende Parität im Bereich chemischer Kriegführung ergäbe im übrigen die Voraussetzung echter Rüstungsbegrenzungs- bzw. Abrüstungsverhandlungen. Insofern scheinen sich Bemühungen um ein stabiles Gleichgewicht im System der Supermächte mit der Schaffung realistischer Voraussetzungen für gleichgewichtige, kontrollierte Abrüstung im Bereich chemischer Waffen zu treffen.“

Heißt dies, daß eine chemische Abrüstung erst nach der nächsten massiven chemischen Aufrüstung möglich ist? Handelt es sich bei der chemischen Abrüstungsinitiative des CDU-Abrüstungsexperten Alois Mertes nur um einen Vorwand, um die Notwendigkeit der Lagerung binärer Nervenkampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland besser rechtfertigen zu können?

ANMERKUNGEN

- 28) Alfred Schrempf, *Chemische Kampfstoffe – Chemischer Krieg*, herausgegeben vom Institut für Internationale Friedensforschung in München 1981, S. 30.
- 29) Schrempf, a.a.O., S. 31.
- 30) John W. Finney, „Army Will Spend \$ 200-Millions For Safer Type of Nerve Gas“, in: *New York Times*, 10. 12. 1973, S. 1L Richard A. Fineberg, „Nerve Gas: Return of the Nightmare“, in: *Saturday Review World*, 23. 3. 1974.
- 31) Rep. Wayne Owens, „Assessing Chemical Warfare“, in: *Washington Post*, 28. 4. 1974.
- 32) Michael Getler, „Services Want to Make New Poison Gas Bomb“, in: *Washington Post*, 9. 2. 1975, S. 4.
- 33) „Russia Reportedly Used Agents to Influence Nixon on Nerve Gas“, in: *International Herald Tribune*, 6. Juni 1978; David Binder, „Pentagon Says Increase Needed To Counter Soviet Superiority“, in: *International Herald Tribune*, 6. Juni 1978.
- 34) „Haig: Der Ostblock kann biologischen Krieg führen“, in: *Die Welt*, 7. 6. 1978.
- 35) A. W. Brüssel, „Sorge Washingtons über einen sowjetischen ‚Gaskrieg‘ – Breite industrielle Basis für chemische Waffen/Goringe Reaktion der Nato-Partner“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Mai 1979.
- 36) Richard Burt, „Army Asks Carter Support To Renew Chemical Arms“, in: *International Herald Tribune*, 15. 11. 1979.
- 37) Malcolm W. Browe, „U.S. Military Seeks Poison Gas Arsenal: to Counter Soviet Superiority“, in: *International Herald Tribune*, 26. 2. 1980.
- 38) „Pentagon will Giftgasgranate“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 29. 2. 1980.
- 39) „NATO-Oberbefehlshaber fordert Produktion chemischer Waffen“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18. März 1980.
- 40) Lutz Hermann, „Moskau hat B- und C-Waffen. WEU verweist auf Vorbereitung der Sowjet-Armee“, in: *Frankfurter Neue Presse*, 6. Juni 1980.
- 41) Robert C. Toth, „President Would Have to Approve Chemicals' Production: Congress, Rebuffing Pentagon, Backs Nerve Gas Plant“, in: *International Herald Tribune*, 18. 9. 1980.
- 42) „Statement by Senator Gary Hart on Binary Weapons“, Pressemitteilung vom 17. 9. 1980.
- 43) Christie, in: *Meselson (Anm. 18)*, S. 13; *Defense Monitor (Anm. 13)*, S. 5–6: „Geist aus der Flasche“, in: *Der Spiegel*, 6. 10. 1980.
- 45) „Washington erwägt die Lagerung von Nervengas in der Bundesrepublik – Fabrik für saubere Geschosse wird gebaut – Carter rechnet mit Protesten in Europa“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 20. 9. 1980.
- 46) „USA wollen chemische Waffen in Europa stationieren“, in: *Süddeutsche Zeitung* 14. Januar 1981.
- 47) „Bedrohung durch überallerte Giftgasbestände in den USA“, in: *Süddeutsche Zeitung* 17. März 1981.
- 48) „Geist aus der Flasche“, in: *Der Spiegel*, 6. 10. 1980.
- 49) *Fiscal Year 1982 Arms Control Impact Statements (Anm. 7)*, S. 317–351.
- 50) *Defense Monitor (Anm. 13)* S. 6.
- 51) *Rühle (Anm. 1)*, S. 9.



Wolfgang H. Glöckner: Die Sozialhilfe und die Operation '82

Diplom-Kaufmann Wolfgang H. Glöckner, Jahrgang 1943, ist Referent in der SPD-Bundestagsfraktion. Zahlreiche Veröffentlichungen in der NG, u. a. in den Heften 12/79 und 3/80.

Zu den Kröten der Operation '82, die die Sozialdemokraten schlucken mußten, gehören die Kürzungen der Sozialhilfe. Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) wird seit langem kontrovers diskutiert. Die Auseinandersetzung über die Sozialhilfe erfolgt allerdings allzu häufig ohne die notwendige Kenntnis der Fakten und Zusammenhänge. „In Teilen der Öffentlichkeit“, so stellt der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Jaunich fest, „herrscht unverkennbar die Neigung, Stammtischkolportagen über die Sozialhilfe für bare Münze zu nehmen und daran politische Bewertungen zu knüpfen.“ Schuld daran seien auch Politiker, die es zwar eigentlich besser wissen müßten, gleichwohl aber den vielen Falschinformationen nicht widersprechen, sondern auf der Welle der Kritik mitschwimmen. Es ist also höchste Zeit, wieder einmal in die Erinnerung zu rufen, was Sozialhilfe tatsächlich bedeutet.

Das BSHG sichert Rechtsansprüche auf Sozialhilfeleistungen, die als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen erbracht werden. Die Sozialhilfe wird aus öffentlichen Mitteln gezahlt. Sie schließt Lücken, die andere Sozialleistungssysteme offengelassen haben, weil sie Leistungen zur Behebung bestimmter Notlagen nicht vorsehen, bestimmte Personengruppen ausschließen oder im Einzelfall keine ausreichenden Leistungen bereitstellen. Die Rechtsansprüche heben auf die Notlage des einzelnen ab und werden wirksam, wenn er sie nicht aus eigener Kraft und eigenen Mitteln überwinden kann. Grundsätze der Sozialhilfe sind die Individualisierung und die Nachrangigkeit: Die Sozialhilfe ist eine nachrangige Hilfe, die von der Lage der einzelnen ausgeht. Ihre Aufgabe ist es, dem Empfänger „die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§ 2 BSHG). Die Sozialhilfe soll den Bedarf des Hilfesuchenden decken.

Vor allem Sozialdemokraten waren es, die durch drei Novellen das BSHG spürbar verbessert haben. Im Sommer 1980 sollte eine vierte Novelle vorgenommen werden. Der von der Bundesregierung vorgelegte und vom Bundestag in veränderter Form verabschiedete Gesetzentwurf sah vor, einige Leistungen zu ändern, einige Zweifelsfragen bei der Anwendung des Gesetzes auszuräumen und eine bessere Harmonisierung mit anderem Sozialleistungsrecht zu erreichen. Wegen der Ablehnung durch den Bundestag erlangte die vierte Novelle keine Gesetzeskraft.

Zu den wohlfeilen Angriffen auf die Sozialhilfe gehört es, den Eindruck zu erwecken, die Empfänger könnten sich auf Kosten der Steuerzahler gewissermaßen ein gutes Leben machen. Wer sich an der Verbreitung eines derartigen Gerüchts beteiligt, dem steht es frei, es einmal in der Praxis auszuprobieren und einen Monat lang so zu leben, wie es von einem Sozialhilfeempfänger erwartet wird. Das Vorurteil

Untergliederung des Regelsatzes (Eckregelsatz) nach geltendem Warenkorb

	In Prozent	in DM
a) Ernährung	57,72	189,32
b) Kochfeuerung und Beleuchtung sowie weiterer elektrischer Bedarf (ohne Heizung)	7,78	25,52
c) Instandhaltung von Schuhen, Kleidung, Wäsche sowie kleinere Instandsetzung v. Hausrat u. Neubeschaffung v. Wäsche u. Hausrat v. geringem Anschaffungswert	4,80	15,74
d) Körperpflege und Reinigung	9,16	30,05
e) Persönl. Bedürfnisse des täglichen Lebens (Teilnahme am kulturellen Leben, Beziehungen zur Umwelt)	20,54	67,37
	100,00	328,00

dürfte dann wohl wie ein Kartenhaus zusammenbrechen.

Der Berechnung des sogenannten Regelsatzes liegt ein Warenkorb zugrunde, den der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge entwickelt hat und der seit 1970 nicht mehr geändert, nicht mehr den veränderten Verbrauchsgewohnheiten angepaßt wurde. Obwohl eine Aktualisierung des Warenkorbs seit langem gefordert wird, ist sie aus finanziellen Gründen unterblieben, weil die Folge eine deutliche Heraufsetzung der Regelsätze hätte sein müssen. Die Regelsatzanpassungen der vergangenen Jahre hatten den alten Warenkorb zur Grundlage und orientierten sich an dessen Preisentwicklung.

Der Eckregelsatz ist der Regelsatz für den Haushaltsvorstand. Im Jahre 1981 betrug er 328 DM in Nordrhein-Westfalen, inzwischen 338 DM. Er variiert leicht von Bundesland zu Bundesland. Sonstige Haushaltsangehörige erhalten je nach Lebensalter zwischen 45 und 90 Prozent des Regelsatzes des Haushaltsvorstandes.

Für einen Erwachsenen enthält der monatliche Warenkorb in seinem Ernährungsteil unter anderem:

5.905 g Brot
640 g Mehl
6.100 g Kartoffeln
1.170 g Zucker
1.095 g Fleisch
1 Suppenhuhn
595 g Fisch
15 Eier

Diejenigen, die die Sozialhilfe „von rechts“ kritisieren, haben noch andere Blindgänger in ihrem Waffenarsenal: Scheinargumente, die z. B. der Springer-Presse besonders gelegen kommen, um den Sozialstaat in Mißkredit zu bringen. Da werden Einkommensvergleiche zwischen Familien von Sozialhilfeempfängern und von Arbeitnehmern in den untersten Lohn- und Gehaltsgruppen angestellt. Abgesehen davon, daß die meisten dieser Rechnungen Fehler aufweisen, wird so getan, als sei es für manchen einträglicher, anstatt zu arbeiten, die Hände in den Schoß zu legen und zum Sozialamt zu gehen.

In Wahrheit gibt es diese Alternative nicht. Denn nach den einschlägigen Bestimmungen des BSHG hat derjenige, der sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Bei nachgewiesener Arbeitsunwilligkeit kann der Sozialhilfeträger die Zahlung von Sozialhilfe ablehnen oder seine Hilfe bis auf das zum Lebens-

unterhalt Unerläßliche einschränken. Und so wird in der Praxis auch verfahren. Auch auf den eigentlich naheliegenden Gedanken, daß in den untersten Gruppen zu niedrige Löhne gezahlt werden, wenn sie sich in der Nähe der Sozialhilfe bewegen, kommt kaum jemand.

Vertrauen in die Sozialhilfe tut not. Die Menschen müssen wissen, daß sie das Netz der Sozialhilfe aufhängt, wenn ihre eigenen Möglichkeiten versagen und wenn die Maschen der Netze anderer Sicherungssysteme zu weit sind, um ihnen einen Halt zu bieten. „Die Sozialhilfe“, diagnostiziert Horst Jauernich, „ist ein Maßstab und ein Gradmesser dafür, ob wir das Gebot unseres Grundgesetzes ernstnehmen, die Bundesrepublik zu einem sozialen Bundesstaat zu machen. Die Ausgestaltung der Sozialhilfe sagt vieles aus über die Qualität des Sozialstaats.“ Deshalb ist es für Sozialdemokraten auch so schmerzlich, Kürzungen der Sozialhilfe hinzunehmen, wie es durch die Operation '82 geschehen ist.

Die Väter der Kürzungen sind in den Reihen der CDU und CSU zu suchen. Da die Einschränkungen bei den Betroffenen begreiflicherweise Verärgerung und Verbitterung ausgelöst haben, gibt sich die CDU/CSU inzwischen alle Mühe, ihre Urheberhaft zu leugnen, die Wahrheit zu verbiegen und der Öffentlichkeit zu verschleiern, was sich tatsächlich abgespielt hat. Immerhin sprach der bayerische Finanzminister Streibl noch am 18. Dezember 1981 im Bundesrat stolz von den „von der CDU/CSU durchgesetzten Minderausgaben bei der Sozialhilfe“. In der Tat gehen die Einschränkungen auf das Konto von CDU/CSU.

Der Gang der Gesetzgebung läßt sich wie folgt skizzieren:

Zum 2. Haushaltsstrukturgesetz hatten die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen des Bundestages gleichlautende Entwürfe vorgelegt. In diesen Entwürfen werden keine Änderungen des BSHG vorgeschlagen. Dagegen verlangte der Bundesrat, der bekanntlich über eine CDU/CSU-Mehrheit verfügt, in seiner Stellungnahme zum Regierungsentwurf des 2. Haushaltsstrukturgesetzes in dieses Gesetz einen Artikel 21a einzufügen, der eine umfassende Novelle des BSHG enthielt.

Die Absichten des Bundesrates waren auf gravierende Einschnitte in die Sozialhilfe gerichtet, auf empfindliche Leistungsver schlechterungen im Einzelfall, insgesamt auf eine Rückentwicklung der Sozialhilfe in Richtung auf die alte Fürsorge. Der Kernpunkt der Bundesratsforderungen bestand in einem Angriff auf die konzeptionelle Substanz des BSHG:

Das Bedarfsdeckungsprinzip, das die Sozialhilfe kennzeichnet, sollte aufgegeben und durch eine Orientierung der Sozialhilfe an der Finanzlage der Träger ersetzt werden.

Um dem Bundesrat etwas entgegenzusetzen, beschloß auch der Bundestag mit seiner SPD/FDP-Mehrheit, das 2. Haushaltsstrukturgesetz durch einen Artikel 21a zu ergänzen, der das BSHG ändern sollte. Diese Änderungen mit einem Einsparvolumen von 22 Millionen DM bei Ländern und Gemeinden waren allerdings anders als die, die der Bundesrat beabsichtigte. Denn der Bundestag hatte seine Änderungen im wesentlichen aus der gescheiterten vierten Novelle zum BSHG übernommen. Der Bundesrat dagegen strebte Kürzungen an, deren Größenordnungen er auf 600 Millionen DM veranschlagte.

Da die CDU/CSU-Bundesratsmehrheit das vom Bundestag beschlossene 2. Haushaltsstrukturgesetz ablehnte, rief die Bundesregierung den Vermittlungsausschuß an. Im Vermittlungsausschuß, in dem die Vertreter von SPD und FDP in der Minderheit sind, spielte die Sozialhilfe eine erhebliche Rolle. Besonders die Ministerpräsidenten Stoltenberg und Späth beharrten auf deutlichen Kürzungen der Sozialhilfe.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Eugen Glombig weist zu recht darauf hin, daß sich vor allem Stoltenberg schon seit mehreren Jahren dafür einsetzt, die Sozialhilfe zu beschneiden. Am 13. August 1977 meldete „Die Welt“: „Ministerpräsident Stoltenberg, CDU, hält die jährlichen Steigerungsraten der Sozialhilfe ebenfalls für zu hoch. Auch er denkt an Leistungskürzungen.“ In der ZDF-Sendung „Bilanz“ erklärte Stoltenberg am 18. Oktober 1977: „Ich verweise darauf, daß ich mit anderen – trotz mancher Kritik – das Thema Kostenexplosion in der Sozialhilfe angesprochen habe.“ „In dem Vermittlungsverfahren sahen Stoltenberg und die ihm Gleichgesinnten aus dem Unionslager eine willkommene Gelegenheit, bei ihrem Klassenkampf von oben Terrain zu gewinnen.“ (Eugen Glombig)

Noch 1975 gab die CDU in ihrer „Mannheimer Erklärung“ mit dem vollmundigen Titel „Unsere Politik für Deutschland“ vor, eine sogenannte Neue Soziale Frage entdeckt zu haben: „Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern oder die nicht mehr Arbeitsfähigen, sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage... Da die Schwachen – die Nichtorganisierten, die Alten und die Kinder – als Gruppe keine Mehrheit bilden, besteht für sie darüber hinaus die Gefahr, daß sie in unserer Gesellschaft auch politisch benachteiligt werden. Eine sol-

che Entwicklung entspricht nicht unserem Verständnis von Solidarität und ist mit unserer Verfassung, insbesondere mit den in ihr verankerten Grundrechten und mit dem Sozialstaatsprinzip, unvereinbar.“

Angesichts der tatsächlichen Politik von CDU und CSU ist festzuhalten: Diejenigen Sozialdemokraten, die die vor allem von Biedenkopf, Geißler und Blüm propagierte „Neue Soziale Frage“ schon immer als Reklametrick bezeichnet haben, sind jetzt erneut bestätigt worden. Denn gerade die dort angesprochenen Schwachen sind es, die von den von CDU und CSU durchgesetzten Einschränkungen bei der Sozialhilfe betroffen werden.

Vor allem der jetzige CDU-Generalsekretär Geißler ist in der Vergangenheit nicht müde geworden, die Sozialhilfeschwelle und die Armutsschwelle gleichzusetzen. Danach gilt als arm, wer die Voraussetzungen für Sozialhilfeleistungen erfüllt. Nun ist offenbar geworden, daß die Union alles getan hat, um die von Geißler so definierte Armutsschwelle nach unten zu verlagern.

Anfang November 1981 hat die CDU bei ihrem 30. Bundesparteitag in Hamburg einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: „Gerade in einer Zeit knapper Kassen muß sich die soziale Gerechtigkeit erst eigentlich bewähren... Die sozialen Leistungen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die wirklich der Hilfe bedürfen... Bei der Verwirklichung von Sparmaßnahmen muß besonders darauf geachtet werden, daß die großen Organisationen, die über die entsprechenden Droh- und Störpotentiale verfügen, sich nicht zu Lasten der Nichtorganisierten oder der Minderheiten durchsetzen. Soziale Verteilungskonflikte dürfen nicht nach dem Gesetz des Dschungels, d. h. nach dem Recht des Stärkeren entschieden werden. Es ist heute besonders notwendig, daß die CDU sich als Anwalt derer versteht, die ohne eine mächtige Lobby sind.“ Wie sich am Beispiel der Sozialhilfe, das für andere steht, schon wenige Tage später zeigte, war der Beschluß der CDU das Papier nicht mehr wert, auf das sie ihn gedruckt hatte.

Für die Sozialdemokraten galt, was Eugen Glombig so formulierte: „Änderungen beim BSHG hätten wir nur dann verhindern können, wenn wir bereit gewesen wären, das Vermittlungsverfahren insgesamt scheitern zu lassen und die Konsequenzen daraus zu tragen.“ Die wichtigsten Änderungen des BSHG sind:

1. Es erfolgte insofern ein Eingriff in die Regelsattdynamik, als in den Jahren 1982 und 1983 die Regelsätze nur um jeweils drei Prozent steigen, während nach dem bisherigen Anpassungsmodus die Steige-

zung angesichts der zu erwartenden Erhöhung der Lebenshaltungskosten größer ausgefallen wäre. Verhindert werden konnte die vom Bundesrat geforderte dauerhafte Ersetzung des Bedarfsdeckungsprinzips zugunsten einer Ausrichtung der Sozialhilfeausgaben an der Finanzlage der Träger.

2. Das sogenannte Zusatztaschengeld für Sozialhilfempfänger in Heimen wurde auf solche Personen beschränkt, die durch eigenes Einkommen, z. B. durch Rente, wenigstens in Höhe des doppelten Eckregelsatzes, zu den Kosten ihrer Heimunterbringung beitragen. Wer diese Hürde überwindet, erhält ein Zusatztaschengeld von fünf Prozent des eigenen Einkommens bis höchstens 15 Prozent des Eckregelsatzes. Zuvor bekam jeder, der einen Eigenbeitrag zu den Heimkosten leistete, ein Zusatztaschengeld von 25 Prozent des eigenen Einkommens bis höchstens 20 Prozent des Eckregelsatzes. Die neuen Bestimmungen entsprechen auf Punkt und Komma dem Bundesratsbegehren.

3. Die Mehrbedarfssätze für bestimmte Personengruppen, z. B. für über 65jährige und für Erwerbsunfähige, wurden von 30 auf 20, für Alleinerziehende ab vier Kindern von 50 auf 40 Prozent herabgesetzt.

4. Bei den besserverdienenden Eltern, die behinderte Kinder und Jugendliche in Einrichtungen unterbringen, werden die Kosten des Lebensunterhalts angesetzt und nicht mehr wie zuvor die niedrigeren häuslichen Ersparnisse. Der Bundesrat hatte eine Forderung erhoben, deren Verwirklichung die betroffenen Eltern noch mehr belastet hätte.

Inzwischen bemüht sich die SPD-Bundestagsfraktion darum, die Taschengeldregelung für die Heimbewohner wieder zu verbessern und die Kostenbeteiligung der Eltern, deren behinderte Kinder in Heimen leben, wieder stärker zu begrenzen.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise, die im Februar 1982 im Deutschen Bundestag debattiert wurde, zeigt erneut, daß die Sozialhilfeausgaben in den 70er Jahren insgesamt stark angestiegen sind. Wichtig ist aber auch, daß bei der Beurteilung des Aufwands berücksichtigt werden muß, daß den Kommunen als Sozialhilfeträgern auch erhebliche Einnahmen an Kosten- und Erstattungsbeiträgen von

Dritten zuwachsen. Diese Einnahmen machen fast ein Viertel der Ausgaben aus. Und richtig ist auch, daß der Anteil der Sozialhilfeausgaben an den Gesamtausgaben der Gemeinden geringer gestiegen ist als die Sozialhilfeausgaben selbst. Das bleibt in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Sozialhilfe häufig unbeachtet. Bedeutsam ist weiter, daß in den 70er Jahren die Sozialhilfe durch Maßnahmen des Bundesgesetzgebers in anderen Bereichen mehrfach entlastet worden ist.

Wenn die Sozialhilfeausgaben begrenzt werden sollen, so ist es für Sozialdemokraten kein gangbarer Weg, die Leistungen noch weiter zu beschneiden und das Bedarfsdeckungsprinzip des BSHG auszuhebeln. „Die Stoßrichtung der Bemühungen muß es vielmehr sein, die Ursachen zu bekämpfen, die Menschen dazu zwingen, Sozialhilfe zu beanspruchen“, betont Horst Jaunich.

Dazu zwei Beispiele: Ein beachtlicher Teil der Ausgaben fließt älteren Frauen zu, deren Rente zu niedrig ist und durch Sozialhilfe aufgestockt werden muß. Dies zeigt, wie wichtig es ist, bei der Weiterentwicklung der sozialen Alterssicherung dafür zu sorgen, daß diese älteren Mitbürgerinnen wenigstens einen Einkommensstandard erreichen, der den Gang zum Sozialamt entbehrlich macht.

Die Kosten für die Hilfe zur Pflege, besonders die Heimpflegekosten, sind überproportional angestiegen. Daraus ist die Konsequenz zu ziehen, die sozialen Dienste so zu verbessern, daß es älteren und behinderten Bürgern in noch mehr Fällen möglich wird, in ihrer angestammten häuslichen Umgebung zu verbleiben, anstatt in Heime umziehen zu müssen – eine wichtige Aufgabe für Länder und Gemeinden. Daß rund 70 Prozent aller älteren Bürger in Pflegeheimen – selbst bei guter Rente – auf Sozialhilfe angewiesen sind, zeigt eindeutig, daß die Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit auf eine neue Grundlage gestellt werden muß. Darüber hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gearbeitet. Dazu hat die von der Bundesregierung eingesetzte Transfer-Enquête-Kommission verschiedene Lösungsansätze gezeigt. Dies alles wird sorgfältig zu prüfen sein, und zwar mit dem festen Willen zu Regelungen, die auch in der Zukunft tragen.



Michael Blank: Richterrecht als Ideologiekorrektur der Gesetzgebung?

Michael Blank, Jahrgang 1948, ist Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall.

„Parlamentsentscheidungen können auch ideologisch bestimmt sein. ... Die Gerichte sind zur Vermeidung von Belastungen des Gemeinwesens gegebenenfalls zur ‚Ideologiekorrektur‘ gezwungen.“ Der das sagt, spricht aus Erfahrung: Prof. Dr. Gerhard Müller, bis Ende 1980 Präsident des Bundesarbeitsgerichts und Vorsitzender Richter des 1. Senats dieses Gerichts, der unter anderem das Arbeitskampfrecht der Bundesrepublik geschrieben hat.

Richterrecht, d. h. von den Gerichten ohne gesetzliche Vorgaben mehr oder weniger autonom gesetztes Recht, ist Gegenstand zahlreicher Erörterungen, in denen die Legitimität eines solchen Rechts je nach Standpunkt in Zweifel gezogen oder begründet wird. Neue Einsichten können den vorhandenen kaum hinzugefügt werden. Das Richterrecht paßt nicht in unsere Schulbuchvorstellung vom demokratischen Rechtsstaat, wonach Gerichte Recht sprechen, indem sie Gesetze anwenden, die Gesetzgebung dem Parlament als der gewählten Volksvertretung vorbehalten ist und die rechtsprechende Staatsgewalt durch die Bindung an das Gesetz der *volonté générale* unterworfen ist. Trotzdem gehört Richterrecht zur politischen Realität der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft, in der Bundesrepublik wie in vergleichbaren Staaten, und es wäre ein bedenkliches Zeugnis politischer Einfalt zu meinen, wir bräuchten nur einen entschlosseneren Gesetzgeber, um wieder zur Gewaltenteilung im Sinne Montesquieus zurückkehren zu können (die es im übrigen so, wie sie von Montesquieu unter feudalistisch-absolutistischen Verhältnissen im bürgerlichen Emanzipationsinteresse gedacht war, nie gegeben hat).

Die eingangs zitierte Äußerung von Müller und die jüngste von ihm mitverantwortete Entwicklung des Arbeitsrechts, insbesondere des Arbeitskampfrechts,

sind jedoch Anlaß genug, auf diesem Gebiet die aktuelle Machtverteilung zwischen den beiden Polen Legislative und Judikative einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Eine Verlagerung der Gewichte auf die Judikative verändert die Bedingungen für politische Auseinandersetzungen, für eine Einflußnahme auf die Gesetzgebung und für die Gesetzgebung selbst, ohne daß der Vorgang in der Öffentlichkeit bemerkt würde. Die Gesamtentwicklung einer solchen Entwicklung wäre zweifellos konservativ.

Eine solche Kritik muß sich allerdings der Bedingungen vergewissern, aus denen Richterrecht entsteht und die zu seiner Ausbreitung führen. Das bürgerliche Recht (wobei hier nur vom Privatrecht die Rede ist) beruht auf der Annahme von Freiheit, Gleichheit und Eigentum. Verträge, die definitionsgemäß freiwillig sind, werden nach allgemein geltenden Gesetzen geschlossen und haben den Tausch von Äquivalenten zum Inhalt. Da dieses gleiche Recht jedoch auf der Basis tatsächlicher gesellschaftlicher Ungleichheit stattfindet, müßte ein konsequenter Liberalismus, wie er der Idee der Vertragsfreiheit entspräche, unerträgliche soziale Folgen zeitigen. Wirtschaftliche Macht und Abhängigkeit könnten schamlos ausgenutzt werden, ohne daß ein Verstoß gegen die Regeln des Marktes und des Rechts zu befürchten wäre. Um die Funktionsfähigkeit des Marktes zu gewährleisten, muß die Rechtsordnung auf die vorhandene soziale Ungleichheit reagieren. Das hat auf der einen Seite die Entwicklung von Sonderrechten zur Folge, wie z. B. im Mietrecht, beim Verbraucherschutz und im individuellen Arbeitsrecht und führt auf der anderen Seite zur Ausbreitung einer Billigkeitsrechtsprechung, die soziale Härten durch extensiven Gebrauch von Generalklauseln wie „Treu und Glauben“ oder die „Auffassung aller billig und gerecht Denkenden“ abzumildern sucht. Dabei zeichnet sich die Rechtsprechung gegenüber der Gesetzgebung durch um vieles größere Flexibilität aus.

Die Bedeutung des Richterrechts wächst in dem Maße wie die parlamentarische Gesetzgebungsarbeit durch knappe Mehrheiten blockiert wird oder nur Kompromisse zustande bringt, die für die praktische Rechtsanwendung mehr Fragen aufwerfen als Antworten geben. Richterrecht befriedigt also unabweisbare praktische Bedürfnisse. Ist die Übernahme legislativer Aufgaben durch die Judikative unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung nicht unproblematisch, so zeichnet sich andererseits Richterrecht nach Auffassung von Müller gegenüber dem Gesetz durch größere Sachgerechtigkeit aus: „Das Richterrecht ist stets eine auf genauer Sach- und Umfeld-

analyse beruhende Rechtsfindung“, wobei allerdings ein „dezisionistisches Moment“ nicht geleugnet werden kann. Trotz des dezisionistischen Moments wurzelt Richterrecht „maßgeblich in der Aufgabe des Richters, dem Gerechtigkeitsgedanken zu genügen. Der Richter muß das seine dazu beitragen, unbeirrt dem Recht und dem sittlichen Rechtsgedanken, d. h. der Sachgerechtigkeit, zur Aktualisierung zu verhelfen. Der Gerechtigkeitsgedanke ist auch bei der

Anwendung kodifizierten Rechts zu beachten, das oft genug das Spannungsverhältnis zwischen Rechtssicherheit und materieller Gerechtigkeit nicht ausreichend berücksichtigt.“ Von der Sache her müßte es also um die Gerechtigkeit um so besser bestellt sein, je mehr die Parlamente den Gerichten das Feld überlassen. Denn anders als parlamentarische Mehrheiten, die Ideologien verhaftet sind, verstehen es Richter (zumindest der obersten Gerichte) nicht zuletzt mit Hilfe der „heute verschiedentlich geschmähten Rechtsdogmatik“, durch „Distanz gegenüber der eigenen subjektiven Meinung und damit mittelbar eine umfassende sachgerechte Wertung sowie nicht zuletzt eine umfassende Erfassung des Umfelds des Sachverhalts“ dieser Gefahr zu entgehen. Sind Gerichte objektiv und neutral, gilt gleiches für das von ihnen geschaffene bzw. „gefundene“ Richterrecht.

Bei näherer Betrachtung trübt sich allerdings das helle Bild der Sachgerechtigkeit, das Müller hier ausbreitet, weniger wegen der allzu durchsichtigen Ideologie der Ideologiefreiheit als deshalb, weil Richterrecht durch die Form der Rechtsfindung demokratischer Einflußnahme weitgehend entzogen ist. Richterliche Unabhängigkeit bedeutet eben auch ganz wesentlich Unabhängigkeit von demokratischen Willensbildungsprozessen, umso stärker, je weniger die Gerichte durch gesetzliche Vorgaben gebunden sind. Richterrecht, das sich im gesetzfreien Raum bewegt, ist unkontrollierbar und unberechenbar. Die Arbeitskampf-Rechtsprechung, auf die Müller als gelungenes Beispiel für ein sachgerechtes und neutrales Richterrecht verweist, ist alles andere als unideologisch. Diese Feststellung, das sei zur Klarstellung hervorgehoben, verfolgt nicht den Zweck, den Vorwurf der ideologischen Fixierung an das Bundesarbeitsgericht zurückzugeben. Die Vorstellung, eine Rechtsordnung oder gar eine Rechtsprechung könnte ohne Ideologie auskommen, gehört zu den unverzichtbaren Glaubensbestandteilen der juristischen Ideologie, die durch solchen Vorwurf nur bestärkt würden. Worum es vielmehr geht, ist aufzuzeigen, wie im Richterrecht ideologische Positionen und Interessen unter Ausschluß demokratischer Willens-

bildungsprozesse dauerhaft festgeschrieben werden. Daran knüpft die Frage an, wem das nutzt und wem schadet, und wie die gesellschaftlichen Kräfte, die damit konfrontiert sind, Gewerkschaften, Parteien, Bürgerinitiativen, Verbände, in einem demokratischen Staatswesen angemessen reagieren sollten.

Arbeitsrecht ist Sonderrecht im oben beschriebenen Sinne, Sonderrecht der Lohnabhängigen. Die gesetzliche Anerkennung und die Verallgemeinerung einiger ihrer Interessen ist den Arbeitern (die ebenfalls arbeitenden Angestellten eingeschlossen) nicht in den Schoß gefallen. Vom Gesetz über den Achtstundentag bis zum Lohnfortzahlungsgesetz für Arbeiter im Krankheitsfall ist das *Arbeitsrecht Resultat langwieriger Klassenauseinandersetzungen*. Das gilt mit besonderer Schärfe für das kollektive Arbeitsrecht als dem Regulativ der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Die gewerkschaftliche Organisation wurde bis zur November-Revolution durch vielfältige vereins- und strafrechtliche Verbote behindert, Tarifverträge erst nach langen Kämpfen 1910 durch das Reichsgericht anerkannt, und der Streik bis zum Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts von 1956 als ein die Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigender Vertragsbruch behandelt. *Eine gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts ist bis heute nicht erfolgt*. Diese Aufgabe blieb dem Bundesarbeitsgericht vorbehalten. (Denkbar gewesen wäre nach 1949 immerhin eine gesetzliche Bestätigung des Streikrechts bei gleichzeitigem Verbot der Aussperrung nach dem Vorbild der hessischen Landesverfassung. Aber die allgemeine Restauration der ökonomischen und politischen Verhältnisse schlug auch auf die Entwicklung des Arbeitsrechts durch.)

Die Anerkennung des Streikrechts durch das Bundesarbeitsgericht im Jahre 1956 erwies sich für die Gewerkschaften als höchst zweischneidig. Praktisch war nicht allzu viel gewonnen, weil Kündigungen wegen Streikbeteiligung durch Maßregelungsverbote in Tarifverträgen ohnehin weitgehend vermieden werden konnten. Andererseits mußten die Gewerkschaften einen sehr hohen Preis zahlen: die richterrechtliche Anerkennung der Aussperrung. Außerdem wurde die sozial-konservative Ideologie, die diesen Rechtsschöpfungsakt leitete, im Kern mit richterrechtlichem Rang, quasi Gesetzesrang also, ausgestattet. Damit waren die Maßstäbe für die weitere Entwicklung des Arbeitskampfrechts vorgegeben. Nach dem Gesellschaftsverständnis des Bundesarbeitsgerichts sind Arbeitskämpfe grundsätzlich unerwünscht, weil volkswirtschaftliche Schäden verursachend. Von einem so definierten, vorgeblich neutra-

len gesellschaftlichen Gesamtinteresse an einem möglichst hohen Streikrisiko ausgehend, erklärte das Gericht die Aussperrung für notwendig und rechtmäßig. Den Topos seiner Begründung bildet die Lehre von der Kampfparrität. Die Kampfparrität wird zunächst formell auf die jeweiligen Kampfmittel bezogen (Streik = Aussperrung), dann aber 1971 in einer zweiten Grundsatzentscheidung materiell verstanden. In den drei Grundsatzurteilen vom 10. Juni 1980 ist schließlich von einer „materiellen verhandlungsbezogenen Parrität“ die Rede.

Parität zwischen Unternehmern und Gewerkschaften in Tarifauseinandersetzungen wird als gesellschaftliche Realität ausgegeben und, quasi in einem logischen Ableitungsakt, zum Rechtsprinzip erhoben. „Das erforderliche Verhandlungsgleichgewicht läßt sich... weder formal fingieren noch normativ anordnen, es muß wenigstens in groben Zügen tatsächlich feststellbar sein“ (BAG vom 10.6.1980). Wie es zu dieser Tatsachenfeststellung gelangt ist, welche Kriterien zugrunde gelegt wurden, was auf der Grundlage der bestehenden Eigentumsverhältnisse Parrität überhaupt heißen soll, darüber hüllt sich das Gericht in Schweigen. Auch in dem Urteil vom 21.4.1971, auf das sich das Bundesarbeitsgericht seitdem bezieht, ist kein Jota an Begründung enthalten, es sei denn, man wollte den Zirkelschluß als solche akzeptieren, wonach

a) bei einem Übergewicht einer Seite das Tarifvertragssystem als „System freier Vereinbarungen“ nicht funktionsfähig wäre und deshalb

b) „möglichst gleiche Verhandlungschancen“ bestehen müßten, um a) zu ermöglichen.

Selbst der sonst übliche Etikettenschwindel mit wissenschaftlichen Autoritäten, die nach Belieben ignoriert oder zitiert werden, unterbleibt an dieser Stelle. Von einer „umfassenden Sach- und Umfeldanalyse“ also keine Spur. Stattdessen wird eine sozialkonservative, an der Aufrechterhaltung des Status quo orientierte Position im Kontext eines höchst richterlichen Urteils festgeschrieben, die dadurch unversehens die normative Qualität von Richterrecht erhält und die künftige Entwicklung des Arbeitskampfrechts leiten soll. Entscheidende Weichen hat das Gericht bereits gestellt, indem es mit dem Parritäts-Axiom das Aussperrungsverbot der Hessischen Landesverfassung aus den Angeln gehoben hat. Damit wird den gesetzgebenden Organen der Länder bedeutet, daß ein landesrechtliches Aussperrungsverbot gegen übergeordnetes Bundesrecht verstieße, also verfassungswidrig wäre. Aber auch der Bundesgesetzgeber liefe Gefahr – einmal den tollkühnen

Einfall unterstellt, der Bundestag sollte eines Tages mehrheitlich die Aussperrung verbieten –, an der behaupteten „überpositiven“ Verfassungsqualität des Parritätsgebots zu scheitern.

Soweit bisher betrachtet, kann Richterrecht sich mit seiner „gesetzesvertretenden“ Funktion legitimieren, weil es Lücken ausfüllt, die der Gesetzgeber offengelassen hat. Anders verhält es sich dagegen mit dem „gesetzeskorrigierenden“ oder gesetzungsverdrängenden Richterrecht oder der Ideologiekorrektur des Gesetzgebers durch die Gerichte. Um beim Beispiel des Arbeitskampfrechts zu bleiben, liefern hier die Entscheidungen zur kalten Aussperrung vom 22.12.1980 aktuelles Anschauungsmaterial. Was es mit dieser Spielart des Richterrechts auf sich hat, läßt sich allerdings nur im historischen Zusammenhang ermessen, der deshalb zuvor in aller Kürze zu skizzieren ist.

Bis zur Weimarer Republik war es nicht vorstellbar, daß ein Gericht ein verfassungsgemäß zustande gekommenes Gesetz wegen eines Grundrechtsverstößes hätte für materiell verfassungswidrig oder aus anderen Gründen unanwendbar erklären können. Der Klassenkompromiß zwischen Bürgertum und Adel nach dem Scheitern der 1848er Revolution hatte eine spezifisch deutsche Form des Rechtsstaats in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hervorgebracht, die es dem Bürgertum ermöglichte, seine ökonomischen Interessen unter weitgehendem Verzicht auf politische Machtausübung im Wege der einfachen Gesetzgebung durchzusetzen. Da Wahlrechtsbeschränkungen wie das preußische Dreiklassenwahlrecht die Arbeiterklasse von einer wirksamen Einflußnahme auf den Gang der Gesetzgebung ausschlossen, bestand für das Bürgertum kein Anlaß, an der Verbindlichkeit eines in verfassungsgemäßer Form zustande gekommenen Gesetzes zu zweifeln. Im Gegenteil erwies sich die Gesetzgebung als geeignetes Instrument zum schrittweisen Abbau feudaler Privilegien, die die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise behinderten.

Das bürgerliche Vertrauen in die „Sachgerechtigkeit“ der Gesetze wurde von Grund auf erschüttert durch die Novemberrevolution. Plötzlich bestand nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die Möglichkeit, daß Gesetze sich gegen das bürgerliche Eigentümerinteresse an einer ungehinderten Kapitalverwertung richten konnten. Das Gespenst eines sozialistischen Gesetzgebers ging um. Hatte das Gesetz bislang das Eigentum geschützt und seine freie Entfaltung gewährleistet, so mußte nun das Eigentum vor dem Zugriff des Gesetzgebers

geschützt werden. Diese Not, die bekanntlich erfinderschisch macht, führte die bürgerliche Rechtswissenschaft zu einer grundlegenden Entdeckung, die das überlieferte rechtsstaatliche Verständnis revolutionierte und deren sozialer Inhalt erklärtermaßen reaktionär war: In den Grundrechten der Weimarer Reichsverfassung entdeckte die Rechtswissenschaft „Rechtsinstitute“, in die einzugreifen dem einfachen Gesetzgeber versagt werden sollte. An der Spitze dieser Rechtsinstitute stand vor Familie, Beamtentum und Kirche das Eigentumsrecht. In völliger Umkehrung des bis dato gültigen Verfassungsverständnisses sollten Gesetze, die gegen den Kern einer institutionellen Garantie verstießen, nichtig sein. Die Kontrolle über derartige Verfassungsverstöße des Gesetzgebers mußte zwangsläufig den Gerichten zufallen. Obwohl nach dem Wortlaut der Verfassung an das Gesetz gebunden, sollten die Gerichte nunmehr über die Anwendbarkeit von Gesetzen entscheiden, so daß in der Konsequenz der neuen Lehre die Gesetze zur Disposition der Gerichte standen.

Damit war ein folgenschwerer Prozeß eingeleitet, den der Zeitgenosse Carl Schmitt als Wandel des Gesetzgebungsstaats in den Justizstaat charakterisierte. Anfang der zwanziger Jahre begann das Reichsgericht mit einer an „Treu und Glauben“ orientierten Billigkeitsrechtsprechung über das geltende Währungsrecht mit dem Grundsatz Mark gleich Mark hinwegzugehen. Angesichts der katastrophalen Inflation sei eine buchstabengetreue Gesetzesanwendung vernunftwidrig und unbillig. Statt dessen habe „eine von den Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit geleitete Ausgleichung der Interessen von Gläubigern und Schuldern stattzufinden. Von der „Korrektur“ bzw. Nichtanwendung bis zum ausdrücklichen Außerkraftsetzen von Gesetzen war es nur noch ein kurzer Weg. Letzteres blieb allerdings die Ausnahme. Namentlich im Arbeitsrecht breitete sich dagegen eine gesetzsignorierende Freirechtsprechung aus. 1923 erklärte das Reichsgericht die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches im Fall eines Teilstreiks für schlechterdings unanwendbar. Die Frage, ob Arbeiter Lohn zu beanspruchen hatten, die Infolge eines Teilstreiks anderer Arbeiter im selben Unternehmen nicht beschäftigt werden konnten, hätte mit den herkömmlichen Mitteln juristischer Dogmatik positiv oder negativ entschieden werden können. Statt dessen ersetzte das Reichsgericht die Vorschriften des BGB durch eine völlig neue, dem Gedanken der „sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft“ orientierte Lehre, die Lehre vom Betriebsrisiko. Der individualistische Standpunkt des BGB sei

überholt. Aufgrund seiner veränderten Aufgabe als organisches Mitglied des Betriebs und der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft und wegen der erweiterten Rechte der Arbeitnehmerschaft im Betrieb müsse der Arbeitnehmer, der für den Betrieb mit einzustehen habe, naturgemäß auch für die Nachteile mit eintreten. 1928 übernahm das Reichsarbeitsgericht die Betriebsrisikolehre und dehnte sie auf alle Fälle mittelbar durch Arbeitskämpfe verursachter Produktionseinstellungen aus. Mit Politik sollte das alles nach dem Verständnis des Reichsarbeitsgerichts selbstverständlich nichts zu tun haben.

Unpolitisch gab sich auch 1924 der „Richterverein beim Reichsgericht“ mit jener beispiellosen „Erklärung zur Aufwertungsfrage“, in der die Reichsrichter einem etwaigen gesetzlichen Verbot der Aufwertung von Hypotheken, die die Rechtsprechung entgegen dem geltenden Währungsrecht vorgenommen hatte, von vornherein den Gehorsam verweigerten. Bei dieser offenen Konfrontation mit der Reichsregierung ließen die Richter sich allein vom Gerechtigkeitsgedanken leiten. „Der Gedanke von Treu und Glauben steht außerhalb des einzelnen Gesetzes, außerhalb einer einzelnen positiv-rechtlichen Bestimmung. Keine Rechtsordnung, die diesen Ehrennamen verdient, kann ohne jenen Grundsatz bestehen. Darum darf der Gesetzgeber nicht ein Ergebnis, das Treu und Glauben gebieterisch fordern (nämlich die Aufwertung, M.B.), durch sein Machtwort vereiteln.“

Die Machtprobe ging zu Gunsten der Judikative aus. Vergeblich protestierte der Reichsjustizminister. Spätestens seit 1925 hatten die Gerichte der höheren Instanzen ihre Reihen fest geschlossen im Kampf gegen sozialistische Maßnahmen, die von der Reichsverfassung gefordert wurden (ironischerweise standen hinter der Aufwertungsfrage, an der sich der Konflikt zunächst entzündete, Interessengegensätze im bürgerlichen Lager. Bei dieser Gelegenheit setzte jedoch die Legislative eine grundlegende Machtverschiebung durch. Die Politiker reagierten hilflos auf die Herausforderung. Das Vorhaben, eine gerichtliche Kontrollinstanz für Gesetze zu schaffen, wurde bis 1933 nicht mehr verwirklicht.

Zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte der Bundesrepublik gehört, daß das Vertrauen in die Rechtsprechung als neutraler Gewalt entgegen allen historischen Erfahrungen auch nach 1945 fortbestand. Mit der Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts wurde die richterliche Gesetzeskontrolle institutionalisiert. Allerdings sollte dieses durch ein besonderes Richterwahlverfahren als dezidiert politi-

sche Institution herausgehobene Gericht die ausschließliche Kompetenz haben, Gesetze für nichtig und unanwendbar zu erklären. Die Verfassung verpflichtet alle übrigen Gerichte, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, wenn sie an der Verfassungsmäßigkeit eines nach 1949 zustande gekommenen Gesetzes zweifeln.

Allerdings haben sich die übrigen Bundesgerichte durch die dem Bundesverfassungsgericht vorbehaltenen Gesetzesverwerfungskompetenz an der Fortsetzung der vom Reichsgericht begonnenen gesetzessignierenden und „korrigierenden“ Freirechtsprechung nicht gehindert gesehen. 1957 übernahm das Bundesarbeitsgericht die Betriebsrisikolehre des Reichsarbeitsgerichts. Da die faschistische Gemeinschaftsideologie ihre Brauchbarkeit eingebüßt hatte, mußte die Begründung ausgewechselt werden. Der Grund für den Wegfall von Lohnansprüchen bei arbeitskampfbedingten Produktionsstockungen wurde nun in der betriebsübergreifenden „Solidarität aller Arbeitnehmer“ gesehen. Entscheidend waren jedoch arbeitskampfrechtliche Erwägungen. Das Prinzip der Kampfparität oder Waffengleichheit würde gestört, wenn Angehörige des den Arbeitskampf nicht betreibenden Sozialpartners zu Leistungen gezwungen werden könnten, für die sie aufgrund von Kampfmaßnahmen des anderen Sozialpartners keine Gegenleistung erhielten. Der Kampfpartei würde zu Unrecht ein Teil des Kampfrisikos abgenommen, das sie sonst in Betracht ziehen müßte, wenn durch ihren Streik in anderen Betrieben nicht gearbeitet werden könnte und Lohnausfälle entstünden. Die Möglichkeit eines „billigen Streiks“ müsse verhindert werden.

Die richterliche Ideologie der Kampfparität wird somit als Hebel eingesetzt, um das Gesetz – in diesem Fall die einschlägigen Vorschriften des BGB – aus den Angeln zu heben. Der Vorgang wiederholt sich bei der jüngsten Rechtsprechung zur *Kalten Aussperrung*. Die von verfassungsrechtlichen Skrupeln ungetrübte und in der Sache unzutreffende Rechtfertigung der alten Betriebsrisikolehre der Gesetzgeber des BGB aus dem Jahre 1896 habe weder die rechtlichen noch die sozialen Probleme des Arbeitskampfes erkannt – diese Begründung trifft für das Betriebsverfassungsgesetz des Jahres 1972 allerdings kaum zu. Trotzdem wird auch hier eine Gesetzeslücke fingiert und behauptet, der Gesetzgeber des Betriebsverfassungsgesetzes habe „mit Sicherheit nicht an Einzelheiten des Arbeitskampfrechts gedacht“. Als Kalte Aussperrung bezeichnen die Gewerkschaften die einseitige Anordnung von

Kurzarbeit in Betrieben, die mittelbar von Arbeitskämpfen betroffen werden. Dadurch kann die in einem Arbeitskampf verwickelte Gewerkschaft zusätzlich unter Druck gesetzt werden. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht für jede Einführung von Kurzarbeit ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats vor. Stimmt der Betriebsrat der beabsichtigten Kurzarbeit nicht zu, muß die Unternehmensleitung eine Entscheidung der im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen Einigungsstelle herbeiführen. Hier hat nun das Bundesarbeitsgericht erneut den Hebel der Kampfparität angesetzt und gegen den auch nach Auffassung des Gerichts eindeutigen Gesetzeswortlaut entschieden. Aus Gründen der Kampfparität soll die Einführung von Kurzarbeit in mittelbar von Arbeitskämpfen betroffenen Betrieben nicht dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats unterliegen. Nur über die Abwicklung der vom Arbeitgeber einseitig anzuordnenden Kurzarbeit habe der Betriebsrat mitzubestimmen. Die „Rechtsfrage“, ob Kurzarbeit wegen eines Arbeitskampfes im Einzelfall gerechtfertigt sei, könne nur von den Arbeitsgerichten überprüft werden.

Das Argumentationsmuster der „Solidarität aller Arbeitnehmer“ wird in dieser vorläufig letzten Entscheidung zum Arbeitskampfrecht fallen gelassen. Die Betriebsrisikolehre sei dadurch allzusehr in die Nähe klassenkämpferischen Denkens gerückt. Dem Betriebsrisiko wird nunmehr ein völlig neues „Arbeitskampfrisiko“ zur Seite gestellt. Während das Betriebsrisiko vom Arbeitgeber zu tragen sei, müsse das Arbeitskampfrisiko auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt werden. Da das richterrechtliche Arbeitskampfrisiko Lohnansprüche für die Dauer der arbeitskampfbedingten Störung ausschließt, muß nach der Logik dieser Entscheidung die im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehene Mitbestimmung bei der Einführung von Kurzarbeit zurückweichen. Im Konflikt zwischen Richterrecht und Gesetzesbestimmung triumphiert erneut die Judikative über die Legislative. Das Betriebsverfassungsgesetz wird der Arbeitskampfrechtsprechung untergeordnet.

Unabhängig von den praktischen Konsequenzen der Entscheidungen zur Kalten Aussperrung, die gegenwärtig noch nicht zu überschauen sind, ist eine derartige richterrechtliche „Gesetzeskorrektur“ abzulehnen. Das Bundesarbeitsgericht hat damit seine Kompetenzen überschritten. Die Gefahr, die sich hier scharf abzeichnet, liegt in der Überordnung der Paritäts-Ideologie über geltendes Gesetzesrecht. Das Bundesarbeitsgericht hat nicht nur das von ihm verfochtene Interesse an einer Absicherung des Status

quo im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit gegenüber der Gesetzgebung behauptet, es hat zugleich ein zusätzliches Hindernis vorsorglich dagegen errichtet, daß ein künftiger Gesetzgeber unter geänderten politischen Bedingungen nicht der Ideologie des Bundesarbeitsgerichts, sondern derjenigen der Gewerkschaften folgt, wonach Aussperrung und Kalte Aussperrung unzulässig sind.

Mögliche Schlussfolgerungen können hier nur angedeutet werden: Richterrecht, soweit es als notwendiges Übel hinzunehmen ist, muß als (systemwidrige) politische Funktion der Gerichte erkannt und behandelt werden. Das bedeutet Einflußnahme auf die Formulierung des Richterrechts mit allen politischen Mitteln, insbesondere öffentlichem Druck, wie es bei der Formulierung von Gesetzen gang und gäbe ist. Eine derartige Druckausübung tangiert weder die Unabhängigkeit der Gerichte, noch stellt sie einen unzulässigen Eingriff in schwebende Verfahren dar. Die herkömmlichen Formen

der Rechtsprechung und Urteilsfindung müssen durch eine der Bedeutung der Entscheidung angemessene breite öffentliche Diskussion, der die Gerichte sich nicht entziehen dürfen, ergänzt werden. Weiter muß verhindert werden, daß Richterrecht durch Aufstellung angeblich übergeordneter Rechtsprinzipien die Gesetzgebung lähmt. Abweichende Voten, wie sie aus der Verfassungsgerichtsbarkeit bekannt sind, könnten zur Entmystifizierung des Richterrechts beitragen. Gesetzeskorrekturen oder gar eine „Ideologiekorrektur des Gesetzgebers“ ist in jedem Fall zurückzuweisen. Die weitere Praxis des Bundesarbeitsgerichts wird entscheidend davon abhängen, ob es den Gewerkschaften gelingt, dieses Gericht mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, in seine Schranken zu weisen. Dazu wird es mehr als bisher erforderlich sein, die Abgeschlossenheit der Gerichtssäle zu verlassen und die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens mit einem öffentlichen demokratischen Willensbildungsprozeß zu verbinden.



Das Bild der Bundesrepublik aus der Sicht ausländischer Korrespondenten.

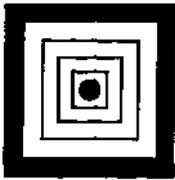
Jaura, Fürböck, Pond, Grigoriants (Hrsg.)
Der gefesselte Riese

Die Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht ausländischer Korrespondenten.
 304 Seiten, gebunden, 38 DM

Dreißig in Bonn akkreditierte Journalisten aus zwanzig Ländern schildern die Bundesrepublik Deutschland aus Ihrer Sicht. Das Werk zeigt, wie vielfältig und facettenreich das Bild der Bundesrepublik im Ausland geprägt und gesehen wird. Erstmals in dieser Form erhält der deutsche Leser die Möglichkeit nachzuvollziehen, was Zeitungsleser in zwanzig Ländern über die Bundesrepublik erfahren. Gerade die Vielfalt und auch die Gegensätzlichkeit der Darstellungen ist besonders aufschlußreich – hierin liegen die Einmaligkeit und der besondere Reiz dieses Buches.

ECON Postfach 9229
 4000 Düsseldorf

In jeder Buchhandlung!



Fritz Vilmar: Grundwerte-Diskussion Der Dialog fand (noch) nicht statt

Nach einem Jahr zieht der Berliner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Fritz Vilmar ein Resümee aus der Diskussion um seinen Artikel „Sozialistische Grundwerte und sozialgeschichtlicher Prozeß“ in NG 5/81.

Mit Freude habe ich den Brief der NG-Redaktion in Empfang genommen, der Diskussionsbeiträge zu meinem kritischen Grundwerte-Artikel (NG 5/81) ankündigte – denn dieses Thema wie besonders auch meine Vorschläge bedürften in der Tat intensiver weiterführender Beiträge. Nur müßten diese zur Sache beitragen und nicht zur Konfusion, wie das leider für die meisten Unterstellungen in der Replik von Armin Klein, aber auch für die „Trias“-Verteidigung von Thomas Meyer gilt, so daß sie mehr mit einem selbstgemachten Phantom, als mit mir diskutieren.

Der notwendige Dialog zur Sache aber steht noch aus. Ich kann hier nur die wichtigsten polemischen Aussagen in den beiden Repliken richtigstellen; zunächst zu Klein:

1. Im Gegensatz zu Kleins Unterstellung werfe ich nicht „der“ Arbeiterbewegung oder „der“ SPD einen „ungeschichtlich-ethischen Idealismus“ vor, sondern lediglich denen, die eine *ungebrochene Ideen-geschichtliche Kontinuitätslinie zwischen 1789 und Godesberg* zu konstruieren suchen und damit die recht zufällige und defiziente Godesberger Grundwerte-Trias zu legitimieren versuchen.

2. Im Gegensatz zu Kleins Unterstellung werfe ich denen, die die Godesberger Grundwerte zu einer so wohl ideengeschichtlichen wie normativen, quasi „sachnotwendigen“ Trias hochstilisieren, keineswegs vor, daß sie über keine „wissenschaftlich einwandfreie Methode zum Beweis der Grundwerte“ verfügen. Ganz im Gegenteil kritisiere ich alle jene, die die Godesberger Grundwerte-Trias absolut setzen, *so als gäbe es eine derartige Beweismethode*, indem ich die „mangelnde logische Stringenz (also relative Beliebbarkeit)“ eben dieser Dreierheit konstatiere: durch

Verweis auf anders strukturierte Grundwertotafeln – aber auch durch Verweis auf die Tendenz bei Thomas Meyer selbst, Grundwerte monistisch auf den Grundwert Freiheit zurückzuführen.

3. Meine Behauptung, daß die Godesberger Grundwerte als „unterscheidendes Bestimmungsmerkmal“ einer demokratisch-sozialistischen Position unzureichend, also, für sich genommen, unbrauchbar sind, nennt Klein „haltlos“. Drei Sätze später aber gibt er selbst zu, daß „akribisch-vergleichende Programmhermeneutik“ notwendig sei, um die Unterschiede zu anderen Partelen festzustellen. Eben dies aber war meine Behauptung. Sie scheint denn doch so haltlos nicht zu sein.

4. Im Gegensatz zu Kleins Unterstellung („die Aporie bei Vilmar“) werden in meinem Tableau die vier Grundwerte (die die Godesberger z. T. ergänzen und ersetzen!) völlig klar von den aus ihnen m. E. folgenden Handlungsnormen getrennt – nur begreift Klein offensichtlich nicht den von mir hergestellten dialektischen Zusammenhang: *daß diese obersten Werte Leerformen bleiben ohne ihre stets mitzuvollziehende substantielle geschichtliche Bestimmung* mit Hilfe konkreter Handlungs- und Strukturnormen.

5. Fassungslos stehe ich vor manchem reinen Unverständnis bei Klein: Was soll man zu der Frage sagen, wieso die Verwirklichung von Gleichheit etwas mit Rotation der Ämter und Arbeitsaufgaben zu tun habe? Was aber vor allem zu dem totalen Unvermögen, „Existenzsicherung“ als einen zentralen (neuen) Grundwert zu erkennen, *obwohl* er erst historisch dazu geworden ist? Offenbar hat die tödliche Bedrohung durch die Atomrüstungs- und die Ökonomiekrise auch viele Linke noch immer nicht sensibel gemacht für die überlebensnotwendige Wende, von der der zitierte Philosoph Hans Jonas spricht: „Es bedarf schon sehr besonderer Umstände, . . . daß dies Urgebot selber mit seinem Elementarinhalt ausdrücklich werden muß“.

Was die Stellungnahme von Thomas Meyer (NG 9/81) betrifft, so fällt es nicht leicht, darauf in einer dialogischen Form einzugehen, weil er selbst, von einigen wenigen Sätzen abgesehen, nicht in einen Dialog mit mir eintritt, sondern, sozusagen über die Köpfe eines imaginären Auditoriums hinweg, Allgemeinheiten doziert. Vier Fünftel seines Textes bestehen denn auch aus dem, was uns aus seinen Aufsätzen und Schriften seit langem bekannt ist – nur eben auf meine Kritik an seinen Positionen geht er nicht ein, ebensowenig wie auf die Substanz meines konstruktiven Neustrukturierungsvorschlags der Grundwerte. Auch Scheinargumente können darüber

leider nicht hinwegtäuschen:

1. So ist es ein Scheinargument, den „Godesberger“ Verlust des Grundwerts „Gleichheit“ dadurch bestreiten zu wollen, daß man dekretiert, der Begriff der Gerechtigkeit schließe den der Gleichheit ein. Weder begriffsgeschichtlich, noch sprachlogisch noch auch sachlogisch ist diese Behauptung haltbar! Während Gleichheit ein klares – nämlich sozialistisches! – gesellschaftspolitisches *Strukturprinzip* ausspricht, beinhaltet der Gerechtigkeitsbegriff, wie ich mit dem Hinweis auf das „*sum cuique*“ deutlich gemacht habe (S/458), eine außerordentlich vage und unbestimmt bleibende *bloß moralische Aufforderung*, Menschen das, was Recht ist, zukommen zu lassen. Man darf doch heute nicht blauäugig so tun, als sei das Opfer des klaren Gleichheitsprinzips im Godesberger Programm nicht ein *Ergebnis jener Überanpassung an anti-egalitäre, antisozialistische bürgerliche Bewußtseinsstrukturen, die so viele verwaschene Formulierungen jenes Grundsatzprogramms verschuldet hat*. Hier wurde ein Erbe der Französischen Revolution nicht, wie Thomas Meyer immer wieder behauptet, ange-treten, sondern de facto verraten.

Dies historische, ideengeschichtliche Unrecht kann man nur wieder gutmachen, wenn man, wie Thomas Meyer erfreulicherweise am Ende seines Beitrages selbst immerhin für diskutabel hält, wie die österreichische Sozialdemokratie Gleichheit und Gerechtigkeit in den Grundwertekanon aufnimmt. In *solichem Kontext* dann könnte Gerechtigkeit, statt als schwacher Ersatz für Gleichheit zu stehen, *auf Gleichheit aufbauend sogar über Gleichheit hinauswirkend sozialistisch präzisiert werden*: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

2. Ein Scheinargument gegen die Erweiterung der Grundwerte-Trias ist es ebenfalls, wenn man wahllos, ohne auf meine Systematik dialogisch auch nur mit einem Wort einzugehen, vorgeschlagene Werte (selbst wenn sie von den sonst von Th. Meyer nicht eben geschätzten „Grünen“ kommen) zusammenwürfelt, um dann, wenn man elf zusammen hat, festzustellen, dies führe zu kompletter Verwirrung. Würde Thomas Meyer, statt derart apologetisch gleich drauflos zu polemisieren, erst einmal mit wirklicher Bereitschaft, zu verarbeiten, zur Kenntnis nehmen, was ich vorgeschlagen habe, so hätte er bemerkt, daß die wesentlichen der von ihm aneinandergereihten Werte, nämlich Frieden, Arbeit, Umwelt/Natur, Wesenselemente des von mir vorgeschlagenen Grundwerts der „Existenzsicherung“ darstellen. Damit aber gera-

ten wir eben *nicht* in eine verwirrende Beliebigkeit von Grundwerten, sondern, bei selbstverständlich notwendiger Konzentration auf das Wesentlichste, *auf eine durchaus überschaubare Gruppe von vier, fünf oder höchstens sechs Grundprinzipien, die dann allerdings den großen Vorteil haben, klarer und konkreter das auszusprechen, was uns von x-beliebigen anderen Partelen unterscheidet*.

3. Ein Scheinargument ist es auch, wenn Thomas Meyer gegen den von mir vorgeschlagenen neuen Grundwert der „Existenzsicherung“ einwendet, „als demokratische Sozialisten“ wollten wir „kein irgendwie geartetes Leben überhaupt sichern“ (9/834), dies sei also ein inhaltloses, sozusagen (grund-)wertloses Prinzip, das allererst durch Grundwerteorientierung zu füllen sei. Dazu ist zweierlei zu sagen: Erstens bewegt heute in der Tat die große Mehrheit der politisch nachdenklichen und aktiven Menschen angesichts drohender atomarer, ökologischer und ökonomischer Katastrophen die tiefe Sorge, wie es künftig gelingen mag, „Leben überhaupt sichern“ zu können – sie würden es mit Recht als eine völlig abgehobene akademische Diskussion betrachten, wenn wir als „demokratische Sozialisten“ ihnen erklären wollten, dies sei kein grundwerteorientiertes politisches Handeln.

Zweitens aber gilt selbstverständlich für den von mir vorgeschlagenen neu anzueignenden Grundwert „Existenzsicherung“, was Thomas Meyer, in Übereinstimmung mit dem Orientierungsrahmen '85, in Bezug auf die *anderen* Grundwerte nicht müde wird zu betonen: *daß sie sich gegenseitig interpretieren und korrelativ zu verstehen sind*. So heißt Existenzsicherung denn auch – für jeden Unbefangenen selbstverständlich – Sicherung einer *humanen, einer menschenwürdigen* Existenz. Nur eine wirklich krampfhaft Polemik kann diesen selbstverständlichen Begriffsinhalt herabwürdigen zu dem der Sicherung eines „irgendwie gearteten Lebens“, wie es etwa nach dem von der NATO für Europa im „Ernstfall“ vorgesehenen Atomkrieg noch möglich wäre unter einer Ökodiktatur.

Wie gesagt, man muß schon den Willen haben, mit dem anderen zu reden, nicht aber über ihn hinweg zu dozieren, ihn zu verstehen, nicht aber, ihn bewußt mißzuverstehen. Die von Peter Glotz so oft beschworene Dialogbereitschaft gilt nicht nur für das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den „Alternativen“ und Ökosozialisten *außerhalb* der Partei . . .



Europäische Gemeinschaft: Die Reform läßt auf sich warten

Keln Grund zum Feiern für das Europäische Parlament war am 24. März 1982, der 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Verträge von Rom, welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) begründeten.“ Denn: „Es steht schlecht um die Europäische Gemeinschaft.“

Die Diagnose stellte der Präsident des Europäischen Parlaments, der niederländische Sozialist Pieter Dankert, in seiner Gedenkrede. Sie stellte auch der agrarpolitische Sprecher der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Klaus Wettig, einige Tage darauf, als er die jüngste Agrarpreisempfehlung des Europäischen Parlaments kommentierte. Für ihn war die von einer Mehrheit, vorwiegend Christdemokraten, Liberalen und französischen Kommunisten, getragene Empfehlung, die Agrarpreise für das kommende Jahr um rund 14 % anzuheben, jenseits aller Festtagsreden ein „Schwarzer Freitag“ für die EG-Reform.

Wenn es heute nicht gut um Fortbestand und Ausbau der EG bestellt ist, so gibt es es dennoch genug Gründe, das 25jährige Bestehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu begehen. Die 1957 geschlossenen Römischen Verträge haben nicht nur zur Stärkung des Friedens in Europa beigetragen, so daß ein gewaltsamer Konflikt zwischen europäischen Nationen heute undenkbar ist. Wenn heute, 25 Jahre danach, die Gemeinschaft steuerlos dahintreibt und in ihr die Zahl der Arbeitslosen jeden Monat um 180.000 ansteigt, so hat sie doch in ihren Anfangsjahren ein beachtliches Maß an Wohlstand und Sicherheit geschaffen. Der Gedanke, durch mehr Gemeinschaft in Europa mehr Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten, war in seiner Einfachheit gewiß ein revolutionärer Gedanke. Aber was ist daraus geworden?

Eine Gemeinschaft, die unter Fehlentwicklungen und Verschwendungen auf der Kostenseite der Agrarpolitik dahinsiecht und der es an Mitteln und

Möglichkeiten im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Regionalpolitik mangelt, kann nicht die Rolle einer sozialen Wirtschaftsmacht übernehmen und, wie es nötig wäre, stärkeren Einfluß auf die krisengeschüttelte Weltwirtschaft nehmen. Davon seien wir weit entfernt, meinte Willy Brandt am 18. März, wobei er auf die zögerliche Behandlung der Vorschläge zur Neubelebung der Gemeinschaft hinwies, die die Kommission der EG in Ausführung ihres Mandats vom 30. Mai 1980 unterbreitete.

Im Alltagsgeschäft der Gemeinschaft schwimmt heute die historische Dimension des europäischen Einigungsprozesses, und der „Rückfall in einen Zustand der Engstirnigkeit, in dem jeder Staat seine Nachbarn wieder als Widersacher sieht, kann leider nicht mehr ausgeschlossen werden“. Heute ist es daher an der Zeit, einen neuen Kurs festzulegen.

Die Forderung nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt wurde in die Verträge von Rom als Verpflichtung für alle Mitgliedsstaaten der EG hineingeschrieben. Dieser Fortschritt kann aber nicht erreicht werden, wenn die Staaten ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgen. Das Europäische Parlament muß zeigen, daß es in Europa auch anders geht.

Es kann das aber nicht allein. Die gesellschaftlichen Gruppen, die an den derzeitigen Fehlentwicklungen am meisten zu tragen haben – Arbeitnehmer, Steuerzahler und Verbraucher –, haben die Chance, zusammen mit ihren gewählten Repräsentanten im EP der Gemeinschaft eine neue Zielsetzung zu geben. Wenn im Jahre 1957 in der sizilianischen Hafenstadt Messina die Gründung von EWG und EAG beschlossen wurde, so sollte im Jahre 1983 – unter Mitwirkung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – ein neuer politischer Kurs für die vor uns liegenden Jahre festgelegt werden: auf einer neuen „Messina-Konferenz anno 1983“, wie der Präsident des Europäischen Parlaments am 25. März vorschlug. Viel Zeit bleibe nicht mehr, denn eine steuerlos treibende Gemeinschaft könnten wir uns politisch und gesellschaftlich nicht erlauben.

Damit die Sorgen und Nöte der europäischen Bürger stärker in die Gemeinschaftspolitik Eingang finden können, dafür aber sind sowohl inhaltlich als auch institutionell Neuansätze notwendig. Das eine kann nicht ohne das andere geschehen. Denn würde man in logischer Fortschreibung der mit der Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 eingeleiteten demokratischen Weiterentwicklung der EG diesem Parlament nun auch mehr parlamentarische Rechte und Kontrollmöglichkeiten zugestehen, so könnte zweifellos auch inhaltlich mehr bewegt wer-

den. Heute sieht es hingegen so aus, daß alle, auch die im Rat der EG repräsentierten Regierungen, zwar mit Worten für eine Stärkung der Demokratie in der Gemeinschaft eintreten, dem gewählten Parlament aber die Ausübung seiner Rechte durch einige Mitgliedstaaten erschwert wird. Heute wird die gewählte Volksvertretung mit Geringschätzung behandelt, statt daß die Regierungen ihrer vertraglichen Pflicht zur Zusammenarbeit nachkämen. Im Haushaltsbereich hat das Parlament in den zweieinhalb Jahren seit seiner Direktwahl die ihm zustehenden eigenständigen Haushaltsrechte genutzt, um die überfällige Reform der Agrarpolitik durch eine Umschichtung des EG-Haushalts zugunsten einer wirksameren Sozial- und

Regionalpolitik zu erleichtern. In seinen haushaltspolitischen Leitlinien für 1983 hat es diese Forderung im Sinne eines gezielten Einsatzes der Sozial- und Regionalfondsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erneut hineingeschrieben und präzisiert. Steht zu hoffen, daß die Agrarpreisbeschlüsse der EG-Agrarminister für 1982/83 nicht der Reformpolitik „den Todesstoß versetzen“, wovor der agrarpolitische Sprecher der SPD-Gruppe im EP warnte. Sonst frißt die Milliarden-Mehrbelastung im Agrarsektor die Mittel für eine Arbeitsbeschaffungs- und Industriepolitik auf, die Kernstück der EG-Politik des kommenden Jahres sein soll. *Efji Schöner (Luxemburg)*

Belgien: Das 100-Millionen-Ding

Die Anklage lautet schlicht auf Steuerhinterziehung. Der Betrag, um den es sich handelt, ist schon etwas ungewöhnlicher: 100 Millionen belgische Franken (rund 5 Mio. DM). Was den Fall vollends heraushebt und zu einer politischen Affäre macht, ist die Person des Beschuldigten. Ermittelt wird gegen eines der „Denkmäler“ belgischer Nachkriegspolitik, den früheren Regierungschef und langjährigen Minister Paul Vanden Boeynants.

Gerüchte, daß etwas gegen das „alte Krokodil“ im Gange sei, wurden schon seit einiger Zeit kolportiert in der Hauptstadt des benachbarten Königreiches. Aber erst Ende April informierte Generalstaatsanwalt Van Honste König Baudouin, Premierminister Martens und Kammerpräsident Defraigne, daß die Ermittlungen der zuständigen Behörden hinreichend Anhaltspunkte ergeben hätten, um den Ex-Minister unter Anklage zu stellen. Seit 1969 soll er Einkünfte aus Immobiliengeschäften nicht ordnungsgemäß versteuert haben, sondern über Scheinfirmen in Luxemburg, Liechtenstein und in der Schweiz außer Landes gebracht haben – auf Nummernkonten im Finanzparadies der Eidgenossen.

Politische Dimension gewinnt die Angelegenheit nicht nur durch die früheren Regierungsämter des 63jährigen Christdemokraten, sondern auch durch seine aktuellen Ambitionen und durch eine Besonderheit der belgischen Verfassung: Deren seit 1830 gültiger Artikel 90 schreibt nämlich zwingend vor, daß bei Verfehlungen, die ein Minister während sei-

ner Amtszeit begangen hat, ein neunköpfiger Untersuchungsausschuß des Parlaments gebildet werden muß, der den Fall nach „positiver“ Prüfung an das Kassationsgericht weitergibt, eine Instanz, gegen deren Entscheidung keine Revision mehr möglich ist, deren Urteile auch durch das Begnadigungsrecht des Monarchen nicht aufgehoben werden können – es sei denn, eine der beiden Kammern des Parlaments ersucht darum.

Nur einmal in der 132jährigen Geschichte des belgischen Königreiches hatte das Kassationsgericht bisher über die Verfehlung eines Ministers zu befinden: Im Jahre 1865 mußte Baron Chazal, der Kriegsminister Leopold II., vor dem Gericht erscheinen, weil er sich in ein Duell eingelassen hatte, bei dem er übrigens leicht verletzt wurde. Chazal wurde seinerzeit zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt (der belgische Franken war damals wesentlich mehr wert als heute). Auf die Bitte von zwei Senatoren hin begnadigte ihn der König.

Paul Vanden Boeynants hat Belgiens Nachkriegsgeschichte entscheidend mitgeprägt. Der robuste Metzgersohn, in dessen Fleischwarenbetrieben 250 Angestellte beschäftigt sind, ist seit 33 Jahren ununterbrochen Mitglied des Parlaments. Sein erstes Regierungsamt erhielt er 1958, als er zum Minister für den Mittelstand ernannt wurde. Drei Jahre später übernahm er den Vorsitz der damals noch ungeteilten Christlich-Demokratischen Partei. 1968 zerfielen die Christdemokraten – ebenso wie Sozialisten und Liberale – über dem Sprachenstreit in einen flämischen und einen wallonischen Flügel, V.D.B. – wie er in der belgischen politischen Öffentlichkeit der

Kürze halber genannt wird – blieb Präsident der frankophonen PSC, bis er 1972 ins Verteidigungsministerium berufen wurde, ein Amt, das er pragmatisch bis 1979 versah, bei seinen Gegnern gefürchtet wegen seiner scharfen Demagogie.

Sicher ist es unzulässig, das Regierungsamt mit der Tatsache in Verbindung zu bringen, daß in den Kantinen der belgischen Streitkräfte Wurst und Fleisch aus V.D.B.s Betrieben serviert wird.

Für ein knappes halbes Jahr wurde er 1979 mit der Leitung einer geschäftsführenden Übergangsregierung betraut, bis sich die Parteien auf die Bildung einer großen Koalition unter Winfried Martens geeinigt hatten. Vanden Boeynants ging zurück ins Parteiglied und übernahm erneut den Vorsitz der PSC, bis er nach dem für die Christdemokraten katastrophalen Ausgang der Novemberwahlen im Dezember letzten Jahres praktisch zum Rücktritt gezwungen wurde und seinen Platz dem jungen Gérard Deprez räumen mußte. Doch der politische Ehrgeiz des an einen bajuwarischen Politprofi erinnernden V.D.B. scheint noch längst nicht befriedigt. Er bewirbt sich bei den für kommenden Oktober angesetzten Kommunalwahlen um den Bürgermeisterposten der Hauptstadt Brüssel, wo er schon seit Jahren die Funktion eines Beigeordneten bekleidet, geschickterweise für den Sektor öffentliche Arbeiten.

Vor dem Hintergrund dieser kommunalpolitischen Ambitionen – erfolgversprechende Koalitionsgespräche waren schon in Gang gesetzt worden – erscheint zumindest der Zeitpunkt in anderem Licht, zu dem die Steuer-Affäre publik gemacht wurde. In Verdacht

geraten sind die Liberalen, die sich bei der vor-elektoralen Kungelei zwischen Christdemokraten, Frankophonen und Sozialisten um den Brüsseler Bürgermeisterposten ausgeschmiedet haben und deren Chef, Jean Gol, nicht nur Vizepremier ist, sondern auch das Justizressort verwaltet. Aber kann man ernsthaft annehmen, daß die Liberalen ihre vor knapp einem halben Jahr so mühsam errungene Regierungsbeteiligung aufs Spiel setzen, nur um einen Bürgermeisterkandidaten zu diskreditieren?

Wie dem auch sei, schon herrscht spürbar Mißtrauen zwischen christdemokratischen und liberalen Partnern der Regierung „Martens V“. PSC-Chef Deprez äußerte zumindest indirekt die Befürchtung, daß die Beschuldigungen gegen Vanden Boeynants möglicherweise leichtfertig erhoben worden seien, und er warnte prophylaktisch all diejenigen, die über die Person eines Politikers die gesamte christdemokratische Partei treffen wollten. „Unsere Entgegnung würde einem solchen Manöver angemessen sein“, drohte er. „La libre Belgique“, das Hausblatt der Christdemokraten, wurde noch deutlicher: „Angesichts des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Klimas in unserem Land wäre es geradezu kriminell, jetzt einen Krieg der Skandale vom Zaun zu brechen“, meinte der Kommentator des Blattes. Und der auch nicht gerade oppositionelle „Soir“ metapherte: „Paris ist eine Messe wert. Aber ist Brüssel den Kopf der Regierung Martens-Gol wert?“ Man wird sehen. Belgische Regierungen sind schon aus geringeren Anlässen zu Fall gebracht worden.

Wolf-Dietrich Stahnke (Brüssel)

Dänemark: Sicherheit und Verteidigung

In den letzten Monaten hat in Dänemark eine umfassende Debatte über die sicherheitspolitische Lage Dänemarks und um ein kernwaffenfreies Nordeuropa stattgefunden.

Der Sicherheitspolitische Ausschuß der dänischen Regierung (SNU), der sich aus Experten und Politikern des gesamten politischen Spektrums zusammensetzt, hat eine Studie darüber veröffentlicht, das Präsidium der Sozialdemokratie hat sich mit dem Thema befaßt, und auch auf internationalen Tagungen hat Dänemark Positionen zur internationalen Lage bezogen.

Nach der ersten Sondergeneralversammlung der UNO zur Abrüstung ist in Nordeuropa eine zeitweise intensive Debatte über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone geführt worden. Dies hat dazu geführt, daß der SNU als eine seiner Hauptaufgaben diese Konzeption zu untersuchen gehabt hat. Inzwischen hat sich die sozialdemokratische Regierung mehrmals zu ihren Gunsten ausgesprochen.

In der veröffentlichten Studie versucht der SNU die Frage abzugrenzen. Es wird betont, daß heute keine Kernwaffen im nordeuropäischen Gebiet stationiert sind. Von dieser Lage geht man aus und untersucht die Voraussetzungen, unter denen die nordischen Länder den totalen Verzicht auf Kernwaffen – auch im Kriegsfall – erklären könnten. Diese Möglichkeit würde auch ein vollständiges Verbot

kernwaffenbestückter U-Boote und Atomraketen über dem nordeuropäischen Raum umfassen, d. h. daß weder Raketen der Sowjetunion noch solche der NATO Nordeuropa passieren dürften. Diese Möglichkeit würde u. a. das Ende der Mitgliedschaft Norwegens und Dänemarks in der NATO bedeuten – eine Möglichkeit, die der SNU nicht empfehlen kann.

Dänemark wie Norwegen sind jedoch auch nicht dazu bereit, auf die Möglichkeit einer Stationierung von Kernwaffen in Krisen- und Kriegszeiten zu verzichten. Für die NATO würden Lücken in der Kernwaffenstrategie ebenfalls unakzeptabel sein. Die Grenzen des Handlungsspielraums für Dänemark und Norwegen liegen wohl darin, daß eine dauernde Mitgliedschaft in der NATO, wie sie von beiden Ländern gewünscht wird, und die NATO-Solidarität eine Annäherung an die Zonenkonzeption vermutlich völlig ausschließen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland im NATO-Einheitskommando BALTAP (Dänemark und Schleswig-Holstein) müßte dann wegen der in Schleswig-Holstein gelagerten Kernwaffen geändert werden.

Auch in anderer Hinsicht gibt es Schwierigkeiten mit der Idee einer atomwaffenfreien Zone. Eine wirkliche Kontrolle des Seegebiets ist kaum möglich, weil es sich um internationale Gewässer handelt; In der Ostsee kreuzen bekanntlich sowjetische U-Boote. Würde eine kernwaffenfreie Zone erklärt, müßten sowohl diese als auch Waffen, die gegen den Norden gerichtet sind, besonders auf der Kola-Halbinsel, abgezogen werden. Das ist wohl unwahrscheinlich, und die Frage von internationalen Garantien wird damit aktuell. Für die Gesamtstrategie der Sowjetunion sind die Kernwaffen auf der Kola-Halbinsel von vitaler Bedeutung – so vital, daß ein Abzug dieser Raketen nur durch Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR erreicht werden kann.

Ist es möglich, solche Garantien zu bekommen, und wie groß ist deren Wert im Kriegsfall? Diese Frage wird vom SNU zwar nicht beantwortet, aber es liegt auf der Hand, daß sie in diesem Falle keinen Wert haben würden. Ein zentraler Punkt der ganzen Diskussion ist, daß sich die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Frieden wie auch im Krisenfall für das betreffende Gebiet entspannend auswirken würde.

Eine klare Position hat der SNU bezogen; Der Norden kann nicht vom übrigen Europa isoliert stehen; er hängt mit Europa zusammen. Nur von dieser Prämisse ausgehend, kann die Diskussion um eine kernwaffenfreie Zone sinnvoll geführt werden.

Der gesamteuropäische Zusammenhang ist auch das Thema des vom Präsidium der Sozialdemokratie veröffentlichten Statements. Die Sozialdemokraten werden für kernwaffenfreie Zonen in Ost- und Westeuropa arbeiten, und sie werden auch weiterhin ein kernwaffenfreies Nordeuropa anstreben, heißt es. Die gefährliche Entwicklung, die dieses notwendig mache, liege in der Fortsetzung der Stationierung bzw. Stationierungsvorbereitungen von Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa durch die beiden Supermächte begründet. An die Sowjetunion und an die USA wird appelliert, die Genfer Verhandlungen voranzubringen und zu positiven Ergebnissen zu führen. Schließlich meinen die Sozialdemokraten, daß den kleineren Ländern eine wichtige Rolle bei den Bemühungen um Frieden und Entspannung zufalle.

In bezug auf die Genfer Verhandlungen hält Ministerpräsident Anker Jörgensen den Vorschlag von Generalsekretär Breschnew für wichtig, die Aufstellung weiterer SS 20 einzustellen, falls die NATO ihre Pläne, 572 neue Atomraketen in Westeuropa zu stationieren, fallen lasse. Ein Moratorium sei für die Verhandlungen sehr wichtig, meint Anker Jörgensen. Gleichzeitig findet er, daß auch die NATO wesentlich dazu beigetragen habe, guten Willen zu demonstrieren: „In einer Zeit, in der jede Woche eine neue SS 20 aufgestellt wird, hat die NATO 1000 Raketen demontiert.“

Dieser Linie folgend, beschloß die dänische Regierung, bei den Verhandlungen der NATO-Verteidigungsminister in Colorado Springs im März Zurückhaltung zu üben gegenüber den Verurteilungen der anderen NATO-Länder, Breschnew habe sich bei diesen Ankündigungen nur von propagandistischen Erwägungen leiten lassen.

Schließlich bedeutet die von den Dänen eingeschlagene Linie, daß auch in nordischen Versammlungen über Abrüstung diskutiert wird. Bedenklich erscheint jedoch, daß die konservative Regierung in Norwegen nicht länger für die kernwaffenfreie Zone kämpft. Zur Vorbereitung der Sondergeneralversammlung der UNO im Juni werden die nordischen Länder untereinander in Kontakt stehen und weiter darauf hinwirken, daß in New York konkrete Beschlüsse in bezug auf die internationale Abrüstungsarbeit gefaßt werden.

Für Dänemark ist es wichtig, daß die Entspannungs Bemühungen nicht nachlassen. Die dänische Regierung handelt als NATO-Mitglied, aber auch als ein kleines Land, das sich um die internationale Lage kümmert. Es liegt in der Verantwortung der Supermächte, den „circulus vitiosus“ zu durchbrechen. Die

Dänen glauben, daß es verhängnisvoll sei, wenn die Supermächte nur zögernd miteinander verhandelten. Beide Seiten müßten bereit sein, ihre Arsenale abzubauen, um die gemeinsame Sicherheit zu erreichen.

Die großen Friedensdemonstrationen haben einen starken Eindruck hinterlassen. Die Sozialdemokraten seien die größte Friedensbewegung, heißt es, und bis auf 12 ihrer 60 Abgeordneten im Folketing stimmten sie gegen das Verteidigungsbudget oder enthielten sich. Sie fanden, daß die Regierung bei den Verteidigungsausgaben zu weit gegangen sei. Diese Gruppe spielt auch eine bedeutende Rolle in den Bestrebun-

gen, die Kriegsgefahr für Dänemark zu vermindern. In der Arbeit an der Revision der NATO-Pläne für die Verstärkung Dänemarks im Falle eines Krieges spielten die Lagerungsmöglichkeiten für alliierte Truppen eine gewisse Rolle. Dieses Problem ist nun so gelöst, daß keine neuen Depots entstehen, sondern die vorhandenen nur geringfügig erweitert werden sollen. Für die „Rebellen“ ist es auch wichtig, daß die Entscheidung darüber, ob fremde alliierte Truppen eingesetzt werden sollen, in dänischen Händen bleibt.

Bent Christensen (Kopenhagen)

Frankreich: Ein Jahr später...

Vor einem Jahr, am 10. Mai 1981, wurde der Sozialist François Mitterrand zum französischen Staatschef gewählt. Im Anschluß an diese Wahl errangen die Sozialisten einen historischen Erfolg und erhielten die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Nach einer Herrschaft, die fast ein Vierteljahrhundert währte, wurden die Konservativen in die Opposition gedrängt.

Hier soll nicht der Versuch einer „Bilanz“ unternommen werden; dazu wäre es zu früh, sei es auch nur, weil Mitterrand bis zum Jahre 1988 im Amt bleibt, weil die gegenwärtige Nationalversammlung – sofern nichts Unvorhergesehenes eintritt – bis 1985 tätig sein wird und weil die Realisierung des Programms des Staatschefs von vornherein für die Dauer von sieben Jahren vorgesehen war.

Hier sollen nur einige Schwerpunkte angedeutet, die Tendenzen der sozialistischen Politik aufgezeigt werden. Um es vorweg zu nehmen: die gegenwärtige französische Regierung kann mit Recht für sich beanspruchen, eine „reformistische“ zu sein. Innerhalb eines Jahres ist die Reformmaschine auf vollen Touren gelaufen.

Trotz gewaltiger Hindernisse und trotz des Widerstandes aller konservativen Kräfte ist die Dezentralisierung des Landes, die sich später als eine „stille Revolution“ erweisen dürfte, in die Wege geleitet worden. Begriffe wie Entscheidungsfreiheit der Regionen und Gemeinden, früher als Utopie betrachtet, werden im Laufe der kommenden Jahre Realität werden. Niemand wird mehr die Möglichkeit haben, die-

ses Gesetzeswerk in Frage zu stellen. Richtig ist aber auch, daß diese „stille Revolution“ von der Bevölkerung irgendwie noch nicht wahrgenommen wurde.

Eine „stille Revolution“ – zumindest für französische Verhältnisse – hat auch auf anderen Gebieten stattgefunden. So wurde die Todesstrafe abgeschafft, wurde eine liberale Reform des Strafrechts in Angriff genommen, wurde die Militärjustiz abgeschafft, wurden die „Sondergerichtshöfe“ für politische Verbrechen aufgehoben: ein ansehnliches Reformwerk echt liberaler Natur, das noch nicht abgeschlossen ist.

Auch auf sozialem Gebiet ist Beträchtliches geleistet worden: unter großen Schwierigkeiten – Widerstand der Unternehmer, Uneinigkeit bei den verschiedenen Gewerkschaften – ist die 39-Stundenwoche eingeführt worden – erste Etappe auf dem Wege zur 35-Stundenwoche, die für die nächsten Jahre im Prinzip programmiert bleibt. Das Rentenalter wurde auf 60 Jahre herabgesetzt, den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern wurden in den Betrieben größere Rechte zugebilligt; wobei beachtet werden muß, daß auf diesem Gebiet Frankreich – beispielsweise im Vergleich zur Bundesrepublik – einen großen Nachholbedarf hatte, was übrigens den Unternehmerverband nicht daran gehindert hat, die relativ bescheidene Zubiilligung von Machtbefugnissen an die Betriebsdelegierten und Gewerkschaften in den öffentlichen und privaten Unternehmen als „Sowjetisierung“ zu bezeichnen... Allen Arbeitnehmern ist ein fünfwöchiger Jahresurlaub gewährt worden.

Auch auf anderen Gebieten des sozialen Lebens sind Reformen in die Wege geleitet worden: so haben die bisher relativ machtlosen Mieter per Gesetz Mittel und Möglichkeiten erhalten, sich gegenüber skrupellosen Vermietern zur Wehr zu setzen. So wur-



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Udo Achten (Hg.):**
Zum Lichte empor. Mal-Festzeitungen der Sozialdemokratie 1891-1914. 1980. 216 S.
- Axel Eggebrecht:**
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930-1934. 3. Aufl. 1980. 255 S.
- Friedrich G. Kürblsch (Hg.):**
Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 1981. 240 S.
- Susanne Miller / Heinrich Potthoff:**
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.
- Johano Strasser / Klaus Traube:**
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

Ich habe einen neuen NG-Abonnenten geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich von z. Z. 9,- DM Versandkosten im Inland und 9,60 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen der Verlage Neue Gesellschaft und J.H.W. Dietz Nachf.	DM je Ex.
Ich bestelle hiernit Ex. Autor/Titel	
Der alltägliche Faschismus - Frauen im Dritten Reich. 224 S.	22,-
Gilberto Grandos/Erik Gurgudiz: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
Friedrich G. Kürblsch (Hg.): Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
Inge Stolten (Hg.): Der Hunger nach Erfahrung. Frauen nach '45. 184 S.	22,-
Johano Strasser/Klaus Traube: Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)

Senden Sie an folgende Anschriften ein
Probeexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Absender:

.....

.....

.....

.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit
Schreibmaschine ausfüllen.)

Werbeantwort



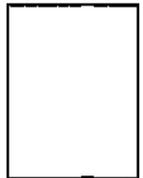
**Die
Neue
Gesellschaft**

— Redaktion —

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

Postkarte



**Verlag
Neue Gesellschaft**

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

den auf dem Gebiet des Gesundheitswesens liberale Reformen eingeleitet, die den ärmeren Bevölkerungsschichten eine angemessene Behandlung in den öffentlichen Krankenhäusern sichern sollen. Das Gleiche trifft für das Reformwerk von Erziehungsminister Alain Savary zu, das, alles in allem, dazu beitragen will, den minderbemittelten Jugendlichen größere Chancen bei ihrem Studium zu gewähren.

Das ist, wie ein Minister bemerkte, „realer Reformismus“, der Bewegung in die verknöcherten, konservativen Strukturen der französischen Gesellschaft bringen soll. Handelt es sich da um jenen „Bruch mit dem Kapitalismus“, der von Mitterrand selbst und im Programm der Sozialistischen Partei propagiert worden war? Wohl kaum, wie man sich ja auch darüber streiten kann, was praktisch überhaupt unter einem solchen Begriff zu verstehen sein mag. Wohl aber ist klar, daß das eingeleitete Reformwerk, sollte es zum Abschluß gebracht werden, einen relativ tiefen Strukturwandel im Lande erzeugen wird.

Die „Nationalisierungen“, die Verstaatlichungen wichtiger Unternehmen des Landes sowie des Kreditwesens und der größten Geschäftsbanken, könnten zu diesem Strukturwandel beitragen: und zwar nicht, wenn man sie – wie manche Sozialisten es tun – als „ideologisches Muß“ betrachtet, sondern als einen Hebel, um der Wirtschaft Orientierungen zu geben, um eine gewisse Investitionslenkung zu ermöglichen, um auch den privaten Sektor zu beeinflussen und zu „beleben“. Die Regierung jedenfalls, insbesondere Finanz- und Wirtschaftsminister Jacques Delors, will die „Nationalisierungen“ nicht als „ideologische“ Speerspitze im Dienste irgendwelcher „kollektivistischer“ Gelfüste betrachten.

Bleibt allerdings, daß gegenwärtig in Frankreich ein gewisses Unbehagen zu verzeichnen ist, das in dem Ausgang der Kantonalwahlen vom Monat März, bei denen die Linke (vor allem die Kommunisten) einen Rückgang zu verzeichnen hatte, deutlichen Ausdruck fand.

Mehrere Faktoren, so scheint es, haben dazu beigetragen. Zum ersten die Tatsache, daß die sozialistischen „Neulinge“ in der Regierungskunst – ein Vierteljahrhundert Opposition bleibt nicht ohne Spuren... – es nicht immer verstanden haben, ihre Absichten sehr deutlich zu machen, so daß „zumindest Widersprüche in den Aussagen der verschiedenen Minister deutlich wurden.

Zum zweiten, sehr viel wichtiger: Das im Grunde noch immer recht konservative Frankreich hat Mühe, dem Tempo des unter dem Zeichen des „change-ment“, der Veränderung, angetretenen neuen Regi-

mes, zu folgen. Die „cadres“, das Führungspersonal, wehren sich gegen höhere Besteuerungen, die indessen notwendig sind, um die sozialpolitischen Pläne zu finanzieren. Die „patrons“, die Unternehmer, betrachten jede Konzession an die Arbeitnehmer als „Zumutung“, und die Regierung, die über die müde Investitionstätigkeit beunruhigt ist, scheint wohl oder übel gezwungen zu sein, auch ihnen einige Konzessionen zu machen.

Sehr viel ernster noch; die Arbeitnehmer haben bisher nicht das Gefühl gehabt, daß das „change-ment“, die Veränderung, einen echten Niederschlag in ihrem täglichen Leben gefunden hat. So ist auch das Unbehagen zu begriffen, das sich in Gewerkschaftskreisen bemerkbar macht, die zwar zur Regierung stehen, auf eine demagogische Haltung verzichten, aber beunruhigt darüber sind, daß ihnen eine allzu große Lohndisziplin aberlangt werden könnte.

Man vergesse nicht: Die sozialistische Regierung hat ihr Amt im Zeichen der allgemeinen internationalen Rezession übernommen und ist somit belastet mit einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Erbschaft. Es ist keineswegs sicher, daß das für dieses Jahr vorgesehene Ziel eines Wirtschaftswachstums von drei Prozent erreicht werden kann (2,5 % sind wahrscheinlicher); es ist möglich, daß die Inflationsrate von früher 14 auf etwa 12 % gesenkt werden kann, aber ein besseres Resultat dürfte kaum erreicht werden. Und schließlich dürfte schon eine geringe Senkung der gegenwärtigen Arbeitslosenziffer (etwas weniger als zwei Millionen) am Ende dieses Jahres als relativ befriedigend betrachtet werden.

Bleibt abzuwarten, ob die Investitionen, die gegenwärtig im öffentlichen Sektor vorgenommen werden, eine fühlbare Auswirkung auf den privaten Teil der Wirtschaft haben werden. Ausgeschlossen ist dies nicht, sicher aber auch nicht. Und schließlich bleibt die Frage der Währung, der Position des Franc, die zu Bedenken Anlaß gibt: an Problemen mangelt es nicht.

Dennoch wird die Regierung mit aller Kraft versuchen, an ihrem Reformwerk festzuhalten. Wobei es auf dem Gebiet der sogenannten „Gesellschaftsreform“ eher möglich sein wird, zu fühlbaren Resultaten zu gelangen als auf dem Gebiet der Wirtschaft. In diesem Sinne ist es erfreulich, daß die Kulturpolitik (das Kulturbudget wurde fast verdoppelt) sich positiver Initiativen rühmen kann, insbesondere auf dem Gebiet der Dezentralisierung bei dem Bemühen, der französischen Provinz neues künstlerisches Leben einzuflößen.

Gustave Stern (Paris)

Griechenland: Lieber keine Namen

Mit ihrem ersten Haushalt hat die PASOK-Regierung eine sozialistische Weichenstellung vorgenommen. Die von ihr eingeleitete Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensgruppen bringt allerdings erhebliche finanzielle Belastungen mit sich.

Das herausragende Ereignis der letzten Wochen war die Abstimmung über den ersten von der sozialistischen Regierung vorgelegten Haushalt. Da die Regierungspartei PASOK im Parlament über eine solide Mehrheit verfügt, stand zwar nicht zu befürchten, daß das Budget womöglich nicht passieren würde. Dennoch gab es eine rege Debatte, die in der Erklärung Premierminister Papandreous gipfelte, er verfüge über positive und zuverlässige Informationen, daß einer der Führer der Oppositionspartei „Neue Demokratie“ (ND) auf ausländische Banken einzuwirken versucht habe, Griechenland keinerlei weitere Kredite mehr zu gewähren.

Tags darauf wurde Oppositionsführer Averoff in das Premierministeramt eingeladen, wo ihm Papandreou anbot, Roß und Reiter zu nennen – ein Vorschlag, auf den Averoff zwar spontan einging, den er dann jedoch, auf Druck von Parteifreunden, zurückwies. Er forderte dann Papandreou auf, unverzüglich den Namen der betreffenden Person öffentlich zu nennen. Als der Premier dies ablehnte, verließen die ND-Abgeordneten unter Protest den Sitzungssaal, ohne an der Haushaltsabstimmung teilzunehmen.

Der Haushalt 1982 ging dann mit 170 Stimmen der PASOK gegen die 12 Stimmen der Kommunistischen Partei durch. In seiner Rede zur Einbringung des Budgetentwurfs hatte der Premierminister hervorgehoben, daß dies der erste sozialistische Haushalt für Griechenland sei und er daher nur einen Übergangscharakter haben könne; in den kommenden Jahren würden präziser ausgearbeitete Haushaltsentwürfe vorgelegt werden.

Die Hauptziele des Budgets sind das Anwachsen des „sozialen“ Konsums, die Wiederbelebung der Wirtschaft und der Abbau der Beschäftigungslosigkeit – obgleich letztere bei einer Arbeitslosenrate von etwa 3% in Griechenland noch immer kein großes Problem ist.

Wie unter den vergangenen Regierungen wird es ein kräftiges Defizit geben, aber die Regierung ist noch immer guter Hoffnung, daß sich dieses Defizit unter das von 1981 drücken läßt, welches sich auf

430 Mrd. Drachmen (ca. 17 Mrd. DM) belief. Der große Ausgabenzuwachs, der durch den Haushalt gedeckt werden muß, ist zum Teil auf die Einkommensverbesserungen für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst, zum Teil auf die Indexierung der Löhne und Gehälter sowie auf die Indexierung der Steuertabellen zurückzuführen, die niedrigere Steuereinnahmen erwarten läßt.

Die Mehrausgaben werden teilweise gedeckt durch eine schärfere Kontrolle der Steuerhinterziehung, die in Griechenland alarmierende Ausmaße angenommen hat, wovon man sich zusätzliche Einnahmen von 35 Mrd. Drachmen (ca. 1,35 Mrd. DM) verspricht, und durch die Einführung einiger neuer direkter und indirekter Steuern, darunter auch eine Art Vermögenssteuer, wie es sie auch in der Bundesrepublik gibt.

In der Geldpolitik möchte sich die Regierung so weit wie möglich zurückhalten, um die Inflation zu dämpfen, sie will aber produktive Investitionen, besonders in der Klein- und Mittelindustrie, fördern. Daneben sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um die landwirtschaftlichen Einkommen zu heben. Papandreou versicherte, daß die Regierung bereit sei, zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die Einkommenssituation der Bauern zu verbessern, falls sich im Rahmen der EG eine unbefriedigende Preissituation ergibt.

Averoff und andere führende Vertreter der ND kritisierten den Haushalt in scharfer Weise und leiteten damit – nach den ersten, relativ ruhigen Monaten im Anschluß an die Wahlen – eine neue Phase der „Nicht-Zusammenarbeit“ ein. Die Einführung der neuen Steuern und die Anhebung einiger bereits bestehender, so Averoff, würden eine zusätzliche Steuerlast von 253 Mrd. Drachmen (ca. 10 Mrd. DM) oder einen Anstieg um 58,5% gegenüber 1981 bedeuten. Stelle man die nicht sonderlich guten Prognosen für 1982 (ca. 2% Wachstum lt. Regierung) in Rechnung, so sei zu befürchten, daß die griechische Wirtschaft diese zusätzliche Steuerlast nicht werde verkraften können. Außerdem werde die merkliche Anhebung der indirekten Steuern negative Auswirkungen auf die Konsumtion und den allgemeinen Wohlstand haben.

Schließlich, so Averoff weiter, werde Griechenland angesichts des Zahlungsbilanzdefizits von gegenwärtig rund 3 Mrd. US-Dollar auf ausländische Kredite angewiesen sein, die nur dann zu günstigen Konditionen zu bekommen seien, wenn die Wirtschaft des Landes Stabilität und einiges Wachstum vorzuweisen habe.

Daß die Regierung mit einer schwierigen Situation konfrontiert ist, ist wahr. Wahr ist allerdings auch, daß die Regierung den Versuch unternimmt, über den Haushalt eine Umverteilung der Einkommen gerade zugunsten der sozial Schwächsten vorzunehmen – was natürlich die von der Regierung zu tragenden finanziellen Lasten vergrößert.

Das griechische Volk ist bereit, der Regierung die erforderliche Handlungsfreiheit zu gewähren, um ihr Programm zu verwirklichen. An der Regierung ist es,

unter Beweis zu stellen, daß ihr Wirtschaftsprogramm in der Lage ist, die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen. In diesem Punkt hat die Regierung der „Neuen Demokratie“ versagt, und so verlor sie die Wahlen. Die neue Regierung muß Erfolge vorweisen, oder sie läuft Gefahr, die nächsten Wahlen zu verlieren. Noch hat sie Zeit. Aber diese Zeit muß sie von Anfang an und ohne Unterlaß nutzen.

Artemis Kyriazis (Athen)

Großbritannien: Nicht ohne Blessuren

Trotz weitgehender außenpolitischer Einträchtigkeit hat die Krise um die von Argentinien besetzten Falkland-Inseln den britischen Parteien schwere interne Probleme aufgebürdet.

Die Falkland-Krise entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Mag sein, daß diese heitere Sichtweise in wachsendem Maße fehl am Platze ist – nichtsdestoweniger deuten die ironischen Apperçus auf einige politische Konsequenzen hin, die aus der Invasion zu ziehen bleiben.

Es begann – am Montag vor der Invasion – mit dem unglücklichen Timing einer Parlamentsdebatte über die Trident-Raketen und der um so unglücklicheren Rede des Verteidigungsministers. Die Regierung stellte klar, daß die Trident II-Raketen im Rahmen der bestehenden Ausgabenpläne, d. h. auf Kosten der Konventionellen Streitkräfte, einschließlich der Marine, finanziert werden müßten. Befragt, welche Folgen dies für die Verteidigung so entlegener Gebiete wie der Falkland-Inseln haben könnte, gab der Minister zu verstehen, daß es sich dabei um ein unbedeutendes Randproblem handele!

Eine weitere Peinlichkeit war das unmittelbar bevorstehende Schicksal, welches mehreren Großschiffen der Marine-Sondereinheit (task force) zgedacht war, denn sie sollten, hauptsächlich um der Regierung aus Geldnöten zu helfen, in Kürze verschrottet oder verscherebelt werden. Diese beiden Pannen könnten den Anstoß dazu geben, die Grundlagen der britischen Sicherheitspolitik völlig neu zu überdenken.

Eine dritte Ironie war die erstaunlich kriegerische und chauvinistische (und staatsmännische) Antwort

von Labour-Führer Michael Foot, des Vorkämpfers für nukleare Abrüstung und – nach eigener Einschätzung – „eingefleischten Friedensketzers“, mit der er selbst noch die Stellungnahme der „eisernen Lady“ in der ersten, so dramatischen Dringlichkeitsdebatte bei weitem in den Schatten stellte.

In der Tat: Michael Foot und seine Parlamentskollegen haben sich in der Krise blendend geschlagen und als „ihrer Verantwortung voll bewußte“ Opposition empfohlen. Jedes Thema, das auch nur entfernt mit Verteidigung zusammenhängt, ist für die Labour Party potentiell brisant, und dennoch präsentierte sich jetzt eine überraschend geschlossene Front. Gewiß, aus dem Kreis der Aktivisten in den Wahlkreisen sind kritische Töne zu vernehmen, und nicht alle Hinterbänker, namentlich nicht Tony Benn, dürften sich rundum zufrieden fühlen; doch bislang sind sie in ihrer abweichenden Haltung ausgesprochen moderat. Vergeblich versuchte Benn für seine Haltung gegen den Einsatz der Flotte Unterstützung beim Internationalen Komitee der Partei zu erhalten. Die Führungsriege ist mittlerweile von ihrer zunächst bezogenen Position etwas abgerückt und beflurortet diplomatische Initiativen, – wohl auch weil die Aussicht auf eine drohende Parteisplaltung über die Frage der Anwendung von Gewalt sie geschreckt haben dürfte. Wahrscheinlicher noch dürfte sie die Einsicht gelehrt haben, daß eine eigenständige Position gegenüber den Konservativen bezogen werden müsse und daß man sich in der ersten Aufwallung gleichsam in eine Amoklauf-Mentalität hineingesteigert hatte.

Es muß wohl nicht eigens darauf hingewiesen werden, daß Mrs. Thatcher auf der anderen Seite nicht ohne Blessuren aus der ganzen Angelegenheit herauskommen wird. Sie könnte noch immer stürzen – wenn es ein militärisches Debakel oder einen „Aus-

verkauf" auf dem Verhandlungswege gibt oder wenn sich im Verlauf der wahrscheinlich kommenden (parlamentarischen) Untersuchung schuldhaftige Versäumnisse ihrerseits nachweisen lassen. Das altbekannte Problem jedoch, einen fähigen Nachfolger zu finden, wird bereits diskutiert.

Der Politiker, der in der Volksgunst die beste Figur gemacht zu haben scheint, ist David Owen. Seine Ansichten werden ständig in den Medien verbreitet. Als ehemaliger Außenminister und stellvertretender Verteidigungsminister bringt er Sachkenntnis, Problembewußtsein und eine Fülle praktischer Ideen mit. Anders als Denis Healey, Labours Schatten-Außenminister, hält sich Owen mit offenkundig parteipolitischen Stellungnahmen erfolgreich zurück.

Die Frage, die sich bei David Owens Allgegenwart unvermeidlich aufdrängt, ist: wo ist Roy Jenkins? Nach seinem Erfolg in Schottland hatte alle Welt erwartet, er werde das Unterhaus im Sturm nehmen und sich zum eigentlichen Führer der Opposition aufschwingen. Doch seither war seine Stimme nicht zu vernehmen. Sein Schweigen könnte seine Chancen, zum Führer der SDP gewählt zu werden, schwinden lassen – falls sich Owen entschließt, gegen ihn anzutreten. Doch selbst dann hat Jenkins noch die bessere Ausgangsposition. Die Linke innerhalb der SDP, die befürchtet, unter Jenkins aus der Partei herausgedrängt zu werden, um dann eventuell

mit den Liberalen zusammenzugehen, drängt auf die Schaffung eines besonderen Postens für ihn, nämlich als Führer der Allianz von SDP und Liberalen – womit die Position des Parteiführers für jemand Radikaleren zur Verfügung stünde. Diese List erfreut sich jedoch keiner großen Gunst. Die Falkland-Krise hat die ganze Aufregung unversehens abkühlen lassen.

Eine weitere mögliche Ironie der Krise liegt darin, daß, während Mrs. Thatcher in Ungnade fallen könnte, ihre Partei bei den Anfang Mai abgehaltenen Lokalwahlen einen spürbaren Auftrieb bekommen hat. Die Konservative Partei ist traditionell chauvinistischer, militaristischer und auf Verteidigung eingeschworen, und der Wähler konnte sich verpflichtet fühlen, der Regierung in der Stunde der Not den Rücken zu stärken. Sogar schon vor der Krise hatten die Konservativen in den Meinungsumfragen die Nase leicht vorn, während die SDP, trotz Roy Jenkins' Erfolg (bei der Nachwahl in Glasgow), nur den dritten Rang einnahm. Auch der spürbare proeuropäische Meinungsumschwung, der sich mit der eindeutigen Unterstützung der Gemeinschaft gegen die Argentinier eingestellt hat, könnte Labour bei den Mai-Wahlen zu schaffen machen. Sicher ist auch, daß Labours stärkste Karte, die Arbeitslosigkeit (gegen die kürzlich eine große Kampagne gestartet wurde), durch die Nachwehen der Invasion völlig übertrumpft worden ist. *Elizabeth Hartley-Brewer (London)*

Irland: Neue Nordirland-Initiative

Die jüngsten Vorschläge des britischen Nordirland-Ministers haben überraschend viel Zustimmung gefunden. Zeichnet sich endlich eine Lösung des seit langen Jahren schwelenden Nordirland-Problems ab?

Die dramatischen Vorgänge im Süd-Atlantik haben die Aufmerksamkeit von einem bedeutenden politischen Ereignis etwas abgelenkt, von dem immerhin die Zukunft Nordirlands abhängt. Am 5. April legte der britische Nordirland-Minister, James Prior, in Westminster die jüngsten Vorschläge der britischen Regierung zur Beilegung der Nordirland-Krise vor. Diese Vorschläge waren das Ergebnis eines ausgedehnten Prozesses der Diskussion, der Meinungsbildung und „gezielter Indiskretionen“ aus offiziellen

Quellen. Sie spiegeln Priors höchst weitreichendes und streitbares Bemühen wider, einen persönlichen Vorstoß zur Lösung des historischen und tragischen Nordirland-Problems zu unternehmen.

Priors Initiative muß in den Kontext des laufenden Dialogs zwischen der Dubliner und der Londoner Regierung gestellt werden, der bereits zur Einrichtung eines bilateralen englisch-irischen Rates („Inter-Governmental Council“) geführt hat, welcher ein Forum zur Diskussion von Angelegenheiten beiderseitigen Interesses, besonders auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, darstellen soll.

Bei der Erläuterung seiner Vorstellungen im Unterhaus erklärte Prior: „Diese Vorschläge bieten eine Chance, die – mit Zeit und Geduld und bei fortgesetztem Bemühen und gutem Willen – zum Vorteil und zur Erleichterung der Lage des ganzen Volkes von Nordirland genutzt werden könnte.“ Er beschrieb seine Vorschläge als „eine Rahmenkon-

struktion, innerhalb deren für Nordirland wieder eine mit Vollmachten versehene Regierung errichtet werden könnte“.

Die Hauptelemente der Prior-Vorschläge konzentrieren sich auf die Wahl einer 78köpfigen Versammlung („Assembly“) durch die nordirische Bevölkerung. Die Wahl, die Ende des Jahres nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt wird, soll zur Bildung einer Kammer führen, die mit weitreichenden Verantwortlichkeiten und Vollmachten in allen Schlüsselbereichen der Politik ausgestattet sein wird – ausgenommen die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die der strikten Kontrolle der Westminster-Administration vorbehalten bleibt.

Vorrangige Aufgabe der Assembly wird es sein, unter den vielen Parteien und Traditionsvereinigungen Nordirlands eine Übereinkunft über die Frage der Dezentralisierung der Verwaltung sowie über die Rückkoppelung an die Provinzbevölkerung und deren gewählte Repräsentanten treffen, um so zu einer weitgehenden Kontrolle der eigenen Angelegenheiten zu gelangen. Zehn Jahre ist es jetzt her, seit das letzte nordirische Parlament von Westminster aufgelöst wurde, nachdem begründete Klagen der Bevölkerungsminderheit über Diskriminierung und unsaubere Verwaltungspraktiken aufgekommen waren. Abgesehen von einer äußerst kurzlebigen Exekutivregierung auf der Grundlage der „Macht-Teilung“, die von Jan Paisleys Anhängern auf der Straße kaputtgemacht wurde, ist die Verwaltung Nordirlands von London aus und unter direkter Kontrolle eines Ministers durchgeführt worden.

Wenn die Assembly sich nicht sofort über die Dezentralisierung verständigen kann, wird ihr die Aufgabe zufallen, die Arbeit der verschiedenen in Nordirland tätigen Minister der Regierung zu überwachen. Wie im Westminster-Parlament vorgeschlagen, soll sie die gesamte Nordirland betreffende Gesetzgebung überprüfen und Gelegenheit erhalten, den zuständigen Minister in allen Angelegenheiten der Politik und der Verwaltung, für die er nach den bestehenden Gesetzen verantwortlich ist, zu beraten.

Die sicherlich wichtigste Aufgabe der Assembly wird es sein, einen Bericht an die britische Regierung über Möglichkeit und Aufbau einer dezentralisierten Verwaltung für Nordirland zu erarbeiten. Entsprechend den neuen Vorschlägen könnte die Dezentralisierung entweder als umfassendes System für alle Regierungsbereiche oder teilweise, soweit es die je-

weiligen Umstände erlauben, Schritt für Schritt durchgeführt werden. In beiden Fällen ist eine Exekutive für Nordirland vorgesehen, in der gewählte Mitglieder der Assembly britischen Ministern gegenüber sitzen würden. Die Exekutive würde eine Art Kabinett darstellen, dessen 13 Mitglieder für die verschiedenen, die Provinz betreffenden Regierungsbereiche verantwortlich wären und die Kontrolle der in Belfast ansässigen Behörden ausüben würden.

Die neuen Vorschläge sind insofern von Bedeutung, als sie die politische Berechtigung des nationalistischen Elements im Denken und in der Kultur Nordirlands klar anerkennen; sie geben der Minderheit eine reale Hoffnung auf etwas Teilhabe an Macht und Einfluß; und sie treiben den Prozeß der Kooperation zwischen London und Dublin weiter voran.

Wie nicht anders zu erwarten, konnten sich Priors Vorschläge nicht ungeteilten Zuspruchs erfreuen. Die Parteien in Westminster haben zwar ihre Unterstützung signalisiert, in Nordirland jedoch haben die verschiedenen (protestantischen) Unionistenparteien erklärt, sie wollten erst einmal die nächsten Wahlen abwarten und sich dann darauf konzentrieren, daß die Versammlung nichts unternahme, was aus ihrer Sicht der Zukunft der Provinz zuwiderläuft. Die Allianzpartei, die einen Mittelweg zwischen den beiden Religionsgemeinschaften einschlägt, hat ihre vorbehaltlose Unterstützung zugesagt, während die „Sozialdemokratische und Arbeiterpartei“ (SDLP), die Partei der katholischen Minderheit, den Plan kritisierte, weil er der gesamtirischen Dimension des Problems nicht gerecht werde.

Bleibt also abzuwarten, wie sich die Debatte über das Dokument innerhalb Nordirlands entwickelt. Sicher scheint zu sein, daß die Wahlen zur Assembly im Herbst abgehalten werden und daß Prior alles in seiner Macht Stehende unternimmt, um seine Ideen in die Tat umzusetzen. Die Labour Party in Dublin erklärte, daß diese Vorschläge den politischen Kräften in Nordirland eine reale Chance zur Partizipation eröffnen und hoffen lassen, daß endlich Fortschritte auf einer ganzen Reihe wichtiger Fragen erzielt werden. Eine solche Chance zu vertun, wäre ein tragischer Fehler und könne alle Ansätze zu jedweder friedlichen Beilegung der blutigen Konflikte im Norden für lange Zeit zunichte machen.

Tony Brown (Dublin)

Italien: Lendenlahmes Dementi

Nicht nur die Sozialisten, auch die Sozialdemokraten Italiens rückten auf ihren Parteikongressen auf Distanz zum christdemokratischen Koalitionspartner.

Im Zeichen wachsender Unsicherheit über den Bestand der Fünf-Parteienregierung unter dem Republikaner Giovanni Spadolini hat Italien nach der Osterpause die politische Aktivität wieder aufgenommen. Wie eine Bombe platzte in die noch andauernde nachösterliche Flaute der römischen Politik eine rüde Attacke auf die Sozialisten, die selbst in der temperamentgeladenen politischen Landschaft Italiens Seltenheitswert hat. Der christdemokratische Haushaltsminister Nino Andreatta machte sich gewiß zum Sprecher für viele Exponenten seiner Partei, als er aussprach, was andere gewiß auch denken, aber nicht sagen wollen: die Democrazia Cristiana sieht sich in ihrer Stammwählerschaft durch die Sozialisten Bettino Craxi bedroht, die beargwöhnt werden, in den Wählerschichten der Mitte auf Beute zu gehen.

Was die Sozialisten am meisten erboste, war indessen der Vorwurf Andreattas, die von Craxi betriebene Politik führe letztendlich zum Nationalsozialismus. Es half wenig, daß der bullige Minister anschließend ein Lendenlahmes Dementi produzierte: er habe nicht von Nationalsozialismus, sondern von „nationalem Sozialismus“ gesprochen... Der Eklat war da. Die sozialistischen Minister blieben der nächsten Kabinettsitzung fern. Zwar wurde der endgültige Bruch abgewendet, aber die Allianz zeigt mehr als nur Haarrisse.

Der Verbalradikalismus Andreattas läßt sich wohl kaum hinreichend mit Nervenschwäche erklären, wie sie im Vorfeld von wichtigen Parteitagen auch anderweitig gelegentlich anzutreffen ist. Die Sorgen im Parteihauptquartier an der Piazza del Gesù haben einen realen Hintergrund; denn zum einen verliert die DC tatsächlich Wähler in der Mitte an die ungestüm drängenden Sozialisten, an die Republikaner und an die Liberalen neuen Zuschnitts, zum anderen gehen Bündnispartner, die bislang als verlässliche Alliierte gegolten hatten, sichtbar auf Distanz zur Partei Alcide de Gasperis.

Besonders deutlich wurde dies auf dem 19. Kongreß der Sozialdemokraten (PSDI), der Ende März in Mailand stattfand. Parteichef Pietro Longo konnte sich des einhelligen Beifalls der mehr als 700 Delegierten sicher sein, als er der These widersprach, die PSDI sei gewissermaßen eine „geborene“ Re-

gierungspartei – was im Nachkriegsitalien nur heißen konnte: Juniorpartner der auf Dauerherrschaft abonnierten Christdemokraten. Deren Generalsekretär Flaminio Piccoli fand sich als Gastredner in einer wenig beneidenswerten Lage, als er kurz vor dem Kongreß seiner eigenen Partei, wo er auf eine erneute Kandidatur verzichtete, vor einem Plenum das Wort nehmen mußte, aus dem ihm unverhüllte Reserviertheit entgegenschlug. Der Unmut wuchs, als er seine Zuflucht zu der These nahm, die Sozialdemokraten sollten, dem römischen Fünf-Parteien-Modell folgend, aus alten Koalitionen auf regionaler und lokaler Ebene ausscheiden, in denen auch Kommunisten mitarbeiten – eine Wohlverhaltensklausel für die Annehmlichkeit, in der Regierung verbleiben zu dürfen. Im bürgerlichen Leben würde man derlei wohl ohne Umschweife als Erpressung bezeichnen.

Der Kongreß wurde im politischen Italien mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, sogar die Kommunisten hatten – ein Novum – ihr Vorstandsmitglied Gianni Cervetti entsandt.

Mindestens derselben Aufmerksamkeit konnten die Delegierten sicher sein, die sich um die Monatswende März/April in Rimini zu einer programmatischen Konferenz der Sozialisten (PSI) versammelten. Sie hatte im Grunde das Gewicht eines außerordentlichen Parteitages, der Elemente eines noch zu formulierenden neuen Programms der italienischen Sozialisten zusammentragen sollte. Dabei verfiel man auf die nicht alltägliche, aber gewiß produktive Methode, in gemeinsamen Seminaren mit anderen europäischen Bruderparteien deren programmatische Vorstellungen zu erkunden und für sich nutzbar zu machen.

Die Seminare mit den Parteien aus der Bundesrepublik, aus Frankreich und aus Spanien unterstrichen erneut die nicht immer unumstrittene feste Verankerung der PSI im westlichen Wertesystem, mit der erklärten Absicht, zentralen Aspekten der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik anderer Länder Europas zwar nicht sklavisch zu folgen, aber zumindest sich mit ihnen offen und ehrlich konfrontieren zu lassen. Dies gilt vor allem für eine Reform der zum großen Teil nicht funktionierenden Staatsinstitutionen, einem Lieblingsobjekt Craxis.

Die Verfassungsrealität anderer Länder – darunter vor allem der Bundesrepublik – stand denn auch weitestgehend im Mittelpunkt. Andererseits konnten bedeutsame Abweichungen in den außenpolitischen Orientierung – z. B. der Polenfrage – gegenüber Deutschland nicht ausbleiben. Aber: der Anfang zu einem Dialog ist gemacht. *Holger Qurling (Rom)*

Luxemburg: Konfrontation

In offiziellen Broschüren rühmt Luxemburg sich eines guten sozialen Klimas. Dieses jedoch ist seit dem jüngsten Krisenbekämpfungsgesetz der Regierung empfindlich gestört.

Seit die Weltwirtschaft ab Mitte der siebziger Jahre von einem Sturmtief ins andere jagt, versuchte das kleine Luxemburg seinen Nachen durch ein solidarisches Verhalten aller Insassen heil durch die aufgepeitschten Wogen zu bringen. Unter sozialistischer Regierungsverantwortung wurde zwecks Krisenbekämpfung die Sozialpartnerschaft institutionalisiert, und das Koordinierungskomitee der nationalen Tripartite (Dreierpakt zwischen Regierung, Gewerkschaften und Patronat) arbeitete Lösungsvorschläge für alle anfallenden Probleme aus.

Dies funktionierte solange, wie jede Seite bereit war, Kompromisse einzugehen. Um den Zwang zum Kompromiß zu verstärken, hatten die Sozialisten ursprünglich den Partnern der Tripartite ein Vetorecht gegen alle ihnen nicht genehmen Maßnahmen zugestanden. Die neue Regierung entzog den Gewerkschaften und dem Patronat dieses Vetorecht, womit sie ihre Verhandlungspartner gewissermaßen aus der Pflicht zur Suche nach ausgewogenen Maßnahmen entließ. Insbesondere das Patronat versuchte einen der Grundpfeiler des sozialen Friedens in Luxemburg zu fällen, nämlich das System der automatischen Anpassungen von Löhnen und Gehältern an die Inflationsentwicklung.

Den Anlaß für die jüngste Patronatsoffensive gegen die Preisindexbindung der Einkommen des Salarates, der lohnabhängigen Bevölkerung, lieferte die Abwertung des belgischen und des luxemburgischen Frankens. Die jährliche Inflationsrate hatte im März 1982 schon die 9%-Marke überschritten, und da Luxemburg als für seinen Konsum importabhängiges Land die meisten Waren mit einer schwächer gewordenen Währung bezahlen muß, wird für dieses Jahr mit einer Inflationsrate von 13 bis 15% gerechnet.

Das ist natürlich viel, und aus der Sicht der Wirtschaft war es verständlich, daß diese sich gegen 5 bis 6 Indextranchen von 2,5% wehren wollte. Die Gewerkschaften waren auch zu Konzessionen bereit, doch verlangten sie, daß die kleinen Einkommen weiterhin an die Teuerung angepaßt werden müßten. Das Patronat, und besonders die Handelsbranche, welche die schäblichsten Löhne zahlt, sperrte sich gegen diesen Vorschlag, und es kam zum Bruch in

der nationalen Tripartite.

Die Regierung, welche die Entscheidungsverantwortung für sich allein reklamiert hatte, legte daraufhin ein Krisenbekämpfungspaket vor, das vornehmlich den Forderungen des Patronates gerecht wurde. Mit Ausnahme des Mindestlohnes werden dieses Jahr die Löhne und Gehälter in Luxemburg nur um 7,5% steigen, so daß die Arbeitnehmer bei einer Inflationsrate von 13 bis 15% einen Kaufkraftverlust von 5,5 bis 7,5% hinnehmen müssen.

Gegen diese unausgewogenen Regierungsmaßnahmen gab es einen wahren Volksaufstand. Sämtliche Gewerkschaften des Landes riefen zu einer Protestmanifestation in der Hauptstadt auf, zu der rund 40000 Menschen, fast ein Viertel aller Arbeitnehmer des Landes, kamen.

Unter dem Eindruck der Manifestation lud die Regierung die Gewerkschaftsvertreter noch einmal zu einer neuen Verhandlungsrunde ein, doch zeigte sie sich nur zu minimalen Konzessionen bereit. Auch beharrte die Regierung darauf, ihr sogenanntes Spezialmaßnahmengesetz noch zum 1. April 1982 in Kraft treten zu lassen. Das Parlament wurde zu einer Sondersitzung am 5. April 1982 einberufen, um über die Regierungsvorschläge zu befinden.

Die Gewerkschaften begegneten dieser Provokation mit dem Aufruf zu einem Generalstreik am gleichen 5. April. Leider hielt die Gewerkschaftsfront nicht völlig stand, und insbesondere die Staatsbeamten- sowie die Angestelltengewerkschaft beschlossen, sich am Streik nicht zu beteiligen. Dennoch wurde der Streik zu einem vollen Erfolg, denn es wird geschätzt, daß rund 80000 Frauen und Männer an diesem Tag die Arbeit niederlegten, immerhin die Hälfte aller Arbeitnehmer des Landes.

Der Streik war total in der Stahlindustrie und in allen anderen Industriezweigen, es fuhr kein Zug, kein Bus, in der Baubranche ruhte die Arbeit ebenso wie in den kommunalen Betrieben. Lediglich im Einzelhandel, in den staatlichen Verwaltungen und in den meisten Banken wurde gearbeitet. In den Krankenhäusern und Altersheimen kam es nur zu symbolischen Arbeitsniederlegungen, da das Personal die ihnen anvertrauten Kranken und Alten nicht ohne Pflege lassen wollte.

Trotz (oder möglicherweise gerade wegen) des Erfolges dieses Volksaufstandes peitschte die Regierung mit Hilfe ihrer Parlamentsmehrheit das umstrittene Projekt über die legislative Hürde. Da Regierungschef Pierre Werner erklärt hatte, die Regierung sei nicht bereit, einen Änderungsantrag anzunehmen, gaben die Sozialisten nur durch ihren Frak-

tionsvorsitzenden Benny Berg eine Stellungnahme gegen die „Spezialmaßnahmen“ der Regierung ab, und verließen daraufhin aus Solidarität mit den Streikenden das Parlament.

Dies war möglicherweise ein taktischer Fehler, denn die christlich-soziale und liberale Mehrheit nutzte die Abwesenheit der Sozialisten, um das Projekt im Schnellverfahren durchzupfeilschen. Der Großherzog wurde aus dem Osterurlaub zurückgerufen, um das Gesetz zu unterschreiben, das rückwirkend zum 1. April in Kraft trat.

Die Regierung hat sich also nicht „dem Druck der Straße“ gebogen, doch verscherzte sie sich alle Sympathien beim Salarjat. Selbst die christlichen Gewerkschaften, welche seit jeher der Christlich-Sozialen Volkspartei von Pierre Werner nahestanden, stehen weiterhin in harter Opposition zur Regierung.

Niederlande: Eine blockierte Regierung

Knapp ein Jahr nach den Parlamentswahlen von 1981 fällt es noch immer schwer zu behaupten, das Land besitze eine Regierung. Zwar sitzen da 14 Männer und eine Frau in Den Haag und spielen ihre Rollen, als ob es eine Regierung gebe, zwar wird auch von den einzelnen Ministern und Staatssekretären meist tüchtig verwaltert, aber Regieren kann man es nicht nennen.

Es mangelt der Regierung an einer gemeinsamen Konzeption und an einem – von allen drei Koalitionspartnern geteilten – Gefühl, die Regierungsarbeit gemeinsam anpacken zu müssen. Größtes Problem ist, daß man noch immer nicht über eine brauchbare wirtschaftspolitische Konzeption verfügt. Aber auch auf anderen Gebieten gibt es wenig Übereinstimmung oder sogar ein „Agreement not to agree“. Wichtigste Beispiele: Kernenergie und NATO-Nuklearstrategie.

Wenn man den Berichten über die Art und Weise, wie die Regierung ihre Beratungen durchführt, Glauben schenken darf, könnte man denken, in Holland herrschten schon belgische oder italienische Zustände. (Der neue Präsident der Nationalbank, der ehemalige sozialistische Finanzminister Wim Duisenberg, hat in seinem letzten Jahresbericht davor denn auch wortreich gewarnt.) Geredet wird fast nur über

von den eher zu den Sozialisten tendierenden Gewerkschaften der Industrie- oder Transportarbeiter ganz zu schweigen.

Dennoch ist nicht sicher, ob die sozialistische Opposition politisches Kapital aus dieser Konfrontation vom gesamten Salarjat gegen die Regierung ziehen kann. Der Umfang der Demonstration und des Generalstreiks hat die Regierungsparteien gleichermaßen verschreckt und die brüchig gewordene Koalition erneut zusammengeschmiedet. Nach dem Motto „Ohren anlegen und durch“ versuchen die Regierungsparteien nun über die Distanz bis zu den nächsten Wahlen zu kommen, in der Hoffnung, daß bis zum Juni 1984 die Zeit manche Wunden beim Salarjat geheilt haben wird.

Robert Goebbels (Luxemburg)

Prozeduren und darüber, worauf man die Meinungsunterschiede aus der jeweils eigenen Sicht zurückführen kann. Kompromisse werden erst nach wochenlangen Diskussionen erreicht; sie sind aber nie umfassend und tiefgreifend genug. Die Konsequenz ist, daß das, was im März beschlossen schien, im Mai erneut verhandelt werden muß. Von dem Ministerpräsidenten, dem Christdemokraten Van Agt, geht sehr wenig Führungs- und Integrationskraft aus. Er faßt die Beschlüsse, sofern es sie gibt, zusammen und verkündet sie dann der Presse gegenüber in seiner ganz eigenen Interpretation. Womit er meist für neue Verwirrung und Streitigkeiten Anlaß gibt.

Mit der Person Van Agts ist jedenfalls eine Ursache für diesen Zustand der Selbstblockierung angegeben. Er hat diese Regierung mit Sozialisten und Linksliberalen nie gewollt und will sie eigentlich noch immer nicht. Zwar gibt es aufgrund der Wahlergebnisse von 1981 keine Alternative zu dieser Kombination – dessen ist er sich bewußt –, aber er macht den Eindruck, klammheimlich darauf zu hoffen, daß für die Sozialisten der Verbleib innerhalb dieser Regierung immer unerträglicher wird, so daß sie schließlich in die Opposition zurückkehren müssen.

Unbegründet ist diese Hoffnung überhaupt nicht, denn die Sozialisten haben unter ihrer Mitverantwortung für eine konzeptionslose Politik am schlimmsten zu leiden, wobei sie selbst noch für die meisten Sparmaßnahmen die Verantwortung übernehmen

müssen. Die wachsende Spannung zwischen Partei und Gewerkschaften (NG 2/82) und die verlorenen Provinzwahlen vom März (NG 4/82) zeigen, welch hohen Preis die PvdA bereits dafür bezahlen mußte. Innerhalb der Partei haben sich die Spannungen jetzt schon so verschärft, daß der Parteivorstand für September einen außerordentlichen Kongreß einberufen hat, um die Partei eingehend über die Frage, ob sie weiterregieren oder lieber in die Opposition zurückgehen soll, diskutieren zu lassen. Der September ist dafür auch ein geeigneter Zeitpunkt, weil dann der Haushaltsentwurf 1983 von der Regierung vorgelegt und dies wohl die letzte Möglichkeit für die Regierung sein wird, so etwas wie eine integrierte, eindeutige und hoffentlich auch vorwärtsweisende Politik zu formulieren.

Voraussetzung ist dann jedoch wohl, daß die Sozialisten sich vorher auf eine gemeinsame Politik einigen und damit die politische und gesellschaftliche Initiative, die sie seit 1977/78 allmählich verloren haben, erneut ergreifen. Denn eine andere Ursache für die Stagnation dieser Regierung ist, daß die sechs sozialistischen Minister, die Parlamentsfraktion und der Parteivorstand immer weniger über eine gemeinsame politische und finanzwirtschaftliche Konzeption verfügen. Teile der Parteiführung sind offensichtlich von neo-konservativen Ideologien beeinflußt, wenn sie meinen, der Staatsapparat sei viel zu aufgebläht oder Lohnmäßigung und Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor seien die beste Voraussetzung für Wirtschaftswachstum.

Das einzige Sozialistische, was man dieser Linie zugestehen mag, ist, daß sie die Opfer dieser Sparpolitik möglichst gerecht verteilen möchten. Aber in den Gewerkschaften kann man schon Ansätze zur Denivellierung der Lohn- und Einkommensentwicklung entdecken: ein neuer „sozialistischer Realismus“ als Ideologie der Arbeiter, die nicht mehr nur ihre

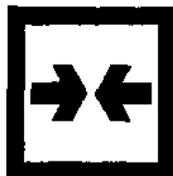
Ketten zu verlieren haben. Andere plädieren für klassische Konzepte wie mehr Staatsplanung, empfangen dafür jedoch zu wenig seriöse Unterstützung und beschränken sich demzufolge auf harten, aber perspektivlosen Widerstand gegen jede einzelne Sparmaßnahme.

Eine Position in der Mitte besetzt Parteileiter und Sozialminister Den Uyl, der seine Hoffnung auf eine kombinierte Spar- und Beschäftigungspolitik setzt, der aber noch viel Zeit braucht, die Wirksamkeit seiner Politik zu beweisen, und der mittlerweile den Eindruck vermittelt, er wolle jeweils einen neuen Arbeitsplatz schaffen – für zwei, die infolge der Sparpolitik vernichtet werden.

Es ist also höchste Zeit, daß die Parteiführung sich einigt auf die Leitlinien eines offensiven beschäftigungspolitischen Konzepts, in dessen Zentrum selektives Wachstum und Arbeitszeitverkürzung stehen und in dem noch kein verfrühter Abschied von Keynes genommen wird. Nur so könnte man das Partnerschaftsverhältnis zu den Gewerkschaften (und zu verschiedenen neuen Bewegungen) wiederherstellen und die Koalitionspartner in Richtung auf eine brauchbare Krisenbekämpfungspolitik bewegen. Denn aus Liebe allein werden die sicher nicht mitmachen.

Marnix Krop (Amsterdam)

Bei der Wahl seines Themas hat unser holländischer Korrespondent das richtige Gespür bewiesen: Kurz vor Drucklegung dieses Heftes haben die sechs sozialistischen Minister in der Regierung Van Agt ihre Entlassung eingereicht, nachdem ein letzter Versuch, die prinzipiellen Differenzen über das „Sparpaket“ und das geplante Beschäftigungsprogramm beizulegen, fehlgeschlagen war. Wir verzichten darauf, den ganzen Artikel von Marnix Krop in die Vergangenheitsform zu bringen. Als Hintergrundinformation hat er an Aktualität nichts eingebüßt. Red.



Bücher: Themenbereich Humanisierung der Arbeit

Die Arbeitssituation der Beschäftigten ist gegenwärtig noch immer durch erhebliche Belastungen, ungenügende Möglichkeiten zur Entwicklung und Anwendung ihrer Qualifikationen sowie unzureichenden Einfluß auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Tarifvertragsparteien, Arbeitnehmer, Politiker, staatliche Administration und Wissenschaft sind um eine positive Gestaltung dieser Arbeitsbedingungen bemüht. Dennoch sind nicht alle Veränderungen zur Zufriedenheit aller ausgefallen. Gründe dafür sind u. a. interessenbedingte Widerstände in den Betrieben, aber auch oft mangelnde Anwendungsbezogenheit wissenschaftlicher Forschung. Neuere Arbeiten zum Thema „Humanisierung der Arbeit“ greifen diese Probleme auf und formulieren ein politisches, interessen- und anwendungsbezogenes Humanisierungsverständnis, das nach alternativen und vorausschauenden Handlungsmöglichkeiten sucht und die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen nach ihren Interessen fördert. Dazu gehört auch ein verändertes Selbstverständnis von Wissenschaft.

Siegfried Katterle und Karl Krahn (Hrsg.): *Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen*, Bund-Verlag, Köln 1980, 336 S., DM 24,80

Die Autoren stellen ein Konzept arbeitnehmerorientierter Wissenschaft vor. Sie betonen, daß die gegenwärtige Forschung und Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse zu einer zunehmenden Gefährdung der Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten geführt hat. Es gehört nach Auffassung der Autoren zum gesellschaftlichen Auftrag der Hochschulen, die Folgen der Forschung zu reflektieren. Wenn negative Auswirkungen auf die Beschäftigten vermieden werden sollen, dann sollte Forschung auch im Arbeitnehmerinteresse durchgeführt werden. Eine interessenorientierte Wissenschaft müsse nach den Auswirkungen der technologisch-arbeitsorganisatorischen Entwicklung auf die Beschäftigten fragen, praktisch nutzbare Problemlösungsvorschläge erarbeiten und auch versuchen, zukünftige Gefährdungen von Arbeitnehmerinteressen wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang erhält die Kooperation von Gewerkschaften und Wissenschaft einen besonderen Stellenwert. Nach Meinung der Autoren stellt nicht nur die Wissenschaft der Gewerkschaft Erkenntnisse bereit, die in die Praxis umgesetzt werden können. Auch die Gewerkschaft verfügt über ein Wissen, das sich durch seine besondere Praxisnähe auszeichnet und in den Forschungsprozeß eingebracht werden kann. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Kooperationspraxis nicht nur Probleme löst, sondern auch mit Schwierigkeiten verbunden ist. Begründetes Miß-

trauen der Gewerkschaften gegenüber der Wissenschaft und ein oft unzureichendes Verständnis gewerkschaftlicher Probleme seitens der Wissenschaft können nur durch ein gemeinsames gewerkschaftliches Selbstverständnis überwunden werden.

Elsa Fricke, Werner Fricke, Manfred Schönwälder, Barbara Siggler: *Qualifikation und Beteiligung. Humanisierung der Arbeit im Interesse der Arbeitenden: Das „Peiner Modell“*, Campus Verlag, Frankfurt 1981, 471 S., DM 58,-

In diesem Band wird dargestellt, daß Arbeitnehmer über Qualifikationen verfügen, mit denen sie ihre Arbeitsbedingungen nach ihren eigenen Interessen verbessern können.

In einer Abteilung eines Metallbetriebes in Peine benannten die dort beschäftigten Arbeitnehmer aus Interesse an verbesserungsbedürftigen Arbeitsbedingungen die Defizite ihrer gegenwärtigen Situation im Betrieb. In Seminaren, Abteilungsbesprechungen und Projektgruppen erarbeiteten sie Gestaltungsvorschläge. Lösungen wurden gemeinsam mit Fachexperten vorbereitet und mit Hilfe des Betriebsrates durchgesetzt. Die Umsetzung wurde durch Projektgruppen verwirklicht. Zu den Ergebnissen dieses Projekts zählen u. a. reduzierte Arbeitsbelastungen, Entwicklung eines Beteiligungs- und Weiterbildungsmodells. Außerdem wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, in der vereinbart wurde, daß auf Initiative des Betriebsrates und gewerkschaftlicher Vertrauensleute Projektgruppen eingerichtet werden können. Diese Projektgruppen sind berechtigt,

Vorschläge zur Gestaltung betrieblicher Arbeitsbedingungen nach den Interessen der Arbeitnehmer auszuarbeiten. Die Teilnehmer der Projektgruppen werden zu diesem Zweck eine Stunde pro Woche von der Arbeit freigestellt, erhalten aber ihren Lohn weiter. Die an diesem Humanisierungsprojekt beteiligten Wissenschaftler mußten ihre Rolle als Forscher neu überdenken. Forschen, Lernen und Handeln stellen in diesem Projekt einen Prozeß dar, der gemeinsam von Arbeitnehmern und Wissenschaftlern getragen wird, wobei die Initiativen für alle wichtigen Handlungen von den Arbeitnehmern ausgingen. Mit dem Modellversuch werden auf andere Betriebe und Verwaltungen übertragbare Ergebnisse zur Diskussion gestellt. Dies sind u. a. ein Weiterbildungskonzept für die Qualifizierung von Arbeitern, Vertrauensleuten und Betriebsräten, eine Betriebsvereinbarung zur Beteiligung von Arbeitnehmern bei der Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung sowie Erfahrungen mit der Arbeit von Projektgruppen und Belegschaftsinitiativen. Der wissenschaftliche Begleiter des Projekts, Professor Pornschiegel, bewertet die Projektergebnisse als wesentlichen Anstoß für die weitere Entwicklung von Beteiligungs- und Qualifizierungsprozessen: „Die Tarifvertragsparteien, hier vornehmlich die Gewerkschaften, sind herausgefordert, sich zu äußern, welche Chancen sie für die entwickelten Beteiligungs- und Qualifizierungsprozesse sowie ihre institutionellen Rahmenbedingungen sehen, auch und insbesondere im Hinblick auf bestehende tarifliche und gesetzliche Strukturen. Das Forscher-

team wendet sich ausdrücklich an die Tarifvertragsparteien, um die Voraussetzungen durch entsprechende Abschlüsse zu sichern, daß das „Peiner Modell“ ganz oder in Teilen realisiert werden könne.“ (S. 433)

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird unter Hinweis auf die instrumentelle Orientierung der Arbeitnehmer häufig bestritten, daß die Arbeitenden interessiert und qualifiziert sind, sich an der Gestaltung der Bedingungen ihrer Arbeit nach ihren Interessen kompetent zu beteiligen. Mit dem Vorurteil der instrumentellen Orientierung von Industriearbeitern, das seit Goldthorpe in der Industrie-soziologie gepflegt wird, räumt eine soeben erschienene Studie gründlich auf.

Gudrun Axel Knapp: Industriearbeit und Instrumentalismus. Zur Geschichte eines Vor-Urteils, Verlag Neue Gesellschaft (Reihe Arbeit, Band 6), Bonn 1981, 176 S., DM 39,80

G. Knapp zeigt in einer sehr differenzierten Auseinandersetzung mit den Untersuchungen von Goldthorpe/Lockwood („Der wohlhabende Arbeiter in England“, München 1970/71), Kern/Schumann („Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“, Frankfurt/M. 1970), Kudera/Mangold („Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern“, Frankfurt/M. 1979) und L. Hack („Subjektivität im Alltagsleben“, Frankfurt/M. 1979), daß sich die These von der instrumentellen Orientierung von Industriearbeitern empirisch nicht begründen läßt. Sie weist außerdem nach, daß die Kategorie der instrumentellen Orientie-

rung selbst unscharf ist und von Vorurteilen der Sozialwissenschaftler über die Einstellung des Industriearbeiters zu seiner Arbeit und ihren Bedingungen geprägt ist.

Die Arbeit ist relativ anspruchsvoll geschrieben. Aber sie schlägt eine Bresche in die sozialwissenschaftliche Diskussion über die Möglichkeiten einer Humanisierungsstrategie, die davon ausgeht, daß auch abhängige Arbeiterinnen und Arbeiter Subjekte mit Interessen und Qualifikationen sind, die einen Anspruch darauf haben, auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen Einfluß zu nehmen, wenn sie schon nicht Subjekt ihrer Arbeit sein können.

Klaus Hoppmann/Berthold Stützel: Demokratie am Arbeitsplatz. Ein Modellversuch zur Mitwirkung von Arbeitnehmern an betrieblichen Entscheidungsprozessen, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1981, 195 S., DM 28,—

In diesem Band wird ein Betriebsexperiment dargestellt, in dem „Mitwirkung und Mitbestimmung“ der Beschäftigten vom Unternehmen eingeführt wurde. Dieses Experiment hat eine 10jährige Geschichte, innerhalb der sich die Einflußnahme der Arbeitnehmer schrittweise entwickelt hat. Es wurden Betriebsvereinbarungen über die finanzielle Erfolgsbeteiligung der Beschäftigten, Mitbestimmung im Wirtschaftsausschuß und am Arbeitsplatz zwischen der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat abgeschlossen. Damit Mitbestimmung am Arbeitsplatz praktiziert werden konnte, sind Arbeitsgruppen gebildet worden, die u. a. die Funktion haben,

Probleme am Arbeitsplatz zu lösen, Verbesserungsvorschläge zu machen und die Beziehung zu den Vorgesetzten zu klären. Nach Meinung der Autoren stehen Arbeitsgruppen nicht in Konkurrenz zum Betriebsrat. Die Wahl des Gruppensprechers der einzelnen Arbeitsgruppen steht unter Aufsicht des Betriebsrates und dieser hat auch ein Zutrittsrecht zu den Arbeitsgruppenbesprechungen. Mit der Einrichtung von Arbeitsgruppen wurde aber das angestrebte Ziel ständig zunehmenden Einflusses der Arbeitnehmer auf die Gestaltung ihrer Arbeitssituation nicht vollständig erreicht. „Fast alle Beteiligungsmodelle in der Bundesrepublik leiden unter einem Geburtsfehler. Sie wurden durch die jeweiligen Unternehmer initiiert. Das ist unter den bestehenden strukturellen Verhältnissen nicht weiter verwunderlich, hat aber zur Folge, daß die Betroffenen, denen letzten Endes die Einrichtungen dienen sollen, Mühe haben, sich damit zu identifizieren“ (S. 72). Die bisherige Entwicklung wurde 1975 durch ein Organisationsentwicklungs- und Bildungsprogramm im Rahmen eines Humanisierungsprojektes fortgeführt. Mit diesen in Seminaren durchgeführten Programmen konnten z. B. in Fragen des Führungsverhaltens, der Konfliktlösungsmöglichkeiten und bei der Realisierung der Mitbestimmung Fortschritte erzielt werden. Die Übertragbarkeit des Modells wird von den Autoren unter der Bedingung bestimmter rechtlicher, organisatorischer Einrichtungen und Durchführung spezifischer Bildungsmaßnahmen für möglich gehalten.

Sozialwissenschaftliche Projektgruppe München: Ursula Jacobi, Veronika Lullies, Friedrich Weltz: Textverarbeitung im Büro. Alternativen der Arbeitsgestaltung, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980, 164 S., DM 20,-

Die Autoren untersuchen die Auswirkungen verschiedener Organisationsformen des Sekretariats und des Schreibdienstes auf die Arbeits- und Beschäftigungssituation der Arbeitskräfte. Gemessen an Gesichtspunkten der Humanisierung der Arbeit wird gezeigt, daß weder der zentralen noch der dezentralen Organisationsform von Bürotätigkeiten der Vorrang einzuräumen ist. Weil beide Organisationstypen Vor- und Nachteile für die Beschäftigten haben, sollte die Frage auch nicht einfach lauten „Zentralisierung, ja oder nein?“ (S. 135). Vielmehr sind Überlegungen notwendig, die sich auf die Vermeidung negativer Konsequenzen für die Beschäftigten konzentrieren. Einen richtungweisenden Schritt sehen die Autoren u. a. darin, wenn bestimmte arbeitsorganisatorische Mindestbedingungen erfüllt werden, die den nachteiligen Auswirkungen der zentralen oder dezentralen Organisationsform auf die Arbeitskräfte entgegenwirken: Ein wichtiges Instrument ist die Bildung von Arbeitsgruppen, denn über sie kann eine Verminderung sozialer Kontakte vermieden werden. Diese Gruppen sollten in einer funktional selbständigen Abteilung zusammengefaßt und einer Schreibdienstleiterin übertragen werden. Diese Leiterin hätte die verschiedenen Arbeitsaufgaben zu koordinieren und die Gruppen gegen Kompetenzüberschreitungen durch Sachbearbeiter abzuschirmen. Zu

vereinbaren wäre auch ein zumutbares Arbeitspensum, dessen Erfüllung und Erfassung von den Arbeitskräften akzeptiert wird.

Bei der Entwicklung neuer Organisationskonzepte kann jedoch hinderlich sein, „daß viele Sekretärinnen und Schreibkräfte bislang nur geringes Interesse für kollektive Interessenvertretung entwickelt haben und sie umgekehrt auch für die Interessenvertretungsorgane keine zentrale Zielgruppe sind“ (S. 122). Von der Stärkung ihrer Interessenvertretung wird es entscheidend abhängen, ob die Beschäftigten im Bürobereich zukünftig auf technisch-organisatorische Veränderungen gestaltend Einfluß nehmen können.

Willi Pöbler (Hrsg.): ... damit die ARBEIT menschlicher wird. Fünf Jahre Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens. Verlag Neue Gesellschaft (Reihe Arbeit, Band 4), Bonn 1979, 176 S., DM 15,-

In diesem Band werden Geschichte, Ergebnisse, Probleme und Perspektiven des seit 1974 bestehenden Aktionsprogramms „Humanisierung des Arbeitslebens“ dargestellt. Von den Beteiligten wird eine kritische Zwischenbilanz gezogen. Positiv zu beurteilen ist, daß die kritische Diskussion in diesem Buch nicht nur auf die Ergebnisse einzelner Humanisierungsprojekte bezogen ist, sondern darüber hinaus auch die politischen Dimensionen miterörtert werden. Die Durchführung des Programms verlief durchaus nicht ohne Schwierigkeiten: „Das Programm muß durchgeführt werden in Feldern, die bereits von den Tarifvertragsparteien besetzt sind, was not-

wendigerweise zu Spannungen und Konflikten bei der Programmverwirklichung führen muß. Unter dieser Voraussetzung ist die soziale Konsensbildung eine Voraussetzung für den Erfolg des Programms.“ S. 19) Während Projekte zur Gestaltung der Arbeitsplätze, -umgebung und -mittel weniger kontrovers waren, konnte hinsichtlich der Vorhaben, die auf die Entwicklung neuer Organisationsstrukturen bezogen sind, nicht immer Konsens erzielt werden. Mit den bereits abgeschlossenen Projekten sind nach Ansicht der Autoren Erkenntnisse gewonnen worden, die zu weiteren Aktivitäten herausfordern. Die Zahl dringend humanisierungsbedürftiger Arbeitsplätze wird auf 3,5 bis 7,5 Millionen geschätzt. Arbeitnehmer an diesen Arbeitsplätzen sind aufgrund von Belastungen wie Stress, Monotonie, Lärm, Schichtarbeit und Hitze einem starken Risiko gesundheitlicher Schädigungen ausgesetzt. Besonders Bedeutung hat für den Projektträger die Entwicklung von Konzepten zur Umsetzung gewonnener Erkenntnisse. Die Übertragbarkeit von Beteiligungs- und Weiterbildungsmodellen, Branchenprojekte und die regionale Differenzierung des Programms sind nach Auffassung der Autoren wesentliche Bedingungen für die Umsetzung, Verbreitung und Weiterentwicklung der HdA-Ergebnisse.

Damit bestehende Beteiligungsrechte von Betriebsräten bei Humanisierungsmaßnahmen gewahrt werden können, hat die IG Metall ein Beratungsprojekt durchgeführt. Im Rahmen dieses Projektes ist eine Handlungsanleitung für Betriebsräte der IG Metall bei öffentlich geförderten

Betriebsprojekten erarbeitet worden:

Beteiligung des Betriebsrates bei betrieblichen Humanisierungsvorhaben. Eine Handlungsanleitung für Betriebsräte der IG Metall bei öffentlich geförderten Betriebsprojekten, hrsg. von der IG Metall, Band 84 Schriftenreihe der IG Metall, Frankfurt/M. 1980; kostenlos zu beziehen über die Pressestelle der IG Metall, Frankfurt.

Diese Broschüre ist so aufgebaut, daß sich Betriebsräte bei Planung, Durchführung und Abschluß eines Projektes über ihre Handlungsmöglichkeiten informieren können.

Peter Auer, Boris Penth, Peter Tergelst (Hrsg.): Humanisierung der Arbeit zwischen Staat und Gewerkschaft. Ein internationaler Vergleich, Campus Verlag, Frankfurt 1981, 161 S., DM 24,-

In diesem Band wird die Humanisierungspolitik Schwedens, Norwegens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Bundesrepublik Deutschland sowie der USA miteinander verglichen. Die Autoren betonen, daß ein internationaler Vergleich durch die spezifischen Bedingungen in den einzelnen Ländern erschwert wird, dennoch lassen sich wichtige gemeinsame „Querschnittsprobleme“ feststellen. Die vergleichende Darstellung wird auf drei Politikfelder eingegrenzt: Arbeitsschutz, Arbeitsorganisation und gewerkschaftliche Mitwirkung. Aufgrund dieses internationalen Vergleichs konnte festgestellt werden, daß innerhalb der drei Politikfelder eine

Prioritätenverschiebung stattgefunden hat. Sowohl gewerkschaftliche Forderungen als auch die staatliche HdA-Politik konzentrieren sich zunehmend auf Arbeitsschutz und Mitspracherechte. Demgegenüber besteht an neuen Formen der Arbeitsorganisation (z. B. job rotation) seitens der Gewerkschaften und des Staates ein abnehmendes Interesse. Im internationalen Vergleich ist der Einfluß der gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf den einzelnen Ebenen (Arbeitsplatz, Unternehmensleitung, Branchen, staatliche Administration) sehr unterschiedlich. Dies ist auf geschichtlich bedingte Situationen in den jeweiligen Ländern zurückzuführen, wie u. a. Arbeiterbewegung, Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien sowie der Beteiligung von Gewerkschaften an den staatlichen Administration. Auch sind die „strategischen Mittel“ der Gewerkschaften unterschiedlich. Sie unterscheiden sich dahingehend, daß in einigen Ländern unternehmerische und wirtschaftliche Entscheidungen von den Gewerkschaften mitgetragen werden, während in anderen Ländern „der Kampf um die Kontrolle über den Arbeitsplatz“ im Vordergrund steht und „institutionalisierte Formen der Mitbestimmung“ abgelehnt werden. Ob zukünftig eine Annäherung dieser beiden strategischen Positionen stattfinden wird, bleibt offen.

Peter König

Kleines Wörterbuch des DDR-Wortschatzes
von Michael Kinno/ Birgit Strube-Edelmann, Pädagogischer Verlag Schwann Düsseldorf,
2. Aufl. 1981, 252 S., DM 18.-

Bedingt durch die jeweiligen politischen und ökonomischen Verkehrsgemeinschaften sind es im Westen Deutschlands Anglizismen, im Osten Russismen, die in den Wortschatz aufgenommen werden. Dabei hat die Bevölkerung der DDR weniger Schwierigkeiten mit den sprachlichen Neuerungen im Westen, als die Bundesbürger sie mit der DDR-Sprache haben. Rundfunk und Fernsehen sind Sprachmittler. Aber für die meisten Bundesbürger gibt es wenig Möglichkeiten und auch wenig Anreiz, die DDR-Medien zu verfolgen.

Sprachwissenschaftler haben häufig darauf hingewiesen, daß sich in Ost und West keine unterschiedlichen Sprachen entwickeln. Was den Unterschied ausmacht, sind neue Wortkombinationen, neue und andere Wortbedeutungen und Lehnwörter. Im „Kleinen Wörterbuch“ finden sich viele Wörter, die ein Bundesbürger auf Anhieb nicht versteht: Komplexstation (= Annahmestelle für verschiedene Dienstleistungsbetriebe), Kinderkombination (= Kinderkrippe und Kindertagesstätte unter einem Dach), Aufgebot (= Wettbewerbsverpflichtung).

Die offizielle DDR-Sprache neigt zu feierlichen, metaphorischen Wendungen. Jeder DDR-Bürger weiß, wenn vom „Maer des Friedens“ gesprochen wird, ist die Ostsee gemeint, die „Friedensgrenze“ ist die Grenze zwischen der DDR und Polen, das „große Brudervolk“ ist das Volk der Sowjetunion. Derart eigen-

ständige metaphorische Wendungen gibt es im Sprachgebrauch der Bundesrepublik nicht. Die offizielle DDR-Sprache erweist sich in solchen Komponenten als von oben erdachte und durch die Medien gestreute Kunstsprache.

Das „Kleine Wörterbuch“ weist Mängel auf, die nur durch Nachlässigkeit bei der Durchsicht des DDR-Wortschatzes zu erklären sind. So fehlt das sehr populäre „Datsche“ (= Wochenendhaus), das aus dem Russischen übernommen wurde, und der Begriff „Schrittmacher“, der in der DDR für Neuerer und Erfinder gebraucht wird. Trotz dieser Mängel bietet das Wörterbuch interessantes Informationsmaterial zur Sprachentwicklung in der DDR.

Ernst Ellitz

Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit

Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. Stenographische Niederschrift der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945 von Gert Gruner/Manfred Wilke (Hrsg.), Piper Verlag München 1981, 222 S., DM 16,-

Am 20./21. Dezember 1945 trafen sich im Sowjetischen Sektor Berlins dreißig Sozialdemokraten und dreißig Kommunisten, Mitglieder des Berliner Zentralaussschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD, mit Parteivertretern aus Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg, um über eine Vereinigung beider Parteien zu beraten. Diese Zusammenkunft wurde als „Sechziger-Konferenz“ bekannt. Während der gemeinsa-

men Leidenszeit in den Konzentrationslagern war der Gedanke an die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gewachsen. Auch von sozialdemokratischer Seite gab es Vereinigungsangebote. Nur ein Beispiel: Hermann Brill, 1945 in Thüringen Ministerpräsident, gründete in seinem Land mit Vorbedacht keine neue SPD, sondern einen „Bund demokratischer Sozialisten“. Seine Offerte an die KPD, auf eine „völlige Verschmelzung der sozialistischen Arbeiterbewegung“ hinzuwirken, wurde aber von den Kommunisten abgelehnt. Ähnlich erging es Sozialdemokraten in anderen Teilen der damaligen SBZ und in Ost-Berlin.

Ulbricht ging es erst einmal darum, einen starken Apparat zu schaffen, der nach außen zwar kooperationsbereit war, aber ideologisch und machtpolitisch die neue Einheitsorganisation kompromißlos auf KPD-Linie bringen sollte. Darum nahm er die Vereinigungsangebote erst nach Monaten interner Vorbereitung an. Zur Zeit der Sechziger-Konferenz war die Vereinigung unter KPD-Vorzeichen für ihn offenbar schon beschlossene Sache.

Doch inzwischen war das Mißtrauen bei den Sozialdemokraten gewachsen. So wurde die Sechziger-Konferenz nicht zu dem feierlichen Beginn einer „neuen Etappe im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse“, wie der Abriß der „Geschichte der SED“ sie heute einordnet, sondern sie war vor allem ein letztes Aufgehören der Sozialdemokratie, die den bedingungslosen Machtanspruch der Kommunisten schon spürte und ihn – vergeblich – aufzuhalten versuchte. Das Protokoll verzeichnet Klagen über die nachdrückliche Förderung

der KPD durch die sowjetische Besatzungsmacht zu Lasten der SPD, Berichte über „undemokratischen Druck auf Sozialdemokraten“, „zunehmende Zweifel an der Ehrlichkeit des Bekenntnisses der KPD zur Demokratie und des Willens zur Zusammenarbeit und zur Einheit ohne betonten Führungsanspruch der KPD“.

Die sozialdemokratischen Teilnehmer der Konferenz unterschrieben dann zwar doch eine gemeinsame Entschliessung, die eine Vereinigung postulierte, aber sie stellten Bedingungen: Die Vereinigung könne nur von Parteilagen beider Parteien für „ganz Deutschland“ beschlossen werden, die neue Partei müsse unabhängig von den Besatzungsmächten sein, vor der Vereinigung bei Wahlen keine gemeinsamen Listen, Verwirklichung des Sozialismus nur auf der Grundlage der parlamentarisch-sozialen Demokratie.

Ulbricht konnte und wollte auf diese Bedingungen nicht eingehen. Er setzte mit Hilfe der Sowjets die Zwangsvereinigung für seinen Machtbereich durch. Das Protokoll der Sechziger-Konferenz ist das letzte Dokument einer eigenständigen, auf ihren politischen Status bedachten Sozialdemokratie in der damaligen SBZ. Die Veröffentlichung ist ein wichtiger Beitrag zur Parteilengeschichte im Nachkriegsdeutschland.

Ernst Ellitz

Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR

von Hans-Joachim Spanger,
Verlag Wissenschaft und Politik
Köln 1982, 256 S., DM 32,-

Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus ist ein Kernproblem des Ost-West-Konflikts seit seinem Beginn, denn dieser Konflikt entspringt nicht bloßer Staatenrivalität, sondern hat seine tieferliegende Ursache in der Auseinandersetzung um die anzustrebende Gesellschaftsordnung – das sozio-ökonomische System gleichermaßen wie die politische Gestaltung.

Dies ist der Ausgangspunkt für die bislang empirisch fundierteste Arbeit über die ideologische Auseinandersetzung SED–SPD. Der Autor, der Frankfurter Friedensforscher Hans-Joachim Spanger, hat sein Buch in vier Teile gegliedert: Nach Gegenstandsbeschreibung und Fragestellung seiner Untersuchung behandelt er im Teil B die Abgrenzung der SED von der Sozialdemokratie mit einem historischen Abriss von 1945–1975. Im Teil C befaßt sich Spanger mit der Abgrenzung vom „Sozialdemokratismus“. Im letzten Teil versucht er, einige schlußfolgernde Thesen zur Bestimmung der Abgrenzungspolitik der SED zu formulieren. Das Erkenntnisinteresse des Autors richtet sich auf die „außenpolitische“ Beziehung der SED zur SPD, die Rolle der SPD als ein Faktor der Gefährdung bzw. der möglichen Stabilisierung der Identität des Staates DDR. Zur Begründung dieses Erkenntnisinteresses führt der Autor zutreffend aus, daß aufgrund des gleichzeitigen Anspruchs der SPD, Wiederver-

einigungs- und Friedenspolitik zu betreiben, die Beziehungen zur SED von Anfang an ambivalent je nach gesamtpolitischer Konstellation sein mußten.

Die Sozialdemokratie tritt der SED nicht nur in äußerer organisierter Gestalt als Parteiorganisation gegenüber, sondern auch als „Sozialdemokratismus“, als Ideologie eines alternativen Sozialismus und vor allem Demokratieverständnisses. Spanger hat gut herausgearbeitet, daß für die SED die SPD einerseits Bestandteil des kapitalistischen Systems und damit Klassenfeind ist, andererseits aber auch Vertreterin der Arbeiterbewegung, die aus der gleichen Tradition stammt wie die kommunistischen Parteien. Weiterhin einleuchtend und im wesentlichen nachvollziehbar ist seine These, daß jeweils die innen- wie außenpolitische Konstellation darüber bestimmt, ob man die SPD eher als Gegner oder als potentiellen Partner betrachtet. Positive wie negative Aussagen, die sich zwischen den Extremen Sozialfaschismus-These und Einheitsfront-Politik bewegen, wechseln in rascher Folge. Dies hat der Autor mit Hilfe einer aufwendigen Zeitschriften- und Buchanalyse herausgefunden.

Albert Norden sagte 1962: „Die Tatsachen lehren, daß die SPD nicht mehr eine reformistische, sondern eine bürgerliche Partei mit imperialistischem Programm und entsprechender Praxis ist und im Bunde mit den Ultras heute sogar gegen jene bürgerlichen Kreise Front macht, die eine realistische Deutschland- und Außenpolitik befürworten“. Oder der SED-Ideologe Hellmuth Kolbe im Jahre 1962: „Die SPD hat aufgehört, eine kleinbürgerliche Arbeiterpartei

mit reformistischem Programm, reformistischer Praxis und kleinbürgerlich reformistischer Führung zu sein; sie ist heute eine bürgerliche Arbeiterpartei mit imperialistischem Programm, imperialistischer Praxis und bürgerlicher Führung". Das SPD-Bild, das durch dieses Zitat „illustriert“ wird, bestimmte lange Zeit die Auseinandersetzung der SED mit der SPD. Dann gab es 1973 eine Neubewertung der Sozialdemokratie, der eine etwa drei Jahre dauernde „Einschätzungsphase“ vorausging. Die SED korrigierte ihre These, daß die Sozialdemokratie zu einer Variante imperialistischer Ideologie und Politik verkommen sei und erklärte nun, daß die SPD Bestandteil der Arbeiterpartei sei, fügte jedoch hinzu, daß sie zwar die Interessen der Arbeiterklasse, jedoch zugleich „objektiv die Gesamtinteressen des Monopolkapitals“ zum Ausdruck bringe. Die Sozialdemokratie gewinnt als Partner in einem anti-monopolistischen Bündnis an Gewicht, was sich, wie Spanger ausführt, zugleich in der Forderung nach einer differenzierteren ideologischen Abgrenzung niederschlägt. Bei Spanger ist nachzulesen, daß es zu Beginn der Entspannungsperiode der 70er Jahre offenbar eine Auseinandersetzung innerhalb der SED über die Einschätzung der SPD gegeben hat. Durchgesetzt habe sich eine differenzierte Abgrenzungsstrategie der SED. Spanger meint, daß „im Zuge der äußeren und inneren Konsolidierung der DDR eine weitaus realistischere Bewertung der Sozialdemokratie raumgreift und sich die ideologische Abgrenzung der SED auf die grundlegenden Unterschiede zur SPD beschränkt“ (S. 173).

In dieser Phase kam es auch zu einer Neubewertung der bundesdeutschen Entspannungspolitik, die ja im wesentlichen von der Sozialdemokratie initiiert wurde. Hier war dann die Geburtsstunde des Begriffs Abgrenzung, wobei Abgrenzung als „objektiver Prozeß“ verstanden wurde und offenbar im Unterschied zur Konfrontation zwischen Ost und West unterstreichen soll, daß es auch nach dem Durchbruch der Entspannungspolitik keine Annäherung, sondern grundlegende und unveräußerliche ideologische Unterschiede gibt. Dieser Neubewertung der Entspannungspolitik ging offenbar eine Auseinandersetzung innerhalb des Politbüros der SED voraus. Noch am 16. Februar 1970 hatte das damalige Politbüro-Mitglied Erich Honecker in einer Rede vor der Parteihochschule der SED eine unmittelbare Kriegsgefahr konstruiert, die von der SPD/FDP-Bundesregierung ausginge. Auch hier ein illustratives Zitat: „Sie sind jetzt dabei, einen dritten Weltkrieg vorzubereiten, wobei sie sich einer Politik der Sozialdemokratisierung der sozialistischen Staaten im Kontext der Strategie des Brückenschlages bedienen, um es der Bundeswehr zu erlauben, zum entsprechenden Zeitpunkt über diese Brücke zu marschieren.“ Wenige Monate später – auf der 14. Tagung des ZK der SED im Dezember 1970 – und in völliger Abkehr von der Linie der 13. ZK-Tagung der SED, konstatierte das Politbüro der SED in seinem Bericht, daß sich die Bundesregierung „zu gewissen realistischen Schritten veranlaßt gesehen habe“. Die bundesdeutsche Entspannungspolitik wurde begrüßt, wenn auch zugleich von der Notwendigkeit des

verstärkten Kampfes gegen alle Formen der imperialistischen Ideologie gesprochen wurde. Während Honecker in seiner Rede am 16. Februar 1970 in der Bewertung der neuen Ostpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung jeden realistischen Ansatz negierte und zum Ergebnis gelangte, daß sich außer der Phraseologie nichts geändert habe, fand das Politbüro wenige Monate später zu einer positiveren Bewertung.

Interessant ist auch die Feststellung, daß sich die ideologische Abgrenzung der SED in erster Linie gegen die Sozialdemokratie richtete und nicht etwa gegen die christdemokratische Ideologie. Begründung: „Diese Konzentration auf die Sozialdemokratie beruhte offenbar vor allem darauf, daß die SPD mit Beginn der Entspannungspolitik als außenpolitischer Partner der SED fungierte, und es daher galt, mit dieser Partnerschaft einhergehende Vorstellungen einer Annäherung zwischen SED und SPD zurückzuweisen.“ Sozialdemokratismus erscheint der SED als eine Variante des Antikommunismus.

Zweierlei sollte man festhalten: Grundlegendes Merkmal der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie ist die systematische Unterscheidung zwischen Führung und Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Parteien mit der These, daß einer progressiven fortschrittlichen Basis eine antikommunistische Führung gegenüberstehe. Die aus SED-Sicht „existenznotwendige“ Abgrenzung von der Sozialdemokratie war in den vergangenen 30 Jahren beträchtlichen argumentativen Veränderungen unterworfen, die der Autor nachvollziehbar skizziert. *Wilhelm Bruns*